

Editorial	303
Verlagsmitteilungen	307
Nachrichten aus dem Patriarchat <i>Mutter und Kind</i> (Frigga Haug)	308
Antjie Krog <i>ich werde kommen und dich zurückfordern</i>	309

Aktuelle Analysen

Frigga Haug <i>Köhlers Zukunftswerkstatt</i>	311
Jens Badura <i>Nein FÜR Europa</i>	316
Wolf-Dieter Narr <i>Wahlen, BRD 2005 – mehr als bewegte Sklerose?</i>	320
Modaira Rubio <i>Venezuela: Keine gesellschaftliche Umwälzung ohne die Frauen</i>	324

Fassaden der Selbstregierung

Thomas Barfuss <i>Was heißt Nonkonformismus heute? Zur Kritik der neoliberalen Erzählung vom »Ende der Konformität«</i>	329
Christina Kaindl <i>»Du musst ihn fühlen, den Scheiß!«. Zu Big Brother und Popstars</i>	347
Jan Rehmann <i>Platzhalter für eine kritische Ideologieforschung. Foucaults Vorlesungen zur »Geschichte der Gouvernementalität«</i>	361
Tilman Reitz <i>Neoliberalismus in Staat und Geist</i>	371
Nils Baratella und Jan Rehmann <i>Kritik in postkritischen Zeiten. Zu Boltanski/Chiapello, »Der neue Geist des Kapitalismus«</i>	376
Erwin Riedmann <i>Das Bewerberfoto</i>	389

Kongressbericht

<i>IX. InkriT-Konferenz »Kapitalismus zwischen Konsumismus & Krieg« (Thomas Weber, Peter Jehle)</i>	393
Berichtigung zu <i>Argument</i> 260	433
Verfasser und Verfasserinnen; Zeitschriftenschau; Summaries	434

Besprechungen

Philosophie

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, <i>Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band (MEGA II.15)</i> (Michael Heinrich)	396
Marx, Karl, u. Friedrich Engels, <i>Manuskripte und redaktionelle Texte zum dritten Buch des ›Kapitals‹ 1871 bis 1895 (MEGA II.14)</i> (Thomas Marxhausen)	400
Wolf, Dieter, u. Heinz Paragenings, <i>Zur Konfusion des Wertbegriffs. Beiträge zur ›Kapital-Diskussion</i> (Alexander Gallas)	402
Fulda, Hans Friedrich, <i>Georg Wilhelm Friedrich Hegel</i> (Martin Hailer)	405
Welsch, Wolfgang, u. Klaus Vieweg (Hg.), <i>Das Interesse des Denkens. Hegel aus heutiger Sicht</i> (Martin Hailer)	406
Rantis, Konstantinos, <i>Geist und Natur. Von den Vorsokratikern zur Kritischen Theorie</i> (Hendrik Wallat)	407
Foucault, Michel, <i>Geschichte der Gouvernementalität, Band I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung</i> (Jan Rehmann)	361
Foucault, Michel, <i>Geschichte der Gouvernementalität, Band II: Die Geburt der Biopolitik</i> (Tilman Reitz)	371

Kunst und Kultur

Hofmann, Martin Ludwig, Tobias F. Korta u. Sibylle Niekisch (Hg.), <i>Culture Club. Klassiker der Kulturtheorie</i> (Thomas Barfuss)	409
Jameson, Fredric, <i>Mythen der Moderne</i> (Mario Scalla)	410
Schröter, Jens, u. Alexander Böhnke (Hg.), <i>Analog/Digital – Opposition oder Kontinuum?</i> (Sven Werkmeister)	412
Mattelart, Armand, <i>Diversité culturelle et mondialisation</i> (Peter Jehle)	413

Soziologie

Boltanski, Luc, u. Ève Chiapello, <i>Der neue Geist des Kapitalismus</i> (Nils Baratella u. Jan Rehmann)	376
Eckardt, Frank, <i>Soziologie der Stadt</i> (Bernd Belina)	415
Masclet, Olivier, <i>La Gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué</i> (Kolja Lindner)	416
Euskirchen, Markus, <i>Militärrituale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstrumentes</i> (Henrik Lebuhn)	417

Fortsetzung auf S. IX

Editorial

I.

Ex occidente lux? Hatte nicht schon der junge Marx davon geträumt, der »deutsche Auferstehungstag« könnte durch das »Schmettern des gallischen Hahns« verkündet werden (MEW 1, 391)? Tatsächlich tauchte, vom französischen Referendum angestoßen, in kürzester Zeit eine neue Konstellation auf. Die Ablehnung des europäischen Verfassungsentwurfs hat den Kritikern des Neoliberalismus Auftrieb gegeben und in Deutschland zur realen Möglichkeit einer gesamtdeutschen Linkspartei beigetragen. Wie die hegemonialen Linien verlaufen und welche davon sich durchsetzen wird, ist allerdings schwer auszumachen. Vor allem das französische Nein ist bemerkenswert, weil es gegen eine Phalanx aller ideologischen Mächte zustande kam. Die Medien, die Kirchen, die Juristen, die Gewerkschafts- und Parteiführungen (außer PCF, Trotskisten und Rechtsradikalen) hatten das Ja als einzig mögliche, vom Sachzwang der Globalisierung erzwungene Antwort gepriesen. Die Niederlage nahezu aller »befugten« Ideologen signalisiert etwas, was viele in der »Mediengesellschaft« nicht mehr für möglich hielten: eine umfassende Repräsentationskrise zwischen Regierten und Regierenden, herrschendem Machtblock und Volk.

Repräsentationskrisen bieten eine Chance für linke wie rechte Geländegewinne, vielleicht für beide zugleich. Dabei sind bei aller Globalisierung die Hegemonieverhältnisse noch immer im nationalstaatlichen Raum fixiert, so dass es in Frankreich zu einem Linksruck kommen könnte, während in Deutschland die Unzufriedenheit mit »Brüssel« v.a. rechtspopulistisch gegen die Osterweiterung und einen Beitritt der Türkei gelenkt wird, wie es die CDU in ihrem Wahlkampf versucht. Die Strategie ist auf die Einbindung der »Verlierer« gerichtet. Weil es ganz unten am schwierigsten ist, sich als Subjekt funktionstüchtig zu halten, verfangen die einfachen »Lösungen«, die den »ausländischen Billigarbeiter« zur Ursache der Misere machen. Die Ambivalenz der Lage ist der Grund für den anhaltenden Streit um die Frage, ob das Nein einen politischen Sieg gegen den Neoliberalismus oder vielmehr des Neoliberalismus über die Regulierungsmöglichkeiten europäischer Politik bedeutet.

Diese Ambivalenz durchzieht z.B. die Stellungnahme eines der prominentesten »Europäer« im Geistesleben. Obwohl Habermas weder die neoliberalen Passagen noch die Aufrüstungspflicht im Verfassungsentwurf direkt anspricht, sieht er deutlich, dass dem Ja-Lager eine wirkliche europäische Perspektive fehlte, die sich u.a. in dem Willen gezeigt hätte, »auf das internationale Wirtschaftsregime einzuwirken«, statt sich die Optionen von einer »ungesteuerten Globalisierung« aus der Hand nehmen zu lassen (SZ, 6.6.05). Jetzt kehre das bockige Wahlvolk den Europa-Politikern »den Dreck, den sie seit Jahrzehnten unter den Teppich gekehrt haben, vor die eigene Tür«. Dennoch interpretiert Habermas das Nein v.a. als einen Sieg der Neoliberalen: Nach dem Ende des Kabinetts Villepin werde Sarkozy auf den angelsächsischen

Weg einschwenken und Europa, wie in Angela Merkels »peinlichem Ritual« der Unterwerfung unter die US-Kriegspolitik exemplarisch vorgeführt, in den Sog der Hegemonialmacht abdriften. Es sei denn, es komme zu einer »Vertiefung« der Europäischen Union, deren Qualität Habermas allerdings im Unbestimmten lässt.

Man wird den Realitätsgehalt eines solchen Pessimismus gerade für Deutschland kaum bestreiten können, wo der Volks-Unmut über die neoliberalen Verwerfungen von den rücksichtslosesten Neoliberalen demagogisch eingesammelt wird. In einer solchen Konstellation bleibt linke Schadenfreude über den Niedergang der SPD im Halse stecken. Mit Rot-Grün zerbricht ein Projekt, an das sich große Erwartungen, nicht zuletzt in Beiträgen dieser Zeitschrift, geheftet hatten. Der nun drohende Ausstieg aus dem Atomkraftausstieg, das Roll-back in ökologischer Lebensmittelproduktion und alternativer Energieerzeugung, eine forcierte Beschneidung von Arbeitnehmerrechten – dies und vieles mehr steht auf der Rechnung, die Schwarz-Gelb als Dank für den Wahlerfolg präsentieren wird.

Freilich wäre es verfehlt, das Scheitern von Rot-Grün mit der Abwahl der Regierung gleichzusetzen: es kündigte sich bereits mit Lafontaines Abdrängung und der Teilnahme am »humanitären« Jugoslawienkrieg an; es verfestigte sich, als man es ausschlug, im Bund mit der Jospin-Regierung die Chancen eines sozialdemokratischen Europa auszuloten, um stattdessen mit dem Schröder-Blair-Papier auf einen neoliberalen »Dritten Weg« auszuweichen (vgl. *Arg.* 233); es vollendete sich, als man daran ging, im Namen der »Reform« jeden ernsthaften Reformwillen auszuhöhlen. Es gibt kein schlimmeres Abbrennen von Veränderungshoffnungen als die Preisgabe linker Politik durch linke Regierungen, seien sie »rot-grün« oder »rot-rot«.

Die Europakrise ist Teil der Krise, die einer neuen Linkspartei ein Fenster geöffnet hat. Dass das Bündnis vornehmlich in den Gestalten von Lafontaine und Gysi vermittelt und wahrgenommen wird, ist Stärke und Schwäche zugleich. Das eigentliche Problem sind nicht »Narzissmus« und »Eitelkeit« der Leitfiguren – wie landauf, landab behauptet –, sondern die Schwäche einer sozialen Bewegung, deren Kohäsion und Ausstrahlungskraft zu sehr von charismatischer Führung abhängen. Man wird sehen, ob der zunächst von oben und über die Medien angestoßene Zusammenschluss von der jeweiligen »Basis« selbst vollzogen werden kann und eine Dynamik in Gang setzt, bei der bislang Unbeteiligte Lust bekommen, sich zu engagieren. Auf dem Spiel steht nichts weniger als das Funktionieren von Demokratie selbst: ob der Diktatur des »Sachzwangs« wieder ein Stück Politik entgegengesetzt werden kann, ob es gelingt, die rechtspopulistische Abschöpfung des Volksressentiments durch eine aufklärend-eingreifende Initiative zu durchkreuzen. Gramsci zufolge liegt der Ausgangspunkt einer Philosophie der Praxis in der Fixierung des »kathartischen« Moments (H. 10.II, §6). Darunter verstand er das Hinaufarbeiten von einem bloß ökonomisch-korporatistischen Bewusstsein zur gesamtgesellschaftlichen Hegemoniegewinnung. Wenn Ost- und Westlinke ihre korporatistischen »Identitäten« überschreiten und sich zu einer gesamtdeutscheuropäischen Real-Alternative konstituierten, wäre das ein solcher kathartischer Moment, ihn konkret zu »fixieren« eine aktuelle Aufgabe marxistischer Theorie.

II.

Die aktuelle Hegemoniekrise ist nicht mit einer Krise des Neoliberalismus selbst zu verwechseln. In dem von ihm beschlagnahmten Begriff der »Selbstregierung« bündeln sich gegensätzliche Bedeutungsstränge: Das Wort greift aus auf die solidarische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und bedeutet heute doch vor allem, sein Selbst so zu regieren, dass es in die herrschenden Anforderungen hineinpasst. Derselbe Begriff, mit dem Marx einst die mit Zukunft geladene Erfahrung der Pariser Kommune artikulierte (»Selbstregierung der Produzenten«, MEW 17, 339), ist zum Gefangenen einer Ideologie des »unternehmerischen Selbst« geworden, das flexibel, engagiert und innovativ das Nötige tun soll und dabei keinerlei Anweisungen bedarf. Allzeit bereit, auf der Höhe der Zeit zu sein und sich als »Zeitgenosse«, nicht als »Genosse«, stets neu zu erfinden, hat es die antike Lehre – nur wer sich selbst beherrscht, kann andere beherrschen – auf neue, marktförmige Weise assimiliert.

Kritische Ideologieforschung wäre schlecht beraten, die Augen vor den hegemonialen Stärken neoliberaler Ideologie zu verschließen. Eine davon ist die Fähigkeit, Elemente von Selbstvergesellschaftung aus den sozialen Bewegungen zu entwenden und in den Dienst des High-Tech-Kapitalismus zu stellen. Peter Hartz zufolge genießen die Arbeitnehmer eine Lebensqualität von »selbstbeeinflusster Arbeit, Zeit und Vergütung«, die das bundesrepublikanische Mitbestimmungsmodell längst »getoppt« hätten. Die Behauptung ist in dieser Allgemeinheit absurd und gehört doch zur Rhetorik einer »passiven Revolution« (Gramsci), mit deren Hilfe ein hegemonialer Block zwischen neoliberalen Machteliten und hochqualifizierten Informations- und Kommunikationsarbeitern (sowie den vielen, die dazugehören möchten) erzeugt werden konnte. Bei näherem Hinsehen erweist sich die beschworene Selbstregierung freilich als Pflicht zur bedingungslosen Selbst-Unterstellung unter den Arbeitsmarkt und die eigene »Beschäftigungsfähigkeit«. »Die Utopie wird ins Diesseits geholt und erscheint genau dort, wo es uns an den Kragen geht« (Frigga Haug, in *Arg.* 252, 608).

Die herrschaftliche Eingliederung der »Selbstregierung« hat zu einem Boom von Neologismen geführt, die den Raum zwischen Managementliteratur, staatlicher Verwaltungssprache und einer Reihe von sich anschmiegenden Gesellschaftstheorien ausfüllen. Einer davon ist die »Governance«, die im Gegensatz zum dirigistischen »Gouvernement« beansprucht, durch dezentrale und netzwerkartige Formen der Kontextsteuerung »kooperatives Handeln« zu initiieren. In der Praxis handelt es sich v.a. um den Versuch, einen »nachhaltigen Neoliberalismus« (Hirsch) zu konstituieren, bei dem der global durchgesetzte Marktradikalismus durch eine »zivilgesellschaftliche« Regulation der Krisen und Konflikte ergänzt wird. Die »Gouvernementalitätsstudien«, die beanspruchen, mithilfe von Foucaults Macht-konzept die »Ideologiekritik« von Hall bis Bourdieu weit hinter sich gelassen zu haben, laufen Gefahr, die Aktivierungsrhetorik der Managementliteratur theoretisch zu verdoppeln statt sie zu dekonstruieren. Was spontan-ideologisch als Umstellung

auf Selbstregierung und Ende der Konformität erscheint, erweist sich als eine widersprüchliche Subjektions-Form, bei der die Subjekte als autonome angerufen und zugleich in Subalternität gehalten werden: Selbstverantwortung, aber für fremdes Eigentum und Verfügungsmacht. Bei Hayek kann man exemplarisch studieren, wie die Zelebration individueller Freiheit an die bedingungslose Unterordnung unter die »Große Gesellschaft« (Great Society) des Marktes als einer Art ideologisches Super-SUBJEKT (im Sinne Althussers) gebunden ist. Anrufungen zur Selbstregierung mögen identitätsstützend wirken und den Handlungsraum ein Stück erweitern, wenn sie organisch mit einer Arbeitsrealität verbunden sind, in der Selbständigkeit und Kreativität gefordert werden. Sie sind tendenziell subjektzerstörend, wo sie mangels wirklicher Handlungsmöglichkeiten die Wertlosigkeit der Individuen festschreiben. Opium der Ausgegrenzten: In einem von Loïc Wacquant untersuchten Chicagoer Ghetto gaben alle Befragten dieselbe realitätsferne Auskunft, sie würden sich in absehbarer Zeit in ein College einschreiben.

So neu die Rhetorik, so alt der Vorgang selbst. Wieder mal soll jeder seines Glückes Schmied sein. Dabei ist das do-it-yourself der Ideologie auch faschistisch intoniert worden. Der nazistische Rassendiskurs hatte über seinen biologistischen Determinismus hinaus die Dimension, die Subjekte für die Anpassung an die (Rasse-)Norm zu mobilisieren. Aktuelles Gleichnis entfremdeter »Selbstregierung« ist der post-moderne, dezentral agierende Soldatentrupp, der mithilfe des tragbaren Computers an das Schlachtfeld im Netz angeschlossen ist und auf der Grundlage permanent aktualisierter Lagebilder das Eingreifen »selbsttätig« und »kooperativ« entscheidet.

An der Heimatfront ist in den Zeiten der Massenarbeitslosigkeit das Bewerberfoto zur paradigmatischen Fassade der Selbstregierung geworden. Nicht nur in den Casting-Shows, die das Foto in Permanenz inszenieren, fungiert das »coaching« als der Stachel im Fleisch der Subjekte, die sich der undurchschaubaren Selektionsmaschinerie in der Hoffnung auf ein Leben im Überfluss ausgeliefert haben. Auch die alltäglicheren Arbeitsuchenden sehen sich von einer Vielzahl von Beratern umstellt, die den je neuesten Arbeitskraft-Pflegeartikel anpreisen. Um sich nicht vorwerfen zu müssen, in puncto Selbst-Optimierung das Optimale nicht getan zu haben, wird danach gegriffen. Das unter den herrschenden Bedingungen für viele strukturell Unmögliche, die erfolgreiche Bewerbung auf einen Arbeitsplatz, ist die Fiktion, die um jeden Preis aufrechterhalten werden muss. Wie im Theaterstück »Dresdner Weber« (Volker Lösch/Stefan Schnabel) ästhetisch verdichtet vorgeführt, kann die Verweigerung dieser Anrufung, sich kreativ konform zu verhalten, die gegensätzlichsten Artikulationen von radikal rechts nach links umfassen, von Gewaltphantasien (Straflager und Todesstrafe für alle, die über 100000 Euro besitzen) bis zu Kommune-Utopien (»Alles für Alle und zwar umsonst«). Wie linke Politik in die widersprüchliche Gemengelage der im Neoliberalismus erzeugten Subjektivitäten und Gegen-Subjektivitäten wirksam eingreifen kann, ohne den Versuchungen eines kurzfristigen Populismus zu erliegen, ist noch längst nicht heraus.

PJ/JR

Verlagsmitteilungen

Neuerscheinungen

Wissenschaft – Peter Mayo: *Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer verändernden Praxis* (AS 280, 17,90 €, ISBN 3-88619-280-6, vgl. die Rez. in Arg. 260). Gramsci ist für die kritische Gesellschaftstheorie so wichtig wie die Arbeiten des Brasilianers Paulo Freire für die politische Bildungsarbeit. Das Buch hat einführenden Charakter. Die Perspektiven politischer Erziehung und Bildung werden aktuell vor dem Hintergrund der Umbrüche des Neoliberalismus diskutiert. Die deutsche Ausgabe wird durch einen Artikel von Uwe Hirschfeld ergänzt, der die Bedeutung Brechts für eine kritische Bildungsarbeit herausarbeitet, sowie durch ein Vorwort von Heinz Sünker.

Rolf Becker spricht das *Kommunistische Manifest*: »Ein Gespenst geht um in Europa ...« Der im wesentlichen von Marx 1848 verfasste Text, der mit einer Einleitung des englischen Historikers Eric Hobsbawm bei Argument verlegt wurde, ist jetzt als Hörbuch erhältlich. Hobsbawm unterzieht dieses Gründungsdokument einer neuen Weltauffassung einer marxistischen Lektüre, bettet es in den sozialgeschichtlichen Kontext ein und zeigt, dass seine analytische Kraft unter den Bedingungen eines »globalisierten« Kapitalismus erst wirklich zum Tragen kommt. Das *Kommunistische Manifest auf CD* (2 CDs, 19,90 €, ISBN 3-88619-463-9) ist ein Hörbuch zum Studieren, Durchdenken, Verschenken und Genießen: ein großer Text mit dem Elan des Visionären und der Klarheit einer scharfen Kapitalismuskritik überzeugend vorgetragen.

Belletristik – Joseph Hansen: *Nachtarbeit (Dave Brandstetters siebter Fall, Pink Plot 2079, 9,90 €, ISBN 3-88619-979-7)*: Der selbständige Fernfahrer Paul Myers kommt bei einem LKW-Unglück zu Tode. Da der Mann erst kürzlich eine Lebensversicherung abgeschlossen hat, setzt die Firma Dave Brandstetter auf den Fall an. Seine Ermittlung gerät zur Demontage des amerikanischen Traums vom freien Kleinunternehmer. Joseph Hansen (1923-2004) schrieb die berühmte Dave-Brandstetter-Serie zwischen den 70er und 90er Jahren. Der siebte Fall bewegt sich zwischen ökologischen, sozialökonomischen und rassistischen Brennpunkten und bringt aktuelle Verhältnisse ins Bild. »Hansen ist ein genauer Beobachter mit seismologischem Gespür für die Risse im amerikanischen Glamour, was man erst in der neuen Übersetzung richtig genießen kann.« (Tobias Gohlis, *Die Zeit*)

»Aus dem Loch in der Schläfe sickerten ein paar hellrote Tropfen, die nicht einmal ein gleichmäßig fließendes Rinnsal bildeten. Unzufrieden betrachtete ich die Leiche und dachte, dass meine Monatsblutungen bedeutend stärker gewesen waren – und vermutlich auch schmerzhafter ...« Ein schwarzer Wissenschaftskrimi von nüchterner Tristesse ist *Operation B* der Schwedin Gabriella Håkansson (Ariadne Krimi 1160, 9,90 €, ISBN 3-88619-890-1). Zwei Frauen berichten, wie sie im Auftrag einer unbekanntenen Organisation ihre Ehemänner als Studienobjekte tagtäglich überwachen. Statt das Experiment zu Ende zu bringen, ermorden sie ihre Forschungsobjekte. Was steckt hinter der geheimnisvollen »Operation B«?

Nachrichten aus dem Patriarchat

Mutter und Kind

Unter diesem Titel drängt sich unmittelbar das Bild einer jüngeren Frau auf, an der Hand ein kleines Kind. Aber auch Mütter werden älter und mit ihnen die Kinder. Sie bleiben Mutter und Kind füreinander, nur, dass die Liebesbände dünn werden, die Mutter eine Last wird, die das Kind nicht tragen will. Dies das Szenario, in dem die Stadt Bochum gegen das Verfassungsgericht verlor. Die Stadt wollte das Pflegegeld für die inzwischen gestorbene Mutter des 66-jährigen Kindes zurück und nötigte »es«, eine Hypothek auf einen Hausbesitz aufzunehmen, um die angefallenen 60000 Euro zu erstatten.

Es ist schwierig, in diesem Fall Partei zu ergreifen. Die Mutter, ins Pflegeheim abgeschoben, lebte dort noch 4 Jahre und bekam Sozialhilfe, da die Tochter ohne großes Einkommen nicht für sie sorgen konnte. Der Hausbesitz sei nicht zu beleihen, befand das Verfassungsgericht, weil »die Kinder durch den Unterhalt für die Eltern nicht überfordert werden dürfen«. Dagegen hielt die Stadt Bochum: »Die Sozialhilfeträger können nicht die Vergreisung der Gesellschaft finanzieren.« Das Bild stimmt nicht und ist doch geeignet, Wut zu erregen. Eine Gesellschaft, in der sehr viele jung sind, wäre eine inhumane Gesellschaft, weil sie die Sorge für die Jungen auf zu wenige Ältere verteilt, die Mütter früh starben, zu viele Kinder bekamen. Eine Gesellschaft, in der Menschen alt werden können, könnte eine sein, in der weniger Krankheiten vorkommen, mehr Wissen gesammelt und weitergegeben werden könnte. Das Bild von der Vergreisung suggeriert eine Gesellschaft auf klapprigen Füßen und schweigt über diejenigen, die reich sind auf Kosten der vielen anderen. Der Unterhalt der Mutter wird als schwarzer Peter hin und hergeschoben. Im allgemeinen Unwillen, die älteren Menschen anders denn als Kostenverursacher wahrzunehmen, entziffern wir eine Gesellschaft, deren grausame Kälte die Schauer-märchen über die aufs Eis geschickten Alten der Eskimos weit übertrifft.

Auf die notwendige Frage, ob wir der Auffassung seien, die Mutter hätte frühzeitig das nötige Geld fürs Alter zurücklegen müssen, oder die Tochter hätte jedenfalls ihr Haus hypothekarisch beleihen müssen, oder die Sozialhilfe sei staatlich zu leisten in jedem Fall, können wir nur mit Brecht antworten: In unserer Gesellschaft sind alle Standpunkte verkehrt. Wir sind für eine Gesellschaft, in der Jugend so behütet ist wie das Alter, in denen alle solidarisch für alle einstehen, in der Hilfe bekommt, wer sie braucht.

Frigga Haug

Antjie Krog

ich werde kommen und dich zurückfordern

ich werde kommen und dich zurückfordern aus Knochen und
Kugeln und Gewalt

und AIDS

aus Stummheit aus Dummheit aus den korrupten Gesichtern
der Menschen

ich werde dich herausholen aus Millionen von Flüchtlingen
aus Hunger und Durst aus dem Dunst der Schreie und dem
Gestank

ertragenen Leids

dem schrecklichen Fleischwolf der Träume

von hinten werde ich den tapferen Halm deines Halses
erkennen

ich werde dich einholen

und dich am Arm herausziehen

denn du musst anders sehen

weil wir Afrikaner - wir die Kinder des Abgrunds

wir alle ein anderes Gleichgewicht finden müssen

für diesen Kontinent der wie ein großes schwarzes
geplündertes Herz

dahintreibt auf dem

Globus

Kontinent der wir ist

Kontinent durchpulst von Blut in den riesigen

Ventrikeln von Wüste

und Wald Savanne und Stein

hilfloser Kontinent

auf dem so viele verlorene Gestalten verlorene Taten hilflosen

Vertrauens begehen

großes aggressives Herz auf dem täglich Tausende sterben ohne
einen Laut

in Haufen verwesen

zu stinkenden Knochenbesen werden

du sollst es sein mein Kleinstes ich will

dass du zwischen deinen Rippen

spüren musst den Schauer dass die Dinge anders werden müssen

dass etwas wahr werden muss von dem was wir sind

dass was wir sind als Afrikaner so zart ist so menschenhäutig

so zutiefst von Natur aus groß und hell und freundlich wie die

Seele

so liebevoll dass es jedes Verständnis übersteigt

motho ke motho ke batho babang

eher

sind wir was wir sind weil wir von einander sind

warum irren wir dann immer noch so sehr?

ich lege meine Wange an deine

ich will in dich hinein atmen

für dich sorgen

für dich sorgen

Scht-scht

Aus: »Brief-Gedicht Wiegenlied für Ntombizana Atoo«, Übersetzung von Barbara Jung.

Frigga Haug

Köhlers Zukunftswerkstatt

»Es gibt kein Wachstum, jedenfalls kein wirtschaftliches, das nicht um die Verschleuderung, Vergiftung der Ressourcen, um die Beschleunigung der entropischen Prozesse erkaufte würde. Erste Priorität müsste daher eine Wirtschaftswissenschaft haben, die politisch und sozial tragbare Schrumpfungsmodelle erstellen kann. (Sie wäre natürlich sofort keine Wirtschaftswissenschaft mehr, sondern eine Kultur-, eine Sozial-, eine moralphilosophische Wissenschaft.)«, schrieb Carl Amery im November 2004 an den neuen Bundespräsidenten Horst Köhler. Er appellierte an ihn, da seine Position als einzige über die zwanghafte Turbulenz von Ressourcenausbeutung, Banalität und die globale Übermacht des Ökonomismus, welche den »biosphärischen Kollaps immer wahrscheinlicher machen«, »mit der Macht des Wortes« hinausgreifen könne. Er schlug ihm eine »Zukunftswerkstatt« vor, die auf internationalem Maßstab neue soziale und ökonomische Verkehrsformen erarbeiten könne, finanziert von nur einem Prozent der Millionärseinkommen. So hoffte er von dieser »Personifikation des globalen Finanzkapitalismus« (vgl. Editorial von *Argument* 254) einige Kompetenz in der Geldbeschaffung, so verstand er Köhlers Versprechen einer »konzeptionellen, intellektuell-geistigen Führung«. ¹ Der Bundespräsident stattete ihm statt öffentlicher Antwort einen Hausbesuch ab und wandte sich alsbald an das Arbeitgeberforum »Wirtschaft und Gesellschaft«. Er richtete seine Gedanken über die »Ordnung der Freiheit« im Sinne der Arbeitgeber an das Volk der Arbeitnehmer, bzw. derer, die vergeblich solche werden wollen (vgl. *FAZ*, 16.3.05, 6).

Wohl in Erinnerung, dass es einen »Kollaps« zu verhindern gelte, übersetzt Köhler für seine Adressaten diesen gängig in den »Kollaps des Sozialsystems«. Die Abgaben, die es zur Verhinderung braucht, bürdet er ohne Zögern dem Volk auf. Dafür betritt er als Landesvater das Feld der Moral. Unter der Behauptung, er spreche sogleich »zur Sache«, nämlich zu den mehr als 5 Millionen Arbeitslosen, klagt er: »Deutschland ist sich selber untreu geworden«. Die Treulosigkeit zeigt sich in der Vernachlässigung des »Erfolgsrezepts«, das Deutschland nach 1945 »Zuversicht und Wohlstand, Stabilität und Ansehen gebracht hat«. Der Wille nach oben spricht sich national, schließt die einzelnen als Nationalbürger ein. Das gemeinschaftliche Symbol ist der VW-Käfer. Lange vor der Globalisierung lief er global – dass Köhler ihn nicht Volkswagen nennt, erspart ihm die Erinnerung an seine Herkunft –, was ihn sogleich auf »die Ordnung« kommen lässt, die solches ermöglichte, nämlich Leistung, die zu sozialem Fortschritt führt. Die Aura der Zuversicht, die solche Verknüpfung hervorbringt, wird durch den Einbruch der Dämmerung getrübt. »Schleichend« kommt der »Niedergang«, die Ordnung wird durch staatliche

1 Carl Amery starb am 24. Mai 2005. Die Analyse der Köhlerrede soll an ihn erinnern.

»Eingriffe« »zersetzt«. Köhler ist Staatsdiener, so hält er immerhin für möglich, dass diese Eingriffe »wohlgemeint« waren. Aber es ist wie in der Schule. Der gute Vorsatz ist nicht genug. Seit Jahrzehnten wird reguliert, indem – genau umgekehrt, als uns bislang der Augenschein lehrte – von oben nach unten verteilt wird: »die Bürger ließen sich gern immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen«. Im »treulosen« Land leben mithin bestechliche Bürger. Ihr Einverständnis ist erkaufte. Schuldig werden sie alle. Durch die beliebige Vertauschung von unten und oben, in der also Bürger zu Volksherrschern werden, denen man Tribute bringt, um sie bei Laune zu halten, ist die Konsequenz solch sittenwidrigen Verhaltens vorgebahnt: »*Deshalb* ist die Arbeitslosigkeit [...] immer weiter gestiegen«. Dem Unwillen, die Logik vom Geschenk zur Arbeitslosigkeit nachzuvollziehen, wird einfach durch eine weitere merkwürdige Logik begegnet: »*Deshalb* machen hohe Abgaben Arbeit teuer«. Die vorhergehenden Sätze ließen uns annehmen, dass die hohen Abgaben Geschenke der Regierung an die Bürger seien. Um nicht verrückt zu werden, verzichten wir lieber auf logische Beweisführung und ergänzen im Alltagsverstand, den der Präsident offenbar nicht so direkt ausdrücken mag, weil er schließlich hoheitlich, also eher im Stil der Dichter und Denker zu sprechen sich anschickt und allgemein sprechen muss, nicht so unumwunden im Interesse der Wirtschaft. Erkennbar bleibt unter den vagen Verknüpfungen, dass man an die »Lohnnebenkosten« denken soll, und hier kommt Köhler auf »den Kollaps des Sozialsystems«. – Es folgt als dritte Anrufung der unausbleiblichen Folgen: »*Deshalb* ist die Massenarbeitslosigkeit [...] ein strukturelles Problem«. Unter der ungemütlichen Zumutung erschlichener logischer Folgen meldet sich der gesunde Menschenverstand und weiß: zu teure Waren sind unverkäuflich. Sie werden zu Ladenhütern. Man könnte sie noch im Ausverkauf zu Schnäppchenpreisen anbieten. Ein Verkaufsgelände, in dem solches möglich ist, wäre zum Beispiel Europa ohne Grenzen; Arbeitskraft als Billigware im »free trade«. Die Aufgabe der Bürger wäre es mithin, sich selbst in ein Schnäppchen zu verwandeln. Nach dem Training im 1-Euro-Job sind die schwierigsten Hindernisse zu hoher Selbstwerteinschätzung abgebaut. Voraussetzung für künftiges Wohlergehen ist die Verwohlfeilerung seiner selbst, indem man Wohltaten nicht mehr annimmt, statt die »Erblast für unsere Kinder und Enkel« zu erhöhen, indem man das Land in noch mehr Schulden stürzt. Jeder ist nicht nur seines Glückes Schmied, sondern kann auch zum allgemeinen Wohl durch Verzicht beitragen.

Köhler hat mit diesen Anrufungen erst die Saiten gestimmt für das Hauptkonzert von »Demokratie und Marktwirtschaft«. »Wir freuen uns«, deren immer weitere Ausbreitung anzukündigen. Wieder hat man das Gefühl, dass Worte an der falschen Stelle sitzen, Anschlüsse nicht stimmen. Aber das Ganze hat System. Köhler möchte nämlich durch solche Ansage auf den »Geburtenrückgang« kommen, mit dessen Folgen »wir unerbittlich konfrontiert werden«. Als Präsident sieht er sich vor der widersprüchlichen Aufgabe, sowohl für mehr Kinder plädieren zu müssen, als auch die Vermehrung der Arbeiterklasse zu unterbinden. Er nennt letzteres »einen neuen globalen Wettbewerb um Arbeit und Wohlstand«, der »zugleich« mit dem

Geburtenrückstand vorkomme, welches zusammen eine »gewaltige Aufgabe für gestaltende Politik« sei, die »wir« (?) vor uns hätten, ein »dickes Reformbrett«. Die Widersprüche spitzen sich zu: Köhler plädiert für einen »modernen Sozialstaat«, der mit Mittelkürzungen, »einer nachhaltigen Finanzpolitik« vereinbar sei. Dies will er u.a. durch folgenden sibyllinischen Satz ermöglichen: »Das Steuersystem« soll »Leistung belohnen« und »dem Staat geben, was des Staates ist«. Ist dies eine Mahnung, Steuern nicht zu hinterziehen und eine Aufforderung, jenen, die viel verdienen, ohne genug zu »leisten«, mehr Steuern abzuverlangen? Die Sprache scheint beliebig einsetzbar. Das macht, dass die einst wie eherne Glocken tönenden Worte wie »Vertrauen«, »Bürger«, »Wahrhaftigkeit, Stetigkeit, Stimmigkeit und Berechenbarkeit der Politik« leer bleiben. Beschworen werden »patriotische Verantwortung«, die gleichermaßen für Wirtschaft und Gesellschaft gelten, als ob die Wirtschaft kein Teil von Gesellschaft wäre.

Die Beschwörung ist das Sprungbrett, von dem Köhler ins eigene Bekenntnis gleitet und von dort ein neues »wir« gewinnt, das Volk und sein Präsident, in denen »die nötige Energie, Kreativität und Solidarität steckt«. Man sieht, nicht erst Angela Merkel hat für den kommenden Wahlkampf das Wort Solidarität neu aufpoliert, indem sie die Kopfprämie in ein »solidarisches Gesundheitssystem« umbenannte. Das Wesentliche, das uns unsere Politiker derzeit lehren, ist, dass Worte Betrug sind – daher vermutlich die Energie, mit der die Rechtschreibreform heftig hin- und hergeredet wird, als käme es doch auf Worte an.

Köhler ebnet sich den Weg durch Gemeinplätze: er »glaubt daran, dass Menschen ihr Glück machen wollen«. Ein Wille, der gut sei, aber »Freiheit« brauche. Jetzt endlich ist er bei seinem eigentlichen Thema: »Die Ordnung der Freiheit«. Die folgenden Sätze wiederholen das Wort Ordnung mehrfach, das in Verbindung mit Verantwortung, Förderung, Lohn auftritt, bis »Ordnungspolitik« sich entfaltet. Unter diesem Begriff entwirft Köhler seine Vorstellungen, wie alles funktioniert, auf eine Weise, dass man versucht ist, ihn tatsächlich als Autor seiner Rede anzunehmen, schließlich kommt er aus der Welt der Finanzen. In seiner »Ordnung der Freiheit« geht es zu wie im Monopolspiel. Spielregeln werden nach Bürgerauftrag vom Staat gemacht. Die Bürger spielen. »Die Regeln lauten: Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen«, Lebensrisikosicherung und »Haftung aller«. Ein Buchhändler also, so müssen wir jetzt denken, der ohne Privateigentum seinen Laden gemietet hat, seine Bücher nach Preisbindung losschlagen möchte, keine Altersversicherung hat, scheidet ebenso aus dem Spiel aus wie alle Hartz-IV-Menschen, Studierende, Kinder, Alte usw. So muss auch niemand für sie haften. Der »moderne Sozialstaat« »gaukelt« keine »Garantien« vor, wer nicht mitspielt, hat verloren, darauf »muss Verlass sein«, sonst fehlt »das Vertrauen« der Bürger, das wiederum unerlässlich ist für den »Aufschwung«. Köhler hat nicht nur den Brief von Carl Amery bekommen. In bewegten Worten begründet er die Dringlichkeit seiner Politik mit den vielen verzweifelt Briefen, die ihm Arbeitslose schrieben. Er ist jetzt persönlich überzeugt, dass sie wirklich arbeiten wollen. In seiner Hilfestellung muss er aber nach zwei Seiten agieren: die

zu schaffenden Arbeitsplätze müssen »wettbewerbsfähig« sein, alles müsse unterlassen werden, was dies nicht befördert und anderen Zielen dient, selbst wenn diese »wünschenswert« seien. Das Rätsel um diese vage Anspielung wird im Folgenden gelöst. Nach Entfernung vieler sprachlicher Umstände und schmückender Füllworte ergibt sich als klare Losung des Präsidenten: die Gewerkschaften müssen Lohnzurückhaltung üben, die Lohnnebenkosten müssen radikal gesenkt werden, ebenso die Sozialbeiträge (hier fühlt er sich durch »die Wissenschaft« unterstützt), die soziale Sicherung vom Lohn abgekoppelt. Die Tarifverträge, die insbesondere »Geringqualifizierte« in Bedrängnis bringen, gehören vom Tisch, an dem auch – Köhler gibt sich klassenneutral – Arbeitgeber saßen. Solcherart den Niedriglohnsektor und die Arbeitgeberseite in ein Bündnis bringend, springt Köhler zeitgemäß zur »Flexibilität«. Dieser Joker in allen Arbeitsfragen wird von ihm jetzt perfekt logisch, wenn auch keineswegs bewusst, als Entseelung der Arbeitenden selbst entziffert. Begriffe wie »atmende Fabriken« und »intelligente Arbeitszeitmodelle« übergeben den Dingen die Lebendigkeit der arbeitenden Menschen. Hier greift Köhler offenbar in ein anderes Manuskript und berichtet empört: in der Schweiz hätten mehr Ältere einen Arbeitsplatz als in Deutschland. Das kann nicht sein, denn »so verschieden sind Deutsche und Schweizer nicht«, und wir brauchen das Wissen und die Erfahrung der Älteren.

Zurück in die Wachstumspolitik, die zu verlassen Amery ihn beschwor. Köhler sieht einen gangbaren Weg, wenn das Steuersystem reformiert wird, da es nicht effizient ist und Investoren abschreckt. Vergessen die vollmundige Formulierung, dass »dem Staat zu geben« sei; er plädiert für Senkung der Steuersätze. Es ist, als ob ihm jeweils erst im Nachhinein einige Konsequenzen seiner Worte bewusst würden. So fügt er eilig an, dass solche Senkungen nach einigen Erfahrungen zu Mehreinnahmen führten und ergänzt, dass der Staat solche brauche. Vielleicht aber hat solches Hin- und Hergespringe auch seine eigene Logik, und die Rede ist einfach nach dem Rezept *für jeden etwas* zusammengestellt, um die entgegengesetzten Parteien nicht zu verschrecken. Er selbst gibt als Auflösung, dass Deutschland mit den höchsten Unternehmersteuersätzen die niedrigsten Einnahmen erziele, woraus natürlich folgt, dass nur die Adjektive vertauscht und in Politik zu übersetzen sind, sodass aus den niedrigsten Unternehmersteuersätzen die höchsten Einnahmen fließen. Beiher erwähnt er noch die kleinen und mittleren Unternehmer, die in dem Hoch-Tief-Gefälle ruiniert würden und schließt allgemein: alle Steuerreform beginnt bei der Unternehmenssteuer.

Er nimmt am Ende allen »politischen Mut« zusammen und versucht doch einen Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaftsmisere zu denken. Unterhalb der allgemeinen Krise drängen sich ihm die Nebenschauplätze Subventionspolitik und Bürokratie auf, als deren Hauptverursacher (nach Aussage von »Kennern«) er tapfer die Wirtschaftsverbände bezeichnet, als sei dies der einzige Schaden, den sie der Menschheit zufügen. Damit aber niemand der Anwesenden schmolzt – schließlich spricht er vor dem Unternehmerforum – verspricht er allgemein »niedrige Arbeitslöhne«. Als Landesvater kann er es bei dieser schlichten Wahlrede für die CDU nicht belassen.

Die Landeskinder kommen gespiegelt über Grenzzäune doch in den Blick: »Wir« wollen das »Lohnniveau in Deutschland nicht auf das von Polen oder China senken«. Anders als Lafontaine wettet Köhler nicht gegen Migranten, die billiger arbeiten als die Deutschen, sondern bleibt bei »free trade«; er löst das Problem durch Hinzunahme eines zweiten Standbeins: »Innovationen, Bildung, Wissenschaft, Forschung«. Unser Land ist »ein Land der Ideen«. »Wir müssen um so viel besser sein, wie wir teurer sind.« Mit deutscher Qualitätsarbeit voran. Er beklagt bloßes »Mittelmaß« an deutschen Schulen und Universitäten und beschwört Hoffnung. Sie komme von begeisterten Lehrern und Schülern, Eltern und freudigen Handwerkern, die ihre Kompetenz weitergeben. Die Folge solchen Aufbruchs: »So kommen solides Wissen und kritisches Denken, Neugier und Experimentierfreude in die Welt.« Amerys Zukunftswerkstatt noch in Erinnerung, ist man einigermaßen verblüfft, dass der eigentliche Weg Wettbewerb heißt, früheres Lernen, individuelle Förderung, was natürlich Begabtenförderung meint, Autonomie der einzelnen Schulen und Universitäten, Förderung an der Spitze, aber auch in der Breite, lebenslanges Lernen. Was er so deutlich nicht ausspricht, ist, dass man endlich auf »schlechte Schüler« keine Rücksicht mehr nehmen muss und so die Klassenstruktur der Gesellschaft sich (wie in den USA) wieder im Schulsystem ausdrückt. »Rasches Handeln« tut not.

Köhler wendet das eine Prozent, das Amery von den Millionären wollte, in drei, die vom Staat in fünf Jahren für Forschung und Entwicklung auszugeben seien. Er spricht nicht über Ökologie, Kultur, Kunst, nicht über die Leben der vielen, nicht über die anderen 97 Prozent. Er lächelt (auf dem Foto von der Veranstaltung) wie ein Firmling und fordert nun doch zum Schluss auch etwas von der Wirtschaft: mehr Anstrengung, mehr »Marktführer«. Auch hier gilt als Heilmittel mehr »Begeisterung« »von der Chefetage bis in die Werkshalle«. Für den Fall, dass dies jemand als »Unternehmerschelte« missversteht, beschwört er als Aufgabe Erfolg am Markt und Gewinne und versichert, dass er dem moralischen Verdacht dagegen Einhalt gebieten wolle. So antwortet er schließlich zwischen den Zeilen doch auch Amery, dass Wachstum eben nicht zum biosphärischen Kollaps führe, sondern Gewinn sei Leistung und Hilfe, Investitionssicherung, Weiterbeschäftigung und zusätzliche Arbeitsplätze. Die Wirtschaftsleute werden bei ihren Tugenden gepackt: Offenheit, Partnerschaft, Achtung von Mitarbeitern; sie sollen ein »familienfreundliches Klima« schaffen. »Das zahlt sich aus.« Gegen mangelndes Vertrauen der Wirtschaft in den Standort Deutschland, versichert er, dass an den Schwächen gearbeitet werde. »Vertrauen wir auf unser Land [...] wir haben das Zeug dazu, die Ordnung der Freiheit gemeinsam wieder aufzubauen [...] die Menschen sind bereit.«

Welche Lehren gilt es zu ziehen? Entweder: Die Intellektuellen haben ausgedient. Ihr Wort fällt auf unfruchtbaren Boden. Es gilt, die Augen, die Ohren, den Mund zu verschließen. Oder: Sie haben die meiste Arbeit noch vor sich. Die Zukunftswerkstätten braucht es auf internationalem Maßstab. Sie haben schon begonnen.

Jens Badura

Nein FÜR Europa

Bringt das Projekt Europa die Europäer nicht mehr zum Träumen, wie Ratspräsident Juncker konstatiert? Haben die Menschen die Wertschätzung vor der »historischen« Dimension der Europäischen Einigung verloren, wie manche Mitglieder der Gründergeneration meinen? Ist Europa vielleicht gar so wenig bedeutsam, dass die Ergebnisse der Referenden eigentlich nur Unmut über die jeweiligen Regierungen zum Ausdruck bringen, wie es in deutschen Reaktionen zu hören war? Oder ist Europa im Gegenteil schon so identitäts- und grenzbewusst, dass das Referendum ein gebotener Anlass für das Ziehen der Notbremse in Sachen Erweiterung war (vor allem mit Blick auf die Türkei), wie Frau Merkel und Herr Le Pen zu wissen meinen? Haben »die Menschen« einfach nicht kapiert, wie gut es die politischen Würdenträger mit ihnen meinen – wie es in der ihm eigenen arroganten Staatsgetragenheit Minister Fischer »diese Menschen« wissen lässt? Oder ist es die mangelnde Anerkennung bzw. Angst vor den sogenannten neuen politischen Realitäten, wie sie durch die ach so evidente »Globalisierung«¹ gegeben scheinen? Lautet also die Konsequenz, wie Chirac es zum Ausdruck brachte, dass »man verstanden habe« und von nun an besser vermitteln werde, dass alles zum Besten läuft, wenn das Vertrauen in ein Europa der abstrakten Repräsentation verwirklicht sein wird, das sich auf genau diese »Realitäten« einstellt?

Zuweilen reibt man sich die Augen ob der zwischen Ignoranz, Naivität und Schamlosigkeit changierenden Debattenbeiträge. Das Nein (vor allem der Franzosen) war ein Nein zur Abschaffung der Politik durch sich selbst, die dann stattfindet, wenn Marktliberalität über Gemeinwohlinteressen gestellt wird. Dies aber tut der Entwurf zumindest in seinem dritten Teil und verpflichtet alle Unterzeichnerländer darauf. Insofern dienen die Strategien zur Diskreditierung der Neinsager der Schwächung einer linken Bewegung, die für die Autonomie der Politik gegenüber der Vereinnahmung durch eine schleichende Disziplinierung des Denkens mittels neoliberaler Kalküle kämpft. Das aber ist von der Linken weder im Vorfeld noch im Nachgang der Referenden hinreichend deutlich gemacht worden, weshalb diese Kernfrage hinter zwar wichtigen, aber eben nicht den Kern treffenden Einzelforderungen wie die nach einer europäischen Sozialcharta oder der Verankerung bestimmter Einzelrechte aus dem Blick zu geraten droht. Zugleich muss klargestellt werden, was ein linkes Nein FÜR Europa von den rechten Motiven des Nein ZU Europa unterscheidet: Es geht hier um die Differenz zwischen der Forderung nach nationaler Souveränität gegenüber der Forderung nach einer Souveränität der Politik.

1 An anderer Stelle habe ich die mythisierende Rede von »der Globalisierung« im Sinne einer quasi-natürlichen Entwicklung als eine Strategie der Gefügigmachung des öffentlichen Diskurses kritisiert, der darauf zielt, die kreative Dimension des Politischen systematisch durch pragmatische Imperative zu ersticken: Jens Badura, »Von der »Globalisierungsdebatte« zur Philosophie der Mundialisierungen – Plädoyer für eine Diskursreform«, abzurufen unter www.durchdenker.de.

Die Debatte hat die französische Öffentlichkeit quer zu den traditionellen politischen Lagern gespalten. Hier schienen Grundfragen angetastet wie diejenige, was politische Souveränität in suprastaatlichen Konstellationen heißen kann. Es entstand eine ambivalente Stimmungslage, aus der heraus mehr oder weniger verklausulierter Unmut über die Tendenz zu immer weiteren Distanzierung von Betroffenen und Entscheidenden im politischen Alltag bei gleichzeitiger Diffusion der Entscheidungskriterien zum Ausdruck gelangte: Sind diese Kriterien, die ja in der Verfassung formuliert sein sollten, gemeinwohlorientiert – wie im Bereich des Politischen zu erwarten wäre? Oder folgen sie anderen Zielen, nämlich einer auf imaginäre Weltmärkte hin orientierten Effizienzlogik, die letztlich auf ein Europa der Unternehmen, nicht aber eines der Bürger hinausläuft? Und auch wenn es hinsichtlich der Frage, was das Gemeinwohl umfasst (nur Franzosen oder nur EU-Europäer oder aber mehr), sehr unterschiedliche Auffassungen gab, war doch bezeichnend, dass quer zu den politischen Lagern offenbar kein hinreichendes Vertrauen mehr in die gewählten Repräsentanten vorhanden war, einen gemeinwohlorientierten Rahmen überhaupt noch im Sinne der Repräsentierten gestalten zu können: »Nicht in unserem Namen« war hier nicht nur beschränkt auf eine personalisierte Abrechnung aufgrund der je eigenen Unzufriedenheit mit den das Land Regierenden, sondern hatte einen spürbar grundsätzlichen Beiklang bezogen auf die bedenklichen Einschränkungen der Möglichkeiten von Politik überhaupt – und das wäre wohl vor einigen Jahren und auch bei einem anderen Thema noch nicht möglich gewesen.² Abgesehen von dieser atmosphärischen Strömung, die selten explizit, gleichwohl aber allgegenwärtig spürbar war, wurde in der konkreten Auseinandersetzung über weite Strecken ein ansehnliches Differenzierungsniveau und eine imposante Politisierung der breiten Öffentlichkeit erreicht. Die Debatte unterlief durch ihre diskursive Eigendynamik die in die Grammatik der Entweder-Oder Logik von Ja-Nein Referenden eingeschriebene Suggestion eindeutiger Entscheidbarkeit komplexer Fragen.

Trotz dieser im Ganzen positiven Entwicklungen gab es aber gleichwohl Bedenkliches zu beobachten. Während sich das Ja-Lager (Rechts wie Links) mit gewissem Erfolg auf das Primat des Pragmatischen und des Kompromisses für Europa berufen konnte, hatten die Anhänger eines Neins FÜR Europa von Beginn an mit einem für das konstruktive Neinsagen generell symptomatischen Imageproblem zu kämpfen: Nein FÜR Europa zu sagen, hieß, ob man es wollte oder nicht, sich auf eine Bekenntnis-Bringschuld zu verpflichten, die Jasagern nicht abverlangt wurde. Eine gängige Strategie, dieser Bringschuld gerecht zu werden, war es, mit

2 Allerdings muss dann erklärt werden, warum diese Motivation gerade jetzt so massiv entstanden ist und nicht etwa anlässlich des in der Souveränitätsfrage weiter reichenden Maastricht-Vertrages. Eine mögliche Erklärung wäre, dass sich im Zuge der öffentlichen Debatten um die ›Globalisierung‹ eine wachsende Sensibilisierung für die angeblich unhinterfragbare Transformation politischer Gestaltungsspielräume in Richtung einer wachsenden Reaktivität entwickelt hat und deutlich wurde, dass es gegenüber dem vorausseilenden Rückzug der Politik aus der Gestaltung sozialer Wirklichkeiten eben doch Alternativen geben kann und soll. Diese Art der Phantasielosigkeit sollte nicht auch noch mit dem Titel ›Verfassung‹ geadelt werden.

konkreten Alternativen für ein besseres Europa zu kontern: Den dritten Teil aus dem Vertrag herausnehmen, eine Sozialcharta einführen etc. Diese vorausseilende Pragmatik bleibt aber diesseits der Grundfrage, um welche politische Identität es eigentlich gehen soll bzw. für welches politische Ideal man kämpft. Entsprechend schwer hatten es diejenigen, deren Nein auf eine gründliche Neubestimmung der europäischen Idee zielte. Kurz, es zeigte sich, wie schwer es ist, über ein ANDERES Europa (anders nicht im Sinne des Kontrasts zum Einen, sondern als offenes Modell) überhaupt öffentlich nachzudenken. Diese Schwierigkeit besteht weiterhin und entsprechend schwer haben es heute diejenigen, welche die seismische Energie des französischen Nein als Antrieb für eine engagierte europäische Selbstverständigung deuten und diese als einen fortlaufenden Prozess vorantreiben wollen.

Die Vehemenz, Ambivalenz und Komplexität des französischen Referendum-Diskurses war ein gelungenes Beispiel für die Möglichkeit einer gesellschaftsweiten Europa-Debatte, zu der es angesichts der repräsentationspolitischen Feigheit vor dem Volk in Deutschland bislang nicht kommen konnte, nun aber vielleicht doch noch kommen könnte.

Wenn das »Nein« etwas hat deutlich werden lassen, dann die souveräne Erinnerung daran, dass Europa im Modus der Politik und nicht gemäß dem Wunschzettel ökonomischer Partikularinteressen zu behandeln ist. Die zum Ausdruck gelangten politischen Leidenschaften waren aber sehr unterschiedlich motiviert und hatten keineswegs immer das zum Inhalt, was man sich von einer linken Idee Europas her wünscht. Das Bekenntnis zu einem sozialen Europa reicht nicht hin, solange die Frage, auf welcher europäisch-politischen Identitätsbasis es erreicht und sichergestellt werden kann, ungeklärt ist. Hierzu steht ein konstruktiver Streit jenseits der Referendumspositionen an, der sich über parteiinterne Machtkämpfe erhebt, wie sie bei den französischen Sozialisten nach dem Non zu beobachten sind. Die Parteiführung unter François Hollande, deren Eintreten für den Verfassungsvertrag sich trotz eines parteiinternen Votums für das Ja unter den PS-Wählern nicht durchsetzte, steht nun mit dem Rücken zur Wand, weil ihr genau diese substantielle Idee für Europa jenseits des Verfassungsvertrages fehlt, mit der sie nun auf die linken Vertreter des Nein FÜR Europa zugehen könnte. Mag es im Referendum vor allem ergebnisorientiert zugegangen sein, so steht nun an, das FÜR Europa in neue politische Visionen und Konzepte zu bringen. Eine linke Politik, die sich hier zu selbstverständlich auf die Evidenz der eigenen Motivlage verlässt und diese nicht in aller Grundsätzlichkeit hinsichtlich einer eigenen europäischen Perspektive ausleuchtet und gegenüber oberflächlichen Konvergenzen abgrenzt³, riskiert, nach außen wie nach innen unterbestimmt zu bleiben. Nach außen droht die Gefahr, in die Nähe von Positionen zu geraten, die nationalistische Inhalte vertreten. Nicht wenige Anhänger des Oui haben immer wieder und in der öffentlichen Wahrnehmung durchaus mit Erfolg versucht,

3 Das vertrackte an konvergenten Positionen ist, dass sie Differenzen auf der Ebene von Grundüberzeugungen verschleiern können – und damit Scheineinigungen produzieren, die Kritik an der herrschenden Meinung erschweren, weil es sofort heißt: »Aber letztlich kommen wir doch zu den gleichen Ergebnissen«.

das Nein FÜR Europa derart zu diskreditieren. Nach innen gibt es weiterführenden Klärungsbedarf hinsichtlich der Frage, welches Europa aus linker Perspektive wünschenswert wäre: eines, das die vergleichsweise hohen Sozialstandards in Frankreich oder Deutschland gegenüber einem Angleichungsdruck nach unten – also in Richtung des sprichwörtlich gewordenen polnischen Klempners oder Fleischers – schützt? Dann ist zumindest zu klären, wo der genaue Unterschied zu denjenigen Positionen liegt, die von den »Souveränisten« um de Villiers und seinem »Mouvement pour la France« vertreten werden. Oder geht es eher um ein Europa als politisches Gegenmodell zu den USA – also ein Europakonzept, das vorrangig an außenpolitischen Fragen ausgerichtet ist und für eine andere weltpolitische Vision eintritt, die soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Kriegsverhinderung und Umweltschutz zu Leitmotiven zukünftigen Handelns nimmt? Immer jedoch läuft es darauf hinaus, dass nun der Zeitpunkt da ist, sich von der Reduktion des Ja-Nein-Diskurses zu lösen und einen offenen Prozess der Positionsbestimmung zu beginnen. Das kann aber dann nicht geschehen, wenn interne parteistrategische Hegemoniekalküle über politische Hegemoniekalküle gestellt werden. Innerhalb der französischen Linken scheint es bislang kaum möglich, dass sich Anhänger einer pragmatischen Perspektive auf das Verfassungsprojekt, die sich für ein Ja eingesetzt und mit ernstzunehmenden Gründen eine »besser-als-nichts«-Position vertreten haben, mit jenen ins Benehmen setzten, die sich für das Nein FÜR Europa ausgesprochen haben. Doch genau dieser konstruktive Streit wäre notwendig, um zu klären, wie das Nein FÜR Europa als Votum für eine Restituierung der Politik gegenüber einer durch »Sachzwanglogik« getriebenen Verwaltung von partikularen Macht- und Kapitalinteressen genutzt werden kann.

KONGRESS

KAPITALISMUS

RELOADED

**IMPERIALISMUS
EMPIRE
UND HEGEMONIE**

**11.-13. NOV 2005
BERLIN**

WWW.KAPITALISMUS-RELOADED.DE

REFERENTEN/INNEN u.a.: Alex Callinicos
Giovanni Arrighi | Frank Deppe | Karl-Heinz Roth
Christoph Lieber | Ana Esther Cecena | Beverly Silver
Stefanie Hürtgen | Andreas Boes | Ursula Huws
Thomas Seibert | Peter Gowan | Mario Candeias

VERANSTALTER ak analyse & kritik | Arranca
Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung | BdWi
Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V.
BuKo ASWW | Das Argument | Fantomas | FeLS
Helle Panke | Kritik & Praxis Berlin | Linksruck | PROKLA
Rosa Luxemburg Stiftung | Sand im Getriebe (attach)
Sozialismus | Sozialistische Zeitung – Soz
WISSENTTransfer

KONTAKT info@kapitalismus-reloaded.de

Wolf-Dieter Narr

Wahlen, BRD 2005 – mehr als bewegte Sklerose?

Wie eine Lawine pervers. Sie hebt riesig an. Sie überrollt alles, was sich ihr in rasendem Abwärts entgegenstellt. Und sie endet damit, dass von irgendeinem kleinen Ereignis, einem Gementsritt, einem Luffhauch, einem gelockerten Steinchen, geballte Schneeflocken steilgebreitet sich wieder entballen. Unsäglich weiß, wie ewig und erhaben über allem Schmutz mildert der Schnee die schroff geahnten Kanten des Bergs. Ruhe herrscht. Kalter Wind. Im tausendfältigen Glitzern spiegelt sich Sonne rundum.

Wahlen! Seitdem am frühen Abend der erwartbar rotgrün verlorenen nordrheinischen Westfalenwahl vom sozialdemokratisch gestellten Kanzler und dem Parteivorsitzenden der Partei, die diesen Namen trägt, die fast alle überraschende Lösung von Neuwahlen als wie immer geartete Lösung nicht genauer benannter Probleme ausgegeben worden ist, ›lawint‹ es. Riesengroß von Anfang an donnert sie bis zum mitseptemberlichen Wahltag in die Medien, in die politischen Wahrnehmungs- und Handlungstäler. Dann wird sie sich rasch entballen. Und das freilich nicht weiße Leinentuch bundesdeutscher politischer Wonnen der Gewöhnlichkeit wird sich, lang und zäh und schwer anzuheben, über den parteilich anders gesprengelten Regierungs- und Oppositionsalltag breiten. War's diese Lawine wert? Mussten, sollten, durften wir uns ihr alle, vom ›Wahlcoup‹ des amtierenden Kanzler Schröder überrascht, wahlpolitiksachzwangsartig unterwerfen? Damit wir Politik mitgestalten? Wird Walter Benjamins Feststellung nicht ein weiteres Mal zutreffen? Das ist die Katastrophe, dass alles so weitergeht.

Seit den Abendstunden des 22. Mai ist hektische Betriebsamkeit ausgebrochen. War es kanzlerklug, kanzlerpanisch oder – dumm, die Sommerpause zu sparen und den Wahl-, sprich populistischen Zähltag anzusetzen, wenn die Blätter noch nicht fallen? Wie ist das Problemchen zu umschiffen, dass die Verfassung, Weimar-gebrannt, einen solchen okkasionellen Dezisionismus des koalitions gewissen Kanzlers nicht vorsieht? Wahlzeiten sind vor allem Spekulationszeiten. Sie belegen, wie sehr es bundesdeutsch gelungen ist, den symbolischen Mechanismus repräsentativ verfasster Demokratie, periodische Wahlen als politisch zentralen Bezug zu verinnerlichen. Als sei eine verändernd nutzbare politische tabula rasa gegeben. Der sonst in die Ecke gestellte »Volkssouverän« tritt berechenbar, unberechenbar auf die umworbene Bühne. Nicht nur die große Oppositionspartei mit ihrem liberalen Wurmfortsatz, die CDU/CSU rechnet sich – im Oxymoron gesprochen – sichere Chancen aus. Vielmehr artikuliert (fast) alles, was sich selbst als links bezeichnet und angesichts der allgemeinen Lust zur wohlfeilen Reduktion der Komplexität so qualifiziert bzw. disqualifiziert wird, neue Hoffnungen politischen Machtgewinns. Und politischer Machtgewinn heißt nun einmal in den Grenzen liberal demokratischer Verfassung Wahlgewinn bzw. Gewinn eines kräftigen Happens von Prozenten der summierten Wählenden – des »Volks« (!) wohlgermerkt –, der ›die Welt‹ bedeuten mag, will sagen Geld, Positionen und vielleicht

sogar Regierungsbeteiligung (und diese heißt vor allem: Positionen und Medien-, zuweilen auch Geldzugang). Wie Herr Müntefering jüngst trefflich wusste: Opposition ist »doof«. Da solcher Gewinn in etablierten Parteiformen nur noch den »Linken« in der SPD möglich ist – hier zeigt sich besonders, wie wässrig das Etikett »links« gedünnt werden kann –, köcheln nun die Gebräue neuer oder veränderter Parteien. Als da vor allem sind; die WASG und die PDS. Die WASG = Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit hat, gerade gegründet in der NRW-Wahl, die Zwei-Prozent-Zahl sacht überschritten. Sie ist also, ein ambivalentes Lob dem bundesdeutschen Parteiengesetz und der in ihm vorgesehenen staatlichen Parteienfinanzierung, geld- und ausgebautes-Büro-fähig geworden. Die PDS, vereinigungsalt, hat ihren »cordon sanitaire«, die fünf kaum noch neu zu nennenden Bundesländer fast nicht zu überschreiten vermocht. Nur zwei direkt gewählte – und vom Bundestagspräsidium hanebüchchen schlecht behandelte – Abgeordnete zählt der aktuelle Bundestag. Also werden »Runderneuerungen« aller Art bis zu freilich nur begrenzt möglichen Listenverbindungen aus PDS und WASG gehandelt, vom narzisstisch einander korrespondierenden möglichen Führungsduo, Gysi und Lafontaine, »verletzend« nur im Vorübergehen zu reden.

Hinter all diesen sterilen Aufgeregtheiten drohen jedoch, ausnahmsweise mit Bismarck zu reden, die »großen Fragen der Zeit« zu verschwinden. Diese sind freilich, ihm radikal entgegen, nicht mit »Blut und Eisen« zu lösen. Jedenfalls verlieren diese drängend zwängenden Probleme ihr erhaben drohendes Profil. Einige wenige derselben will ich ungemäß knapp apostrophieren, bevor ich in Sachen anstehende Wahlen offen und bestimmt in einem schließe. Wahlen werden über kürzer oder ein wenig länger anstehen, selbst wenn sich der Bundespräsident der Kanzlerentscheidung verweigerte und den etwas irregulären regelmäßigen plebiszitären Ausnahmezustand »parlamentarischer Demokratie« missbilligte.

Von dem neuen Ruf gelinden Schreckens, Hannibal, nein, Schwarzgelb im Tigersprung ante portas, sollten sich im brechtschen Sinne lesende Bürgerinnen und Bürger, zuerst und eher noch vordergründig, nicht davon abhalten lassen zu fragen, in welchen Erfahrungen, also reflektiertem Urteilswissen, die Ereignisse von 7 Jahren des von allzu vielen hochgeschriebenen »rotgrünen Projekts« gekeltert werden könnten und müssten. Von wenigen umwelt- und verbraucherpolitischen Sonnenflecken abgesehen, muss, so scheint mir, wenn »links« einem radikaldemokratisch sozialistischen Wert korrespondiert, von einem freilich erwartbaren Desaster gesprochen werden. Die verblendenden Farben »rotgrün« und ihre Brillenträger hätten geradezu erfunden werden müssen, um freilich lang angebahnte fundamentale Veränderungen im 1990 schlecht und verspätet »souverän« gewordenen, also auch nachnationalsozialistisch und nachkriegsgerisch emanzipierten Bundesdeutschland fast oppositionslos durchzusetzen. An erster Stelle ist die Kriegsentscheidung 1998/1999 zu nennen. Sie wird fortgesetzt von einer rotgrün mitgarnierten und legitimierten, aktuell freilich glücklicherweise doppelt plebiszitär gebremsten Verfassung der EU. Diese Verfassung besteht aus einem Kerngehäuse mit zwei Kernen: dem neoliberal, die EU-Länder globalisierend trimmenden; dem sicherheitspolitischen Doppel aus weltweit einsetzbarem Militär und verpolizeilichem Binneneuropa. Dieses wird zu

seinem Schutz mit Lager-Türmen vorweg umgeben, da schon die innere Verlagerung und Abwehr aller ökonomisch nicht zweckmäßigen Migranten und Flüchtlinge nicht auszureichen scheint. Dass die Schröder/Fischer-Regierung 2002/03 dem bush'schen Terrorismus nicht lauthals gefolgt ist, sich eher sanft verweigert hat, spricht allein für ihr wahlpolitisches Kalkül, wenngleich staatsnahe »patriotische« Philosophen à la das seltsame Duo Habermas/Derrida daraus ein europäisches Zivilisationsgegengewicht ergründen wollten. Die angestrebte Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UN, die den Außenminister zum Welthausierer werden ließ, deutet in veränderten Zeiten nur an, wie sehr sich die BRD wieder als Weltmacht brüsten will. An zweiter Stelle folgt auf dem Fuß die Art, wie »Rotgrün« den globalisierten und weiter kapitallogisch globalisierenden *profit-rush and run* in der Tat nachhaltig unterstützt und bundesdeutsch umgesetzt haben. Hierbei war ihnen unter den gegebenen Bedingungen keine Politik abzuverlangen, die dem weltweiten, die bundesdeutsche Politik in jeder ihrer Fasern erheblich mitbestimmenden und einengenden Druck kapitalistischer Akkumulation widerstanden hätte: um »alternativer« Politik willen. Dass jedoch die gegebenen politischen Spielräume nicht ausgenützt und vermehrt worden sind, dass vielmehr globalisierte und globalisierende »Induktionseiselei« (Friedrich Engels) betrieben worden ist, das ist politisch selbst im gegebenen Rahmen schuldhaft. Hinzu kommt die im Hinblick auf die betroffene Bevölkerung betriebene kommunikationslose Chuzpe, mit der die Hartzereien konturiert, konstruiert und praktiziert worden sind. Dass hierbei selbst unter einer technokratischen Perspektive schon vor der Regierungserklärung im März 2003 so viele Fehler angehäuft worden sind, dass die Wahlen in NRW ohne Wunderglaube verloren gehen mussten, obgleich die CDU/CSU nichts, aber auch gar nichts zu bieten hat, zeigt nur den schier radikalen Mangel eines Politikverständnisses, das über Show-Management zugunsten herrschender Interessen hinausgeht. Darum war unter »Rotgrün« noch mehr als zuvor Ungleichheit und die Verschlechterung der Chancen für die im Schatten des Herrschens und Habens lebende Bevölkerung Trumpf.

Will man aus diesen sieben arbeitslos fett und fetter werdenden Jahren mit sich schon zuvor überpurzelnden und konterkarierenden Programmpraxisfetzen lernen, muss man freilich weniger die Frage nach den politischen Inhalten und ihrem »Geschmack« stellen als vielmehr die, warum »Rotgrün« und seine illustren Repräsentantinnen und Repräsentanten nahezu rundum gescheitert sind. Die Antwort darauf muss personelle Züge missachten. Angesichts der ökonomischen Dominanz der Interessen und der Sklerose politischer Institutionen, die weder quantitativ noch qualitativ den Veränderungen im Zuge von Durchkapitalisierung, Durchstaatung, »Massengesellschaft« und kapitalistisch technologischer Globalisierung irgend gewachsen sind – pardon für die unausgepackten Schlagworte! –, spielen personelle Differenzen eine vernachlässigbare Rolle. Auch Parteien, neu gegründet, deren Prätendenten das Beste »glaubwürdig« (ein politisches Unwort) vorhaben, können den »Marsch durch die Institutionen« nur antreten, indem sie politisch substanzielles Gepäck abwerfen und noch einmal abwerfen. Bis sie die Unerträglichkeit des Seins als regierende Leichtgewichte erreicht haben. Darum hecken Wahlerfolge nicht

eine Zu-, sondern eine Abnahme politischer Macht, solange Macht im Sinne von (Anders-)Machen und Gestaltenkönnen verstanden wird. Wer also mit guten, mit überdeterminierten Gründen endlich eine andere, eine gestaltende Politik will, der wird nicht primär auf den Weg der schon vor ihrer Gründung etablierten Parteien setzen, so sich diese im bestehenden Gefüge tummeln wollen. Das gehört unter anderem zu den Phänomenen, die jedenfalls mir am meisten Angst bereiten: nicht das, was die herrschenden Repräsentanten der Politik tun, sondern vor allem das, was sie tun zu können bestenfalls vorgeben. Dass »Rotgrün« an seiner leeren Hybris, seine Regierung könne Arbeitsplätze schaffen, gescheitert ist, vom gänzlich falschen, nämlich Bürokratie fördernden Instrument nicht zu reden, stimmt nicht nur um des täglichen Jammers der Arbeitslosen zorntraurig. Dieses Scheitern ist auch ein Indiz dafür, dass eine Reform der realen – und dann auch der geschriebenen – Verfassung bundesdeutscher und vergleichbarer Gesellschaften überfällig wäre. Diese ist allerdings nur von außen und von unten her motivier- und inszenierbar.

Tiefer steckende Gefahren und Probleme vermag ich kaum noch anzudeuten. Sie wurden von der »rotgrünen« Koalition ausgespart oder in den ihr möglichen Umfängen verschlimmbösert. Was, wenn der Druck der Arbeitslosigkeit und der Mangel angemessener Antworten auf Hannah Arendts schon vor Jahrzehnten gestellte Frage zunehmen: was passiert mit den Arbeitsgesellschaften i.S. kapitalistisch dirigierter und funktionalisierter Arbeit, wenn ihnen die Arbeit ausgeht und die bestehende Ungleichheit radikalisiert wird? Die NRW-Wahlen und ihr Wählerruck erscheinen harmlos angesichts der Gefahren, die sich dahinter verbergen. Mit diesem Fragenkomplex hängen Gefahren eng zusammen, deren Eintreffen sich heute schon nicht nur im Kontext des »outsourcing« oder vermehrter Migrationen abzeichnet: der wachsende weltweite Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen nämlich. Er ist notwendige Folge einer Kapitalisierung der Welt als Dynamisierung von Ungleichheit zugleich.

Wahlen, BRD 2005. Schon den bundesdeutschen Vordergrund kann man nur mühearm durchdringen, wenn man die Farbmataphern bzw. die Parteikürzel verdinglicht, sprich wie die damit behauptete Sache selbst nimmt. Sieht man diesen Vordergrund im Kontext politisch-staatlicher Möglichkeiten heute, wird jedes eindeutige Votum falsch. Diejenigen, die simplen Antworten folgen, haben die nötigen, potenziell furchtbaren, jeden Tag heute schon kostenschweren Nachrichten noch nicht empfangen. Gewiss: jede und jeder mag sich am 18. September in die vorgezeichnete Ecke eines zur Wahl ausgewählten Raums begeben und dort mit spitzem Bleistift die Partei seiner (Vor-)Wahl ankreuzen. Wenn's denn der Findung der »richtigen« Partei und ihrer unvermeidlich mageren Wahrheit dient. Das ist der emphatische Rest, dessen, was an Demokratie individuell isoliert und erst in der statistischen Summe politisch uns gegeben ist. Niemand aber, der den nur mit schwarzem Humor erträglichen Ernst der Lage auch im Staate Bundesrepublik mit seinen vielen faulen Stellen, wenn nicht faulen Struktur wahrnimmt, sollte es damit politisch im Sinne eines nicht staatlich begrenzten Politikbegriffs sein Bewenden haben lassen.

Venezuela: Keine gesellschaftliche Umwälzung ohne die Frauen

Ein »langer Atem«

Die Frauenbewegung in Venezuela hat sich im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern früh organisiert und konnte wirkungsvoll auf die politischen und institutionellen Verhältnisse des Landes Einfluss nehmen. Die ersten Frauenorganisationen entstanden während der Diktatur von Juan Vicente Gómez (1908–1935). Im Zentrum dieser frühen Zusammenschlüsse standen die Untergrundkämpfe gegen die Diktatur, die Unterstützung der politischen Gefangenen und die Initiativen zur Gründung von Gewerkschaften. Nach Gómez' Sturz entwickelten sich demokratische Ansätze, die aber 1948 durch eine neue Militärdiktatur wieder verschüttet wurden. Doch ermöglichten diese Jahre den Frauen eine größere Teilhabe am politischen Leben. Es gründeten sich mehrere Frauenorganisationen¹, denen es Mitte 1945 gelang, das kommunale und 1947 dann endgültig das allgemeine Wahlrecht für Frauen durchzusetzen. Nach dem Sturz von Rómulo Gallegos, dem Präsident der demokratischen Übergangsregierung durch die neue Militärdiktatur unter Pérez Jiménez (1948), waren die Frauengruppen im Kampf für ihre Rechte blockiert. Sie beteiligten sich wie schon in der ersten Phase der Bewegung an Widerstandsgruppen gegen die Diktatur. Frauenorganisationen wie die *Unión de Muchachas Venezolanas*, die *Organización de Mujeres Comunistas* oder die *Asociación Juvenil Femenina* wurden verboten und ihre Führerinnen verfolgt. 1953 gründeten die Frauen die *Unión Nacional de Mujeres* und die *Junta Patriótica Femenina*. Beide Organisationen beteiligten sich am Untergrundkampf. Obwohl ihr Anteil an der Beendigung der 10 Jahre dauernden Diktatur beträchtlich war, wurde ihr Widerstand in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen.

In der mit dem *Pacto de Punto Fijo* 1958 durchgesetzten demokratischen Ära² kommt es zu einem Aufschwung der Politik der Frauen. Es entstehen Frauenorganisationen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten, und die politischen Organisationen gründen und unterstützen »weibliche Fraktionen«, von denen die meisten nicht feministisch sind. Nach der Weltkonferenz anlässlich des Internationalen

1 ACF (Agrupación Cultural Femenina), AVM (Asociación Venezolana de Mujeres).

2 Im *Pacto de Punto Fijo* vom 31. Oktober 1958 bekannten sich die Führer der drei wichtigsten Oppositionsparteien – unter Ausschluss der Kommunistischen Partei – zur Demokratie und verpflichteten sich, die Ergebnisse der für Dezember 1958 geplanten Wahlen anzuerkennen und zu verteidigen. Zusätzlich verpflichteten sie sich auf die Bildung einer »Regierung der Nationalen Einheit« sowie auf ein gemeinsames Minimalprogramm, zu dem eine neue Verfassung, ein langfristiger Entwicklungsplan und die Einführung einer Sozialgesetzgebung gehörten.

Jahrs der Frauen in Mexiko 1975 erklärte man dieses auch zum Jahr der Frauen Venezuelas, womit der Anstoß zum Ersten Frauenkongress gegeben war. Auf diesem wurden Reformen des 1942 in Kraft getretenen Bürgerlichen Gesetzbuchs gefordert, das die unumschränkte Macht des Ehemanns festschrieb. So wurden erste staatliche Politiken für die Integration von Frauen als Bürgerinnen initiiert.

1982 ratifizierte die Regierung die UN-Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung von Frauen und verlieh ihr Gesetzeskraft. In diesem Jahr wurden auch Veränderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs gebilligt. 1985 schloss sich der Koordinationsrat der NGOs (CONG) auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi dem Forderungskatalog zur Verbesserung der Situation der Frauen an. 1991 wurde der Zweite Venezolanische Frauenkongress durchgeführt, dessen Vorschläge bei der Einrichtung eines Ende 1992 gesetzlich verankerten nationalen Frauenrats berücksichtigt wurden. Im September 1993 wurde das Gesetz für Chancengleichheit verabschiedet. Jedoch zeigte diese Institutionalisierung erst 1999, im Prozess für eine neuen Verfassung, Wirkung.

Die neue Verfassung – eine Riesenchance für die Frauen

Hugo Chávez verkündete sofort nach seiner Amtsübernahme die Einsetzung einer verfassungsgebenden Versammlung mit dem Ziel einer Neugründung der Republik. Angezielt sind »ein demokratischer sozialer Rechtsstaat und eine Justiz, die Leben, Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie, [...] den Vorrang der Menschenrechte, ethische Grundsätze und politischen Pluralismus garantieren« (Art. 2 der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela). Mit der Regierungsverfügung vom 26. Oktober 1999 wurde das Gesetz für Chancengleichheit verbessert und die Arbeit des *Nationalen Instituts für die Rechte der Frauen* gestärkt. Das Institut wird regierungsunabhängig und erhält den Status einer juristischen Person mit eigenem Vermögen. Als Präsidentin wurde Maria León eingesetzt. Ihre Ernennung – durch Chávez persönlich – ist ein Akt der Anerkennung der Kämpfe von Frauen für ihre Rechte und für eine bessere Gesellschaft auch in Zeiten, in denen ihnen niemand zuhörte. Maria León ist eine glaubwürdige Repräsentantin der Frauen aus den Volksklassen, jenen, die stets aus den Entscheidungsprozessen der vergangenen Vierten Republik ausgeschlossen, ja sogar dem Spott der alten politischen Klasse ausgesetzt waren. Diese hatte es nie gewagt, den 8. März als ein für unser Land wichtiges Datum anzuerkennen.

Das *Institut* und die Frauenbewegung, d.h. Vertreterinnen aller politischen Richtungen einschließlich jener, die heute Gegnerinnen des bolivarianischen Projektes sind, begannen sehr schnell mit der Erstellung eines Forderungskatalogs, der in die Verfassung aufgenommen werden und die Kämpfe der vergangenen Jahre zusammenfassen sollte. Tatsächlich enthält die Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela, die in einem Referendum vom 15. Dezember 1999 gebilligt worden ist, in allen ihren Abschnitten die Gleichheit der Rechte von Frauen und Männern in allen Bereichen des Lebens. Diese Verfassung macht Frauen als gesellschaftliche

Subjekte sichtbar, verwendet eine nicht-sexistische Sprache, anerkennt den Wert von Hausarbeit und das Recht der Frauen auf ihre Sexualität und die Entscheidung über Kinder. Es sind somit alle Forderungen des *Instituts* und der organisierten Frauenbewegung in den Verfassungstext eingegangen und werden in Abschnitt 5 formuliert (»Über die sozialen Rechte und die Familien«). Enthalten sind z.B. Aussagen über die Gleichheit von Mutter- und Vaterschaft, die klarstellen, dass die Erziehung der Kinder nicht allein in der Verantwortung der Mütter, sondern auch der Väter liegt. Bezeichnend ist Art. 88, der – einzigartig in der Welt – den wertschaffenden Charakter von Hausarbeit anerkennt:

Der Staat garantiert die Gleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen in der Ausübung ihres Rechts auf Arbeit. Der Staat anerkennt Hausarbeit als ökonomische Aktivität, die Mehrwert, gesellschaftlichen Reichtum und sozialen Wohlstand schafft. Hausfrauen haben ein gesetzlich verbürgtes Recht auf soziale Absicherung.

Den Anstrengungen der venezolanischen Frauenbewegung – besonders jener Frauen, die den revolutionären Prozess in unserer Gesellschaft unterstützt haben –, ist es zu verdanken, dass unsere Verfassung jetzt auf den langen Kampf um die gesellschaftliche Bedeutung weiblicher Arbeit antwortet, der weltweit während der ganzen bisherigen Geschichte geführt wurde. Sicherlich ist das in Teilen auch Chávez zu verdanken, der verstanden hat, dass soziale Gerechtigkeit die Verbesserung der Lebensbedingungen der Frauen zur Voraussetzung hat, die fast 50 % der Bevölkerung ausmachen und zu 71 % für die Haus-, Familien- und Landarbeit zuständig sind.

Der wirkliche Kampf beginnt jetzt

Auch wenn alle ihre Forderungen in die Verfassung aufgenommen worden sind, sind die Anliegen der Frauenbewegung damit nicht erledigt. Die Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte im Ganzen und in jedem einzelnen Bereich des gesellschaftlichen Lebens steht erst noch bevor. Unterstützt wird dieser Prozess durch eine Reihe von Gesetzen, die auf den konkreten Umbau der sozialen Verhältnisse zielen und dabei die Lebensbedingungen der Frauen im Auge haben. Z.B. das Gesetz über Kleinkredite, das 2001 die Gründung einer Frauenbank zur Folge hatte und das vor allem Frauen als den Ärmsten unter den Armen zugute kommen soll; oder das Gesetz über Landaufteilung, das die Landarbeiterinnen unterstützt, die ohne soziale Absicherung von ihrem Ernteertrag leben müssen. Das *Nationale Institut für Landaufteilung* soll darüber hinaus dafür sorgen, dass sie nicht wie bisher vor und nach einer Geburt ins Elend stürzen; ebenfalls auf der Grundlage dieses Gesetzes verbessern sich die Bedingungen für diejenigen Frauen, die einem Haushalt vorstehen, indem ihnen Boden für Land- und Viehwirtschaft zugeteilt wird. Auch das Gesetz über die Fischerei bevorzugt die Frauen bei der Kreditvergabe. So formiert sich ein juristischer Rahmen für die Herstellung von mehr Chancengleichheit innerhalb einer Legislative, die es nicht gewohnt ist, die Geschlechterverhältnisse zu berücksichtigen. Das allein ist schon als Erfolg zu

bewerten, obwohl wir Frauen nicht für alle Gesetze Zustimmung erreichen konnten. So konnten z.B. die verantwortliche Vaterschaft oder die Legalisierung nichtehelicher Lebensformen die Hürde des Gesetzgebungsverfahrens nicht nehmen.

Es besteht ohne Zweifel das Bewusstsein, dass das Geschlecht in allen Bereichen des öffentlichen Lebens von grundlegender Bedeutung für die Errichtung einer sozialen und gerechten Gesellschaft ist. Doch gibt es zahlreiche Hindernisse und Widerstände auf diesem Weg. So muss der Staat enorme Mittel für die umfassende soziale Absicherung der Frauen aufbringen. Aber abgesehen von der sozialen und kulturellen Unterordnung der Frauen, ist es in einer durch und durch patriarchalischen Gesellschaft schwierig, Staatsbeamten und -beamtinnen die Problematik der Geschlechterfrage zu vermitteln, besonders da einem Teil der Frauen der sie unterstützende juristische Rahmen unbekannt ist. Damit stehen wir mit unserer Aufgabe, die Geschlechterverhältnisse in die Politiken des Staates (Gesundheitswesen, Bildung, Justiz, Verteidigung usw.) einzuschreiben, vor einer riesigen Herausforderung.

Es liegt auf der Hand, dass der Weg zur Gleichberechtigung, den wir Frauen innerhalb des revolutionären Prozesses zu gehen versuchen, durch permanente Bedrohungen von Seiten interner wie externer undemokratischer Kräfte unterminiert wird, die offen eine Intervention propagieren. Weil die revolutionären Frauen sich verpflichtet sehen, ihre Energien für die Verteidigung der durch die Verfassung legitimierten Regierung einzusetzen, fehlen die Kräfte für den Kampf um die Frauenrechte.

Ausblick

Es scheint uns richtig und notwendig, unsere Erfahrungen mit der Konstituierung der neuen Verfassung in Venezuela allen Frauen auf der Welt zur Kenntnis zu bringen. Unsere Kämpfe unterscheiden sich von denen der Frauen in den anderen Staaten Lateinamerikas dadurch, dass wir in einem historischen Moment handeln, in dem die Frauenfrage verflochten ist mit der Realisierung einer neuen Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Gleichheit zwischen allen Bevölkerungsgruppen, die Überwindung aller Formen von Diskriminierung und Ausschließung Wirklichkeit werden, und wo das Erreichen des »größtmöglichen Glücks« (Bolívar) keine Frage der Utopie, sondern der Staatsraison ist. Der Unterschied besteht darin, dass unser Kampf in einer Welt stattfindet, welche die soziale Funktion des Staates den Interessen der Ökonomie und des großen Kapitals opfert. Während dies weltweit geschieht, wagen wir in Venezuela einen anderen Weg. Wir zeigen damit, dass eine bessere Welt möglich ist, in der die Interessen der Mehrheit mehr wert sind als die Privilegien der herrschenden Minderheit.

In Lateinamerika führte die CEPAL (Comisión económica para América Latina) in den 1960er Jahren theoretische Konzepte ein mit dem Ziel, Frauenförderung auf die Tagesordnung zu setzen. Damit tauchte ein Gesichtspunkt auf, der den Wohlstand an die Frauen als den Verantwortlichen für die Erhaltung der Familie und fürs

Bevölkerungswachstum bindet, und entsprechend zielten die Förderprogramme auf die Unterstützung dieser Funktionen: einerseits die Bekämpfung der Armut, die den Zugang der Frauen zu ›typisch weiblichen‹ Beschäftigungen verbessern will, andererseits der Kampf für die Gleichheit, der nach der UN-Weltkonferenz in Nairobi an Bedeutung gewinnt und auf gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt orientiert. Dieser letztere Gesichtspunkt war für die im venezolanischen Gesellschaftsprojekt engagierten Frauen bestimmend, doch ging der Prozess selbst darüber hinaus. Unsere Verfassung entwirft eine Gesellschaft, die uns allen, Männern wie Frauen, zugute kommt, weil sie uns als Gleiche anerkennt, ohne jegliche Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Rasse, Ethnie, Klasse oder Behinderung. Endlich kommen die zwei, in der langen Geschichte der venezolanischen Demokratie ausgeschlossenen und unsichtbaren großen Gruppen zu ihren politischen, ökonomischen und sozialen Rechten: die Frauen und die Indígenas.

Die Errungenschaften der Frauen Venezuelas sind in ihrer Tragweite nicht erkennbar, wenn man sie von dieser Realität abspaltet. Jahrzehntlang haben die Frauen ihre Forderungen erhoben, doch erst jetzt werden wir gehört, da wir aktiv an der Umsetzung des Projekts für unser Land teilhaben. An der Ausarbeitung der Vorschläge für die Verfassung nahmen zahlreiche Frauen teil, unter ihnen auch solche, die – wie z.B. Angehörige aus dem akademischen Bereich – politisch das revolutionäre bolivarianische Projekt ablehnten. Aber auch sie erkennen, dass die unbestreitbaren Erfolge in der Durchsetzung von Frauenrechten im Lichte dieses gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu sehen ist. Von ihnen ist eine konstruktive Kritik zu erwarten, die es ermöglicht, rechtzeitig die in einem so neuartigen Prozess unvermeidlichen Fehler zu korrigieren. Keinerlei Nachsicht verdient indes, wenn antidemokratische Kräfte diese Erfolge für die Frauen in Abrede stellen oder den Staat gar als Aggressor gegenüber den Frauen darstellen. So hat die faschistische Opposition ihre Anhängerinnen als Kanonenfutter benutzt, indem sie sie an die Spitze ihrer Demonstrationen gestellt hat, um dann Gewalt zu provozieren und die staatlichen Sicherheitskräfte zu beschuldigen, die Frauen zu unterdrücken. Sie hat die Frauen paradoxerweise in einem geschichtlichen Moment zu Opfern gemacht, in dem sie ihren Status als Ausgeschlossene überwinden und ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.

Aus dem Spanischen von Jutta Meyer-Siebert

Thomas Barfuss

Was heißt Nonkonformismus heute?

Zur Kritik der neoliberalen Erzählung vom »Ende der Konformität«

Upon the other hand, Socialism itself will be of value simply because it will lead to Individualism.
(Oscar Wilde)

Der Umbruch der Produktionsweise seit den 1970er Jahren hat es neoliberalen Kräften erlaubt, eine neue Erzählung zu etablieren: Sie handelt vom Ende der Konformität. Als zu überwindendes Problem tritt darin das Schreckgespenst bürokratischer Verwaltung auf und, eng damit verknüpft, die staatlich geförderte Passivität und Gleichschaltung der ausgehaltenen Menschen. Als Weg der Rettung erscheint eine fortschreitende Überführung und Auflösung solcher Konformität in Individualisierung und Pluralisierung. Alle sollen frei und auf ihre Weise nach dem Glück streben können. Ihre relative Plausibilität zieht diese Erzählung aus der Frontstellung gegen einen bestimmten historischen Typus gesellschaftlicher Konformierung: die im Dreieck von Gewerkschaften, Unternehmern und Staat stabilisierte Nachkriegsordnung. Ihren Kern bildete eine neuartige Verschränkung von Massenproduktion und -konsum, die auf einer fordistisch rationalisierten Produktionsweise aufruhte, wie sie in Europa endgültig erst im Weltsystem des Kalten Kriegs durchgesetzt und ideologisch verstetigt werden konnte. Neoliberale Kräfte haben dieses Modell angesichts seiner erlahmenden Integrationskraft und des neuen technischen Potenzials Ende der siebziger Jahre gezielt in die Krise geführt. Die sozialdemokratische Linke, die in den Nachkriegsjahrzehnten staatstragend in diesen Kompromiss einbezogen worden war, spaltete sich im Versuch, einerseits die sozialen Errungenschaften dieser fordistischen Konformität zu verteidigen, andererseits die politische Initiative zurückzuerhalten um den Preis, selbst in die neoliberale Erzählung eingeschrieben zu werden.

Indem hier ein spezifischer Typus gesellschaftlicher Konformierung, nämlich der fordistische, zu Konformität schlechthin umgedeutet wurde, konnte als Versprechen der Befreiung umso wirkungsvoller der vieldeutige Begriff des ›Individualismus‹ in Anschlag gebracht werden; denn in ihm »ist Platz sowohl für den emanzipatorischen Anspruch, frei von aller Bevormundung sein Leben einzurichten, wie auch für die neoliberale Anrufung, ›Unternehmer‹ seiner selbst zu sein und in antagonistischen Verhältnissen den anderen möglichst den Rang abzulaufen« (Jehle 2005, 921). Im Namen von ›Individualisierung‹ und ›Deregulierung‹ vermochte die neoliberale Offensive das enge Feld ökonomischer Interessenpolitik in Richtung eines freiheitlichen Appells zu überschreiten und eine feste und allgemeine Typologie von Gut und Böse in die Erzählung einzuführen: Das gute Individuum beruft sich auf

seine Privatheit und liquidiert die schlechte Konformität des ›Kollektivismus‹; das unternehmerische Subjekt setzt auf den Markt und unterwirft sich den Moloch des verfügenden und verschwenderischen Sozialstaats.

Alltagsverstand ebenso wie Wissenschaft und Politik stehen im Bann dieser Konzeption. Der Alltagsverstand durch den bei Strafe des Untergangs sich durchsetzenden Imperativ des ›Mit-der-Zeit-Gehens‹: Er herrscht sich dem Subjekt in Zeiten des Umbruchs und der Desintegration umso zwingender auf, als es nun vornehmlich vereinzelt und zwischen trümmerhaft verstreuten Widersprüchen zu agieren gezwungen ist. Wer unter diesen Umständen zu lange in Formen der ›alten‹ Konformität verharrt, bringt sich in ernsthaften Nachteil. Aus den kollabierenden Konformitätsformen hat sich das Subjekt ins ›Freie‹ einer zeitgemäßen Individualität zu retten, die ihm unter neoliberalen Vorzeichen neue Konsummöglichkeiten und mehr Handlungsspielraum für seine eigene Vermarktung eröffnet; doch schneidet es sich damit zugleich weiter von seinen gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten ab, anstatt sie zu erweitern; denn der Konformitätszwang, der mit viel Lärm zur Tür hinausgeworfen wird, kehrt weniger spektakulär, doch nicht minder wirksam als Sachzwang durchs offene Fenster zurück.

Imposant ist die Breite des ideologischen Spektrums, auf dem sich jene Politik formiert, die für immer mehr Bereiche Warenförmigkeit herstellt und den Subjekten ihre Hilfe beim Abstreifen der Reste hinderlicher Sozietät andient. Das liberalistische Versprechen von Freiheit als Ende der Konformität findet sich in anarchistisch-radikaler Staats- und Autoritätskritik so gut wie in der neuen Sozialdemokratie und auf Seiten der erstarkten neokonservativen Kräfte. Letztere beschränken das liberale Rezept auf die Durchsetzung eines ungehinderten Unternehmertums, das sie dann mit der autoritären Forderung nach verbindlicher Religion und intakter Moral flankieren. Tatsächlich lässt sich mit der Forderung nach solchen Verbindlichkeiten wieder Staat machen in einer Welt, in der nichts mehr sicher ist, weil sich die neue Freiheit dem Sprengen jener hinderlich gewordenen Formen der Konformität verdankt, die zugleich den Zugriff der ökonomischen Dynamik aufs Subjekt vermittelt und beschränkt hatten.

Alles in allem hat der metaphysisch aufgeladene, propagandistisch gezielte oder bloß ungenaue Gebrauch von Kategorien wie Konformität und Individualismus, Modernisierung und Pluralismus zu einer verwirrenden begrifflichen Situation geführt; und soweit sich Soziologie und Kulturwissenschaften zu Herolden der ›Individualisierung‹ haben machen lassen, ohne die glitzernde Oberfläche des Begriffs geschichtlich transparent zu arbeiten, können sie wenig zu seiner Klärung beitragen. Was denn könnte heute noch mit Recht Nonkonformismus heißen, wenn eine nonkonformistische Haltung, die sich mithin der herrschenden Konformität zu verweigern hätte, damit ausgerechnet der dominanten Erzählung von deren angeblichem Ende in die Hände spielt? Wären demnach Nonkonformismus und Individualismus inzwischen identisch geworden? Und wären wir, wie das in feuilletonistischer Manier bisweilen verkündet wird, auf diese Weise längst alle zu Nonkonformisten bzw. »Konformisten des Andersseins« (Bolz 2001) geworden?

Wenn umgekehrt der Nonkonformist die Rede vom Ende der Konformität nicht akzeptieren wollte, müsste dann seine Kritik nicht notwendig wiederum Wasser auf die Mühlen der neokonservativen Forderung nach rigider Moral sein? Solche Verwirrungen zu analysieren und zu ihrer Entwirrung beizutragen, kann nur ein Denken hoffen, das seine Begriffsbildung weit vom Einflussbereich der herrschenden Erzählung ansetzt, weit genug, um nicht in ihren Strom eingesogen zu werden. Die Begriffe eines solchen Denkens in der Relektüre einiger Motive bei Antonio Gramsci zu entwerfen, ist das Ziel der folgenden Ausführungen. Sie lassen sich von der Einsicht leiten, dass auf dem Terrain vereinnahmter Begriffe der Umweg sich nicht selten als der angemessene Zugang herausstellt.

Der Spießbürger als Zeitgenosse

Der Zwang ›mit der Zeit zu gehen‹, den die bürgerliche Gesellschaft etabliert hat, brachte den paradoxen Zustand einer höchst zeitbewussten Geschichtsvergessenheit hervor. Das Subjekt in der bürgerlichen Gesellschaft ist umso unerbittlicher gezwungen, sich in blinder Anpassung dauernd auf die Höhe der Zeit zu bringen, je unvermittelter es ökonomischen Mechanismen ausgesetzt und je weniger es als vereinzelt Individuum in die Geschichte einzugreifen fähig ist. Ein Beispiel für den daraus entspringenden Imperativ der Anpassung gibt Gramsci in den *Gefängnisheften* in einer knappen, kaum drei Zeilen umfassenden Anekdote. Darin hat ein französischer Spießbürger seinen Auftritt, der »glaubte, ein Nichts zu sein, und eines Tages entdeckte er, doch etwas zu sein«: Er ließ sich Visitenkärtlein drucken, worauf er den Ehrentitel »Zeitgenosse« stehen hatte (H. 11, §18, 1413). Selbstgewiss blickt er von der Höhe moderner Zeitgenossenschaft herab auf die Zurückgebliebenen, auf ihr irriges oder rückständiges Denken und Wissen wie auf ihre altmodischen Kleider und Ansichten.

Worüber lachen wir, wenn wir über die Selbstdarstellung des Kleinbürgers als Zeitgenossen lachen? Ist er mit seinem phrasendreschenden Stolz nicht bis heute ein höchst zeitgemäßes Geschöpf geblieben? Versuchen wir zunächst, bei Gramsci näheren Aufschluss zu erhalten. Warum notierte er die Anekdote? Offenbar, weil er sich von ihrer späteren Verwendung eine klärende Veranschaulichung seiner Kritik an einer verbreiteten politisch-philosophischen Position versprach. Zum Ausdruck gebracht fand er sie z.B. in einem Buch, das im faschistischen Gefängnis wiederzulesen er Gelegenheit fand: Nikolai Bucharins *Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie* von 1921. Diese Geschichtsdarstellung und Philosophiekritik war Teil des Versuchs, nach der russischen Revolution das historisch-materialistische Denken zu popularisieren – ein Ansatz, den Gramsci im Grunde unterstützte, in seiner skrupulösen Relektüre im Gefängnis aber in vielerlei Weise unbefriedigend, oberflächlich und irreführend ausgeführt fand.

Vehement wendet er sich gegen die Tendenz des Lehrbuchs, alles, was nicht in eine direkte Linie mit dem historischen Materialismus zu bringen ist, als »irrational und ›ungeheuerlich‹ abzuqualifizieren (ebd.). Von dieser Warte verkürzter Zeitgenossenschaft

wird es zwar möglich, eine lange Reihe lächerlicher Missbildungen und Monstrositäten der Ideengeschichte zu verspotten; doch erweist sich das zugleich als problematisch, insofern dabei das zu entwickelnde geschichtliche Selbstbewusstsein der Subjekte in zäher Metaphysik festgehalten wird: »Die gesamte philosophische Vergangenheit als eine Wahnvorstellung und eine Narrheit zu beurteilen, ist nicht nur ein antihistorischer Irrtum, weil es den anachronistischen Anspruch enthält, in der Vergangenheit hätte so gedacht werden müssen wie heute, sondern ein regelrechtes Residuum von Metaphysik, weil es ein zu allen Zeiten und in jedem Land gültiges dogmatisches Denken unterstellt, nach dessen Maß die gesamte Vergangenheit beurteilt wird.« (1412) Ein solches Denken erhebt historische Kategorien in den fixen Status von Monstern oder Göttern und designiert die aktuelle Zeitgenossenschaft zur Monstrosität von morgen. Dabei findet sich der Alltagsverstand schließlich in die Trümmerlandschaft einer mythisch verfestigten Welt versetzt.

Mündigkeit und Metaphysik

Ein interessantes Beispiel für den dialektischen Umgang mit Begriffen gibt demgegenüber Gramscis Behandlung von ›Individualismus‹: Anstatt ihn als bürgerliches Privileg pauschal abzuurteilen oder nach Art liberalistischer Propaganda als Alternative zum zwanghaften Kollektivismus zu feiern, führt Gramsci Unterscheidungen ein: Deutlich wendet er sich dabei »gegen einen bestimmten Individualismus, mit einem bestimmten sozialen Gehalt, nämlich gegen den ökonomischen Individualismus in einer Zeit, in der er anachronistisch und antihistorisch geworden ist« (H. 9, §23, 1099). Dieser ökonomische Individualismus, »der sich in der individuellen Aneignung des Reichtums manifestiert, während die Produktion des Reichtums immer weiter vergesellschaftet worden ist«, verwehrt es zahllosen Menschen, »eine Persönlichkeit zu erobern«, wo es so offensichtlich »unmöglich geworden ist, dass alle besitzen« (H. 15, §29, 1743). Die in der frühen Neuzeit erhobene Forderung nach Emanzipation des Individuums aus feudaler Beschränkung kann deshalb nicht bei der Freisetzung eines ökonomischen Individualismus stehen bleiben, sondern muss ausgeweitet werden zu einer freien Entfaltung aller Individuen, was wiederum nicht zu haben sein wird ohne eine »Eroberung der materiellen Kräfte«, um sie einer allgemeinen Verfügung zugänglich zu machen (ebd.).

Dabei verkennt Gramsci aber nicht, dass der ökonomische Individualismus »historisch notwendig gewesen ist und eine Phase der progressiven Entwicklung darstellte« (H. 9, §23, 1099). Erst auf seiner Basis war es dem Bürgertum möglich, die Struktur der mittelalterlichen Gesellschaft mit ihren Regulierungen feudal-katholischen Typs überhaupt in Frage zu stellen. Doch kann die damit angestoßene Umgestaltung in der Folge auch das Verständnis des ›Individualismus‹ nicht unberührt lassen. »Dass man kämpft, um einen rückständig und hinderlich gewordenen autoritären Konformismus zu zerstören, und dass man über eine Phase der Entwicklung von Individualität und kritischer Persönlichkeit zum Menschen-Kollektiv gelangt, ist eine dialektische Auffassung, die für die schematischen und

abstrakten Mentalitäten schwer zu begreifen ist« (ebd.). Eine solche ›Mentalität‹ wird sich schnell bereit finden, Begriffe wie ›Individualismus‹ und ›Individualität‹ unbesehen und pauschal zu verurteilen oder in den Himmel zu heben und versäumt es so, sie nach ihrem geschichtlichen Gehalt zu beurteilen.

Was hinter der plakativen ›Zeitgenossenschaft‹ steht, welche die Spießbürger aller Länder sich unentwegt auf die Karten drucken lassen, wäre demnach vor allem Metaphysik. In der Geschichtsblindheit dieser Haltung liegt der hauptsächliche Grund, weshalb solche ›Zeitgenossenschaft‹ unerbittlich darauf angewiesen bleibt, sich immer neu und unbesehen auf die Höhe der Zeit zu stellen: Nur unter der Flagge aktueller Parolen erhält der metaphysische Konformismus Zugang zum Wind der Geschichte. Unter der sich anpassenden Oberfläche fixer Zeitgemäßheit überdauern indessen die starren, metaphysischen Vorstellungen und werfen sich auf zu jenem bizarren In- und Gegeneinander, das schließlich jegliche Handlungsfähigkeit zunichte macht. Hinter einer Fassade von Geschäftigkeit verbirgt sich ein passives und subalternes Subjekt. »Auf der einen Seite wird den Menschen behendes Besseres [...] abverlangt, auf der anderen wird ihnen die Zeit weggenommen, die sie benötigen, um Instrumente und Erkenntnisse zu erwerben, die dem Weltlauf kritisch gerecht werden könnten«, hat Lothar Baier dieses Dilemma bürgerlicher Aufklärung beschrieben (2000, 26). Hatten die Aufklärer sich das Mündigwerden der Menschen vorgenommen, so entglitt ihnen dabei die Beschleunigung, die sich »mit Technik und Ökonomie zu einer nicht mehr steuerbaren Gewalt« verband (25). In der Folge klammern sich die zur Aufgeklärtheit angehaltenen Menschen »innerlich an einmal erworbene, oft längst entwertete Deutungen und passen sich äußerlich an den Wechsel der Themen und Schlagwörter an, um nicht sichtbar aus der Zeit zu fallen« (26). Unter der spiegelnden Oberfläche solcher Zeitgenossenschaft verschwindet jede Unterscheidung zwischen einer geschichtlichen Initiative, die das Fühlen und Denken der Menschen verändert und ihre ›Individualität‹ auf dem neuen Niveau der geschichtlichen Möglichkeiten entwickelt, und einer bloß passiven und opportunistischen Anpassung an die Anforderungen und Individualitätsschemata einer von der kapitalistischen Modernisierung vorwärtsgetriebenen Kultur.

Kultur als Konformität

Der Begriff einer ›Kultur‹, worin die Menschen langsam andere werden, ist allerdings selbst ein problematischer: Welche Rolle spielt Kultur für die Konformierung der Subjekte? In diesem Zusammenhang kann ein Blick auf den Übergang von einem ptolemäischen zu einem kopernikanischen Weltbild nützlich sein, denn es lassen sich daraus Unterscheidungen entwickeln, die unabdingbar sind, wo es darum geht, sich aus der spontanen Metaphysik des geschichtslosen Kleinbürgers herauszuarbeiten. Bekanntlich hat Thomas Kuhn aus diesem Übergang ein Musterbeispiel dessen gemacht, was er auf dem Gebiet der Naturwissenschaften einen ›Paradigmawechsel‹ nannte (1962/2003). Aber Kuhn konzentrierte sich auf die Frage, wie sich das neue Paradigma in der Wissenschaft durchsetzt. Das Nachvollziehen wissenschaftlicher

Probleme, Verfahren und Schlüsse kann aber unmöglich genügen, um zu erfahren, wann und weshalb auch der Spießbürger zum Kopernikaner wurde. Dazu ist es vielmehr nötig, die herausragenden Wissenschaftler und ihre Leistungen in den Kontext eines langen Kampfes um neue Haltungen und Sichtweisen zu stellen, in dessen Verlauf sich aus individuellen Beiträgen eine kollektive Art zu denken und zu fühlen erst herausbildet.

Zusammen mit Geographie und Astrologie erwies sich die naturwissenschaftliche Rationalisierung in der Hand des Bürgertums als Schlüssel zur Expansion der industriellen Produktion und des Handels. In einer jahrhundertelangen Übergangsperiode konnte sich eine wissenschaftliche Diskussion mit neuen Regeln etablieren, wurden Universitäten gegründet, Bücher gedruckt, eine literarische Öffentlichkeit geformt etc. Dabei schloss die entstehende bürgerliche Kultur notwendig auch eine individualistische Strömung als Teil einer Verschiebung der Intellektuellenfunktionen mit ein. Das bürgerliche Subjekt kann nicht mehr ausschließlich gemäß Anleitung einer auskristallisierten Priesterkaste in Bezug zu seiner Realität treten. Es bedarf vielmehr eines neuen Entscheidungsspielraums zur Verfügung über die Ware und zur Anwendung der naturwissenschaftlich-technischen Möglichkeiten.

Mit der französischen Revolution gelangt das Bürgertum auch politisch an die Macht. Für Gramsci unterscheidet sich der daraus hervorgehende moderne Staatstyp von seinen Vorgängern in erster Linie durch eine Eigenschaft, die er »Willen zum Konformismus« (H. 8, §2, 943) nennt.¹ Dabei strebt nicht nur der Staatsapparat in einem engeren Sinn, sondern die gesamte Rechtsauffassung, das Bildungssystem, die Schaffung einer öffentlichen Meinung etc. danach, eine zeitgemäße Konformität der Massen herauszubilden, die den bürgerlichen Interessen angemessen und nützlich ist; denn unter dem beginnenden Konkurrenzdruck der bürgerlichen Welt wird es unverzichtbar, mit der Produktion auch die Arbeits- und Lebensbedingungen aller damit Befassten immer wieder umzuwälzen. Zu einem wichtigen Instrument solch permanenter Modernisierung, das in neuer Weise fähig ist, alle Klassen zu erreichen, wird dabei der Nationalstaat.

Aus dieser Sicht ist es nun keineswegs mehr erstaunlich, dass einige Wissenschaftler bereits in der Antike lehrten, dass sich die Erde um die Sonne bewege, ohne dass diese Erkenntnis damals Allgemeingut werden konnte. Und umgekehrt wird einsehbar, weshalb in der bürgerlichen Moderne auch der Spießbürger zum Kopernikaner wird, ohne die Schriften oder Schlüsse des Kopernikus, Galilei oder Bruno zu kennen – allein kraft der Tatsache, dass er in einer bürgerlichen Kultur lebt, deren Ansichten und Denkweisen in jahrhundertelangen Kämpfen und Anstrengungen schließlich den Zustand relativer Kohärenz erlangt haben. »Eine neue Kultur schaffen«,

1 Gramsci verwendet den gemeinhin abwertend gebrauchten Begriff »Konformismus« oft neutral oder positiv, um sich damit polemisch gegen jene Intellektuellen zu wenden, die sich – etwa nach dem Vorbild Nietzsches – in abstrakter und absätziger Weise von jeglicher Konformität distanzieren. Auch wenn »Konformismus« bei ihm also oft »nichts anderes als ›Gesellschaftlichkeit‹« bedeutet, »gefällt es, das Wort ›Konformismus‹ zu gebrauchen, um die Dummköpfe zu schockieren« (H. 14, §61, 1684).

so Gramsci, »bedeutet nicht nur, individuell ›originelle‹ Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu ›vergesellschaften‹ und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Elemente der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen.« (H. 11, §12, 1377)

Kämpfe um neue Konformitäten

Im Italien der 1920er und 30er Jahre schreibend, war für Gramsci die Problematik ungleichzeitiger Entwicklungen etwa im Norden und Süden des Landes stets präsent, denn er musste davon ausgehen, dass »die große Mehrheit der Bevölkerung noch nicht ›modern‹ ist, noch ptolemäisch ist in der Auffassung der Welt und der Wissenschaft« (H. 16, §11, 1822). Auch in diesem Punkt ging er wiederum hart mit Bucharins *Gemeinverständlichem Lehrbuch* ins Gericht, weil es die Absurdität der »systematischen Philosophien kritisiert, statt von der Kritik des Alltagsverstands auszugehen« und so im Endeffekt die »unkritischen Elemente, durch die der Alltagsverstand noch ptolemäisch, anthropomorph, anthropozentrisch geblieben ist«, bekräftige, anstatt sie kritisch zu entwickeln (H. 11, 113, 1395). Es war erst die von Gramsci im Heraufziehen noch erkannte und analysierte fordistische Phase der Prosperität nach dem Zweiten Weltkrieg, die auf breiter Ebene die materiellen Grundlagen und das Bewusstsein schuf, in einer wissenschaftlich-technisch revolutionierten, modernen Welt zu leben. »Für achtzig Prozent der Menschheit hörte das Mittelalter in den 50er Jahren mit einem Schlag auf; genauer gesagt, in den 60er Jahren wurden sich die Leute dessen bewusst, dass es zu Ende war« (Hobsbawm 1994, 364).

Der lange Übergang von einer ptolemäischen zur modernen Welt macht deutlich, was das Wort ›Kultur‹ meist überdeckt: dass es in jeder zeitgenössischen Welt bedeutende Unterschiede, Spaltungen und Ungleichzeitigkeiten gibt. Ähnlich wie in Deutschland Ernst Bloch (1935/1985, 105ff) hat Gramsci den heraufziehenden Faschismus zum Anlass genommen, die Ungleichzeitigkeiten in der Gesellschaft sichtbar zu machen und konkret zu analysieren. Allerdings kann das nach all dem bisher Gesagten nicht bedeuten, dass die Notwendigkeit, Differenz und Heterogenität zu denken, zum Anlass genommen wird, im Gegenzug aus Homogenität eine bloße Chimäre zu machen. Denn wie das Beispiel des langen Übergangs zum Kopernikanismus gezeigt hat, ist das Herstellen von Kohärenz in der Kultur keineswegs nur eine metaphysische Illusion, die von kritischen Intellektuellen zu bekämpfen wäre. Dennoch haben Teile der postmodernen Bewegung seit den 1980er Jahren darauf hingearbeitet, die Vorstellung von Homogenität und Kohärenz in der Kultur zu zerstören und durch das Konzept einer endlosen Pluralität und Differenz zu ersetzen. Dabei haben sie die tatsächlich zu vollbringende Aufgabe – Kritik der spezifischen, nämlich unter dem fordistischen Kompromiss verfestigten Vorstellungen der gesellschaftlichen Organisation und des kulturellen Zusammenhangs – für eine kurze und heiße Phase zu einer Aufgabe mit kolossalem Ausmaß emporstilisiert, die

darin zu bestehen schien, sämtliche Vorstellungen von Kohärenz und Homogenität ein für allemal als metaphysisch zu widerlegen und aus der Welt zu schaffen. Aber die ideologische Verklärung fordristischer Homogenität wird nicht entmystifiziert, indem man ihr die nicht minder abstrakte Auffassung absoluter Heterogenität gegenüberstellt. So haben sich die meisten Intellektuellen, nachdem die historische Aufgabe vollbracht und die Metaphysik des Fordismus zerstört war, die Maske der Postmoderne wieder abgestreift und führen auf ihren Visitenkarten seither wiederum den seriös und eher geschäftsmäßig klingenden Titel des ›Zeitgenossen‹.

Gramsci rechnet damit, »dass die Entwicklung der intellektuellen und moralischen Erneuerung nicht in allen gesellschaftlichen Schichten gleichzeitig verläuft, im Gegenteil: noch heute – es ist angebracht, das zu wiederholen – sind viele Ptolemäer und nicht Kopernikaner« (H. 15, §58, 1776f) – und erklärend fügt er hinzu: »Es gibt viele ›Konformismen‹, viele Kämpfe um neue Konformismen« (ebd.). Damit löst er sich nachdrücklich von den verdinglichten Vorstellungen einer »homogenen« oder »heterogenen« Kultur: Kohärenz und Homogenität, das ist nichts, was in der Kultur a priori vorausgesetzt werden kann; genausowenig sind sie der Kultur aber auch pauschal abzusprechen; vielmehr gibt es in der Geschichte eine Vielzahl von Anstrengungen der Subjekte, sich selbst und damit die Bedingungen, unter denen sie denken, fühlen und handeln, kohärent zu arbeiten.

Die sterile Gegenüberstellung von Homogenität und Heterogenität löst sich auf, sobald man beginnt, an ihre Stelle diese konkrete Anstrengung der Subjekte zu setzen, die lähmenden Widersprüche, Spaltungen und Brüche zu überwinden. Damit ist aber zugleich eine Vervielfachung der Kämpfe um Konformität mitgesetzt: Denn unter diesen Bedingungen wäre es falsch, sich »auf den Standpunkt einer ›einzig‹ Linie fortschrittlicher Bewegung zu stellen, für die jede neue Errungenschaft akkumuliert und zur Voraussetzung neuer Errungenschaften wird« – es ist dies die Sicht, in die Bucharins *Gemeinverständliches Lehrbuch* verfällt, was nach Gramscis Einsicht »ein schwerer Irrtum« ist: »die Linien sind nicht nur vielfältig, sondern es kommt auch auf der ›mehr‹ fortschrittlichen Linie zu Rückschritten« (ebd.).

Universalismus und Fortschrittsglaube

Die beiden statischen Auffassungen einer homogenen bzw. heterogenen Kultur liefern die Vorstellungen, um die herum sich bis heute die geschichtlich wirksamen Konformismen bilden. Insbesondere die Vorstellung einer homogenen Kultur hat eine lange und ambivalente Geschichte. Hauptsächlich drei Momente sind für den hier entwickelten Zusammenhang der Konformierung wichtig.

Erstens: Metaphysische Vorstellungen bilden die Grundlage aller universalistischen Religionen und Weltanschauungen. Sie können Gleichheit oder Gotteskindschaft jeweils nur um den Preis voraussetzen, dass ihr Universalismus abstrakt und unhistorisch bleibt, was nach dem bisher Gesagten nichts anderes heißt, als dass die fortbestehenden Gegensätze, Spaltungen und Widersprüche nicht vom Kampf um neue Konformitäten erfasst und umgestaltet, d.h. geschichtlich konkret

überwunden worden sind. Hier erweist sich eindrücklich Gramscis mehrdimensionales geschichtliches Verständnis, wenn er solchen »Glaubensvorstellungen und Illusionen des Volkes« zwei Haltungen gegenüberstellt: einen (politisch) »rechten« Sarkasmus, der sich »skeptisch und destruktiv« verhält nicht nur »in Bezug auf die kontingente ›Form« dieser Auffassungen; vielmehr gilt ihm aller »Glaube an die Gerechtigkeit, an die Gleichheit, an die Brüderlichkeit« grundsätzlich und dem Gehalt nach als lächerlich und wird, wo nicht beim Volk, so unter den Intellektuellen, zerstört. Einer solchen elitären Anti-Metaphysik stellt Gramsci auf der anderen Seite einen »leidenschaftlichen« oder »progressiven« Sarkasmus gegenüber, der »versucht, dem lebendigen Kern der in diesen Glaubensvorstellungen enthaltenen Bestrebungen eine neue Form zu geben«, sie geschichtlich »besser zu bestimmen« (H. 1, §29, 84; vgl. auch 2206). Der Kampf um neue Konformitäten ist die Form, in der die metaphysischen Bestimmungen und Verhimmelungen unter bestimmten Bedingungen auf den konkreten geschichtlichen Boden gesellschaftlicher Teilhabe und Organisation versetzt werden.

Zweitens liegt das Konzept einer homogenen Kultur auch dem modernen Staat mit seinem »Willen zum Konformismus« zugrunde: Die Glättung der Risse und Spaltungen in der Gesellschaft entspricht zunächst einfach der Interessenpolitik der dominanten gesellschaftlichen Gruppe, die ihre eigenen Interessen als allgemeine darzustellen bestrebt ist und dafür auch bereit ist, gewisse Kompromisse einzugehen. Gramsci hält es darüber hinaus für möglich, dass eine gesellschaftliche Gruppe die übrigen auf diese Weise vollständig in sich aufnimmt. Genau darin besteht ja die historische Innovation des bürgerlichen integralen Staats, der in seiner aufklärerisch-universalistischen Phase »sich selbst als einen in beständiger Bewegung befindlichen Organismus« setzt, »der in der Lage ist, die gesamte Gesellschaft aufzusaugen, indem er sie seinem kulturellen und ökonomischen Niveau angleicht« (H. 8, §2, 943). Während Kants kategorischer Imperativ auf eine Verallgemeinerung bürgerlicher Zivilität abzielt und damit als ethischer Ausdruck dieser Phase expansiver Bürgerlichkeit gelten kann (vgl. H. 11, §58, 1472), markiert Nietzsche ihre Krise, indem er dem Willen zum Konformismus den Willen zur Ungleichheit entgegensetzt und die ›Herdenmenschen‹ verspottet. Er vermittelt damit jenen elitären Nonkonformismus ins 20. Jahrhundert, der seither von zahllosen Intellektuellen gepflegt wird, die sich ihre Isoliertheit von den subalternen Gruppen der Gesellschaft als Verdienst anrechnen.

Von der Vorstellung einer homogenen Kultur zehrt aber *drittens* auch noch die Konzeption eines unaufhaltsamen Fortschritts, die als Erbstück an die Arbeiterbewegung übergegangen ist: Kultur im Sinne einer zivilisatorischen Entwicklung hin zum Besseren hält in dieser modernen Vorstellung ›automatisch‹ Schritt mit der vorwärtsdrängenden ökonomisch-technischen Entwicklung. Dieses einfache Ineinsetzen von technischem und zivilisatorischem Fortschritt ist der Kern jenes »Konformismus«, der nach Walter Benjamin »von Anfang an in der Sozialdemokratie heimisch gewesen ist«. Für Benjamin gibt es »nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom«, und

»als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte«, galt ihr, so Benjamin, die »technische Entwicklung«. Dieser konformierende Fortschrittsglaube, so schärft Benjamin ein, »weist schon die technokratischen Züge auf, die später im Faschismus begegnen werden«, denn er »will nur die Fortschritte der Naturbeherrschung, nicht die Rückschritte der Gesellschaft wahr haben« (I.2, 698f).

Rationale Konformität

Wo der moderne Staat einen umfassenden Zwang zur Zeitgemäßheit entwickelt, einen den Repressionsapparat übersteigenden »Willen zum Konformismus«, nimmt auch der Nonkonformismus eine geschichtliche Dimension an. Dies macht sich schon bemerkbar, wenn Tocqueville in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Sicht der europäischen Aristokratie den Konformismus der ersten genuin modernen Gesellschaft, der amerikanischen, folgendermaßen beschreibt: »Je ähnlicher sich die Menschen werden, umso schwächer fühlt sich ein jeder mehr und mehr allen anderen gegenüber. Da er nichts gewahrt, was ihn hoch über sie erhebt und von ihnen unterscheidet, wird er unsicher, sobald sie ihn bekämpfen; er zweifelt nicht nur an seinen Kräften, sondern er beginnt an seinem Recht zu zweifeln, er gibt seinen Irrtum schon fast zu, sobald die Mehrheit ihn bejaht. Die Mehrheit braucht ihn nicht zu zwingen, sie überzeugt ihn« (*Demokratie*, 296).

Gramsci arbeitet an begrifflichen Mitteln, um diesen Gesellschaft gewordenen Konformitätszwang der modernen Geschichte zu analysieren. Nonkonformismus bedeutet bei ihm – über Tocqueville hinausgehend – ein abweichendes Verhalten, das seine Andersheit nicht kraft überkommener Differenz oder Privilegien legitimiert, sondern über seine potenzielle Verallgemeinerungsfähigkeit. Aus der Sicht eines Kampfes um neue Konformitäten rückt damit die Frage in den Mittelpunkt, ob ein nonkonformes Verhalten dereinst zu einem Verhalten der Mehrheit werden könne. Nonkonformismus in diesem Sinn bedeutet ein Eingreifen in den Kampf um die gelebte Gesellschaftlichkeit. Ein solcher situierter Nonkonformismus verneint die herrschende Konformität so, wie sie geschichtlich einzig zu verneinen ist: indem er ihr auf dem Niveau der fortgeschrittensten Produktionsweise die bestimmte Negation einer verallgemeinerbaren neuen Konformität entgegenstellt. Gramsci benutzt für diese geschichtliche Situierung der Konformität die Bezeichnung »rationaler Konformismus«: »Es gibt einen ›rationalen‹ Konformismus, welcher der Notwendigkeit, dem geringsten Aufwand für die Erreichung eines nützlichen Ziels entspricht, und die Disziplin eines solchen Konformismus ist zu begrüßen« (H. 14, §61, 1684). Damit ist allerdings nicht eine blinde Anbindung des Fortschritts an die »technische Entwicklung« gemeint, wie sie Benjamin für die Sozialdemokratie diagnostiziert hatte. Vielmehr zielt der Begriff einer rationalen Konformität auf eine durch Artikulierung politischer Kräfte zu erkämpfende Entfaltung der geschichtlichen Handlungsmöglichkeiten aller, auch der subaltern gehaltenen Glieder der Gesellschaft. Dieser Kampf um eine neue Konformität ist immer geschichtlich situierter, und die ›Rationalität‹ ist davon keineswegs ausgeschlossen. Sie ist nicht etwa

in einem metaphysischen Sinne zu verstehen, ist in keiner Weise präexistent, etwa als hegelianischer Geist, der nur darauf wartet, endlich in der Welt in Erscheinung zu treten. ›Rational‹ heißen bei Gramsci Weisen des Lebens, die mit den avancierten Formen der Produktion in Einklang gebracht werden können – und zwar so, dass dabei die neue Konformität nicht eine äußere und aufgezwungene Disziplin darstellt, sondern die allgemeine Grundlage bietet für einen Übergang zu erweiterter Handlungsfähigkeit und individueller Freiheit.

Es wäre also ein Missverständnis, eine Konformität bereits deshalb rational zu nennen, weil sie Menschen dazu bringt, in neuen Produktionsweisen zu funktionieren. Sollen die »Fortschritte der Naturbeherrschung« zur Basis einer rationalen Konformität werden, dürfen sie nicht, wie Benjamin sagt, durch »Rückschritte der Gesellschaft« erzwungen sein. Entscheidend für eine rationale Konformität ist denn auch für Gramsci, dass sie die Basis dafür bildet, von erzwungener »Disziplin« zu »Spontaneität« oder »Aufrichtigkeit« überzugehen (H. 14, §61, 1684). Sie nimmt dem Individuum gerade nicht »die Möglichkeit, eine Persönlichkeit auszubilden und originell zu sein, macht es aber schwieriger«, denn ein Nonkonformismus, der bloß »das Gegenteil von dem tut, was alle tun«, anstatt das Potenzial der verallgemeinerungsfähigen Arbeits- und Lebensweise auszufalten, wäre allzu wohlfeil, ein bloßes Karussell der Distinktionen. Um auf der Ebene von Benjamins Überlegungen zu bleiben: Der Faschismus wies sehr wohl vereinzelte Züge kapitalistischer Modernisierung auf, indem er durch Zwang und Pathos auf die Haltungen einwirkte (die sehr oft, wie gesehen, noch ›ptolemäisch‹ waren), um sie für eine rationalisierte (fordistische) Produktionsweise tauglich zu machen. Aber das macht ihn nicht zu einer rationalen Konformität. Mit permanenter Repression hielt er die Arbeiterbewegung nieder und gliederte die Massen in eine subalterne Disziplin ein, die er nur durch Sündenböcke, imperiale Gesten und betrügerische Manipulation aufrecht zu erhalten vermochte. Mit den Worten des Historikers Brunello Mantelli erstrebten die Faschisten eine »Modernität« ohne »Modernisierung«, sie wollten »die Massen einbeziehen [...], gleichzeitig aber ihre Untergebenheit beibehalten« (2004, 9 u. 11). Von einem Ausgang aus Subalternität, einem Übergang zu Freiheit und Handlungsfähigkeit kann dabei keine Rede sein.

Die Frankfurter Schule als Ernstfall des Nonkonformismus

Nach dem Krieg stellte sich die Frage nach einer rationalen Konformität in neuer Weise; denn die Basis für den wieder in Stellung gebrachten »Willen zum Konformismus« bildete jetzt das ›Wirtschaftswunder‹. Herbert Marcuse warnte vor diesem »neuen Konformismus« (1968, 103), der kaum mehr Raum für abweichendes Denken, Sprechen oder Verhalten lasse: »Wissenschaftlich-technische Rationalität und Manipulation werden zu neuen Formen sozialer Kontrolle zusammengeschweißt« (161). Die von neuen Konsummöglichkeiten geblendeten Menschen wogen sich in einem »glücklichen Bewusstsein«, das zugleich »falsches Bewusstsein« sei, weil die Menschen »(bis in ihre Triebe hinein) geschult und manipuliert werden« (103, 26).

Der hauptsächliche Grund, weshalb Marcuse sich zu dem problematischen Schritt gezwungen sah, den Menschen die Urteilsfähigkeit über ihre ›wahren‹ und ›falschen‹ Bedürfnisse abzusprechen, liegt darin, dass die politisch artikulierten und mehrheitsfähigen Kräfte sich nach dem Krieg zur Verstetigung einer Ordnung zusammenfanden, die einen wichtigen Teil ihrer Überzeugungskraft aus der Durchsetzung einer fordistisch-rationalisierten Produktionsweise ziehen konnte. Angesichts der bloß in neuer Weise verwalteten Subalternität der Menschen sprach Marcuse von einem »betrügerischen Einverständnis von Kapital und organisierter Arbeiterschaft in einem starken Staat« (14), dessen Rationalität eine bloß angemessene sei. Wie immer man das Zusammengehen von Gewerkschaften und Unternehmern einschätzt (Hobsbawm verwendet in seinem geschichtlichen Rückblick die verklärende Formel vom »Goldenen Zeitalter«; 1994), so wurde damit jedenfalls ein Zustand hergestellt, dessen historische Faktizität sich jahrzehntelang als unüberschreitbar darstellte. Tatsächlich tritt hier so etwas wie der Ernstfall des modernen Nonkonformismus ein. Ernstfall deshalb, weil sich in aller Schärfe die Frage stellt, ob sich gegen die organisierte Konformität einer rationalen Produktionsweise ein Nonkonformismus etablieren lässt, der sich vom politischen Kampf um neue Konformitäten fernhält. Welche theoretischen, organisatorischen und materiellen Vorkehrungen könnten ihn davor bewahren, von der Konformität der Mehrheit absorbiert, von ihr (wie Tocqueville sagt) »überzeugt« zu werden? Und für wie lange kann verhindert werden, dass sich ein solcher Nonkonformismus, der die Irrationalität der herrschenden Rationalität denunziert, selbst in Metaphysik, in Irrationalität des Glaubens und Elitismus verwandelt?

Neben Marcuse sind es vor allem Adorno und Horkheimer, an deren Weiterentwicklung der ›Kritischen Theorie‹ zur ›Frankfurter Schule‹ sich eine solche Politik der Verstetigung des Nonkonformismus exemplarisch studieren lässt. Demirović beschreibt die beiden, die nach dem Krieg aus dem amerikanischen Exil in die Bundesrepublik zurückgekehrt waren, als »die ersten und stilbildenden Vertreter eines neuartigen Intellektuellentyps, der emanzipatorische Gesellschaftskritik an der Universität vertrat und ausarbeitete« (1999, 29). Sie schufen und verstetigten die Bedingungen zur Reproduktion eines intellektuellen Nonkonformismus, der jene Motive aufklärerischer Tradition aufbewahrte, die im politisch abgesicherten ›Wirtschaftswunder‹ keine reale Chance zur Durchsetzung gehabt hätten. Obwohl ihr Projekt zu keiner Zeit für sich in Anspruch nahm, »aktuell jemanden zu repräsentieren oder eine Koalition herzustellen« (30), führten die Auseinandersetzungen um Erinnerungs- und Wissenschaftspolitik sowie vollends der Kampf der 68er-Jugend gegen das an die Grenzen seiner Integrationskraft gelangende Nachkriegsmodell den Nonkonformismus der Frankfurter Schule in den Kampf um das Aufsprengen der fordistischen Konformität. Die Formierung des Neoliberalismus zu einer Kraft, die den fordistischen Konsens aktiv bekämpfte, versetzte diesen Nonkonformismus dabei allerdings auf ein neues Terrain: Wo in den 80er Jahren nach Maßgabe der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft nun alle aus der »verwalteten Gesellschaft« aussteigen sollten, fanden sich die nachfolgenden Statthalter der

Frankfurter Schule plötzlich auf der Seite der Mehrheit wieder. Orientierungslosigkeit machte sich breit und der programmatische Nonkonformismus begann sich in den neuen Mainstream fortschreitender Individualisierung aufzulösen.

Ende der 90er Jahre konnte bezeichnenderweise der historiographische Versuch unternommen werden, die Geschichte des Frankfurter Nonkonformismus als »intellektuelle Gründung der Bundesrepublik« neu zu erzählen (Albrecht u.a. 1999). Das entzauberte Modell des fordistischen Verwaltungs- und Wohlfahrtsstaats erlaubte inzwischen intellektuelle Siegerposen. Als »erstaunlicher Vorgang« berichtet die neue Erzählung vom »Aufstieg Adornos und Horkheimers von stigmatisierten, aus ihrem Land vertriebenen Wissenschaftlern zu intellektuellen Leit- und Symbolfiguren der Bundesrepublik« (ebd., 13). So installiert sich der neue Mainstream als »legitimer« Erbe des nonkonformistischen Projekts. Es war Walter Benjamin, der die Flaschenpost der Frankfurter Schule angemessen etikettierte, obwohl er ihre Nachkriegs-Phase nicht mehr erlebt hat: »In jeder Epoche muss versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.« (I.2, 695).

Privatisierte Selbstschaffung

Mit den Versuchen der Menschen, sich aus den Trümmern des fordistischen Gesellschaftsmodells zu befreien, nahm seit den 1970er Jahren ein neues philosophisch-kulturelles Programm Gestalt an, das Kultur als grundsätzlich heterogen konzipiert. Wo die Moderne den technischen Fortschritt mechanisch ans zivilisatorische Fortkommen der Menschheit gekoppelt hat, ergreifen einige Vertreter der »Postmoderne« die scheinbar radikalste Gegenmaßnahme, indem sie die individuelle Entfaltung prinzipiell von jeglichem gesellschaftlichen Fortschritt abkoppeln. Die Münze, in der diese neue Freiheit ausbezahlt wird, ist die des privaten Individuums, das auf eine ästhetisierende Selbstschöpfung beschränkt wird. Richard Rorty kann beispielhaft für diesen Versuch stehen, wenn er 1989 in *Kontingenz, Ironie und Solidarität* dem postmodernen Subjekt gerade dadurch neuen Spielraum verschaffen will, dass er dessen Selbstschöpfung »privatisiert.«² Der Wunsch nach Autonomie »sollte unter Bürgern einer liberalen Demokratie dem Privatleben vorbehalten sein. Autonomie, wie sie selbstschöpferische Ironiker von der Art Nietzsches, Derridas oder Foucaults suchen, könnte nie von sozialen Institutionen verwirklicht werden« (1992, 116f).

Dem ist entgegenzuhalten, dass das Individuum, das sich selbst erschafft, dies eben nicht in einem Binnenraum vollzieht, welcher der Dynamik kapitalistischer Modernisierung völlig entzogen wäre. Es ist deshalb eines, den »Willen zum Konformismus« aufzukündigen wie eine fixe Vorstellung, die durch eine andere Vorstellung, ein anderes »Vokabular« (wie Rorty es nennt), kurzerhand ersetzt werden kann; etwas ganz anderes wäre es, auch den *Zwang* zum Konformismus, die

2 Anders dagegen Rorty 1999, wo »our country« zur entscheidenden Bezugsgröße wird.

Dynamik kapitalistischer Modernisierung, außer Kraft zu setzen. Rorty theorisiert zwar, als hätte er letzteres getan, in Wirklichkeit jedoch blendet er die ökonomisch-kulturelle Dynamik einfach aus. Seine ideale liberale Gesellschaft benötigt nur ein einziges gemeinsames Credo, das darin besteht, »allen eine Chance zur Selbstschaffung – je nach ihren Möglichkeiten – zu geben«, und als Voraussetzung dafür gelten ihm »außer Frieden und Wohlstand die üblichen ›bürgerlichen Freiheiten«« (145). Bloß sind diese bürgerlichen Freiheiten, auf die sich Rorty bezieht, um nicht von der ökonomisch-kulturellen Dynamik des Kapitalismus und damit von seinem Anpassungszwang sprechen zu müssen, gerade darauf ausgelegt, der kapitalistischen Dynamik den nötigen Raum zu verschaffen. So erinnert Rortys privatisierte Utopie an den Witz jenes Bauern, der mit der umwälzenden Gewalt der Modernisierung allzu schnell fertig war: als ihn der zuständige Ingenieur darauf hinwies, dass die neue Autobahn mitten durch seine Scheune führen werde, antwortete er: »Macht, was ihr wollt; aber um sechs Uhr schließe ich jeweils das Tor.«

Kleinbürgerparadiese

Oscar Wilde, der hundert Jahre vor Rorty bereits den Anspruch ästhetischer Selbstschöpfung des Individuums erhoben hat, vergaß nicht hinzuzufügen, dass Konkurrenzverhältnisse und Privatbesitz, und damit verbunden Armut und Demoralisierung, diese Forderung notwendig durchkreuzten. Konsequenterweise hat er zur Vorbedingung der Entfaltung einer »true personality of man« in einem »true, beautiful, healthy individualism« (26) nicht die bürgerlichen Freiheiten, sondern einen völlig abstrakt gehaltenen Sozialismus gemacht, wo das gesellschaftliche Individuum den Staat als Zwangsapparat unnötig macht (oder, wie Gramsci es formuliert hätte: wo Staat und Recht von der Zivilgesellschaft aufgesogen werden) – bloß versucht der Künstler-Intellektuelle Wilde gar nicht, die dazu nötigen geschichtlichen Vermittlungen zu denken, sondern setzt sie im Begriff Sozialismus abstrakt voraus: »Individualism, then, is what through Socialism we are to attain. As a natural result, the State must give up all idea of government« (30).

Rorty hingegen will seine Utopie individueller Selbsterschaffung unmittelbar in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft errichten, und er ersetzt dabei Wildes abstrakten Sozialismus durch die bürgerlichen Freiheiten, das gesellschaftliche Individuum durchs private. Was herauskommen muss, ist die Selbstverwirklichung als statisches Kleinbürgerparadies, wie es 150 Jahre früher schon von Tocqueville in seiner Reflexion über Amerika beschrieben worden war, wenngleich aus ganz anderer Perspektive: »Wenn die Bürger fortfahren, sich immer enger in den Umkreis ihrer kleinen häuslichen Interessen einzuschließen und darin ruhelos tätig zu sein, so ist zu befürchten, dass sie zuletzt unzugänglich werden für jene großen und mächtigen öffentlichen Erregungen, die die Völker verwirren, sie aber vorwärtstreiben und erneuern. Wenn ich sehe, wie der Besitz so wandelbar und die Liebe zum Besitz so ängstlich und brennend wird, so kann ich nur fürchten, dass die Menschen am Ende jede neue Theorie als eine Gefahr ansehen, jede Neuerung als ärgerliche

Störung, jeden sozialen Fortschritt als ersten Schritt zu einer Revolution und dass sie sich gänzlich jeder Bewegung enthalten aus Angst, von ihr fortgerissen zu werden« (*Demokratie*, 298).

Sowohl Rortys wie Tocquevilles Vision ist vom amerikanischen ›pursuit of happiness‹ abgezogen, der als ruhelose Tätigkeit der Individuen aufgefasst wird; trotz ihrer gegensätzlichen Einschätzung – Rorty formuliert die amerikanische Erfahrung gewissermaßen von innen, Tocqueville mit dem skeptischen Blick des Europäers – kommen sie darin überein, dass sie die Kleinbürgeridylle als potenziell geschichtsabgewandten Ort verstehen. Dies verkennt, dass die Bewohner der Kleinbürgeridylle nicht die Wahl haben, ob sie (nach Maßgabe Tocquevilles) an den mächtigen geschichtlichen »Erregungen« teilnehmen wollen oder doch lieber (mit Rorty) zu Hause bleiben. Wo die Dynamik kapitalistischer Modernisierung heute riesige Antagonismen und Widersprüche aufeinander schichtet, die das Zusammenleben der Menschen durchziehen und zerschneiden, scheint mir die ›Wahl‹ nur diese: ob die Menschen Geschichte betreiben in der partikularistischen Form von Nationalismus, Rassismus und blinder Gewalt oder als Kampf um die verallgemeinerungsfähigen Formen einer neuen Konformität, die zur Grundlage neuer Freiheiten werden kann. Die Katastrophe vom 11. September 2001 hat jedenfalls genügt, um in der amerikanischen Politik die Vorstellung vom Kleinbürgerparadies zu liquidieren, doch hat die öffentliche Erregung bisher erst zu einer neuen Spirale von Gewalt und Kriegen geführt, denn es fehlen die politischen Kräfte, die den Kampf um weltweite Standards der neuen Arbeitsweisen, um Sicherheiten und neue ökonomische, ökologische und soziale Regulierungen für die transnationalen Konzerne auf die Tagesordnung zu setzen vermöchten.

Was heißt »Weltkonformismus«?

Sind wir also unterwegs zu einem »Weltkonformismus«? Meist wird sein Bild als Schreckgespenst beschworen, als ›MacWorld‹ und totalitärer Weltstaat. Gramsci ging dagegen davon aus, dass es sich beim immer neu ansetzenden Versuch der Menschen, sich aus lähmenden Widersprüchen und Bornierungen zu befreien, um die geschichtlich-konkrete Form eines Kampfes »um die kulturelle Vereinigung der menschlichen Gattung selbst« handle (H. 11, §17, 1412). Ist dies Teil eines veralteten proletarischen Internationalismus? Und wodurch unterscheidet sich diese Auffassung von der totalisierenden modernistischen Erzählung vom unaufhaltbaren Fortschritt, die als Legitimierung von Repression und Zwang aufgetreten ist?

Zunächst ist es nötig, das objektive Terrain für eine weltumspannende Politik des Kulturellen von der Utopie bzw. Dystopie eines fertigen Universalismus zu unterscheiden. Die Kämpfe von Individuen und Gruppen, die sich aus den Widersprüchen und Lähmungen zu befreien versuchen, sind konkret universell in dem Maße, wie die Problematiken, an denen sie arbeiten, universell, d.h. durch weltweite (ökonomische, kulturelle etc.) Abhängigkeiten verknüpft sind. Was nach Überwindung der bornierten Formen drängt, ist also in erster Linie der kapitalistisch auf Weltformat

vorangetriebene Zusammenhang vieler der zu lösenden Probleme. Lässt sich der Kampf um neue Konformitäten von den Umbrüchen in der Produktionsweise und der neuen Stufe der Durchdringung des kapitalistischen Weltmarktes seine Bedingungen vorgeben, so erhält er seine Mittel von den damit einher gehenden neuen Kommunikations- und Transporttechnologien.

Erst im Kampf um neue Konformitäten können die »Multitudes« zusammenkommen. Dabei finden sich die Individuen, zu Gruppen und Assoziationen verschiedenster Art sich zusammensetzend, in eine vielgestaltige Auseinandersetzung darum verstrickt, »die vorhergehenden kulturellen Phasen zu verändern, die Kultur auf einem Niveau homogen zu machen, das höher ist als das vorhergehende usw.« (H. 11, §66, 1487). Vor diesem Hintergrund gilt es, den Unterschied klar im Auge zu behalten zwischen dem negativen Zerrbild der »MacDonaldisierung« und einem »geschichtlichen Vereinigungsprozess«, der aus der Anstrengung der Subjekte resultiert, auf dem neuen Niveau der hochtechnologischen Produktivkräfte die lähmenden Antagonismen und Widersprüche zu überwinden. Es ist dies der vielleicht einzig ernstzunehmende Gegenentwurf zu einer traumatisierenden Umwälzung der Kultur, die von einseitigen Machtverhältnissen und einer immensen Medienkonzentration betrieben wird und kulturelle Begegnung zu einer Einbahnstrasse macht. Indem nämlich die Subjekte daran arbeiten, unter den neuen Bedingungen ökonomischer und kultureller Abhängigkeit handlungsfähig zu werden, arbeiten sie nach Gramscis Einsicht daran, die »inneren Widersprüche, welche die menschliche Gesellschaft zerreißen«, zu überwinden, Widersprüche, »die die Bedingung für die Gruppenbildung und für die Entstehung der Ideologien sind, die nicht konkret universell sind« (H. 11, §17, 1411). Dieser Kampf um die geschichtliche Herstellung von verallgemeinerungsfähigen Formen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität kann von der Dynamik kapitalistischer Modernisierung nicht abgekoppelt werden, und doch reproduziert er nicht einfach deren abstrakten und übermächtigen Anpassungszwang.

Konformierung im neoliberalen Staat

Der neoliberale Umbau von Staat und Gesellschaft hat seine Schubkraft hauptsächlich aus der Entfesselung der hochtechnologischen Produktivkräfte gewonnen, welche die fordistische Konformität als eng und hinderlich erscheinen ließ. Daran schloss sich die Politik einer Deregulierung und Zurücknahme des fordistischen »Wohlfahrtsstaats«. Allerdings gab bereits Gramsci zu bedenken, »dass auch der Liberalismus eine »Regulierung« staatlicher Natur ist, eingeführt und aufrechterhalten auf dem Wege der Gesetzgebung und des Zwangs: er ist eine Tatsache des sich der eigenen Ziele [nämlich der dominanten Fraktionen des Bürgertums, T.B.] bewussten Willens und nicht der spontane, automatische Ausdruck der ökonomischen Tatsache«; er ist ein »politisches Programm, dazu bestimmt, bei seinem Triumph das Führungspersonal eines Staates und das Wirtschaftsprogramm des Staates selbst auszuwechseln, das heißt, die Verteilung des Nationaleinkommens zu verändern« (H. 13, §18, 1566).

Nicht um den Abbau des Staates, sondern um seinen Umbau geht es dem neoliberalen Projekt; und nicht um die Aufhebung des Konformitätszwangs ist es ihm zu tun, sondern um seine kontrollierte Verlagerung, um Raum für die neuen Produktionsweisen zu erhalten. Der neoliberale Staat schränkt den *Willen zum Konformismus* ein – das Erbstück eines sich selbst als verallgemeinerungsfähig setzenden Bürgertums, das im Fordismus neu belebt worden war –, indem er die Maschen des sozialen Netzes größer macht und die Schere der Ungleichheit zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Als Erzieher und Hersteller von Gleichheit tritt er in den Hintergrund; umso rigorosier aber wird am *Zwang zum Konformismus* festgehalten. Wo immer möglich sollen die Menschen durch sachliche Abhängigkeiten, durch die (vorgeformten) Verhältnisse, durch mehr »Markt« und die privatisierten Formen der Individualität »erzogen« werden. Dieser neue und verschärfte Zwang zum Konformismus beruht auf einer Politik der Vereinzelung und einem »möglichst unmittelbaren Zugriff der Profitlogik auf das Leben der Menschen« (Negt 1999, 33). Auf dem Boden des »nationalen Wettbewerbsstaats« (Hirsch 2002) wird die globale Arbeitsteilung und die steigende Integration in den Weltmarkt umgemünzt in das Bedürfnis konkurrierender Individuen nach mehr Ellenbogenfreiheit im Kampf um Güter und Positionen. Die gestiegene Unsicherheit erhält ihre Antwort in Form von Religion und neokonservativer Moral, und wo dies nicht ausreicht durch den vergrößerten Sicherheits- bzw. Repressionsapparat des neoliberalen Staats. Dem gesteigerten Anpassungsdruck entsprechen derweil die Freiräume der Privatisierung, die finanzielle Privilegierung und die konsumistische Individualisierung.

Die Kehrseite dieses Anpassungsdrucks ist der Horror des Aus-der-Zeit-Fallens als allgegenwärtige Angst, in den Abgrund des Ruins und der sozialen Deklassierung gestürzt zu werden. Jede gelesene Zeitschrift, jedes gekaufte Paar Turnschuhe, jede gehörte CD wird unter diesen Umständen zum Teil der Anstrengung des Individuums, sich zum Zeitgenossen zu machen. Denn wo der Staat den »Willen zum Konformismus« einschränkt, aber den Zwang dazu erhöht, müssen die Individuen diesen Willen selbst aufbringen. Bei Strafe des Untergangs arbeiten sie an ihrer eigenen Regierbarkeit. Trends, Moden und Marken versammeln die Einzelnen zu flüchtigen Kollektiven mit dem Versprechen, sie immer neu auf die Höhe der Zeit zu bringen. »Kultur« mutiert zum Standortfaktor. Derweil schichtet die profitgetriebene Dynamik weltweite Verwerfungen und Antagonismen auf. Sie drohen sich katastrophisch zu entladen, wo die Bemühungen der Menschen um Handlungsfähigkeit nicht ihrerseits aus den bornierten und egoistischen Formen entbunden und zu Initiativen umgeformt werden, die eine Überwindung der Antagonismen auf die politische Agenda setzen. Eine nonkonformistische Politik des Kulturellen besteht heute im Kampf um neu verallgemeinerbare Konformitäten, damit sich individuelle Freiheit und neue Handlungsfähigkeit auf dem Niveau einer hochtechnologischen Produktionsweise entfalten können.

Literatur

- Albrecht, Clemens, G.C. Behrmann u.a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/M-New York 1999
- Barfuss, Thomas, *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 2002
- Benjamin, Walter, *Über den Begriff der Geschichte*, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. I.2, Frankfurt/M 1991
- Baier, Lothar, *Keine Zeit. 18 Versuche über die Beschleunigung*, München 2000
- Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit* (1935), Frankfurt/M 1985
- Bolz, Norbert, *Die Konformisten des Andersseins*, München 2001
- Bucharin, Nikolai, *Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie*, Moskau 1921 (dt. Hamburg 1922, übers. v. Frida Rubiner)
- Demirović, Alex, *Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule*, Frankfurt/M 1999
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. P. Jehle, Berlin-Hamburg 1991ff
- Hirsch, Joachim, *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg 2002
- Hobsbawm, Eric, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995
- Jehle, Peter, »Individualismus«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6.II, Hamburg 2004, 920-33
- Kuhn, Thomas, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* (1962), Frankfurt/M 2003
- Mantelli, Brunello, *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, a. d. Ital. v. Alexandra Hausner, 3. Aufl., Berlin 2004
- Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied-Berlin 1968 (engl. Boston 1964)
- Negt, Oskar, »Globalisierung und das Problem menschlicher Risiken. Ideologiekritische Anmerkungen zu den Modernisierungstheorien von Ulrich Beck und Anthony Giddens«, in: *Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.), Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverleugnung durch Wissenschaft*, Hannover 1999, 11-51
- Rorty, Richard, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, übers. v. Christa Krüger, Frankfurt/M 1992 (engl. Cambridge 1989)
- ders., *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus*, Frankfurt/M 1999 (engl. Cambridge 1998)
- Tocqueville, Alexis de, *Über die Demokratie in Amerika* (1835), Stuttgart 1997
- Wilde, Oscar, »The Soul of Man under Socialism« (1891), in: ders., *De Profundis and other Writings*, London 1986, 17-53

Christina Kaindl

»Du musst ihn fühlen, den Scheiß!«

Neoliberale Mobilisierungen im Imaginären und der Kampf um neue Lebensweisen am Beispiel von *Big Brother* und *Popstars*

Und all die zerbrochenen Träume
Die kann es hier nicht geben
Denn das hier ist ein schönes Lied
Und es heißt:
Gelingendes Leben
(Funny van Dannen)

»Hier ist deine Welt« – mit diesem *jingle* beginnt die allabendliche Sendung der aktuellen *Big-Brother*-Staffel. »Das ist jetzt dein Job« ist einer der am häufigsten wiederholten Sätze, mit dem die Coaches in der Casting-Show *Popstars* die Kandidaten zu Leistung und Hingabe aufrufen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit beider Sendungen stehen Lebensbereiche, die unter fordistischen Verhältnissen weitgehend der öffentlichen Wahrnehmung verborgen waren: persönliche und intime Beziehungen sowie individuelle Strategien in der Bewältigung von Arbeitsanforderungen.

Die Sendungen sollen exemplarisch¹ als Beitrag zur Herausbildung einer neuen alltagskulturellen Konformität untersucht werden (siehe den Beitrag von Thomas Barfuss in diesem Heft), die der hochtechnologischen Produktionsweise entspricht. Deren Umwälzungen zwingen die Subjekte, »ihre Position in der sozialen Welt zu überdenken und neu zu bewerten« – so ein zentrales Ergebnis einer europaweiten Studie (Flecker/Hentges 2004, 141) –, was mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kampagnen korrespondiert:

Wir brauchen einen Mentalitätswandel in unserem Land, eine neue Balance von Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung. [...] Menschen mit Mut, Ideen und Verantwortungsbewusstsein fallen nicht vom Himmel. (Köhler 2004, 8f)

Das Ineinander der Anforderungen von Lebens- und Produktionsweise wird von den neoliberalen organischen Intellektuellen, etwa dem Architekten des deutschen aktivierenden Sozialstaates Peter Hartz mit seiner *Jobrevolution* (2001, vgl. Haug 2003) und dem Bundespräsidenten Horst Köhler oft genug betont. Köhler präsentiert sich als »Mann der Wirtschaft«, der »sagt was notwendig ist«: Verzicht – »Wissen wir eigentlich, was es heißt, von weniger als zwei Euro am Tag leben zu müssen?« (2005, 2) –, der Abbau verantwortungsloser Erwartungshaltungen – »die

1 Vergleichbares ist denkbar für die Bereiche von Kinder- und Hundeeziehung (»Die Super-Nanny«, »Die Super-Mamas«, »Die Hunde-Nanny«) und die Reformatierung von Frauen in »The Swan«, eine Kombination aus Schönheits-OP, Fitnesstraining und psychologischer Beratung.

Bürger ließen sich gern immer neue Wohltaten versprechen und Geschenke machen. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit über Jahrzehnte immer weiter gestiegen« (2005, 1) –, schließlich die Bereitschaft, die eigenen Ideen permanent auf den Markt zu werfen – »Jeder Einzelne hat Ideen, Sie und ich. Aber wir kämpfen nicht genug um ihre Verwirklichung« (2004, 5).

Das »Schillern zwischen Realität und Projektion« lässt sich jedoch »nicht allein auf dem Terrain normativer Diskurse entwickeln« (Barfuss 2002, 93), es bedarf einer Politik des Imaginären.² Den organischen Intellektuellen stehen seit dem Fordismus Stars zur Seite, die eine spezifische ökonomische Rationalität imaginär darstellen. Mit ihrer Hilfe werden »Wünsche gebündelt und Mehrheiten hergestellt und repräsentiert« (Barfuss 2002, 74).

Im Prinzip der Casting-Shows, der Inszenierung von Alltäglichkeit, wird das Star-Wesen selber entsprechend der hochtechnologischen Produktionsweise durch die »Demokratie des Marktes« rationalisiert; der Graben zwischen den »Normalen« und den »Stars« scheint überwunden. Tausende von Bewerbern drängen sich, um dem Imperativ »Lebe deinen Traum« zu folgen, und ihre Wünsche und Hoffnungen bündeln sich im Preisgeld des Siegers bzw. im Leben und Arbeiten als Pop- und Medienstar. Gleichzeitig werden legitime Ansprüche an Gesellschaft und adäquate Denkweisen über subjektiven Erfolg ausgehandelt. Walter Benjamin (*GS* I.2, 455f, 493) analysierte das Interesse der Massen am aufkommenden Film als eines daran, sich selbst und ihre Arbeit ins Zentrum zu rücken; in der kapitalistischen Filmindustrie allerdings werde das »Interesse der Selbst- und somit auch der Klassen-erkenntnis« umgelenkt auf das Interesse an Intimitäten der Stars. Die neoliberale Fernsehpraxis der Reality-Shows kann als herrschaftliche Reartikulation dieser verdrängten Interessen gesehen werden: hier wird der »Anspruch« eines Jeden, »gefilmt zu werden« (455, 493), nicht mehr bekämpft, sondern aufgegriffen und der Verwertung unterworfen; diese Selbstverständigung über Lebensweisen aber ist von Klassenerkenntnis denkbar weit entfernt.

Das Intime ist politisch

Die »Reality«-Shows wollen als »echtes Leben« rezipiert werden.³ »Die Fernsehzuschauer haben ein Interesse an realitätsnahen Unterhaltungssendungen, die ihnen die Möglichkeit bieten, sich mit der Lebenswelt anderer Menschen zu identifizieren«, meint der RTL2-Programmchef Josef Andorfer (z.n. Schischa 2000, 82). Tatsächlich konnte RTL2 durch *Big Brother* (BB) seinen Marktanteil um mehrere Prozente anheben (Mikos u.a. 2000, 153). Der Anspruch, das Leben zu zeigen, »wie es ist«, zieht die Frage nach sich, was das Leben denn eigentlich ausmacht.

2 »Imaginär leitet sich von *imago*, Bild ab, ist aber metaphorisch ausgeweitet auf alle sinnhaft-sinnliche Vorstellung, mit der Realität interpretiert oder kurzerhand identifiziert und wahrgenommen, erlebt wird.« (Haug 1993, 143).

3 Und werden es auch – vgl. Mikos u.a. 2000, 133; Göttlich 2000, 185.

BB startete 2000 in der bürgerlichen Tradition des abstrakt-isolierten Individuums, das in »praller Konkretheit«, frei von gesellschaftlichen Bezügen auftritt: Die je fünf Kandidaten und Kandidatinnen in der Container-Unterkunft waren weitgehend von der Umwelt abgeschnitten, wurden von außen versorgt, mussten nicht produzieren und reproduzierten sich weitgehend nach fremd gesetzten Vorgaben. Eigenentscheidungen waren begrenzt auf die Verwaltung der knappen Ressourcen. Regelmäßig wurden ihnen Aufgaben gestellt, die sie allein oder gemeinsam zu bewältigen hatten. Alle zwei Wochen mussten die Kandidaten in geheimer – aber fürs Publikum sichtbarer – Abstimmung Mitbewohner nominieren, die beiden mit den meisten Stimmen konnten von den Fernsehzuschauern durch kostenpflichtige Anrufe »herausgewählt« werden.

Die Einführung von BB war begleitet von einer Auseinandersetzung um Menschenwürde, die durch die Dokumentation und Veröffentlichung beinahe aller Lebenstätigkeiten tangiert schien, und um die Verantwortung des Staates für ihren Schutz. Das Verhältnis von öffentlich und privat wurde in bis dahin ungekannter Breite – beinahe alle Zeitungen und Zeitschriften, Feuilletons und Boulevards waren beteiligt – öffentlich diskutiert und endete in der Entscheidung der Medienanstalt, dass die Kameras für mindestens eine Stunde am Tag abzuschalten seien. Der Kampf um die Grenzen der Öffentlichkeit ist Teil der Auseinandersetzungen um hegemoniale und zeitgemäße Lebensweisen. Konservative Politiker und Stimmen des Feuilletons traten als Vertreter »veralteter« Lebensweisen auf, die sich an der »jungen«, »modernen« Bereitschaft der Kandidaten brach, sich auf das Spiel der totalen Überwachung und Dokumentation einzulassen. Der Zugriff auf die intimen Empfindungen galt den Kandidaten als Programm, was allerdings eine der Wortführerinnen nicht hinderte, sich mit ihrem Beziehungspartner im BB-Haus unter der Bettdecke, also verborgen vor den Kameras, Zettelchen zu schreiben, auf denen sie ihre Beziehung diskutierten – Gespräche werden von den Mikrofonen auch übertragen, wenn sie im Flüsterton stattfinden. Als »Pioniere« der öffentlichen Verhandlung des Privaten errichteten sie noch Grenzen, die die späteren BB-Staffeln dann hinter sich ließen.

Die uneinsichtigen Vorgänge unter der Bettdecke der ersten BB-Staffel führten zu Spekulationen, ob hier etwa »vor den Kameras« Sex stattfände. Zwischen Sensation und moralischer Empörung zog sich die Diskussion von den Boulevard-Blättern durch die Feuilletons bis in die theoretische Diskussion (vgl. Ellrich 2000). Dirkopf sieht in der nicht vollzogenen Sexualität der ersten Staffel ein Indiz dafür, dass es in BB vor allem um eine »lauwarme« Affektregulation und Handhabbarkeit der Emotionen gehe (2003, 644). Die Diagnose ist vor dem Hintergrund der weiteren BB-Staffeln veraltet. Die zunächst etwas verschämt an Jugendherbergen erinnernden Männer- und Frauen-Schlafräume der ersten Staffel wurden zu einheitlichen Schlafräumen zusammengelegt. Es kam zu expliziten sexuellen Handlungen vor der Kamera, zu individuell motivierten Strip- und Lap-Dance Aufführungen wie von BB inszenierten Fotoshootings in knapper Bekleidung (»Pin-up Girls«) etc., die die prinzipielle Berechtigung von Sex in der Öffentlichkeit und im Interesse der eigenen »Marktgängigkeit« unterstreichen. In der aktuellen Staffel wurde bereits mehrfach

– weitgehend verborgen unter Decken, aber erkennbar – Sex praktiziert, was zu den größten Attraktionen der Sendung zu gehören scheint, obwohl hier deutlich weniger »zu sehen« ist, als bei jugendfreien Filmen im Nachmittagsprogramm üblich.

In der Frage, ob es zulässig sei, öffentlich Sex zu betreiben und seine Popularität bei den Zuschauern dadurch zu steigern, hat sich im Laufe der Jahre in der – öffentlichen und haus»internen« – Debatte eine neue Einschätzung durchgesetzt. Die Veröffentlichung von Intimität und die Dokumentation erfolgreicher Intimität zeigen – »drinnen« wie »draußen« – die Bereitschaft zur Mobilisierung aller individuellen Ressourcen an. Gleichzeitig ist sie Gradmesser für Leistungsfähigkeit und soziale Kompetenz. »Das vormalig private »Eigene« ist Gegenstand eines tendenziell unabschließbaren Intensivierungsprozesses geworden.« (Engemann 2002, 616)

Big Brother goes Klassengesellschaft

Implizit waren schon zu Beginn von BB gesellschaftliche Unterschiede präsent, deren Konfrontation das Spannungsmoment erhöhen sollte.⁴ Seit 2004 ist die Inszenierung von sozialen Ungleichheiten, seit 2005 Lohnarbeit Bestandteil der BB-Anordnung geworden. In der fünften Staffel (2004) war die Aufteilung von »reichem«, »normalem« und »Survivor«-Lebensbereich im Container vollzogen worden. Die spießig eingerichtete »Mittelstandswohnung« war vom reichen Bereich im »Schöner-Wohnen-Stil« durch eine Gitterwand getrennt, während die Bewohner des armen Bereichs im Freien, unter einem Unterstand kampieren mussten (die Staffel ging über ein ganzes Jahr, also auch die Wintermonate). Ein Wechsel zwischen den Bereichen war als individuelle Belohnung oder Bestrafung sowie bei »Wechselmatches« für alle Bewohner eines Bereiches möglich. Die reichen Bewohner hatten – neben großzügigen finanziellen Mitteln für die Bestellung von Lebensmitteln, Massagen, Frisören etc. – die Möglichkeit, Bewohner des »normalen« Bereiches gegen Geld, Bewohner des Survivor-Bereiches umsonst für sich arbeiten zu lassen, was vor allem Dienstleistungen wie kochen, abwaschen, putzen betraf. Verschenken von Lebensmitteln oder Luxusgütern war untersagt, auch das Ausatmen von Zigarettenrauch in den Mund von an Zigaretten verarmten Bewohnern auf der anderen Seite des Gitters wurde als Regelverstoß eingestuft und entsprechend bestraft.⁵

Die aktuelle sechste Staffel (seit 3/2005) erweitert die Anordnung des »Containers« auf ein Dorf, in dem die unterschiedlichen Bereiche über eigene »Häuser« verfügen; die strenge Abschottung der Bewohner der einzelnen Bereiche wird über

4 Geradezu klassisch geworden ist der Dialog zwischen der Bewohnerin, die Shakespeare in Reclam-Ausgabe mitnimmt und vom Mitbewohner gefragt wird, wer denn Shakespeare sei und ob der kürzlich einen Film herausgebracht habe.

5 Z.T. werden drastische Strafen verhängt: so muss z.B. eine Kandidatin auf dem Marktplatz kampieren, weil sie ihren Aufräumdienst schlecht erledigt hat, in Staffel 5 mussten Kandidaten bei Regelverstößen den Tag über statt in Kleidung in einem kratzenden Sack herumlaufen. Zustimmung zu Autorität, Momente von Unterwerfung und Zwang werden den Kandidaten als persönliche Herausforderung präsentiert und so akzeptiert.

einen Marktplatz und eine gemeinsame Bar aufgehoben. Das Spannungsmoment wird nun nicht über räumliche Trennung, sondern durch die Frage »was kann ich mir leisten« erzeugt. Die Kandidaten sind drei »Produktionsbereichen« zugeordnet (Bauernhof, Modeatelier, Autowerkstatt), in denen sie in drei Hierarchiestufen arbeiten (Chefs, Assistenten, »HiWis«). Durch diese Erweiterung der Anordnung werden Verhaltensweisen in und zur Arbeit Gegenstand der Nominierungen und der Votings: die Zuschauer können über Auf- und Abstieg innerhalb der sozialen Kategorien mitentscheiden (z.T. durch Suggestionen der Off-Stimme unterstützt: »Wie lange kann sich Inkompetenz in Führungspositionen halten?«). Zuschauer und Bewohner produzieren einen Diskurs über Gerechtigkeitskriterien, angemessene Lebens- und Arbeitsweisen, auch in Bezug auf den Umgang mit Hierarchien. Anders als bei der früheren »the winner takes it all«-Idee können sich die Bewohner kontinuierlich Geld erarbeiten, das sich nach den Zuteilungen der Chefs an ihre »Mitarbeiter« und aus dem Bestehen von »Challenges« und anderen Spielen berechnet. Das Geld kann bei frühzeitigem Verlassen des Hauses behalten werden (nicht bei freiwilligem Ausscheiden). Dadurch wird die Vorstellung vom BB-Dorf als »alternative Welt« gestärkt, wie z.B. beim Einzug eines Ehepaars: »draußen droht ihnen Hartz4, jetzt versuchen sie ihr Glück im Dorf« (Off).

Authentizität, Kompetenz, Differenz

Mitbewohner werden in Gesprächen immer wieder darauf abgeklopft, ob sie sich wohl verstellen, weil sie »im Fernsehen sind«. Die Vermutung von »Authentizität« im Sinne von »Konstanz« in den Verhaltensweisen erhöht – in gewissen Grenzen – die Toleranz. Konflikte werden im BB-Dorf dauernd so bearbeitet, dass die einen sich bei anderen über dritte »ausweinen« und sich gleichzeitig beschweren, dass Letztere nicht ehrlich seien, ihnen die Meinung nicht »ins Gesicht sagten«. Verhaltensweisen, die den Gruppenzusammenhalt schwächen, sind offiziell verpönt (vergleichbar den Anforderungen an die Teamarbeit der Kleingruppenkonkurrenz), real aber – entsprechend der Explosion von Mobbing am Arbeitsplatz – Alltagsgeschäft der Selbstbehauptung in der Konkurrenz. Die erste Frage eines BB-Bewohners an die ihn besuchende Mutter: »ich bin doch so wie ich bin, oder?« kann als Versicherung gelesen werden, dass man innerhalb von sich drastisch ändernden Verhältnissen derselbe bleiben kann. Erst dann ist die »Herausforderung« der Verhältnisse, in die die Einzelnen gestellt sind, erfolgreich bestanden und bestehbar. Hinter der Vorstellung von »Authentizität« – die in einer Situation permanenter Übertragung aller Lebensäußerungen praktisch unmöglich ist –, steht die Anforderung, Wahrhaftigkeit, Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit zu präsentieren: in der Beziehung zu den anderen Bewohnern und mit Blick auf den Markt, der vom Publikum repräsentiert wird. »Ein authentisches Inneres ist der Rohstoff, den die neoliberale Kunst des Regierens von Menschen bearbeitet und auf den sie sich beruft, wenn sie die Komplexität auf dem Gebiet der Beziehungen zu sich selbst steigert.« (Greco 2000, 277)

In den bisherigen Staffeln hat sich ein recht klares Muster für persönlichen Erfolg bei BB ergeben: nicht die exaltierten Selbstdarsteller, sondern solide Typen. »robuste Verdrängungs- und Aufmunterungskünstler« (Ellrich 2000, 109) »überleben« relativ lange; ideale Weise sind sie fleißig, stellen die vorgegebenen Aufgaben nicht in Frage, sondern bewältigen sie gut gelaunt. Sie verhalten sich sozialverträglich und kompetent im Umgang mit alltäglichen und psychischen Problemen. Wer unzufrieden, schlecht gelaunt oder »zickig« reagiert, riskiert, von den Mitbewohnern nominiert und von den Zuschauern »herausgewählt« zu werden. Gefragt ist, was Peter Hartz im Zusammenhang mit der von ihm geforderten »Beschäftigungsfähigkeit« als »sportliches« Aushalten der »Unbequemlichkeit der Zukunft« bezeichnet hatte (Hartz 2001, 25). Gerade die »Normalität« der erfolgreichen Kandidaten verspricht die Verallgemeinerbarkeit der vorgeführten Lebensweise. Durchgängig kreisen die Sendungen vorbildhaft um die Frage, wie sich die Kandidatenträume vom gelingenden Leben mit den verschärften Bedingungen der Klassengesellschaft vereinbaren lassen⁶.

Die offensive Thematisierung sozialer Ungleichheiten geht mit einer Verhandlung »kultureller« Differenzen einher. Während der lebensweltliche Umgang mit ihnen ins Zentrum der Anforderungen rückt, werden ihre gesellschaftlichen Hintergründe dethematisiert. In der ersten Staffel hatten sich einige Bewohner noch über eine ausländische Kandidatin erregt und ihre Teilnahmeberechtigung mit Blick auf ihre italienische Herkunft in Frage gestellt (»in Italien gibt es doch auch Big Brother, kann sie ja da mitmachen«). Inzwischen sind Kandidaten mit Migrationshintergrund Normalität geworden. Die »Abstammung« wird dabei von Kandidaten und Off-Sprechern öfters im Rahmen alltagsrassistischer (auch selbstethnisierender) Vorstellungen – »kühle Russin«, »südländisches Temperament«, »rassige Spanierin« – aufgegriffen. Die im Mai 2005 eingezogene Kandidatin mit »österreichisch-israelischem Doppelpass« gab zwei Bewohnern Anlass, schwärmerisch von ihren »großen, typisch israelischen Augen« – »und auch die Nase, ganz typisch« – zu sprechen. In der vorherigen Staffel hatten einige Bewohner durch das Erzählen von Judenwitzen Aufsehen erregt, was für sie (anders als für den verantwortlichen Redakteur) ohne Konsequenzen blieb – in der aktuellen Staffel wurde allerdings ein männlicher Kandidat nach wenigen Tagen vom Spiel ausgeschlossen, als seine Tätowierung der Musikgruppe KISS sichtbar wurde, bei der »SS« in Runenform geschrieben war. Offenbar finden die staatlichen Kampagnen zur Herstellung

6 Auch andere – z.T. weit weniger spektakuläre – Reality-Shows kreisen um Flexibilität im Umgang mit Luxus/Armut und um die Fähigkeit zum Verzicht: im »Gutshaus um 1900« (arte/ARD) tritt der Spielcharakter zu Gunsten der historischen Authentizität klassenspezifischer Härten zurück (etwa der mehrmals am Tage von Hand zu leerenden Latrinen der »Herrschaft«, die überlangen Arbeitstage des Küchenpersonals etc.). Einen anderen Anschnitt wählt die Sendung über die Berliner Familie, die sechs Monate in einem Schwarzwaldhaus von vor 100 Jahren lebt (ARD/Dritte Programme). Hier steht gerade der angenehme, nicht-erzieherische Umgang der Familie im Vordergrund, die demokratisch ihre Entscheidungen fällt und mit dem Vater türkischer Abstammung für ein gelingendes, solidarisches »multikulturelles« Familienleben steht.

eines ›friedlichen Miteinanders der Kulturen‹ hier ihren Widerhall. Sie drehen sich darum, wie unter Bedingungen verschärfter Konkurrenz und schwindender sozialer Sicherung die Denkmuster der (kulturellen) Differenz und Identität im funktionalen Rahmen aufrechterhalten werden können.

Popstars – Lose your dreams and you will lose your mind

Auf mich kommt es an.
Ich habe Elan, bin hartnäckig und zeige Courage.
Ich lerne, äußere Ideen, [...] ich bin da, versuche gesund zu bleiben und bilde mich weiter.
Auf mich ist Verlass.
Qualität ohne Wenn und Aber – das ist selbstverständlich.
(P. Hartz 2001, 65)

Trotz der Einbeziehung der Lohnarbeit in die BB-Welt spielen die Arbeitshandlungen selbst dort eine relativ untergeordnete Rolle. Niemand erwartet, dass ein früherer Animator später wirklich als Automechaniker angestellt wird. Anders bei *Popstars*, wo es explizit um die Vorbereitung auf eine »Berufskarriere« geht. Die Marktanforderungen sind hier repräsentiert (und das Marktrisiko übernommen) von einer Expertenjury, in der z.B. der Chef der späteren Produktionsfirma beteiligt ist, neben anderen kompetenten »Marktkennern« – Choreographen oder selbst erfolgreichen Popstars. Im Gegensatz zum Spiel- und Experimentcharakter von BB geht es hier um »ernsthafte Arbeit«; im Mittelpunkt steht, was die Kandidaten machen, wie sie ihre Arbeitskraft entwickeln und ihre Produkte über Emotionalität und Individualität konturieren. Zumutungen (lange Übungsstunden, Training über die Erschöpfungsgrenze, Anschreien) werden über die Interessen der Kandidaten legitimiert: wer wirklich etwas werden, seinen Traum verwirklichen will, muss bereit sein, an seine Grenzen und darüber hinaus zu gehen.

In öffentlichen Castings in mehreren deutschen Städten bewerben sich Tausende von Kandidaten. Sie haben wenige Minuten Zeit, sich als Person zu präsentieren, Gesangs- und Tanzkenntnisse vorzustellen; Ausschnitte werden bereits übertragen. Für die Ausgewählten finden mehrere aufeinander aufbauende Workshops statt, an denen sie mit verschiedenen Aufgaben (Vorgaben für zu interpretierende Songs, Schrittfolgen für Choreographien, Soloauftritte, Gruppenauftritte) konfrontiert und die Teilnehmer für die jeweils nächste Runde ausgewählt werden. Dabei stehen den Kandidaten ab der zweiten Runde Coaches zur Verfügung, die ihnen Hilfen und Unterricht in Gesang, Tanz, Präsentation zukommen lassen. Die Bewältigung der Anforderungen ist damit an die Frage gebunden ›was kannst du aus dem machen, was wir dir anbieten‹. Gefragt ist, was Hartz als »steile Lernkurven« bezeichnet hat (2001, 52).

Zu einem Star der *Popstars* hat sich der Choreograph und Tanz-Coach (z.T. auch Jurymitglied) Detlef – D!, sprich [di:] – Soost entwickelt. Seine harten Umgangsformen mit den Kandidaten haben ihm den Beinamen »Drillinstructor« eingebracht, der »nur so hart zu euch ist, weil er auch so hart zu sich ist«. In seiner Person bündeln sich die Versprechungen auf einen Klassen und Schichtungen überspringenden Erfolg:

als Schwarzer, ohne Vater mit psychisch kranker Mutter im Heim in der DDR aufgewachsen, hat er sich in den 90er Jahren vor allem mit Betrügereien durchgeschlagen (was er in seiner Biographie *Heimkind – Neger – Pionier* freimütig berichtet), aber immer auch an seinem Traum gearbeitet, was ihm schließlich den Erfolg beschiedenen hat: »Pionier«, d.h. »Wegbereiter« zu sein, den Menschen

zu zeigen, dass es mit eisernem Willen und mit harter Arbeit gelingen kann, seine Träume zu leben, wenn man akzeptiert, wer man ist. Ich habe diesen Schritt getan. Ich bin Heimkind, Neger, Pionier. Ich bin Detlef D! Soost. (Soost/Ascher 2005, 13)

In der Begründung für Auswahl und Erfolg der Kandidaten werden in der Regel weder Diskurse von Begabung oder Talent noch Entdecker-Mythen der Hollywood-Stars bedient. Der Erfolg ist »verdient«, das Publikum kann die Fertigkeiten begutachten und die Fortschritte verfolgen, jeder wohnt den ausgestellten Leistungen als »halber Fachmann« bei (Benjamin, *GS I.2*, 492). Das Erfolgskonzept, das den meist jugendlichen Kandidaten angeraten wird, ist die Verbindung ihrer »Träume« mit der Bereitschaft zu harter Arbeit. Im Folgenden möchte ich anhand von zentralen Szenen der letzten *Popstars*-Staffel untersuchen, wie die Weise, in der diese Lern- und Arbeitshaltungen verhandelt und thematisiert werden, sich mit den Anforderungen des aktivierenden Sozialstaates und der hochtechnologischen Produktionsweise verbindet.

Leistungsdruck und Leistungsbereitschaft – Fordern und Fördern

Leistungsdruck wird permanent als Spannungsmoment inszeniert: als Ungewissheit, ob einzelne Kandidaten davor kapitulieren werden, als Begründung für das Scheitern von Kandidaten und als Motiv für interne Streitereien unter den Kandidaten. Legitimiert wird er durch den Druck, unter dem das Leben der Popstars stehe. Er gilt als Herausforderung und Voraussetzung für Leistungsbereitschaft. Die erwünschte Denkweise wird durch die Kombination von Off-Text und eingespielten Interviewsequenzen erzeugt:

Off: »Die Jury stellt die Kandidaten vor eine harte Aufgabe.« – Markus: »Mein Tag heute war eine emotionale Berg- und Talfahrt. Ich hatte Panik, dass ich das nicht bringe«. – D: »Entweder du lässt dich gehen oder du zeigst mal, wo der Hammer hängt. Werd wach, sonst tust du den andren einen Gefallen und du wirst rausgekickt.«

Ein Kandidat formuliert im Gespräch mit D unter Tränen: »Ich hab das Problem, dass ich nicht weiß, ob's nicht zuviel für mich ist.« D: »Und wie kriegst du das raus?« – »Einfach machen« – »Einfach machen, genau. Ich glaube, du hast Angst, dass wenn wir dein wahres Ich sehen, dass wir dich dann nicht mehr wollen. Durchziehen, Alter, du musst das durchziehen«. Sie liegen sich weinend in den Armen. D: »Mensch, du bist doch auch 'ne alte Berliner Pflanze«. Kandidat im Einzelinterview: »Ich weiß nicht, wie ich es ändern soll, bzw. es geht gar nicht um das wie, ich muss es einfach nur machen.«

Die Schlusssequenz bildet immer wieder die Übernahme der präsentierten Sichtweise durch die Kandidaten. Im Zentrum der Anrufungen steht die Forderung, sich zur Leistung zu *entscheiden*. Entsprechend hat, wer die Anforderungen nicht erfüllt,

sich nicht dafür entschieden. Hier findet die Logik der »Aktivierung«, Grundpfeiler der Hartz-Gesetze, ihren Widerhall, die »implizit den Vorwurf der Passivität gegenüber den Leistungsempfängern enthält« (Urban 2004, 471).

Die Erfolgsrezepte der *Popstars* ähneln auf so eklatante Weise den Botschaften der Selbstmanagement-Ratgeber, als seien sie deren Übersetzung für Bevölkerungsschichten, die Managementliteratur nicht auf ihrer Sommerurlaubs-Leseliste führen. Die Betonung von individueller Entscheidung zur Leistung, das »Einüben« von Sichtweisen, die sich in der Wiederholung der Formulierung der Coaches durch die Kandidaten niederschlägt, erinnert an Psychotechniken wie das »Neurolinguistische Programmieren« (NLP), die nahe legen, dass die Realität produziert wird, indem sie gedacht wird (Bröckling 2000, 159). Die Entscheidungs-Rhetorik hat den Primat vor den inhaltlichen Problemen im Lernvorgang selbst. Im Vordergrund steht, wie die Kandidaten angeschrien und beschimpft werden, weil sie sich (noch) nicht zur Leistung entschieden haben.

Kooperation in der Konkurrenz

Die Kandidaten müssen sich permanent gegen Konkurrenten durchsetzen, gleichzeitig aber mit ihnen kooperieren und eben diese Fähigkeit beweisen. Für die Arbeitsfähigkeit der späteren Band ist es notwendig, dass die Kandidaten bereits in der »Konkurrenzphase« der Qualifizierung auf die folgenden Kooperationsanforderungen eingestellt werden. Soziale Kompetenz und Zusammenhalt werden von den Coaches vehement eingefordert, wenn das gemeinsame Projekt durch Konkurrenz (bei den Mädchen meist als »Zickenterror« bezeichnet) gefährdet erscheint. Gleichzeitig wird die Konkurrenz hervorgehoben, um Leistung und Leistungsbereitschaft zu fördern. Die widersprüchlichen Anforderungen können offensichtlich nicht reibungslos realisiert werden: »Ich hab die so lieb, trotzdem sind die meine Konkurrenten, ich weiß gar nicht, was ich jetzt fühlen soll.« (Mädchen) Als Ausweg deutet sich hier eine Instrumentalisierung der eigenen Gefühle an, die widersprüchliche Situationen dadurch lebbar macht, dass man sich für eine Sicht »entscheidet«.

Die gestellte Anordnung kann freilich auch in wirkliche Kooperation umkippen. Dies zeigte sich bei der Zusammenstellung der Mädchen-Band der vorletzten Staffel, die nach fünfwöchiger gemeinsamer Tour um eine Kandidatin verkleinert werden sollte. Vor der abschließenden Kritik- und Entscheidungsrunde taten die Mädchen kund, dass sie alle aufhören würden, wenn eine von ihnen die Band verlassen müsste. Versuche der Jury, ihnen Angst zu machen – »das ist wirklich ein Hammer, habt ihr euch das gut überlegt«, »seid ihr euch klar, was das für euch heißt« – wiesen sie zurück. Schließlich wurden alle Mädchen in die Band aufgenommen.

Sexualität, Körper und Fitness

Weil »zwischen den Kandidaten nichts stehen darf« (Off) gesteht Markus den verbliebenen zehn Kandidaten, dass er schwul ist. Die Reaktion der anderen: »wer damit heute noch ein Problem hat, ist nicht richtig gewickelt«. Akzeptiert wird zwar

seine Homosexualität, nicht aber sein (früheres) Übergewicht, das er sich bereits vor dem Casting abtrainiert hat – seine »Eintrittskarte« in die Ausscheidungen. Im Bandhaus und im Camp wird für ihn ein spezielles Fitness-Programm ausgearbeitet, das ihn »an seine körperlichen Grenzen führt« und über dem man ihn gelegentlich verzweifeln sieht. Zusammenbrüche und Gefühle von Überforderungen werden in der ›Drillinstructor‹-Manier mit Beschimpfungen beantwortet:

»Du sollst ein Star werden, du bist im Augenblick kilometerweit davon entfernt; du bewegst dich wie 120 Kilo. Ich kriege kein einziges Mal das Gefühl, das ist ein attraktiver Mann.« (D)
 D über Markus: »Die Tatsache, dass wir uns so für ihn engagieren, hat ihn zu Tränen gerührt.«
 Markus: »Das Gefühl, man lässt dich nicht einfach fallen, das war geil. Ich hoffe nur, dass ich nicht zu früh zusammenbreche.«

Das Beispiel steht für einen Paradigmenwechsel von einer fordistischen Normierung auf Heterosexualität zur Beschwörung einer neuen, flexibleren »Normalität« im Rahmen des neoliberalen Paradigmas von Leistungsbereitschaft und Fitness. Die öffentliche Thematisierung von Sexualität ist Voraussetzung für die Akzeptanz von »Abweichungen«, solange sie den Bezugsrahmen »normaler Verwertung« nicht in Frage stellen. Frigga Haug beschreibt das Anforderungsprofil für erfolgreiche Manager in der hochtechnologischen Produktionsweise dahingehend, dass sie »in der Lage sein müssen, [...] auch ihren Sex so zu kontrollieren und zu managen, dass der aufs äußerste konzentrierten Verausgabung ihrer Arbeitskraft, welche die ganze Person verlangt, nichts im Wege steht« – dabei sei es »zunehmend unerheblich, ob sie Männer oder Frauen sind, heterosexuell oder homosexuell, wofern sie nur ihr eigenes Leben vollständig in der Hand haben« (1998, 79). In den skizzierten Reaktionen der Kandidaten hat sich dies bereits als zeitgemäße Lebensweise verallgemeinert. Dass man das ›eigene Leben in der Hand hat‹, zeigt sich im verwertungsgerechten Umgang mit dem eigenen Körper.

Neben Fitness ist Gesundheit eine notwendige Voraussetzung für ein Bestehen im (Popstars-)Konkurrenzkampf. So beschimpft die Gesangslehrerin ein erkältetes Mädchen, sie verliere ihre Stimme nicht, weil sie sich heiser gesungen, sondern weil sie nicht auf sich geachtet habe. Kandidatin und Coach sind sich augenscheinlich einig, dass die Vorstellung, sie könne ihre Prüfung zwei Tage später ablegen o.ä., völlig abwegig wäre. Gesundheit/Krankheit haben die Kandidaten selbst zu verantworten – ganz im Sinne des neoliberalen Paradigmas von Eigenverantwortung und der Privatisierung von Existenzrisiken.

Die Herausbildung eines neuen Emotionalitäts-Dispositivs

Authentizität, Selbstverwirklichung und Unterordnung bilden in der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Kandidaten eine widersprüchliche Einheit. In einem Konflikt zwischen zwei Mädchen fordert D lautstark Erklärungen: »Ey, ich will jetzt deine ehrliche Meinung, nicht das, was du sagst, weil die Kamera an ist.« Nachdem die unterschiedlichen Sichtweisen erhoben wurden und alle in Tränen aufgelöst sind, beschließt D die Sitzung:

»Dass ihr alle ehrlich wart, hat euch alle weitergebracht. Klar sind jetzt einige fertig, aber was euch nicht *total* fertig macht, bringt euch weiter. Jetzt seid auch ehrlich auf der Bühne.«

Demütigungen dienen nicht nur dem Ertragen von Zumutungen und dem Einfordern von Leistungen, sondern sollen bislang unerschlossene Ressourcen für Kreativität freilegen. Hinter der autoritären Ansprache blitzt das Versprechen auf, dass man ›man selbst‹ sein darf, mit der Welt im Einklang ist, wenn man zuvor Alles und sich ganz gegeben hat. Zugleich ist der Rahmen für das Äußern authentischer Gefühle durch die Anforderungen der Coaches eben autoritär vorstrukturiert. In Konflikten um die Interpretationen von Songs spielen die Interessen und Wünsche der Kandidaten keine Rolle, vielmehr geht es um das Erlernen von Mitteln, ›Authentizität‹ unabhängig von persönlichen Interessen und durch den gezielten Einsatz von Emotionalität darzustellen.

Ein Kandidat hat einen wütend zu interpretierenden Song traurig einstudiert. Seine Darbietung wird von einem Jurymitglied laut unterbrochen:

»Mann, du sollst die fühlen, die Scheiße, wenn du es nicht fühlst, geht es nicht ... Du kommst irgendwie so falsch rüber.«

Der Konflikt eskaliert beim späteren Proben mit Unterstützung von D. Er provoziert den Kandidaten derartig, dass dieser sich vor Wut die Hand an der Wand blutig schlägt. D erzählt im Einzelinterview unter Tränen (der »Drillinstructor« lebt die Verbindung von Emotionalität und Leistungsfähigkeit ›authentisch‹ vor):

»Der hat gerade das ganze Haus zusammengeschlagen, die ganze Wut ist rausgekommen.« Von hier aus gibt es einen Rückblick auf den Konflikt, D hält den Kandidaten im Arm: »Ich musste so hart sein, weil du warst wie ein Fähnchen im Wind, du hattest dich verloren und ich sehe nicht ein, dass ich hier irgendwie welche Leute aufbe. Ich hab dich wirklich lieb, ich muss dich doch irgendwie aufbrechen«. Im Interview erklären die beiden Kandidaten: »Wir beide hatten uns verloren; wir wussten nicht mehr, wer wir waren; den Arschtritt haben wir gebraucht.«

Emotionalität ist hier unverzichtbarer Bestandteil der Konturierung des »Produkts«: man muss sie »haben«, vor allem »zeigen«, aber auch zu nutzen wissen, also mobilisieren und instrumentalisieren. »Was fühlen wir? Hinter dem Begriff Qualität steckt die Suche nach den Grenzen der Empfindung. Emotion wird zu Kapital.« (Hartz 2001, 57)

Offensichtlich bildet sich ein neues Emotionalitäts-Dispositiv heraus. Für den Fordismus gilt weitgehend, dass Gefühle im Rahmen restriktiver Handlungsfähigkeit durch Polarisierung ruhig gestellt werden: einerseits in der »scheinhaften ›Verinnerlichung‹ der Emotionalität als von den *realen Lebensbedingungen isolierter, bloß ›subjektiver‹ Zustand* des je einzelnen Individuums«, andererseits als »›Entemotionalisierung«, d.h. *Zurückgenommenheit und Unengagiertheit des Handelns*« (Holzkamp 1983, 404). Indem die Gefühle von der Situation und vom Handeln darin losgelöst und dissoziiert erscheinen, werden sie zu besonderer »Tiefe« mystifiziert. Im neoliberalen Mobilisierungsdiskurs wird all das an die Oberfläche geholt: die Gefühle sind wieder »profanisert«, weltlich und jederzeit einsetzbar. Sie werden (auch hier) nicht als »Bewertung« der Situation gedacht, sondern müssen unabhängig davon zum Handeln unter fremd gesetzten Zielen befähigen, sind Teil

von Selbstinstrumentalisierungen, die die geforderten Haltungen – aktiv, kreativ, demütig – bereitstellen können. Entsprechend verschieben sich auch die Erscheinungsweisen restriktiver Motivation (Holzkamp 1983, 411ff): es geht weniger darum, fest stehende Ziele und Verhaltensweisen zu oktroyieren, als vielmehr die Subjekte zu mobilisieren, sich die von anderen definierten Probleme selbständig zu eigen zu machen bzw. selbst aus den sachlichen Gegebenheiten abzuleiten, ihre Kreativität und Individualität in diese Prozesse einzubringen und eigenständig Verwertungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Der Diskurs, dass seine Träume verwirklicht, wer kontinuierlich dafür kämpft, wird auch von den gescheiterten Kandidaten getragen: »ich lass mich nicht abbringen von meinem Traum«, »ich werde weiter kämpfen«, »ich werde meinen Traum leben« versichern unter Tränen hunderte von gescheiterten Teenagern nach dem vernichtenden Urteil über ihre Tanz- und Gesangskünste. Die immer wiederholte Bereitschaft zur harten Arbeit, die im Umkehrschluss den Misserfolg auf mangelnde Eigenleistung zurückführen, sind so etwas wie die Antwort ›von unten‹ auf das Vorhaben, das »Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umzuwandeln« (Schröder/Blair 1999). Die Zustimmung der Kandidaten zur Sichtweise von Jury/Coaches baut die Brücke in die »subjektiven Begründungsmuster« hinein (Holzkamp 1983, 368). Durch formelhafte Wiederholungen von nahe gelegten Denk- und Handlungsweisen werden Begründungsmuster zur Verfügung gestellt, die über die Herausbildung einer verallgemeinerten ›Haltung‹ – Lernhaltung, Arbeitshaltung, Erwartungshaltung etc. – relativ kohärente Erklärungen und Selbstthematisierungen ermöglichen. In den Versprechungen der *Popstars*-Sendung wird das Fernsehen somit zum »Fenster«, durch das eine prekarierte Bevölkerung »gebannt auf das Imaginäre scheinbar grenzenloser Möglichkeiten schaut« (Barfuss 2002, 187).

Ausweitung der Kampfzone

Das Changieren zwischen Selbstverwirklichung, Karrierehoffnungen, den Versprechungen des Star-Wesens und moderner Arbeitsethik kann auch für den Bereich prekarierteter Arbeit eingesetzt werden: Ausgerechnet die Lidl-Einzelhandelskette, die für ihre schlechten Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse bekannt ist⁷, greift die Form des Castings in einem Werbespot auf, der bundesweit 1000 Ausbildungsstellen anpreist und die Bewerber zum Einsenden von Bewerbungsvideos auffordert (www.superazubi.de). Anerkennend bemerken die »Jurymitglieder« im Lidl-Kittel, dass der junge Mann, der in wilden Zuckungen unter Einbeziehung der Kühltruhe ›performt‹ hatte, die emotionale Qualität der Pizza mit Zwiebelringen sehr schön zum Ausdruck gebracht habe. Die Ironie, mit der die Glücks- und Selbstverwirklichungsversprechen aufgegriffen werden, ermöglicht Widersprüchliches zu vereinbaren (Barfuss 2003, 707):

7 <http://www.verdi.de/handel/einzelhandel/unternehmensinformationen/lidl>, 15.6.2005

Die Ausbildungsstelle als begehrtes knappes Gut und Weg in ein Leben mit eigenem Einkommen wird mit dem ersehnten Popstar-Dasein analogisiert, über die trennenden Unterschiede in der Einkommenshöhe wird dabei geschwiegen.

Der Kampf um Hegemonie verläuft dennoch nicht ohne spürbare Widersprüche. Die Anforderungen einer neoliberalen Lebensweise sind nicht bereits mit ihrer Erfüllung gleichzusetzen, wie im Rahmen der »Gouvernementalitätsstudien« oft angenommen wird (vgl. Draheim/Reiz 2005), sondern als Nahelegungen zu verstehen, die zu Prämissen subjektiver Handlungsbegründungen werden können. Erst indem zwischen beidem unterschieden wird, können psychische Kosten und Widerstandsmöglichkeiten sichtbar werden und nach Perspektiven einer verallgemeinerten Handlungsfähigkeit gefragt werden.

Auch im Bereich der kulturellen Formen werden die hegemonialen Anforderungen nicht einfach »durchgestellt«. Das zeigen z.B. die »Dresdner Weber« des Dresdner Staatsschauspielhauses (Volker Lösch/Stefan Schnabel), bei denen die Anrufungen des aktivierenden Sozialstaats mit subjektiven Erfahrungen und Verarbeitungen konfrontiert werden. Wie bei den Webern von Gerhart Hauptmann stehen sich alte und neue Arbeitsweisen, Lebensansprüche und Verwertungsinteressen gegenüber. Die Weber von 1844 sollten »für eine Quarkstulle« arbeiten oder »Gras fressen«, die Dresdner Weber berichten von ihren Erfahrungen mit Hartz, Aktivierung und Zumutbarkeiten. In den Antworten auf die Frage: »Sie bewerben sich um einen Arbeitsplatz. Was können sie besser als jeder andere?« zeigen sich die gespenstischen Wiedergänger der Reality-Shows: Sie spielen Blockflöte, ziehen sich plötzlich »unmotiviert« aus, bieten Sex, Massagen, Ausspionieren der Kollegen, jederzeitige Einsatzbereitschaft, Durchsetzungsvermögen, die Fähigkeit, »sich zum Obst zu machen, Dünger zu werden, sich selbst zu verdauen«, an (Staatsschauspiel Dresden 2004, 27).

Der Chor, der die Antworten der Einzelnen wiedergibt, rückt ihre Erfahrungen in die Nähe der Verständigung über Klasseninteressen. Köhlers Aufruf zu Opferbereitschaft – »Unser Land sollte uns etwas wert sein« (2004, 2) –, seine Adressierung der nationalen Gemeinschaft – »Wir sind jetzt als *ein* Volk gefordert« (2004, 11) – werden durch die unübersehbaren Differenzen zwischen der Elite aus Politik, Kultur und Wirtschaft und den Ausgegrenzten entzaubert, und der Hohn in den Ohren der Angerufenen wird fürs Theaterpublikum hörbar.

Literatur

- Balke, Friedrich, Gregor Schwering u. Urs Stäheli (Hg.), *Big Brother. Beobachtungen*, Bielefeld 2000
- Barfuss, Thomas, *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 2002
- Barfuss, Thomas, »Ironische Handlungsfähigkeit zwischen Subversion und Anpassung«, in: *Das Argument* 252, 45. Jg., 2003, H. 4/5, 707-21
- Benjamin, Walter, *Gesammelte Schriften*, Bd. I.2, hgg. v. R. Tiedemann u. H. Schweppenhäuser, Frankfurt/M 1974 (zit. GS)

- Bröckling, Ulrich, »Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement«, in: ders., Susanne Krasmann u. Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M 2000, 131-67
- Dirkopf, Frank, »Fühlen Lernen. Anordnungen der Affektelevaluation: ›Deutschland sucht den Superstar‹«, in: *Das Argument* 252, 45. Jg., 2003, H. 4/5, 643-7
- Draheim, Susanne, u. Tilman Reitz, »Schattenboxen im Neoliberalismus. Kritik und Perspektiven der deutschen Foucault-Rezeption«, in: Christina Kaindl (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, Marburg 2005 i.E.
- Ellrich, Lutz, »Das Gute, das Böse, der Sex – Zur Beobachtung des Begehrens im Container«, in: Balke/Schwering/Stäheli (Hg.) 2000, 99-126
- Engemann, Christoph, »›Big Brother‹. Ein Arbeitshaus im 21. Jahrhundert. Zur Aktualität des panoptischen Modells«, in: *Prokla* 129, 2002, H. 4, 599-617
- Flecker, Jörg, u. Gudrun Hentges, »Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa«, in: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a. (Hg.), *Moderner Rechtspopulismus*, Hamburg 2004, 119-49
- Göttlich, Udo, »Die Ware Vertrauen – ›Back to Basics‹ oder die Veralltäglichung von *trash*?«, in: Balke/Schwering/Stäheli (Hg.) 2000, 173-93
- Greco, Monica, »Homo Vacuus. Alexithymie und das neoliberale Gebot des Selbstseins«, in: Bröckling/Lemke/Krasmann (Hg.) 2000, 265-185
- Hartz, Peter, *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurt/M 2001
- Haug, Frigga, »Gramsci und die Produktion des Begehrens«, in: *Psychologie und Gesellschaftskritik* 86/87, 1998, H. 2-3, 75-91
- dies., »›Schaffen wir einen neuen Menschentyp‹. Von Henry Ford zu Peter Hartz«, in: *Das Argument* 252, 2003, H. 4/5, 606-17
- Haug, Wolfgang Fritz, *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Hamburg-Berlin 1993
- Holzkamp, Klaus, *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M 1983
- Köhler, Horst, *Wir können in Deutschland vieles möglich machen. Antrittsrede am 1. Juli 2004 im Deutschen Bundestag*, Berlin 2004, http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_600229/Antrittsrede-von-Horst-Köhler.pdf, 16.5.05
- dies., »*Die Ordnung der Freiheit* – Rede beim Arbeitgeberforum »Wirtschaft und Gesellschaft« am 15. März 2005 in Berlin, Berlin 2005, http://www.bundespraesident.de/Anlage/original_6228551/Rede-beim-Arbeitgeberforum-Wirtschaft-und-Gesellschaft-in-Berlin.pdf, 15.5.05
- Mikos, Lothar, Patricia Feise u.a., *Im Auge der Kamera. Das Fernsehereignis Big Brother*, Berlin 2000
- Schischa, Christian, »›Leb, so wie Du Dich fühlst?‹ Zur Fiktion von Authentizität beim Sendeformat Big Brother«, in: Frank Weber (Hg.), *Big Brother: Inszenierte Banalität zur Prime Time*, Münster 2000, 77-94
- Schröder, Gerhard, u. Tony Blair, »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair« (1999), <http://www.amos-blaetter.de/AR.blair-schroeder-papier.html>, 15.6.2005
- Soost, Deleft D!, u. Anne Ascher, *Heimkind – Neger – Pionier. Mein Leben*, Reinbek bei Hamburg Staatsschauspiel Dresden (Hg.), *Die Dresdner Weber. Eine Hommage an Gerhart Hauptmann. »de werden noch ferne Quarkschnitte arbeiten«*, Dresden 2004
- Urban, Hans-Jürgen, »Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfeiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?«, in: *WSI-Mitteilungen* 9/2004, 467-73

Jan Rehmann

Platzhalter für eine kritische Ideologieforschung

Foucaults Vorlesungen zur »Geschichte der Gouvernementalität«

Die nun erstmals nahezu gleichzeitig auf französisch und deutsch veröffentlichten zwei Vorlesungsreihen am Collège de France 1977/78 und 1978/79¹ markieren ein wichtiges Bindeglied im Übergang zur Spätphase Foucaults, die sich grob vereinfacht dadurch auszeichnet, dass der Machtbegriff nun das Selbstverhältnis der Subjekte, ihre Art, sich und ihr Leben zu »führen«, mit einbezieht. Während noch in *Überwachen und Strafen* (1975) eine subtile und zugleich omniprésente Disziplinarmacht die Subjekte restlos durchformte, ohne dass ein Raum für Eigensinn und Widerstand zu erkennen wäre, wird Foucault 1982 im Zusammenhang mit der »Gouvernementalität« von einem »Führen der Führungen« (*conduire des conduites*) sprechen, in der sich Fremdsteuerung und alltägliche Selbst-Führung verbinden (vgl. *DE* II, Nr. 306, 1056 u. Nr. 340, 1401). Damit rückt er trotz seiner Gegnerschaft zum Ideologiebegriff in die Nähe eines Ansatzes, wie er nahezu gleichzeitig zu den Gouvernementalitäts-Vorlesungen vom *Projekt Ideologietheorie* ausgearbeitet wurde, das – im Gegensatz zu Althusser – zwischen »vertikaler« Fremdvergesellschaftung, »horizontaler« Selbstvergesellschaftung und »protoideologischem Material« analytisch unterschieden hat (vgl. *PIT* 1979, 180f, 183ff). Indem der späte Foucault zwischen institutionalisierter Herrschaft und flüssigen Machtbeziehungen differenziert, zwischen denen eine »gouvernementale« Führung von Selbstführungen vermitteln soll (*DE* II, Nr. 363, 1604), scheint er sich dem gramscianischen Thema der »Führung« (*direzione*), d.h. der Hegemonie anzunähern. Dass er die Unterscheidung zwischen Herrschaft und Macht nicht durchhalten wird, steht auf einem anderem Blatt.² An den Vorlesungen sind jedenfalls die tastenden Schritte in Richtung auf ein neues theoretisches Paradigma zu beobachten – Foucault selbst vergleicht sich mit einem Krebs, der sich seitwärts bewegt (II, 116).

-
- 1 Bisher lagen nur einige Teilstücke veröffentlicht vor: die Zusammenfassungen der Vorlesungsreihen (in *DE* II, Nr. 255 u. 274), die 4. Vorlesung aus der ersten Vorlesungsreihe vom 1. Februar 1978, in der der Begriff der *Gouvernementalität* eingeführt wurde, und Auszüge aus der Vorlesung vom 31. Januar 1979 zur »Staatsphobie« (deutsch in Bröckling u.a. 2000, 41ff, 68ff). Für alles andere musste man sich auf die Darstellungen derjenigen verlassen, die die Manuskripte und Tonbänder im Pariser Foucault-Archiv studierten (englisch zuerst Colin Gordon 1991, deutsch v.a. Lemke 1997).
 - 2 Dafür steht z.B. seine Bemerkung, die Unterscheidung zwischen Herrschaftsmacht und kollektiver Handlungsmacht sei lediglich »verbal« (*DE* II, Nr. 341, 1408). Zudem unterscheidet der späte Foucault Macht und Herrschaft meist nicht analytisch, sondern quantitativ nach Ausdehnung (ebd., 1062, 1529).

Tatsächlich ist die Gedankenführung alles andere als geradlinig. Angekündigt wird eingangs eine Untersuchung zur »Bio-Macht« (I, 15), die Foucault 1976 im ersten Sexualitätsband als eine neuzeitliche Machttechnologie der demographisch-statistischen Bevölkerungsregulierung seit der Mitte des 18. Jahrhunderts definiert hatte.³ Diesen Machttyp handelt er nun in den ersten drei Vorlesungen unter dem Begriff der »Sicherheitsdispositive« ab, denen er zutraut, dass sie die ganze Gesellschaft in eine »Sicherheitsgesellschaft« verwandeln könnten (26). Foucaults erstes Beispiel bewegt sich unmittelbar im Bereich der »Bio-Politik«: bei den Impfkampagnen gegen die Pocken im 18. Jahrhundert habe man sich weder auf den Ausschluss der Kranken (wie bei der Lepra) noch auf ein diszipliniertes Kontrollnetz (wie bei der Pest) gestützt, sondern sei daran gegangen, mithilfe differenzierter Risikostatistiken die gesamte Bevölkerung nach Morbiditäts- und Mortalitätskoeffizienten zu erfassen (25ff, 90ff, 95f). Das zweite Beispiel ist eine Städteplanung, die den Raum nicht mehr hierarchisch aufteile, sondern »Milieus« erzeuge, die eine maximale Zirkulation von Menschen und Waren ermöglichen (40ff, 52). Das dritte Beispiel stammt aus dem Bereich liberaler Wirtschaftspolitik: Während der Merkantilismus die Nahrungsmittelknappheit wegen der Gefahr städtischer Hungerrevolten disziplinarisch zu verhindern versuchte, arbeite das durch die politische Ökonomie ins Werk gesetzte Sicherheitsdispositiv »im Element dieser Wirklichkeit selbst«: das Hortungsverbot wird aufgehoben, Preisanstieg zugelassen, der Nahrungsmangel zur »Schimäre« erklärt bzw. längerfristig durch eine Politik des *laissez faire* aufgehoben (63ff) – und schließlich könne es auch von Vorteil sein, wenn Leute an Hunger sterben (69). Im Gegensatz zur Disziplin, die alles zu regeln versuche, behandle die »Sicherheit« die Dinge auf der Ebene ihrer »Natur« und sei damit in der Lage, immer neue Elemente zu integrieren, immer weitläufigere Kreisläufe zu organisieren (73ff). Man stütze sich nun positiv auf die »Begierde« – gemeint ist die des bürgerlichen Privategoismus, den Foucault nicht thematisiert –, die in gewissen Grenzen und Verbindungen ein Kollektivinteresse sowie einen allgemeinen Nutzen für die Bevölkerung hervorbringe (111f). Diese werde seit dem 18. Jahrhundert nicht mehr von der Achse Souverän-Untertan her gedacht, sondern als »technisch-politisches Objekt einer Verwaltung oder einer Regierung« (107f).

Die Beispiele ließen sich zusammenfassen zum Modell einer gesellschaftlichen Steuerung, die nicht mehr durch ideologische Unterstellung unter übergeordnete Autoritäten erfolgt, sondern zum einen durch die statistische Erfassung und Regulierung der Bevölkerung, zum anderen durch eine spezifische Anordnung privategoistischer »Begierden« und Interessen. Beide Bestimmungen schließt Foucault zusammen, wenn er meint, die liberale (Zirkulations-)Freiheit sei »nur das Korrelat der Einsetzung von Sicherheitsdispositiven« (I, 78). Vom Zusammenhang mit der wirklichen Explosion bürgerlicher Warenzirkulation ist hierbei konsequent abgesehen. Es ist auch nicht recht klar, welche gesellschaftliche Konstellationen ein

3 Vgl. WzW 166f; ähnlich auch in der Vorlesungsreihe *Zur Verteidigung der Gesellschaft* von 1975/76 (VdG 279ff).

solches Modell abbilden soll. Man könnte z.B. einwenden, dass die von Foucault angeführte räumliche Ermöglichung von Zirkulationen auch schon für die Anlage antiker und mittelalterlicher Handelsplätze zutrifft. Dass Foucault sie einer disziplinären Hierarchisierung des Raums entgegengesetzt, ist auch für das 18. Jahrhundert schwer nachvollziehbar, da die Marktplätze in räumliche Hierarchien eingebaut sind und selbst auch in einem »hierarchischen« Verhältnis zum Land und zu den proletarischen Unterstädten stehen. Natürlich weiß auch Foucault, dass der Liberalismus nicht zuletzt in der »Form des Imperialismus« aufgetreten ist (II, 42), aber er lässt unberücksichtigt, dass dieser mit neuen Apparaten und Technologien der Massenbeeinflussung an einer Intensivierung ideologischer Unterordnung gearbeitet hat. Ideologietheoretisch ließe sich argumentieren, dass sich gerade die bürgerliche Vereinzelnung privategoistischer Subjekte einer ideologischen Vergesellschaftung von oben im Namen unhinterfragbarer Instanzen und Werte entgegenstreckt, statt einen Gegentyp zu konstituieren.

Schon dieser erste Anlauf lässt Eigentümlichkeiten der Methode erkennen, die sich durch die Vorlesungen insgesamt ziehen. Zum einen erzeugt Foucault eine Serie von Begriffen, die schwellenlos ineinander übergehen: Biomacht, Sicherheit, Bevölkerung, Regierung, Liberalismus – jeder Term enthält die Bestimmungen der anderen gleich mit. Auf der anderen Seite werden Aspekte ideologischer Vergesellschaftung künstlich voneinander abgetrennt und entgegengesetzt, die gerade durch ihre Kombinationen wirksam sind. »Das Gesetz verbietet, die Disziplin schreibt vor«; bei den Sicherheitsdispositiven gehe es dagegen nicht mehr um ein »Gehorsamsverhältnis«, sondern darum, »die Elemente der Realität wechselseitig in Gang zu setzen« (76, 101). Poulantzas hat hierzu kritisch angemerkt, dass das »Gesetz« keineswegs nur negativ verbietet, sondern auch vorschreibt, was zu tun ist, und »positive« ideologische Haltungen erzeugt (1978, 74f). Dies entspricht u.a. auch dem Sprachgebrauch des Aristoteles, bei dem *nomos* auch das »ungeschriebene Gesetz« bezeichnet und die Tugend als Habitusform hervorbringt. Und umgekehrt kann auch eine liberale, den »Realitäten« des Marktes Rechnung tragende Wirtschaftspolitik keineswegs auf die Unterordnung der Subjekte unter »Gesetz« und Disziplin verzichten.

Foucaults scheint das im Auge zu haben, wenn von einem »Dreieck« spricht, in dem die unterschiedlichen Machtdiagramme gleichzeitig wirksam sind (I, 161; vgl. 22f). Dies widerspricht allerdings der eigenen Darstellung, in der die Machttypen Souveränität, Disziplin und Sicherheit als eine zeitliche Abfolge beschrieben sind. Beide Eigentümlichkeiten, das Verfließen der Begriffe wie die künstliche Durchtrennung funktionaler Zusammenhänge, hängen mit einer Abstraktion zusammen, die seine Untersuchung immer wieder ins Geistesgeschichtliche abgleiten lässt: wegen des Abgrenzungszwangs gegenüber Marxismus und Ideologiekritik wird systematisch ausgeklammert, was der Machttypologie ein konkretes historisches Profil geben könnte: die Hegemoniegewinnung des modernen Bürgertums.

Stattdessen praktiziert Foucault ein Verfahren, das für seine theoretische Produktionsweise typisch ist, nämlich die Erfindung eines neuen Begriffs, mit dem er seine Darstellung wieder aufnehmen und leicht verschoben fortsetzen kann: Nachdem er

in der 3. Vorlesung im Zusammenhang mit der statistischen Erfassung der Bevölkerung eher nebenbei von der »gouvernementalen Praxis des 18. Jahrhunderts« gesprochen hat (108), erhebt er den Term in der 4. Vorlesung zum Zentralbegriff und erklärt, er hätte der Vorlesungsreihe lieber den Titel einer »Geschichte der ›Gouvernementalität« geben sollen (162). In der Sekundärliteratur hat man den Neologismus gewöhnlich aus der Zusammensetzung von »gouvernement« und »mentalité« zu erklären versucht (z.B. Bröckling u.a. 2000, 8), was man im Deutschen etwa als Regierungs-Mentalität oder Regierungs-Gesinnung wiedergeben könnte. Dieser Herleitung widerspricht nun der Herausgeber Sennelart und erklärt, es handle sich nicht um eine Mentalität, sondern um eine Substantivierung des Adjektivs *gouvernemental*, wie *musicalité* aus *musical* (I, 564, Anm. 125). Wenn das zutrifft, wofür Sennelart allerdings keine philologischen Argumente anführt, fragt sich umso mehr, wozu der Aufwand gut sein soll, das vom Substantiv *gouvernement* abgeleitete Adjektiv *gouvernemental* (regierungsmäßig) durch Anhängen von *-ité* wieder in ein Substantiv zu verwandeln: Der Begriffszauber verfliegt, wenn man das geheimnisvolle Fremdwort in das deutsche Wort *Regierungsmäßigkeit* übersetzt.

Foucaults »theoretischer Theatercoup« (Sennelart, I, 551) verdeckt, dass das Wort die verschiedensten Bedeutungen enthält: auf allgemeinsten Ebene soll es die Art und Weise bezeichnen, »in der man das Verhalten der Menschen steuert« (II, 261), mithin jenes »Führen der Führungen«, das sich durch seinen konsensualen Anteil von bloßer Herrschaftsausübung unterscheiden lässt (vgl. I, 173f, 182, 281). Auf einer zweiten Ebene bezeichnet es eine zunächst »orientalische«, dann jüdisch-christliche »Kraftlinie«, die das »gesamte Abendland« durchzieht und zur Vorrangstellung des Machttyps ›Regierung‹ geführt hat (I, 162). Gemeint ist das »Pastorat« als eine Führungskonzeption, die sich im Gegensatz zur griechisch-römischen Antike als Verhältnis von Hirte und Herde artikuliert und die Foucault als Anfangsstadium und Kristallisationspunkt der Gouvernentalität bezeichnet (241f). Auf einer dritten Ebene lässt Foucault die »politische ›Gouvernentalität« (521) im 16. Jahrhundert bei Reformation, Gegenreformation und dem Übergang zu großen Territorialstaaten beginnen. Hierbei interessiert ihn, dass die antike Vorstellung einer Regierung der Polis mit der christlichen Hirten-Vorstellung verschmilzt, das christliche Pastorat sich säkularisiert und weit ins Alltagsleben hinein wirkt. Die unter dieser Überschrift behandelten Führungskonzeptionen – Merkantilismus, Kameralistik, Staatsräson, »Polizewissenschaft« und Physiokraten – seien allerdings noch durch die Übermacht der »Souveränitätsmacht« blockiert (153f), die Regierungskunst könne »ihre eigene Dimension nicht finden« (155). Diese Staats-Fixierung werde erst Mitte des 18. Jahrhunderts durch die »liberale Regierungskunst« überwunden, die in Foucaults Darstellung die »moderne gouvernementale Vernunft« einleitet (II, 25, 40ff).

Erst bei diesem (vierten) engeren Begriff kann Foucault zufolge das Problem der Regierung außerhalb des juristischen Rahmens der Souveränität gedacht werden (I, 156), was er als Anbruch eines neuen Zeitalters deutet: »Wir leben im Zeitalter der Gouvernentalität, die im 18. Jahrhundert entdeckt wurde.« (164) Freilich deckt auch diese Begriffsverwendung immer noch eine komplexe Epoche ab, die neben dem Liberalismus z.B. den Konservatismus, den Faschismus, den Staatssozialismus,

die Sozialdemokratie umfasste, und es fragt sich, wie die »Gouvernementalitäts-Studien« beanspruchen können, mit dieser Kategorie den analytischen Schlüssel zum Verständnis des Neoliberalismus gefunden zu haben.

Es ist, als versuchte Foucault in immer neuen Anläufen, sich der Geschichte anzunähern, ohne jemals bei historischer oder sozialwissenschaftlicher Konkretion anzukommen. Dabei schillert nicht nur die Ausdehnung des Begriffs, sondern auch die Realitätsebene, auf die er sich beziehen soll. Während die Souveränitätsmacht noch bei Machiavelli auf das Territorium bezogen sei und ihren Zweck zirkulär in sich selbst habe, richte sich das Gouvernement auf den »Komplex« zwischen Menschen und Dingen, d.h. auf Menschen in ihren Verwicklungen mit Dingen, mit Reichtümern, Bodenschätzen, Nahrungsmitteln usw. (I, 145ff). Eine solche Bestimmung ist freilich zur Kennzeichnung einer modernen, »ökonomischen« Gouvernementalität ungeeignet, denn Menschen waren immer mit »Dingen« verwickelt, und alle Herrschaft wie auch Hegemonie musste sich auf irgendeine Weise auf diesen Zusammenhang, z.B. auf die Verfügung über ökonomische Ressourcen und Arbeitskräfte, beziehen. Will Foucault wirklich sagen, eine solche Verfügungsmacht sei eine neuzeitliche Erfindung, während es vorher nur ums Territorium als solches und um selbstzweckhafte Machtsteigerung gegangen wäre? Er weicht solchen Fragen aus, indem er die Realitätsebene wechselt: Gouvernementalität bezeichne nicht die Art und Weise, »in der die Regierenden wirklich regiert haben« (II, 14), sondern ziele auf die zugrundeliegenden Rationalisierungen. Es geht also nicht um wirkliche Führungspraxen, sondern nur um bestimmte Denkweisen in der Ratgeberliteratur, die es vorher so nicht gegeben hat. Diese Beschränkung könnte methodisch durchaus gerechtfertigt werden, steht aber in Widerspruch zu Foucaults Definition von Gouvernementalität, wonach es um die »Gesamtheit« (*ensemble*) der Institutionen, Vorgänge und Reflektionen geht, mit der die Bevölkerung mithilfe eines »ökonomischen« Wissens geführt wird (I, 162). Das Geflecht von Institutionen, Praxen und Deutungsformen – das wäre in der Tat ein ideologietheoretisches Forschungsprogramm. Das Angekündigte wird nicht eingelöst: von Foucault erhält man Speisekarten, aber selten etwas zu essen.

Bob Jessop hat Foucaults Überlegungen zur Gouvernementalität als Rückkehr zur Makroanalyse, zum Thema der strategischen Kodifizierung von Machttechnologien in einem relativ einheitlichen Herrschaftsmuster und schließlich als Anzeichen einer Konvergenz mit Poulantzas' Analyse des kapitalistischen Staates interpretiert (2004, 100ff). Ein solcher Versöhnungsversuch zwischen Foucault und einem seiner scharfsinnigsten Kritiker⁴ übersieht die Einseitigkeit, mit der Foucault den bürgerlichen Staat von seinen Herrschaftsfunktionen gereinigt hat: in Wirklichkeit sei der Staat »nur eine bunt zusammengewürfelte Wirklichkeit, eine mystifizierte Abstraktion«, »Typus der Gouvernementalität« bzw. »beweglicher Effekt eines Systems von mehreren Gouvernementalitäten« (I, 163f, 360; II, 115). Aber als bloßer Effekt und »regulative Idee der gouvernementalen Vernunft« (I, 415), die selbst wiederum nur an Texten abgelesen werden kann, hat der Staat seine materiellen Konstitutionsbedingungen wie z.B. die

4 Zur Auswertung von Poulantzas' Kritik an Foucaults Machtbegriff vgl. Rehmann 2004, 177f.

private Verfügung über Produktionsmittel, die patriarchalischen Geschlechterverhältnisse oder die Trennung von Hand- und Kopfarbeit eingebüßt. Während Gramsci das Verhältnis von Führung und Herrschaft, Hegemonie und Zwang, *società civile* und *società politica* erfassen will, während Althusser darauf hinweist, dass die ideologischen Apparate unter dem »Schutzschild« des repressiven Staatsapparats arbeiten (vgl. Gramsci, *Gef.*, H. 6, §88 u. §155; Althusser, *ISA* 124), hat sich bei Foucault die herrschaftliche Einrahmung hegemonialer Praxen rätselhaft verflüchtigt.

Das heißt weder, dass die von ihm behandelten Themen irrelevant wären, noch dass er sie auf uninteressante Weise behandeln würde. Im Gegenteil. Neuartig gegenüber *Überwachen und Strafen* (1975) sowie dem *Willen zum Wissen* (1976) ist z.B. ein Gespür für feine Widerstandslinien: Revolten der Verhaltensführung (*conduite*), die sich als ein Anders-geführt-werden-Wollen artikulieren (I, 282); die Askese als paradoxe Widerstandsform gegen das christliche Pastorat, da in ihr das Gehorsamsprinzip durch eine extreme Selbst-Beherrschung überboten und zugleich ersetzt wird (297ff); religiöse Gemeinschaften, die die Autorität des »Hirten« durch ein allgemeines Priestertum in Frage stellen (302ff); die Mystik, die dem christlichen Geständniszwang durch eine unmittelbare Kommunikation zwischen Gott und Seele zu entgehen versucht (307ff); die Eschatologie, die den Pastor entwertet, da die Zeit sich von selbst vollendet (310f). Auf solche Widerstandsformen reagieren die Kirchen »in Form der permanenten Verwendung taktischer Elemente« und gewährleisten so die »Reintegration des Gegen-Verhaltens ins Innere eines religiösen Pastorats« (312, 333) – eine hegemoniale Strategie also, die Gramsci mit dem Begriff der »passiven Revolution« zu theorisieren versuchte.⁵ In dem Maße, in dem Foucault sich für die eigenständige Dimension der Selbst-Führung interessiert, öffnet sich der Blick für das widersprüchliche Funktionieren ideologischer Kämpfe, bei denen dieselben Instanzen und Werte antagonistisch reklamiert werden.⁶

Freilich ist Foucaults groß angelegte Metaerzählung einer pastoral-gouvernementalen »Kraftlinie« des Abendlands philologisch auf wackligem Terrain errichtet. Dass dem griechischen Denken die Hirtenmetapher zur Bezeichnung der Staatsmänner »vollkommen fremd« sei (193), wird schon durch die von ihm selbst angeführten Gegenbeispiele fragwürdig: in der *Ilias* wird der König 44 mal, in der *Odyssee* 12 mal als Hirte angesprochen (202; vgl. 229f, Anm. 1). Die Pythagoreer, die Foucault zur »Grenztradition« herabsetzt, leiten vom Hirten (*nomeus*) das Gesetz (*nomos*) und Zeus als Gott-Hirten (*nomios*) ab (203f). Bei Platon wird die gute Regierung im *Kritias*, den *Nomoi* und in der *Politeia* als Hirte aufgefasst (206f). Während Foucault die »orientalische« Figur des Hirten-Führers dem griechischen Steuermann entgegensetzt, der nicht die Seeleute, sondern das Schiff steuere (184), kann man z.B. im *Reallexikon für Antike und Christentum* nachlesen, dass bei Hesiod, Aischylos, Sophokles und Euripides der Titel Hirte »auch auf militärische Führer, z.B. Befehlshaber von Schiffen, ausgedehnt« wurde (Engemann 1991, 580).

5 Vgl. *Gef.*, H. 1, §150; H. 8, §36; H. 10.II, §41 u. §61; H. 13, §27; H. 15, §59.

6 Zum Begriff der »antagonistischen Reklamation des Gemeinwesens« vgl. Haug 1993, 84.

Foucaults Schlüsseltext ist Platons *Politikos*, bei dem die Hirten-Analogie als unzureichend zurückgewiesen wird, zum einen weil nur ein Gott wirklich Hirte sein könne, zum anderen weil die Staatskunst eher durch die Tätigkeit eines Webers zu erfassen sei, der die unterschiedlichen Menschen zu einer Gemeinschaft verbindet (261e-283b u. 311; vgl. I, 209ff). Das ist richtig beobachtet, belegt aber keineswegs, dass »das griechische Denken« an der Staatsmann-Hirten-Analogie nicht beteiligt ist (217), sondern weist vielmehr darauf hin, dass Platon sich hier kritisch mit einem geläufigen Topos auseinandersetzt. Als Gegenmodell zum Alten Testament ist der *Politikos* hier ohnehin nicht zu gebrauchen, da beide darin übereinstimmen, die Hirtenfunktion einem Gott (Kronos bzw. Jahwe) zukommen zu lassen. Foucaults Herleitung des Pastorats ist selbst eine orientalistische Konstruktion. Ein Stück Sozialgeschichte hätte ihm zeigen können, dass die Kleinviehzucht und damit die Figur des Hirten im gesamten Mittelmeerraum und nicht nur im »Orient« verbreitet war. Es ist, als wollte er mithilfe des Pastorats die nietzschesche Idee eines jüdisch-christlichen Sklavenaufstands in der Moral noch einmal nachspielen.

Streckenweise übernimmt Foucault überholte und zudem anti-judaistische Plattitüden aus der herrschenden Theologie. Jeder wisse, dass das Christentum im Gegensatz zur jüdischen Religion keine »Gesetzesreligion« sei, sondern nur eine Unterwerfungsbeziehung zwischen einzelnen Individuen organisiere (254f): Die »strikt individuelle Beziehung [...] ist [...] geradezu das Prinzip des christlichen Gehorsams.« (255) Hier ist jeder Impuls einer ideologiekritischen Dekonstruktion verlorengegangen. Zum einen hat sich die Gesetzeskritik des Paulus und der Evangelien nicht so sehr gegen die religiösen Gesetze des Judentums (Reinheitsgebote, Sabbathruhe usw.) gerichtet, sondern v.a. gegen den *nomos* des Römischen Reiches und der hellenistischen Städte, in den das jüdische »Gesetz« freilich auch (wenngleich prekär) integriert war (vgl. Taubes 1995, 36f). Die Problematik Gesetzlichkeit-Gesetzeskritik kann man also in der Gegenüberstellung christlich-jüdisch nicht hinreichend erfassen, sondern muss das Verhältnis zur römischen Imperialmacht mit einbeziehen. In diesem Rahmen zeigt sich zum anderen, dass »das Christentum« mitnichten gesetzeskritisch geblieben ist, sondern mit seinem Aufstieg zur Staatsreligion sehr wohl an der Unterordnung der Völker unter die Staatsgesetze gearbeitet hat. Auch die protestantischen Reformationen haben nach ihrer gesetzeskritischen Aufbruchphase ihre Kirchen in ideologische Apparate der fürstlichen Territorialstaaten transformiert. Und schließlich übersieht Foucaults Unterstellung einer »strikt individuellen« Beziehung die z.B. von Max Weber analysierte Herausbildung eines »Amtscharismas«, bei dem die Hirtenfunktion gerade nicht durch den (fehlbaren) individuellen Kleriker sondern durch die (unfehlbare) Kircheninstitution ausgeübt wird (vgl. *WuG* 144, 693).

Wenn Foucault die Gouvernementalität als Vorgang definiert, in dem der Staat »sich nach und nach »gouvernementalisiert« hat« (I, 163), ist dies streng genommen tautologisch. Das Gemeinte ließe sich dahingehend re-interpretieren, dass es bei der frühabsolutistischen Herausbildung fürstlicher Territorialstaaten erforderlich wurde, »eigene«, d.h. von der katholischen Kirche unabhängige ideologische Kompetenzen, Führungsfähigkeiten und entsprechende Intellektuelle auszubilden. Von hier aus

gesehen ist es fragwürdig, dass Foucault den Übergang zur »politischen Gouvernamentalität« erst bei der anti-machiavellistischen Literatur seit dem 16. Jahrhundert beginnen lässt (exemplarisch bei einer Schrift von de la Perrière von 1555). Gegenüber der neuen Regierungskunst, die auf eine Pluralität von Führungen orientiere, markiere Machiavelli »das Ende eines Zeitalters«, dem es zirkulär um die Stärkung des Fürsten, seiner Souveränitätsmacht und seines Territoriums ging (100f, 141ff, 149, 452f). Dass der *Principe* sich auf Machterhaltung und -erweiterung des Fürsten bezieht, liegt u.a. am Thema der Schrift (und am Adressaten), aber trotz und in der personifizierten Form werden auch differenzierte Konstituenten institutioneller Führung abgehandelt, die man eher unter die Regierungskunst der »Staatsräson« einreihen müsste (vgl. Kap. 19). Dies hat Gramsci im Sinn, wenn er aus Machiavellis Fürst-Mythos die Aufgabenstellung der »Schaffung eines popular-nationalen Kollektivwillens« herausliest (vgl. H. 13, §1, 1537ff). Unausgewertet bleibt das Hauptwerk der *Discorsi*, in denen der Konsens mit dem Volk ein prominentes Thema ist und die Republik wegen ihrer differenzierten Auslese von Führungsqualitäten gelobt wird (z.B. 3. Buch, Kap. 9).

Foucaults Ausführungen zur Gouvernamentalität laufen schließlich auf den Liberalismus zu, den er weder als »Theorie« noch als »Ideologie«, sondern als »Weise des Tuns« behandeln möchte (II, 436). Allerdings tut er dies nicht, sondern interessiert sich ausschließlich dafür, dass sich der Liberalismus als kritisches Instrument gegenüber zuviel Regierung sowie als deren Selbstbegrenzung versteht (ebd., 40ff, 438, 441). Das entspricht unmittelbar dem Selbstbild des Liberalismus, der sich gerne in Opposition zu staatlicher und politischer Reglementierung sieht und dabei verdrängt, dass er in der wirklichen Geschichte v.a. als ein harter »Besitzindividualismus« (Macpherson) aufgetreten ist, dem es um die (auch gewaltsame und disziplinäre) Absicherung ungleicher Eigentumsverhältnisse ging. In Foucaults Darstellung, die in der Literatur weithin wegen ihrer Überwindung der »Ideologiekritik« gelobt wird, wird nicht mehr nach der ideologischen Funktionsweise des Liberalismus im Ensemble bürgerlicher Herrschaft gefragt. Die sog. »Gouvernamentalitäts-Studien« werden diese Tendenz zur unkritisch-einfühlenden Nacherzählung beerben und auf ihre Darstellungen des gegenwärtigen Neoliberalismus übertragen.⁷

Dabei wäre das phänomenologische Nachzeichnen von Führungskonzepten ein durchaus wichtiger Schritt im Rahmen einer »immanenten Kritik«, die man mit Adorno als »Konfrontation dessen, als was eine Gesellschaft auftritt und was sie ist«, verstehen könnte (»Einleitung zum Positivismusstreit«, *GS* 8, 347). Dies hätte zur Voraussetzung, die Beschreibung eines solchen Selbstverständnisses nicht fürs Ganze zu erklären und zur Überwindung von Ideologiekritik und Ideologietheorie aufzublasen. Das tut Foucault, wenn er seine »Gouvernamentalität« (wie zuvor schon die »Disziplin«) dazu benutzt, um den Ideologiebegriff auszuhebeln (z.B. 312). Er beansprucht das gesamte Terrain einer Ideologietheorie und umgeht es zugleich, indem er die Texte aus ihren Zusammenhängen mit der Herrschaft, ihren ideologischen Apparaten und Funktionsweisen herausbricht.

7 Zur Kritik vgl. Müller 2003, Langemeyer 2004, Rehmann 2005.

Wer am Kunstwort der Gouvernementalität festhalten will, sollte sich dazu durchringen, aus dieser Doppeldeutigkeit herauszutreten: entweder man verwendet es als Synonym für einen materialistischen Begriff des Ideologischen, mit dem dann auch wirklich das Ensemble der ideologischen Mächte, Rituale und Praxen zu untersuchen wäre, oder man gebraucht es in einem bescheideneren Sinn, der auch dem tatsächlichen forschungspraktischen Einsatz bei Foucault entspricht, nämlich als Führungsstrategie, *soweit* und *wie* sie in Texten reflektiert wird: »reflexives Prisma« (I, 399) eines hegemonialen Projekts und seiner Führungsprinzipien.

Literatur

- Adorno, Theodor, *Gesammelte Schriften*, 20 Bde., hg. v. R. Tiedemann, Frankfurt/M 1973ff (zit. *GS*)
- Althusser, Louis, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg-Berlin 1977 (zit. *ISA*)
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann u. Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M 2000
- Burchell, Graham, Colin Gordon u. Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago 1991
- Engemann, J., Art. »Hirt«, in: *Realexikon für Antike und Christentum*, Bd. 15, Stuttgart 1991, Sp. 577-607
- Foucault, Michel, *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I* (1976), Frankfurt/M 1983 (zit. *WzW*)
- ders., *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975-76*, Frankfurt/M 1999 (zit. *VdG*)
- ders., *Dits et écrits 1954-1988*, 2 Bde., Paris 2001 (zit. *DE*)
- ders., *Geschichte der Gouvernementalität*, Band I: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, hg. v. Michel Sennelart, aus dem Franz. von C. Brede-Konersmann u. J. Schröder, Frankfurt/M, 2004 (zit. I)
- ders., *Geschichte der Gouvernementalität*, Band II: *Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, hg. v. Michel Sennelart, aus dem Franz. von J. Schröder, Frankfurt/M 2004 (zit. II)
- Gordon, Colin, »Governmental Rationality: An Introduction«, in: Burchell, G. u.a. (Hg.) 1991, 1-51
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, hg. v. Klaus Bochmann u. W.F. Haug, Hamburg 1991ff (zit. *Gef*)
- Haug, Wolfgang Fritz, *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Hamburg-Berlin 1993
- Jessop, Bob, »Pouvoir et stratégies chez Poulantzas et Foucault«, in: *Actuel Marx* 36, 2004, 89-108
- Langemeyer, Ines, »Subjektivität und kollektive Erfahrung. Subjektivierung als Machtinstrument im Produktionsprozess«, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 46, 24. Jg., 2004, 65-78
- Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg 1997
- Müller, Cathren, »Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den »Governmentality Studies«, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., H. 1, 2003, 98-106
- Poulantzas, Nicos, *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*, Hamburg 1978
- Projekt Ideologietheorie, *Theorien über Ideologie*, Hamburg-Berlin 1979 (zit. *PIT*)
- Rehmann, Jan, *Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion*, Hamburg 2004
- ders., »Herrschaft und Subjektion im Neoliberalismus – Die uneingelösten Versprechen des späten Foucault und der »Gouvernementalitäts-Studien«, in: Ch. Kaindl (Hg.), *Neoliberalismus und Subjekt*, Marburg 2005, i.E.
- Taubes, Jakob, *Die politische Theologie des Paulus*, München 1995
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie* (1921), 5. Aufl., hg. v. J. Winckelmann, Tübingen 1980 (zit. *WuG*)

Rolf Becker liest das Kommunistische Manifest

Die im Argument Verlag erschienene moderne Edition des *Kommunistischen Manifests* mit dem berühmten Vorwort von Eric Hobsbawm jetzt als Hörbuch – mit dem Elan des Analytisch-Visionären und der Klarheit einer hoffnungsvollen Kapitalismuskritik gelesen von Rolf Becker.



Karl Marx und Friedrich Engels
Das Kommunistische Manifest
Mit einem Kommentar von
Eric J. Hobsbawm
2 CDs · ISBN 3-88619-463-9 · 19,90 €

Eine Kooperation mit dem



Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

Die aktuelle Not historisch deuten



Ton Veerkamp zeigt schlicht und mit Verve die Notwendigkeit auf, die aktuelle Not historisch deuten zu können. *Der Gott der Liberalen* erzählt die Geschichte des Liberalismus, des Kapitalismus, des Bürgertums und der Produktionsverhältnisse und bietet eine leicht verständliche Einführung in die dazugehörigen Theorien und Ideologien.

Ton Veerkamp
Der Gott der Liberalen
Eine Kritik des Liberalismus
ISBN 3-88619-470-1 · 14,90 €



Tilman Reitz

Neoliberalismus in Staat und Geist

Der zweite Band der *Gouvernementalitäts*-Vorlesungen enthält die lange erwarteten Ausführungen Foucaults zu Liberalismus und Neoliberalismus¹. Interesse wecken sie nicht zuletzt, weil die starken Impulse, die foucaultianische Gegenwartsanalysen von ihnen erhalten zu haben scheinen, sich in den bislang erhältlichen Inhaltsangaben kaum nachvollziehen ließen. In Foucaults eigenen Zusammenfassungen erfuhr man über den Liberalismus wenig mehr als aus dessen Selbstbeschreibungen: möglichst wenig Regierung auf der einen Seite, möglichst viel freie Wirtschaft auf der anderen. Immerhin hatte Foucault das zweite auf ein anstößigeres Ziel zugespitzt: die Ökonomisierung der gesamten Gesellschaft. Auch das konnte freilich, wer wollte, bereits direkt bei Schultz, Buchanan oder Becker nachlesen. Interessant war eher, wie Foucault ihre Lehren einordnen würde. Dazu erfuhr man in seinen veröffentlichten Texten gar nichts, und Kenner des Unpublizierten wie Thomas Lemke (2003) haben ihnen allein die kaum belegte These hinzugefügt, dass ein Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und nachdisziplinärer Macht besteht. Die Vorlesungen bieten hier tatsächlich mehr. Sie beleuchten Privatisierung, Wohlfahrtsabbau und die staatliche Herstellung freier Märkte bereits als mögliche Politik, und sie machen an mehreren Stellen deutlich, dass dieser die nähere Zukunft gehört. »Darin besteht die Neigungslinie: privatisierte Sozialpolitik.« (206)

Der methodische Rahmen derartiger Diagnosen ist überraschend eng. Foucault schildert den neoliberalen Trend weder als Umformung kapillarer, mikropolitischen Machtverhältnisse noch als Anleitung zu einer bestimmten Selbstführung (Beckers »Unternehmer seiner selbst« taucht zwar auf, wird jedoch nur knapp und pflichtmäßig abgehandelt; 314f). Er diskutiert vielmehr fast ausschließlich *staatliche* Politik, selbst wenn diese nominell weiterhin als bloßer »Effekt« diverser »Gouvernementalitäten« gilt – von einer (Wieder-)Erweiterung des Regierungsbegriffs kann hier keine Rede sein. Die »Kunst des Regierens« sei bereits in der ersten Vorlesungsreihe »in einem sehr engen Sinn« begriffen worden, nämlich allein mit Blick auf die »Ausübung der politischen Souveränität«, und so werde es »auch dieses Jahr« sein (13f). Foucault hält sich weitgehend an diese Beschränkung. Zudem abstrahiert er – hierin modellhaft für seine Nachfolger – meist auch von der Praxis der untersuchten »Regierungsvernunft«. Nimmt man schließlich hinzu, dass sein Hauptmaterial ökonomische Theorien sind, wird die ganze Abstraktheit des Projekts deutlich. Die hellsichtigen Diagnosen über gesellschaftliche Entwicklungen, die es bisweilen abwirft, bleiben theoretische Bruchstücke.

1 Foucault, Michel, *Geschichte der Gouvernementalität*, Band II: *Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*, hg. von Michael Sennelart, aus dem Frz. v. J. Schröder, Frankfurt/M 2004. Seitenzahlen ohne weitere Angaben beziehen sich auf diesen Band.

Die Hauptlinie der Vorlesungsreihe ergibt sich, von Rückblicken ins 18. Jahrhundert gerahmt, aus Rekonstruktionen des deutschen Ordo- und des Chicagoer Neoliberalismus. Einen gemeinsamen Ausgangspunkt beider Richtungen bildet das 1938 in Paris veranstaltete Walter-Lippmann-Kolloquium, auf dem sich mehrheitlich deutschsprachige, vertriebene oder durchs NS-Regime kaltgestellte Ökonomen über Gegenmittel zu den neuen Staatswirtschaften (inklusive New Deal) verständigten und Netzwerke knüpften, die in der Nachkriegszeit (re-)aktiviert werden konnten. Die hierfür entscheidende Gründung der Mont-Pèlerin-Society 1947 (vgl. Walpen 2004) freilich kommt bei Foucault nicht mehr vor; mehr als die Organisationsformen und Wirkungsstrategien interessieren ihn »die Lehren, die für den Neoliberalismus spezifisch und eigentümlich sind« (189). Bestimmt werden sie im scharfen Kontrast zum Liberalismus des 18. Jahrhunderts: Wollte dieser den Staat vom natürlichen Walten der Marktkräfte fernhalten, verlangt jener ein Staatshandeln, das künstlich eine möglichst reine Marktsituation schafft. »Es wird kein Spiel des Marktes geben, das man unbeeinflusst lassen soll, und dann einen Bereich, in dem der Staat zu intervenieren beginnen wird, weil eben der Markt oder der reine Wettbewerb, der das Wesen des Marktes ist, nur dann in Erscheinung treten kann, wenn er hergestellt wird, und zwar von einer aktiven Gouvernamentalität.« (174) Wie und weshalb dieses Muster hegemonial wird, ist dann historisch kontingent. In Deutschland konnte der Staat nach 1945, so Foucaults Idee, nur durch seine marktconstitutive Funktion wieder Legitimität gewinnen – »die Einrichtung wirtschaftlicher Freiheit« fungierte als »Sprungbrett für die Bildung politischer Souveränität« (122). Als Beleg dienen einige allgemeine Sätze Ludwig Erhardts und der bemerkenswerte Vorgang, dass er bereits 1948 gegen starke Widerstände, nicht zuletzt solche der Besatzungsmächte, eine Preisfreigabe durchsetzte. Das mittelfristige Resultat war freilich ein keynesianisch geprägter Sozialstaat, in dem sich »die deutschen Neoliberalen bzw. die Ordoliberalen [...] nicht ganz [...] wiedererkennen konnten« (205). Das erste Beispiel ist mithin nur bedingt einschlägig für neoliberale »Regierungskunst«. Im Amerika der 1970er Jahre hingegen, in dem sie sich tatsächlich ankündigte, fehlt die Figur der Staatsgründung. Foucault versucht ihrer trotzdem habhaft zu werden, indem er die Ursprünge der Chicago School um knapp 200 Jahre vorverlegt: »Das heißt, dass der Liberalismus in den Vereinigten Staaten während der Zeit des Unabhängigkeitskrieges ungefähr dieselbe oder eine verhältnismäßig ähnliche Rolle gespielt hat wie die, die der Liberalismus 1948 in Deutschland spielte. Der Liberalismus wurde als staatsgründendes und -legitimierendes Prinzip bemüht.« (303)

Mehr Raum als diese Verortungsversuche nimmt das Referat der theoretischen Neuerungen im Liberalismus ein: Akzentuierung des Wettbewerbs statt des Tausches, individualistische Reartikulation sozialstaatlicher Prinzipien, Übertragung kapitalistischer Kategorien auf nichtökonomische Bereiche. Doch gerade hier, wo die »Neuformierung der Gesellschaft nach dem Modell des Unternehmens« (334) zur Debatte steht, bricht Foucault seine Analyse ab, um sich auf die alten Begriffe des *homo oeconomicus* und der *civil society* zurückzubesinnen.

Dass damit am Ende die Interpretation des Wiedergegebenen ausbleibt, ist ebenso ernüchternd wie die Einsicht in das, was Lemke einmal als ›schmale Textbasis‹ von Foucaults Projekt bezeichnet hat – lange Passagen und große Thesen zur deutschen Nachkriegsgeschichte stützen sich wesentlich auf eine einzige Sammeldarstellung der beteiligten Wirtschaftstheorien (Bilger 1964). Ärgerlich sind auch einige offenkundige, wohl dem *work in progress* geschuldete Fehler wie die Entscheidung, als Quelle für die Neubestimmung der bürgerlichen Gesellschaft ausgerechnet den Traditionalisten Ferguson heranzuziehen, der mit »civil society« eben nicht die bourgeoisie meint. Der zentrale Mangel besteht jedoch darin, dass Foucault keine tragfähige Position zu seinem Gegenstand aufzubauen vermag. Über alle Referate hinweg bleibt unklar, weshalb die neoliberale Theorie überhaupt bedeutsam und erfolgsträchtig ist. Das hängt wesentlich mit der methodischen Selbstbeschränkung zusammen: Wirtschaftlich-soziale Entwicklungen fallen ohnehin aus dem Analyse-rahmen, die Probleme bestimmter Regierungen zumeist auch, und an politischen Kräfteverhältnissen interessiert nur, ob die einzelnen Parteien eine zeitgemäße ›Gouvernementalität‹ zu bieten haben (Schumachers SPD hatte, wie man liest, keine). Wo Foucault die behandelten Theorien daher nicht in Großerzählungen des Typs ›Neubegründung der deutschen Souveränität‹ einschreiben kann, scheinen sie wie aus der Luft zu entstehen und wie auf Zuruf Resonanz zu finden. Am ehesten wird noch begreiflich, dass die liberalen Ökonomen sich gegen Ende der 1930er Jahre in die Enge getrieben sahen und daher aus heterogenen Wirklichkeiten einen globalen Feind konstruierten – durch eine »negative Theologie des Staates als absolutes Übel«, die geeignet war, in einer einzigen »Kritik [...] abzudecken, was in der Sowjetunion, in den USA, in den Konzentrationslagern der Nazis und in den Karteien der Sozialversicherung geschieht« (167). Doch bereits hier wird sozialanalytisch nicht näher nachgefragt. Um zu erläutern, inwiefern die neoliberale Feindbestimmung eine »Reihe von theoretischen und analytischen Gewaltstreichen« voraussetzt (ebd.), beruft sich Foucault schlicht auf eine andere Konstruktion, das nationalsozialistische Selbstverständnis: Nicht um ein unkontrolliertes »Wachstum des Staates« (163) sei es in Deutschland gegangen, sondern um seine »Herabsetzung zum reinen Instrument von etwas, das die Gemeinschaft des Volkes war, das das Prinzip des Führers war, das die Existenz der Partei war« (162). Wie diese Prinzipien konkret in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik aussahen, denen das vitale Interesse der Ökonomen galt, wird nicht gefragt. Foucault verabschiedet um der anti-neoliberalen Pointe willen ungeprüft eine ganze Tradition kritischer Faschismustheorie, die sich dem Ergänzungsverhältnis von Staat und Partei widmet. Schließlich haben NSDAP, Führer und ›Volksgemeinschaft‹ ja nicht einfach eine saubere Bürokratie und Wehrmacht gekidnappt. Und wie erklärt man die Säuberungen und Hinrichtungen in der SA-Führung, wenn nicht als Unterordnung der Partei unter den faschistischen Staat? – Vollends ins Geistesgeschichtliche gleiten die Kämpfe in den Ausführungen zur Bundesrepublik. Als konfliktträchtig begreift Foucault hier vor allem »Max Webers Problem« (das in Wahrheit wohl eher Lukács beschäftigt hat), »das Problem der irrationalen Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft« (153), und als Agenten

seiner Verarbeitung neben den Freiburger Neoliberalen die Kritische Theorie. Die »Geschichte ergab, dass die letzten Schüler der Frankfurter Schule 1968 mit einer Polizei der Regierung zusammenstießen, die von der Freiburger Schule inspiriert war: [...] das war schließlich das doppelte, zugleich parallele, überkreuzte und antagonistische Schicksal des Weberismus in Deutschland« (154).

Trotz dieser pointenverliebten Auflösung von Geschichte in spontane Diskursbewegungen haben Foucaults Analysen einen politischen Kern. Er thematisiert den Liberalismus als eine Art Versuchung der antiautoritären Linken, zu der er selbst zählt. Neben »methodischen« Interessen macht er primär »einen [...] Grund der kritischen Moralität« (262) dafür namhaft, dass er »so lange über den Neoliberalismus [...] gesprochen« (260) hat. In den verschiedensten Arten politischer Kritik sei es im Kern der Staat, der am Pranger stehe, »der Staat und sein unbestimmtes Wachstum, der Staat und seine Allgegenwart, der Staat und seine bürokratische Entwicklung, der Staat und die Keime des Faschismus, die er enthält, der Staat und seine intrinsische Gewalttätigkeit unter seinem fürsorglichen Paternalismus« (262). Vom antimarxistischen »neuen Denken« bis zu Althusser's Theorie der repressiven und ideologischen Staatsapparate ist mit diesen Andeutungen einiges abgedeckt. Foucault deutet zudem seine eigene Nähe zum fraglichen Kritikstil an, indem er den »geschichtlichen Prozess« zu analysieren verspricht, »der den Staat gegenwärtig so unerträglich und so problematisch macht« (269). Doch zugleich arbeitet er heraus, dass die Forderung »weniger Staat« selbst zum Moment herrschender Politik zu werden beginnt. »Alle diejenigen, die an der großen Staatsphobie teilhaben, sollten wissen, dass sich [...] überall seit vielen Jahren eine wirkliche Abnahme des Staats [...] ankündigt.« (Ebd.) Erst hier wird auch seine Kritik der neoliberalen Feindkonstruktion voll verständlich; Foucault erklärt sie zum Herkunftsort der zeitgenössischen Diskussionen. So kann er explizit eine neuartige Position beziehen – und implizit seine eigene Sozialstaatskritik korrigieren. Schließlich hatte er selbst die »Systeme der Krankenversicherung und der Altersversicherung« als Aspekte einer »Biomacht« thematisiert, die ihre ultima ratio im »Staatsrassismus« der Nazis, teilweise auch der Kommunisten findet (1975/76, 290, 302). Wie naheliegend ihm unter diesen Vorzeichen die Gefahr einer Identifikation mit liberalen Zielen erschienen sein mag, lässt eine erstaunliche Abgrenzung ahnen: »Wenn ich von liberaler Gouvernamentalität spreche, will ich nicht von vornherein durch den Gebrauch des Wortes ›liberal‹ diese Art von Gouvernamentalität als heilig verehren« (268).

Die theoretische Strategie, mit der Foucault sich hiervon abgrenzen will, ist ebenso schlicht wie effektiv: Auch Liberalismus bedeutet Regierung, auch er installiert Dispositive der Bio- bzw. Sicherheitsmacht, schließlich muss er ja immer von neuem die reine Marktsituation herstellen, die Neoliberalen sagen es ja selbst. Bei genauerem Hinsehen jedoch entpuppt sich diese Volte als eine wesentlich rhetorische Skandalisierung. »Mit der einen Hand«, heißt es an zentraler Stelle, »muss die Freiheit hergestellt werden, aber dieselbe Handlung impliziert, dass man mit der anderen Einschränkungen, Kontrollen, Zwänge, auf Drohungen gestützte Verpflichtungen usw. einführt.« (98) Sicher – aber wer wollte auch bestreiten,

dass der Individualverkehr Verkehrspolizisten erfordert oder die Unversehrtheit von Leib und Leben durch sanktionierende Gesetze geschützt werden kann? Die klassische Täuschung des alten wie neuen Liberalismus besteht doch eher darin, dass Zwang und Gewalt des Staates nicht allein Freiheiten, sondern auch Abhängigkeiten und Machtverhältnisse absichern. Foucault wird das zu nah am alten marxistischen Denken gewesen sein. Die Frage, was denn den Liberalen konkret als Freiheit gilt, stellt er höchstens sporadisch. Einmal ist immerhin eine »Freiheit des Arbeitsmarkts« thematisch, »für den man Arbeiter [...] in genügend großer Zahl braucht, [...] die keine politischen Waffen besitzen, um keinen Druck auf den Arbeitsmarkt auszuüben« (99) – doch wie neoliberales Regieren konkret solche Zustände herstellt, scheint nicht weiter zu interessieren. Das Muster Chile, wo seit 1973 die gewaltförmige Einrichtung reiner Märkte erprobt wurde, fehlt in der Reihe der Modellanalysen; selbst die Beteiligung und die zustimmenden Analysen der Chicagoer Ökonomen bleiben im Dunkeln.

Die Kritik der liberalen Staatskritik bleibt mithin zahnlos, weil das Thema Staatspolitik verfehlt ist. Foucault wird sie nach dem Ende der Vorlesungen auch nicht mehr weiterführen. Als der Neoliberalismus in den USA und England an die Regierung kommt, wendet er sich, statt Näheres übers Humankapital herauszufinden, mit Interesse und Neigung antiken Formen der Selbstführung zu, die mit der Gegenwart auf den ersten Blick wenig zu tun haben. Seine Nachfolger haben diese Verbindung inzwischen geknüpft – freilich ohne zu fragen, ob ihr Stichwortgeber nicht spontan die Fronten gewechselt hat. Zumindest wechselt er den Akzent. Nachdem er kurz davor stand, die Regierung und Selbstführung freier Subjekte als Elemente liberaler Anrufung zu untersuchen, begreift er sie nun als Alternative zur Normalisierungsgesellschaft.

Literatur

Bilger, François, *La pensée économique libérale de l'Allemagne contemporaine*, Paris 1964

Foucault, Michel, *In Verteidigung der Gesellschaft (Il faut défendre la société)*. Vorlesungen am Collège de France 1975-76, a. d. Frz. v. Michaela Ott, Frankfurt/M 1999

Lemke, Thomas, »Andere Affirmationen. Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus«, in: A. Honneth u. M. Saar (Hg.), *Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption*, Frankfurt/M 2003, 259-74

Walpen, Bernhard, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelèrin Society*, Hamburg 2004

Nils Baratella und Jan Rehmann

Kritik in postkritischen Zeiten

Zu Boltanski/Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus**

Luc Boltanski, einstiger Mitarbeiter Bourdieus, begründete in einem Nachruf in *Le Monde* (24.1.02) seine Trennung von Bourdieu in den 1970er Jahren damit, dass dieser und seine »dogmatischen« Gefolgsleute die Soziologie in ein »Agit-Prop« verwandelt hätten. Wie Boltanskis weitere Entwicklung und nicht zuletzt das vorliegende, mit der Betriebswirtschaftlerin Ève Chiapello verfasste Buch zeigt, ist die Auskunft vordergründig. Sie verdeckt, dass die Unvereinbarkeit in der theoretischen Grundlegung, der Methode sowie der Zielsetzung begründet ist: die Theorieanlage ist neo-weberianisch, insofern sie die Umbrüche in der Produktionsweise und die komplexe Hegemoniegewinnung des Neoliberalismus als Herausbildung eines neuen »Geistes« abbildet; die empirische Untersuchung konzentriert sich auf einen Ausschnitt der ideologischen Umwälzungen, nämlich auf den Vergleich der französischen Managementliteratur in den 60er und 90er Jahren; und schließlich wird mit einem Begriff von Kritik operiert, der diese von vornherein auf die Hilfsfunktion zur Hervorbringung eines »neuen kapitalistischen Geistes« reduziert.

Das heißt nicht, dass Verf. dem Kapitalismus kritiklos gegenüberstünden. Während das Finanzkapital floriere, sei es mit den Gesellschaften »nicht zum Besten bestellt« (24). Tatsächlich enthält die Untersuchung, was die von Foucault inspirierten *Gouvernementalitäts-Studien* aufgrund ihrer nahezu ausschließlichen Beschränkung auf die Management-Diskurse vermissen lassen: realistische Darstellungen zur »Deonstruktion« der Arbeitsverhältnisse seit den 1980er Jahren (261), die die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Kapitals (267ff), die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse (279f), die Zurückdrängung der Gewerkschaften (371ff) sowie einen amoralischen Vulgär-Nietzschanismus bei den Wirtschaftseliten (533) ins Bild bringen.

Die Kritik orientiert auf die Veränderung des »kapitalistischen Geistes«, dem eine bedeutende regulative Wirksamkeit zugeschrieben wird: er legitimiere den Kapitalismus, beschränkte aber zugleich seinen Akkumulationsprozess, wie schon Max Weber in der *Protestantischen Ethik* zeigte (64f). Diese doppelte Funktion bildet den theoretischen Rahmen der umfangreichen Untersuchung. Sie will gestaltend auf die normative Regulation des neuen Kapitalismus einwirken, dessen Spezifik mit dem Begriff des »Netzes« gefasst werden soll. Beansprucht ist eine »Soziologie gegen

* Boltanski, Luc, u. Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, aus d. Franz. v. Michael Tillmann, UVK, Konstanz 2003 (geb., 735 S., 49 €); einfache Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.

den Fatalismus«, die zur »Neuordnung der kritischen Kräfte« beiträgt (569), und zwar dadurch, dass sie tut, was die bisherige Kritik versäumt habe, nämlich auf dem Niveau der gegenwärtigen Netzlogik Gerechtigkeitsnormen auszuarbeiten (574).

Die Reduktion des Ideologischen auf den Geist

Grundsätzlich sei der Kapitalismus »in vielerlei Hinsicht ein absurdes System«. Da die Arbeitnehmer ihre »Eigentumsrechte an dem Produkt ihrer Arbeitstätigkeit verloren« haben und die Kapitalisten an einen »endlosen und unersättlichen [...] Prozess gekettet« sind, fehle es einer Beteiligung am kapitalistischen Prozess im Grunde an »Plausibilität« (42). Dieser Mangel könne weder durch Gewalt und Systemzwänge noch durch materielle Beteiligungsmotivation bzw. Existenzangst überwunden werden. Daher greifen Verf. auf Max Webers Begriff des kapitalistischen Geistes zurück, den sie freilich aus seiner Verbindung mit dem asketischen Protestantismus herauslösen: auch nachdem das kapitalistische System fest installiert ist, benötigen die Menschen »überzeugende moralische Gründe, um sich dem Kapitalismus anzuschließen« (45). »Geist des Kapitalismus« bezeichnet damit eine »Ideologie [...], die das Engagement für den Kapitalismus rechtfertigt« (43).

Die theoretische Exposition ist von einer durchgängigen Abgrenzung gegenüber marxistischen Ideologietheorien begleitet, die nur als Karikatur auftreten dürfen: nicht gemeint sei, »wie so oft in der marxistischen Vulgata«, die Verschleierung materieller Interessen (37), die »Illusion« (521), eine »Ablenkungsstrategie der Herrschenden, die sich das Einverständnis der Unterdrückten sichern wolle« (47), oder, wie bei einer »Vielzahl von Ideologietheorien«, eine Beurteilung des kapitalistischen Geistes dahingehend, ob er wahr oder falsch sei (606, Anm. 17). Einer Theorieströmung »nietzscheanistisch-marxistischer Prägung«, zu der auch Bourdieu zählen soll, wird unterstellt, sie weigere sich, dem Kapitalismus eine »normative Dimension« zuzuerkennen und reduziere ihn auf Gewalt, Herrschaft, Ausbeutung und Macht (67; 611, Anm. 39). Die Polemik unterschlägt, dass sich marxistische Ideologietheorien gerade gegen die »Vulgata« herausgebildet haben, die Boltanski/Chiapello ihnen zuschreiben möchten: um die vorangegangenen Ideologiekonzepte bloßer Manipulation, Verschleierung und falschen Bewusstseins zu überwinden und die »normative Dimension« historisch-materialistisch zu rekonstruieren, wurde das Ideologische als ein *materielles* Ensemble ideologischer Mächte, Rituale, Praxisformen und (meist unbewusster) Effekte gefasst.¹

Der Vergleich mit diesem Gründungsimpuls kann helfen, den theoretischen Ansatz genauer zu verorten: Ähnlich wie Althusser wollen Boltanski/Chiapello die Wirkung der Ideologien als Beitrag zur »Reproduktion der Gesellschaftsordnung« untersuchen (46), aber statt von hier aus die ideologischen Apparate des »integralen Staates« in den Blick zu nehmen, rekurrieren sie auf einen Begriff der Ideologie, der

1 Vgl. hierzu z.B. Althusser, *ISA* 119ff, 139; *PIT* 1979, 181ff; vgl. zusammenfassend Rehmann 2004.

diese wieder auf Geistiges reduziert. Gramsci, der Webers *Protestantische Ethik* gut kannte und für seine Hegemonietheorie auswertete, hatte vorgeschlagen, das, was die Idealisten »Geist« nennen, als »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse im Prozess der Entwicklung« bzw. als »Ensemble der Superstrukturen im Werden« zu untersuchen.² Dagegen wird Ideologie hier als eine »Gesamtheit von gemeinsamen Glaubenssätzen« verstanden, die sich dann »institutionell verkörpern« und in der Realität verankern sollen (37). Die Entmaterialisierung des Ideologischen führt, wie wir noch sehen werden, zu einer idealistischen Überschätzung der Rolle des »Normativen« für die Regulierung des Kapitalismus.

Ein historischer Überblick (54ff) präsentiert unterschiedliche Etappen kapitalistischer Entwicklung in Gestalt dreier »Geister«: 1. einen »familienweltlich« geprägten Geist im ausgehenden 19. Jahrhundert, bei dem die Arbeiter und Angestellten den Firmenbesitzer noch persönlich kennen; 2. die dem durchbürokratisierten »Konzernkapitalismus« zwischen 1930-1960 entsprechenden Figuren des »Firmenchefs« und des Ingenieurs; 3. einen neuen Geist, der »Strukturähnlichkeiten mit einem »globalisierten« und neue Technologien einsetzenden Kapitalismus« aufweise (57). Statt solche Strukturähnlichkeiten auszuloten, springt die Argumentation unvermittelt auf die Ebene einer »nicht unwahrscheinlichen ideologischen Entwicklungsmöglichkeit«, bei der der kapitalistische Geist »stärker an Gerechtigkeitsbelangen und sozialem Wohlstand ausgerichtet wäre«. Warum dies »wahrscheinlich« sein soll, welche neuen Gerechtigkeitsbelange sich abzeichnen und wer die Akteure ihrer Durchsetzung sein könnten, bleibt im Dunkeln. Das Gewünschte erscheint stattdessen als Teil der »Notwendigkeit, dem kapitalistischen Akkumulationsprozess einen Sinn zu geben« (ebd).

Die Geburt des Geistes in der »Polis«

Wenn der Kapitalismus seine moralische Legitimation nicht aus sich selbst hervorbringen kann, muss er sich zu seiner Rechtfertigung auf »ihm äußerliche Ressourcen« stützen. So wie der bürgerliche Individualismus sich nur dadurch ausbreiten konnte, dass er mit anderen Kulturformen eine »Kompromissbildung« einging, bei der holistische und individualistische Elemente verschmolzen wurden, habe der kapitalistische Geist zwei Gesichter, ein »nach innen gerichtetes«, d.h. den Akkumulationsprozess rechtfertigendes, und ein nach außen gerichtetes, universalistisches (58f). Dies ist für sich genommen eine durchaus sinnvolle Unterscheidung, die Marx und Engels in der *Deutschen Ideologie* dahingehend zusammenfassten, dass jede neue Klasse genötigt ist, »ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als die einzig vernünftigen, allgemein gültigen darzustellen« (MEW 3, 47). Ernst Bloch hat eine solche Doppelung deutlich von der Vorstellung bloßer Manipulation abgegrenzt und mit der Kategorie des utopischen »Überschusses« gefasst (vgl. PH 2, 627ff).

2 Z.B. *Gef* 6, H. 10.I., Inhaltsangabe, 1227 u. H. 11, §17, 1412

Bei Boltanski/Chiapello sind die Anschlussmöglichkeiten an eine kritische Ideologieforschung schon im Ansatz verbaut. Dies liegt v.a. daran, dass sie das, was im Ideologischen über die Klassenfunktion im engeren Sinne hinausweist, einer schematischen Typologie allgemeinwohlorientierter Normen unterwerfen. Hierzu führen sie den Begriff der *Cité* ein, der in der deutschen Ausgabe mit *Polis* übersetzt wird, wodurch freilich die sprachlichen Verbindungen zum *citoyen* und zur *citoyenneté* verlorengehen. Von hier gelangen sie zu der Behauptung, in der »modernen Gesellschaft« gäbe es sechs verschiedene Polis-Formen, die sich aus der Zuordnung empirischer Alltagsnormen und bestimmter Grundlagenwerke der politischen Philosophie herauslesen ließen, nämlich: die *erleuchtete Polis*, bei der die Wertigkeit vom Stand der religiösen oder künstlerischen Erleuchtung abhängig ist (Prototyp: Augustins *Gottesstaat*), die *familienweltliche Polis*, in der die »Größe« dem Ältesten, Ahnherrn, Vater zukommt (Prototyp: Bossuet), die *Reputationspolis*, in der die Wertigkeit von der Wertschätzung anderer abhängt (Hobbes' *Leviathan* über die Ehre), die *bürgerweltliche Polis*, in der es darum geht, den Allgemeinwillen zu vertreten (Rousseaus *Gesellschaftsvertrag*), die *marktwirtschaftliche Polis*, die auf Wettbewerb beruht (Adam Smith) und die *industrielle Polis*, in der es um Effizienz geht (Saint-Simon) (62f; 611, Anm. 36).

Erstaunlicherweise fehlt in der Aufzählung, was den Ideologien gewöhnlich ihre Massenwirkung verleiht, ihre Anleihen bei den Vorstellungen eines der jeweiligen Herrschaftsordnung entgegengesetzten Gemeinwesens, die von ihnen vorgenommenen »Entwendungen aus der Kommune«, wie Bloch in Bezug auf den Faschismus formulierte (*EZ*, 70). Die Polis-Typologie wird nicht aus historischem Material entwickelt, sondern auf die Geschichte des kapitalistischen Geistes angewendet, so dass es so aussieht, als könnte jede Epoche aus einem vorab festgelegten Normen-Inventar ihre Auswahl treffen. Was z.B. mithilfe des Ansatzes von Bourdieu als gesellschaftliche Produktion von Normen in unterschiedlichen »Feldern« und als Einverleibung durch entsprechende Habitus-Formen analysiert werden könnte, wird hier durch dogmatisch gesetzte Definitionen ersetzt. Woher wissen Verf. z.B., dass in der »Marktpolis« die Profite nur gerecht sind, wenn ihnen Chancengleichheit und freier Wettbewerb zugrundeliegt? (66) Dann wäre Bill Gates nicht ein weltweit geachteter, sondern ein geachteter Mann – eine Alternative, die offensichtlich nur über eine Analyse der zugrundeliegenden hegemonialen Kräfteverhältnisse entschieden werden kann.

Für die gegenwärtige Situation sind die aufgeführten sechs Polisformen freilich nicht hinreichend: eingeführt wird eine siebte, »projektbasierte«, die als »Kompromissbildung« zwischen den Erfordernissen der Netzstruktur und ihrer Legitimierung durch neue Gerechtigkeitsnormen fungieren soll (151f).

Die Herleitung der Netzwerkgesellschaft aus der Management-Literatur

Sowohl Netzwerk als auch »projektbasierte Polis« werden aus dem Management-Diskurs hergeleitet, der für Boltanski/Chiapello die »Form schlechthin« darstellt, »in der der Geist des Kapitalismus beheimatet ist und weitervermittelt wird«.

Dies soll deshalb so sein, weil er sich moralisch-präskriptiv an die jungen Führungskräfte wendet, um ihnen zu zeigen, »welches unternehmerische Handeln zur Profiterzielung ›richtig‹ [...] ist« (53). Da diese weniger »der Bedürftigkeit ausgesetzt« sind als die Arbeiter, könnten sie der kapitalistischen Ordnung passiven Widerstand entgegensetzen, sie unterminieren, aussteigen, weshalb vor allem sie von der Legitimität des Profitprinzips überzeugt werden müssten (51f). Es ist, als wäre der Kapitalismus in erster Linie von der Verweigerungshaltung seiner Nutznießer bedroht. Sieht man von dieser gespenstisch realitätsfernen Begründung ab, bleibt übrig, was Marx und Engels auf die (allzu) einfache Formel gebracht haben, dass die herrschenden Gedanken diejenigen der herrschenden Klasse sind (MEW 3, 46).

Mit Hilfe eines Textanalyseprogramms (Prospero@) werden Managementtexte aus den Zeiträumen 1959-1969 und 1989-1994 verglichen, die sich auf die Motivation des Personals und hierbei v.a. auf die Herausbildung der Führungskräfte beziehen. Der erste Textkorpus grenze sich zum einen gegenüber dem »familienweltlichen« Kapitalismus der kleineren Firmenbesitzer ab, zum anderen gegen die »Bürokratie«, gegen die sich die Führungskräfte zu emanzipieren hätten (93, 105f). Diese antibürokratische Frontstellung werde im zweiten Textkorpus verschärft, so dass an die Stelle des »Hierarchieprinzips« das schlanke Unternehmen trete, das vernetzt und in Projektform arbeitet (112ff). Einführend bescheinigen die Verfasser der Management-Ideologie, ihre Ablehnung der Hierarchie sei »häufig moralischer Natur und Teil einer allgemeinen Ablehnung von Herrschaftsverhältnissen« (109). Zutreffender ist die Beobachtung, dass die Kontrolle durch den Vorgesetzten tendenziell durch eine »marktgestützte Kontrolle« ersetzt werden soll, die »auf einem freien Vertragsverhältnis zwischen zwei formal gleichwertigen Parteien zu beruhen [scheint]« (124). Es würde sich lohnen, den Befund ideologiekritisch aufzuschlüsseln: die Management-Literatur reflektiert zum einen, dass mit der Verlagerung des Handels ins Internet die Grenzziehungen zwischen Produktion und Handel durchlässiger werden³, zum anderen arbeitet sie intensiv daran, die Real-Mystifikationen der Zirkulationssphäre, die Marx als »wahres Eden der angeborenen Menschenrechte« (Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Bentham) geschildert hat (MEW 23, 189f), in den Produktionsprozess selbst zu verlagern.

Neu ist die Kategorie des Netzes. Boltanski/Chiapello zeichnen nach, wie sie sich zunächst in der Managementliteratur ausbreitet, um von dort in die Mikroökonomie, Soziologie (v.a. Castells) und Philosophie zu diffundieren (148ff, 188ff). Die Metapher werde »in allen möglichen Kontexten« verwendet (126) und trete überall auf, wo man »disparate Elemente zueinander in Beziehung setzen möchte« (147f). Dies müsste eigentlich schon genügend Anlass zu einer kritischen Überprüfung sein, ob es sich dabei überhaupt um einen theoriefähigen Begriff handelt. Kommentarlos wird referiert, es handele sich um eine »eigenständige Zwischenform zwischen Hierarchie

3 »Die Konkurrenz schlägt in die einzelnen Betriebsteile hinein. Die Konzerngrenzen werden durchlöchert durch Ware-Geld-Beziehungen wie einmal die Mauern der Ritterburgen.« (Haug 2003, 76)

und Markt« (z.n. 126). Aber das überspielt den grundlegenden Ebenenunterschied zwischen einer neuen Organisationsform und den Mächten, die sie beherrschen: die Netzwerkentwicklung in der Informatik ist bekanntlich Ende der 1960er Jahre von einem der hierarchischsten Apparate entwickelt worden, vom US-Militär, und obwohl vom Gewebe her ›horizontal‹, ist das Internet zugleich der Vertikalisierung durch die Konzerne unterworfen. Die Entgegensetzung zwischen Netz und Markt tut wiederum so, als handelte es sich beim Markt um den alten Wochenmarkt statt um die Vermarktungsprozesse der Zirkulationssphäre, die im Internet einen neuen Vertriebskanal gefunden haben (Haug 2003, 67, 75f).

Statt die neoliberalen Netzwerk-Ideologien analytisch auseinanderzunehmen, schmiegen Verf. sich ihnen an. Es handele sich nicht um einen Siegeszug marktwirtschaftlicher Mechanismen in der Arbeitswelt, sondern um eine Neuordnung, die sich in den Begriffen der Netzlogik beschreibt (186). Dabei hatten sie selbst gezeigt, wie durch die mit der *lean production* einhergehende Auflösung der Werkhallen der Nachfragedruck direkt in die Werkhallen gelangt (124). In Frontstellung zu Bourdieus Korrelation von Klassenpositionen und Geschmacksausprägungen (Bourdieu 1982) wird behauptet, in der vernetzten Welt sei der »Klassenhabitus« kein hinreichender Träger mehr für Intuition und Flair, da die Kompetenz nunmehr dem zukomme, der zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft Brücken schlägt (164). Dies übersieht, mit welcher Intensität auch die neuen Eliten an sozialen Distinktionen arbeiten, mit deren Hilfe sie sich als Klasse konstituieren können, und zwar gerade dadurch, dass der Klassencharakter hinter den Naturalisierungen des »Geschmacks« verschwindet. Wie kann man nach der Veröffentlichung von Bourdieus *Elend der Welt* noch als soziologischen Befund ausgeben, heute stünden die Lebensdramen nicht mehr im Zusammenhang mit der Klassenfrage, sondern drehten sich um Probleme der Kontaktfähigkeit im Netz (188)? Dem liegt die idealistische Vorstellung zugrunde, es seien die »Repräsentationsstrukturen«, die den sozialen Klassen »Gestalt und objektivierte Existenz« verleihen (309f). Damit wird die Existenz von Klassen als Effekt ihrer ideologischen Repräsentation ausgegeben, das bürgerliche Märchen der Klassenlosigkeit wird zur soziologischen ›Wahrheit‹.

Dies beeinträchtigt die Argumentation gerade da, wo Verf. meinen, zur Stärkung der Kritik beizutragen. Sie sehen richtig, dass die Verschiebung vom Thema der Ausbeutung zu dem der sozialen Ausgrenzung die Vorstellung eines Klassenantagonismus dekonstruiert und somit die Sozialkritik geschwächt hat (345).⁴ Ab Anfang der 90er Jahre komme es jedoch am Brennpunkt der Prekarität wieder zu einer Politisierung der Ausgrenzungsproblematik (386), woraus sich die Frage ableiten lasse, »wie sich der Begriff der Ausgrenzung in eine Theorie der Ausbeutung überführen lässt«, denn nur so könnten die Ausgegrenzten den Zirkel von individueller

4 Obwohl der Ausgrenzungsbegriff gewöhnlich René Lenoirs *Les Exclus* (1974) zugeschrieben werde, könne man die Verschiebung schon an Foucaults *Wahnsinn und Gesellschaft* (1960) beobachten (381; 667, Anm. 2).

Verantwortung und Fatalismus durchbrechen und ihr Schicksal mit dem der bessergestellten Lohnabhängigen verbinden (389). Aber dieser Brückenschlag wird in der weiteren Durchführung gerade nicht geleistet. Im Gegensatz zur »Marktwelt«, wo das Kräfteverhältnis vom jeweiligen Kapital- und Kreditniveau abhängt, entscheide in der »Netzwelt« das Mobilitätsdifferenzial (404); die Ausbeutung vollziehe sich nach dem Gegensatz beweglich/unbeweglich: die Mobilien benutzen die Immobilen als »Double«, d.h. dafür, »dass sie sich in Kreisen, in denen man im entscheidenden Moment nicht sein kann, in unserer Abwesenheit lobend über uns äußern können« (400). Damit werfen Verf. freilich die der Ausbeutung zugrundeliegende Mehrwertaneignung mit der Profitrealisierung durcheinander, bei der in der Tat die Ökonomie der Zeit entscheidet, und verwechseln die Mehrwertschöpfung mit der Mehrwertabschöpfung, den Wert mit dem Preis, die Wertvermehrung mit dem Abkassieren. Zudem wird die Ausbeutung wieder auf das Niveau eines moralischen Begriffs heruntergebracht: Ausbeuter ist der egoistische »Netzopportunist«, der das Netz zum Schaden seiner Mitarbeiter nutzt (417). Kritik degeneriert zur allgemeinen Fahndung nach dem bösen Subjekt, an dem sich auch die herrschenden Kreise beteiligen: seinem Treiben Einhalt zu gebieten, liege auch im Interesse der Firmenvorstände, die überhaupt bei der Begrenzung der »Ausbeutung« erfolgreicher seien als der Staat (418, 433).

Was Boltanski/Chiapello am Netzbegriff auszusetzen haben, ist lediglich ein normativer Mangel: es fehle ihm der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, der für die »projektbasierte Polis« grundlegend sei (150f). Diese setze »dem Netz Schranken, um es einer Form der Gerechtigkeit zuzuführen, die jedoch zumindest das Grundprinzip des Netzes bewahrt« (152).

Die »projektgestützte Polis« als Kompromiss zwischen Management und Gesellschaftskritik

Von der Managementliteratur lassen sich die Verfasser zunächst auch die neuen »Gerechtigkeitsnormen« vorgeben, die sie dann erweitern und »strukturell verankern« wollen (380). Als positives Gegenstück zum »Netzopportunisten« wird hier die Figur des dem Allgemeinwohl verpflichteten »Vernetzers« aufgebaut (161). An die Stelle der weberschen Berufsmoral sei nun eine grenzüberschreitende Aktivität des Projektmachens getreten, und zwar angeblich »ohne dass zwischen einer persönlichen oder gar spielerischen Aktivität und einer Berufsaktivität sorgsam unterschieden würde« (209). Wenn Deleuze meinte, die »nomadische Existenz« den post-achtundsechziger Rebellen zuschreiben zu können, hat er sich getäuscht: der auf Unabhängigkeit bedachte Vernetzer sei der »Nomade«, dabei allerdings nicht »kritisch veranlagt«, es sei denn, es geht um die Verteidigung der Toleranz (169f). Das Verhältnis zum Besitz habe sich gelockert, bevorzugt werde das Mietverhältnis, und gerade an diesem Punkt unterscheide sich »der schwerelose Mensch der projektbasierten Polis von der traditionellen Figur des Bourgeois« (207). Freilich kann auch solche »Schwerelosigkeit« nur als Besitzverhältnis gedacht werden,

nämlich in Bezug auf die eigene Person: »Der Projektmensch besitzt sich selbst, [...] insofern er selbst das Produkt seiner eigenen Arbeit an sich selbst ist.« (208) Der Satz ist es wert, in die Stilblütensammlung ideologischer Subjekteffekte aufgenommen zu werden: auch der neue Netz-Bourgeois imaginiert sich als Selbsterzeuger, ohne Herkunft aus einem Mutterleib, ohne soziale, zumeist von Frauen aufrechterhaltene Reproduktionsverhältnisse, die ihm sein »schwereloses« Dasein ermöglichen. Was den Vernetzer vom Netzopportunisten unterscheiden soll, ist, dass dieser den Erfolg des Projekts allein sich selbst zuschreibt, während jener sich darum kümmert, die »employability« seiner Mitarbeiter zu stärken, so dass sie beim Abschluss des Projekts über ein »größeres Einstellungskapital« verfügen als zuvor (139).

Es bleibt rätselhaft, wie die Verfasser aus solchen Appellen an das gute Netz-Subjekt Ansatzpunkte für neue Gerechtigkeitsstrukturen herauslesen können. Hier aber erweitern sie den Gesichtskreis, indem sie die »projektbasierte Polis« aus der Krise von 1968 ableiten, in der sich »Sozialkritik« und »Künstlerkritik« vorübergehend vereinigten, um anschließend wieder auseinanderzutreten (215). Erstere sei in der Arbeiterbewegung verwurzelt und richte sich gegen die kapitalistische Ausbeutung, letztere wurzele in der Lebensform der Bohème, habe ihren Prototyp in Baudelaire und wende sich im Namen des bindungslosen Intellektuellen und Künstlers gegen die Entfremdung (81f). Die idealtypische Entgegensetzung von »Ausbeutung« und »Entfremdung« zerreißt, was in Marxens *Kritik der Politischen Ökonomie* als Einheit gefasst worden war. Die soziologische Begrifflichkeit bildet positivistisch eine blockierte Anordnung der oppositionellen Kräfte ab: auf der einen Seite einen korporatistisch begrenzten »Arbeiterstandpunkt«, auf der anderen Seite eine abgehobene »Künstlerkritik«, der z.B. auch die Ökologiebewegung zugeordnet wird (483f).

Behandelt wird weniger die Gesellschaftskritik der 68er selbst als ihre Überwindung und Absorption durch die Wirtschaftseliten. In einer ersten Phase (1968-1973) interpretierten Arbeitgeber und Regierung (Chaban-Delmas) die Krise als ein Produkt massenhafter Sozialkritik und begegneten ihr mit einer umfassenden Vertragspolitik, die die Verteilung des Profitwachses zugunsten der Arbeiter veränderte und ihre soziale Absicherung verbesserte (232ff). In der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte sich die Auffassung durch, dass der Sozialkompromiss zu teuer geworden ist und nicht zum Sozialfrieden geführt hat. Eine »Avantgarde unter den Arbeitgebern« (v.a. das *Entreprise et Progrès*) ging dazu über, die Krise in der »Entfremdung« durch Bürokratie und Taylorismus zu verorten und die Unzufriedenheit über eine Doppelstrategie der Flexibilisierung und Humanisierung der Arbeitsbedingungen aufzufangen (235f). Es kam zu einem »Kompetenztransfer von der linken Protestkultur zum Management« (252), der sich beim Regierungsantritt der Linken noch verstärkte: die in den Staat kooptierten Wirtschaftsexperten »arbeiteten einerseits einen Kompromiss zwischen dem Flexibilitätserfordernis und den Themen der Linken bzw. der Extremlinken aus und erhöhten andererseits die Legitimität der Forderungen der Arbeitgeber« (249). Die politischen Hoffnungen, die an die Selbstverwaltung geknüpft waren, konnten Anfang der 80er Jahre »zumindest teilweise

auf die Flexibilität, die Dezentralisierung der sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und die neuen Managementformen übertragen werden« (252). Boltanski/Chiapello zufolge kannten die neuen Unternehmensberater »sich aus mit der Machtkritik Foucaults, wussten, wie die gewerkschaftliche Machtusurpation bloßgestellt werden konnte, waren Experten, wenn es galt, jegliches autoritäre Chefgebaren, gerade auf unteren Hierarchiestufen in die Schranken zu weisen« (252f). Sie kombinierten sich mit einer neuen politisch-administrativen Elite, die ihre Autorität aus den angelsächsisch beherrschten Gebieten der Ökometrie und Mikroökonomie bezog (253).

Der historische Abriss liest sich über weite Strecken wie eine Aktualisierung von Gramscis Überlegungen zur modernen »passiven Revolution«, der es gelingt, nicht nur einzelne Personen sondern »ganze extreme Gruppen« zum Übertritt zu den staatstragenden ›gemäßigten‹ Kräften zu bewegen (*Gef* 5, H. 8, §36, 966). Zuerst sei die »Sozialkritik« durch eine linke »Künstlerkritik« desartikuliert worden, die dann erfolgreich vom neuen kapitalistischen Geist absorbiert wurde: Die Kritik am Bürokratismus und »Besitzstandsdenken« der Gewerkschaften (und v.a. der PCF-nahen CGT) kommt zunächst von links (332f), die »Künstlerkritik« an der Religion als Verbündete der bürgerlichen Moral schwächt v.a. die linkskatholischen Komponenten der Arbeiterbewegung (334f). Gleichzeitig geraten die Gewerkschaften durch Betriebsschließungen, umfangreiche Umstrukturierungen und unmittelbare Unterdrückung in die Krise, so dass von 1976 bis 1988 ihre Mitgliederzahlen um 50 % sinken (312ff). Gescheitert sei auch die Künstlerkritik, da sie unterschätzte, dass ihre Orientierung auf die »Begierde« in die Dynamik des Kapitalismus verstrickt ist (506). Ihre Forderungen nach Autonomie und Kreativität wurden in den Unternehmerdiskurs integriert, wodurch die Oppositionsbildung zwischen Geist und Macht an Schärfe einbüßte; die Emanzipation verlor ihren kritischen Stachel, als die traditionellen Tabus fielen und durch den Wachstumsmarkt der Sexualgüterindustrie und Sexualdienstleistungen ersetzt wurden (375f). Die Jungmanager stützten sich mit besonderer Vorliebe auf die lacansche Psychoanalyse, die ihnen dabei half, sich von herkömmlichen Moralvorstellungen zu emanzipieren (533f).

Die Abschnitte zur kapitalistischen Absorption unterschiedlicher »Künstlerkritiken« gehören zu den anregendsten des Buches. Im Umkreis der 68er Jahre hatte sich nicht nur die Kritik an der Inauthentizität intensiviert, sondern es kam auch zu einer postmodernen Infragestellung der Authentizitätsforderung selbst, durch die eine Denkfigur dekonstruiert wurde, die seit Rousseau eine der wirkungsvollsten Instanzen der Kritik gewesen ist (488, 491f). Boltanski/Chiapello zufolge war der Kapitalismus in der Lage, beide Komponenten zu »endogenisieren«: indem die standardisierte Massenproduktion durch eine hoch differenzierte Warenpalette abgelöst wurde, gelang es, die Authentizitätsforderung in den Bahnen der Marktlogik zu befriedigen und ihr zu unterwerfen (476ff) – mit dem Ergebnis, »dass in Bezug auf Güter und Menschen *kurzlebige Begeisterungs- und Enttäuschungszyklen* begründet werden« (481); zugleich wurde auch die Dekonstruktion von ›Authentizität‹ aufgenommen, so dass jede neue Authentizitätsforderung nur noch in ironischer Distanz zu sich selbst formuliert werden kann (489). Aufgrund einer solchen doppelten

»Endogenisierung« sei der Netzwerkensch widersprüchlichen Anforderungen zwischen Anpassungs- und Authentizitätsnormen ausgesetzt: einerseits wird in der rhizomatischen Welt (Deleuze) die »altexistenzialistische Authentizität des Subjekts« (494) von der Fähigkeit abgelöst, »seine eigene Person wie einen Text zu behandeln, den man in verschiedene Sprachen übersetzt«; andererseits muss man, um überhaupt wahrgenommen zu werden, eine spezifisch eigene und zeitlich dauerhafte »*Individualität* besitzen« (499f).

Überzogene Behauptungen wie z.B. die, der »Antietatismus« des neuen kapitalistischen Geistes speise sich aus der ultralinken Staatskritik der 60er und 70er Jahre (258), erzeugen den falschen Anschein, als handelte es sich um ein unmittelbares Ergebnis der 68er-Bewegung. Das liegt v.a. daran, dass die Hauptachsen der ideologischen Transformation eigentümlich unterbelichtet bleiben: zum einen die Umbrüche in der Produktionsweise, die den Übergang zum High-Tech-Kapitalismus ermöglichten⁵; zum anderen die wirksame Kritik am fordistischen Produktionsmodell und Sozialstaat durch die neoliberalen Think Tanks selbst.⁶ Die Verfasser verzichten darauf, die konzeptiven Artikulationszentren von den eingemeindeten oder angelagerten Strömungen zu unterscheiden, und geraten damit in einen eigentümlichen Widerspruch zwischen soziologischem Materialgehalt und Anspruch: Sowohl die referierte Managementliteratur als auch die geschilderte »Endogenisierung« der 68er-Kritik sind weit davon entfernt, die Hauptthese der Untersuchung zu bestätigen, nämlich »dass wir gerade der *Geburtsstunde eines neuartigen, gängigen Gerechtigkeits sinns* beiwohnen« (137).

Normen-Regulation als Ersatzhandlung für eingreifende Politik

Boltanski/Chiapello sind sich darüber im Klaren, dass die für ihren Polis-Begriff konstitutive Gerechtigkeitskomponente bislang nur schwach entwickelt ist. Zum einen fehlten »Sicherheitsgarantien«, wie sie für den kapitalistischen Geist im Fordismus bestimmend waren, zum anderen eine »grammatische Ausarbeitung auf der Grundlage einer klar formulierten Anthropologie und politischen Philosophie« (137). Letzteres liege u.a. daran, dass sich die Netzkonzepte in Frontstellung zu essenzialistischen Ontologien herausgebildet haben, auf denen die allgemeinwohlorientierten politischen Philosophien beruhten (196). Eine »Grammatikalisierung« müsse versuchen, die Netzkonzeption mit Moral und Gerechtigkeit in Einklang zu bringen, und zwar in Anknüpfung an das »kantsche Erbe, das von den Netzontologien entsorgt worden war« (201f).

5 Thomas Barfuss zufolge kam es erst bei der Durchsetzung des Videorekorders in den 70er Jahren zu einer wirksamen Infragestellung des Fernsehens als sozialem Zeitraster des Fordismus und damit zu einer »öffentlichen Veraltung des fordistischen Jedermanns« (2002, 192).

6 Walpen zufolge intensiviert sich die neoliberale Fordismus-Kritik auch in Frankreich, als 1968 der neoliberale Think Tank *Association pour la Liberté Économique et le Progrès Social* (ALEPS) gegründet wurde (2004, 208).

Was sich über weite Strecken als soziologischer Befund neuer Gerechtigkeitsnormen präsentiert, erweist sich also als Telos einer zu leistenden Normgebung.⁷ Gerade in Hinblick auf Kant, auf den die Verfasser sich beziehen, wäre es hilfreich gewesen, die Unterschiede zwischen »Sein« und »Sollen« deutlicher zu markieren. Es zeigte sich dann, dass die Untersuchung von eben diesem Dualismus beherrscht ist: wo eine Realanalyse des »kapitalistischen Geistes« unternommen wird, sind wir von einer bindenden Gerechtigkeits-Polis weit entfernt, sobald substantielle Gerechtigkeitsansprüche gestellt werden, sind wir im Reich des »Sollens«: die Kritik müsse sich auf die Einschränkung der Marktsphäre und die Stärkung der Arbeitsplatzsicherheit konzentrieren, den Menschen müsse wieder ein »Status« zugestanden werden, als »Ausdruck einer individuellen Position in ihrer Beständigkeit« (510), es gehe darum, die Projektbeteiligten zu erfassen und die prekären Arbeitsverhältniss abzusichern (426ff), denkbar sei die Einführung eines Rechts auf *employability*, wodurch die Verantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit auf mehrere Instanzen verteilt werden, z.B. nach dem Modell eines »Aktivitätsvertrags«, der mit einem Unternehmernetz sowie mit staatlichen Akteuren und Ausbildungsorganisationen abgeschlossen wird (429, 441), zu überlegen sei ein Basiseinkommen, das Einkommen und Arbeit voneinander trennt, sowie die Tobinsteuer zur Drosselung der Finanzmobilität (442f) usw.

Das sind die bekannten Forderungen der sozialen Bewegungen. Aber wie kommt das Sollen einer solchen »projektbasierten Polis« zum Sein des realen Kapitalismus? Gerade an dieser Schnittstelle, an der der Anspruch einer »Soziologie gegen den Fatalismus« (569) einzulösen wäre, stößt man auf Allgemeinplätze eines deterministischen Funktionalismus: Der Kapitalismus müsse Unersättlichkeit stimulieren und zugleich bremsen, indem er sie an moralische Normen binde, durch die ihr eine Gemeinwohlorientierung vorgegeben werde (520). Was die normative Regulierbarkeit des Kapitalismus belegen soll, verweist eher auf den illusorischen Charakter eines solchen Projekts: die bürgerlich entfesselten Leidenschaften des Profitstrebens und des Konsumismus ließen sich »moralisch« eben nicht effektiv regulieren, sondern allenfalls durch eine imaginäre Gegenwelt kompensieren. Die vorgeschlagene Projekt-Polis sei auch vom Standpunkt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses »notwendig«, denn dieser müsse »zu seinem Fortbestand [...] fest mit einem Sozialverband verwachsen sein«, den er zugleich unablässig zerstöre (550). Dass die Akkumulation auch einen »Sozialverband« braucht, ist unbestreitbar, sagt aber nichts darüber aus, in welcher Hinsicht dieser auch als »gerecht« bezeichnet werden kann.

Die deterministischen Versicherungen überspielen das Problem, das Gramsci als zentrales Thema einer Hegemonietheorie formuliert hat: wie eine antizipierte neue Ordnung die Intellektuellengrenzen überschreiten und zu einer allgemeinen »kulturellen Bewegung« werden kann, die sich in den großen Massen verbreitet.⁸ Auf den

7 Gedacht ist an eine »normative« Soziologie nach Art vom Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* (623, Anm. 42).

8 Vgl. *Gef6*, H. 10.II, §41.I., 1301; H. 11, §12, 1379f.

Gegenstand der Untersuchung bezogen, bedeutet dies die Aufgabe, die im populären Alltagsverstand verankerten Gerechtigkeitsvorstellungen aufzugreifen, kohärent zu machen und in einer wirksamen Oppositionspolitik gegen den Neoliberalismus zu bündeln. Dies ist die Problemstellung, die in Boltanski/Chiapellos Insistieren auf der »normativen Dimension« des Kapitalismus indirekt angesprochen und zugleich ausgeblendet ist. Die Regulationskraft des Normativen gegenüber dem Kapitalismus zu beschwören, ohne sich auf eine umfassende Untersuchung der gesellschaftlichen Hegemonieverhältnisse einzulassen, wird zur imaginären Ersatzhandlung für eingreifende Politik. Wie so oft bei abstrakt-idealistischen Regulierungsansätzen, wird die Leerstelle durch den Ruf nach einem starken Staat gefüllt, der durch seine Verbindung von Recht und Zwangsapparat eine notwendige Bedingung kapitalistischer Selbstbeschränkung darstelle (446, 561). Auch hier fehlt jede Überlegung zu den Widersprüchen im Staat, die für ein Bündnis gegen den Neoliberalismus genutzt werden könnten. Stattdessen meinen Verf., eine »Entkoppelung von Kapitalismus und Staat« feststellen zu können (552) – eine offensichtlich illusorische Annahme, bei der die neoliberalen Umstrukturierungen des Staates ausgeblendet werden.⁹

Enteignung der Kapitalismuskritik

Die politische Perspektive des Ansatzes lässt sich am besten am ambivalenten Status des verwendeten Kritikbegriffs ablesen: einerseits ist eine Erneuerung der Kritik auf dem Niveau der »Netzlogik« beabsichtigt, bei der »Künstler- und Sozialkritik sich wieder annähern, denn nur so kann die »projektbasierte Polis« regulierend auf den Kapitalismus einwirken (509); andererseits ist sie von vorneherein auf innerkapitalistische Maße zurechtgestutzt: in der Regel beschränkt sich ihre Einwirkung auf den »kapitalistischen Geist«, während der Kapitalismus selbst sich durch Wettbewerb und Technologieentwicklung verändert und von öffentlicher Kritik »weitgehend unberührt« bleibt – es sei denn, es kommt zur Institutionalisierung neuer, allerdings wiederum kapitalistischer »Bewährungsproben« (522ff). Damit ist das Verhältnis zum Kapitalismus das einer »endlosen Dialektik«, was auf Seiten der Kritik auf eine »komplexe Sisyphusarbeit« hinausläuft (85). Unabhängig davon, ob von »Korrektivkritik« oder »Radikalkritik« die Rede ist, ob sie auf veraltete Formen des kapitalistischen Geistes einschlägt oder sich grundsätzlich »dem kapitalistischen Prozess in den Weg stellt« – ihre einzige Chance besteht darin, als »Ideengeber und Legitimationsquelle« einer Modernisierung von oben zu funktionieren (69f, 78).

Von hier aus wird verständlich, warum Boltanski/Chiapello sich so sehr für die manageriale Absorption der 68er-Kritik interessieren: ihr eigenes Projekt ist das einer »passiven Revolution«, die die Kapitalismuskritik der sozialen Bewegungen

9 Auch hier ist Bourdieu, dem häufig eine etatistische Tendenz nachgesagt wird, wesentlich differenzierter: zum einen, indem er die Unterordnung des Staates unter die »Höllmaschine« des Finanzkapitals thematisiert (2002, 391), zum anderen, indem er zwischen einer »rechten« und »linken« Hand des Staates unterscheidet und ein Bündnis mit Fraktionen des Sozialstaats und Erziehungswesen befürwortet (1998, 12ff, 41ff).

als Antrieb für die Modernisierung des »kapitalistischen Geistes« zu nutzen versucht. Bei aller Norm-Beschwörung schimmert auch bei ihnen zuweilen die Einsicht durch, dass die Errichtung einer Polis erst dann möglich wird, wenn die sie tragende Gruppe genügend Macht entwickelt, um als eigenständig und relevant für die Definition des Gemeinwohls anerkannt zu werden (563). Sucht man nach dem gesellschaftlichen Machtblock, der die neue Polis durchsetzen soll, stößt man neben den sozialen Bewegungen auf »hohe Staatsbeamte« sowie die aufgeklärten Firmenvorstände, Manager und Netz-Spezialisten (418, 564) – Sebastian Budgen zufolge ist das der Punkt, an dem die »pragmatische Wende« gegen Bourdieu allen Realitätssinn verliert (2000, 156). Oder aber, wenn man der Konstellation doch einen gewissen Realismus nicht absprechen will, ist es einer, der die Gerechtigkeitsansprüche der Kapitalismuskritik zu ersticken droht, bevor sie sich überhaupt artikulieren können.

Literatur

- Althusser, Louis, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg-Berlin 1977 (zit. *ISA*)
- Barfuss, Thomas, *Konformität und bizarres Bewusstsein. Zur Verallgemeinerung und Veraltung von Lebensweisen in der Kultur des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 2002
- Bloch, Ernst, *Erbschaft dieser Zeit* (1935), Gesamtausgabe, Bd. 4, Frankfurt/M 1962 (zit. *EZ*)
- ders., *Das Prinzip Hoffnung*, Gesamtausgabe, Bd. 5, Frankfurt/M 1959 (zit. *PH*)
- Boltanski, Luc, »Les réactions de nombreux compagnons de route«, in: *Le Monde*, 24.01.2002 (<http://www.homme-moderne.org/société/bourdieu/mort/reacsoc.html>, 2.4.05)
- ders., u. Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003
- Bourdieu, Pierre, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M 1982
- ders., *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz 1998
- ders., *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997
- ders., »Für eine neue europäische Aufklärung«, in: *Utopie kreativ*, H. 139, 2002, 389-97
- Budgen, Sebastian, »A New ›Spirit of Capitalism‹«, in: *New Left Review* 1, Jan./Feb. 2000, 149-56
- Gill, Stephen, »Übermacht und Überwachungsgewalt im globalen Kapitalismus«, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., H. 1, 2003, 21-33
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, auf Grundlage der im Auftrag des Gramsci-Instituts besorgten Edition von Valentino Gerratana, hgg. v. K. Bochmann u. W.F. Haug, Hamburg 1991ff (zit. *Gef*)
- Haug, Wolfgang Fritz, *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003
- Marx-Engels-Werke* (MEW), Bd. 1-42, hgg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR 1957ff
- Projekt Ideologietheorie, *Theorien über Ideologie*, Hamburg-Berlin 1979 (zit. *PIT* 1979)
- Rehmann, Jan, »Ideologietheorie«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* 6.I, 2004, 717-60
- Walpen, Bernhard, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004

Erwin Riedmann

Das Bewerberfoto

Notiz zur Subjektivierung neoliberaler Anrufungen

I.

Das Foto gilt als entscheidender Bestandteil eines Bewerbungsschreibens. Wie die angebotene Ware Arbeitskraft aussieht, ist alles andere als zweitrangig. So machte ich die merkwürdige Erfahrung, von der Fotografin nicht einfach »bedient«, sondern kritisch begutachtet zu werden. Nicht nur hatten mich ihre Fragen nach meiner Bewerbungsstrategie, wie ich auf den Fotos »wirken« und was ich »ausdrücken« wolle, verunsichert. Schwerer als meine offensichtliche Strategielosigkeit wogen die von ihr gnadenlos ausgemachten und benannten Defizite meines Äußeren. Obwohl ich gedacht hatte, mit neuer Frisur, glatt rasiertem Kinn und ordentlicher Kleidung die Balance von Eleganz und Lässigkeit halten zu können, hatte sie einiges an mir auszusetzen. Auf den Fotos würde ganz unmöglich aussehen, dass mein (vom Bügeln fast noch warmes) Hemd knapp oberhalb der Brusttasche einen fatalen Knick aufwies. Und ob ich schon einmal darüber nachgedacht hätte, mir meine Augenbrauen zu zupfen ... Wie ein Schuljunge mit einem Ungenügend wurde ich zum Nachdenken nach Hause geschickt. Zu meiner Verwunderung dauerte es keine halbe Stunde, bis in mir die Einsicht reifte, dass es in meinem wohlverstandenen Interesse besser wäre, mit noch einmal gebügeltem Hemd und gezupften Augenbrauen erneut den Gang vor die Kamera zu wagen.

Ich hatte keinen Grund, dieser Frau zu gefallen, und meine Fotos hätte ich woanders bekommen können. Wieso also akzeptierte ich sie als Autorität, anstatt in Widerstand und zur Konkurrenz zu gehen? Wie konnte sie mich so mühelos dazu bringen, Dinge zu tun – wie etwa die ästhetische Bearbeitung meiner Augenbrauen –, die mir meine Freundin mehrfach erfolglos ans Herz gelegt hatte? Offenbar anerkannte ich sie als Expertin, die weiß, wie man die Personalchefs, Abteilungsleiter und sonstigen *gate keeper* für sich gewinnen kann.

II.

Vom Teilnehmerstandpunkt ist der Markt undurchsichtig, liegt dessen Prinzip doch in seiner Koordinierung *ex post*, so dass sich erst nach langwieriger Formung der Arbeitskraft durch Erziehung und Ausbildung herausstellt, ob sie tatsächlich verkäuflich ist. Auch gibt der Arbeitsmarkt normalerweise kein Feedback *ad hominem*, sondern nur unpersönliche, kaum begründete Zu- oder Absagen. Während eine Zusage das Problem aus der Welt schafft, lässt die Absage die Bewerber im Ungewissen. Waren die Zeugnisse, die informell erworbenen *soft skills* oder die

fehlende oder zu geringe Berufserfahrung der Grund für die Ablehnung? Lag es also an den Mängeln des vom Unternehmen antizipierten Gebrauchswerts der Arbeitskraft? Oder fehlte es nur an einem überzeugenden Gebrauchswert*versprechen*, an der Warenästhetik der Arbeitskraft, deren Auftreten, Verpackung und Oberfläche nicht hinreichten, um aus der Masse der Mitbewerber herauszustechen? Oder wurde der Wettbewerb ohnehin nur zum Schein inszeniert, weil die Stelle intern längst besetzt war?

Obwohl den Durchblick versprechende Angebote, die den Arbeitskräften sagen, was sie zur Selbstvermarktung tun sollen, die Aporie marktvermittelter Vergesellschaftung nicht lösen können, erfreuen sie sich zunehmender Beliebtheit. Offenbar befriedigen sie einen wachsenden Bedarf an Orientierungswissen, der sich vor allem aus der verschärften Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften erklärt. Der Fotoladen, der Persönlichkeitsberatung anbietet, ist nur *ein* Beispiel für eine Vielzahl selbsternannter und institutioneller Agenturen, die sich auf dem Feld der »totalen Mobilmachung« (Bröckling 2000) der Arbeitskraft gruppieren und den Übergang vom verberuflichten Massenarbeitnehmer des Fordismus zum verbetrieblichten Arbeitskraftunternehmer (Voß/Pongratz 1998) des Neoliberalismus mit betreiben. Dazu gehören die wachsende Ratgeber-, Beratungs- und Coachingindustrie, die Berufsinformationszentren und Hochschulteams, die Existenzgründungs-, Rhetorik- und Bewerbungskurse, die die Arbeitsagentur durch Dritte anbietet¹. Sie alle vermitteln, dass es an einem selbst liegt, einen Arbeitsplatz zu finden. Die Arbeitskräfte tragen nicht mehr nur »scheu, widerstrebsam« ihre »eigene Haut zu Markt«, sondern organisieren nun auch ihre eigene »Gerberei« (vgl. MEW 23, 191).

Gerade die Arbeitsagentur und ihre privat- und gemeinwirtschaftlichen Anhängsel tragen zur individuellen Zurechnung von Verantwortung bei, indem sie sich in erster Linie auf »Beschäftigungsfähigkeit« stürzen. Fehlende Arbeitsplätze werden umgedeutet in individuelle »Vermittlungshemmnisse«, die in einer »aktivierenden Anamnese« identifiziert und im Rahmen einer »Eingliederungsstrategie« therapiert werden sollen. War in Deutschland bisher nur von einigen Sozialämtern bekannt, dass sie ihre Klienten dazu anhalten, ihr Verhalten oder Erscheinungsbild zu ändern, gehört in den USA die »Lebensstilregulierung« (Grell u.a. 2002), welche Unpünktlichkeit, Kaugummi-Kauen oder den Verstoß gegen die Kleiderordnung mit der Streichung der Sozialhilfe ahndet (Peck 1999), zur Fürsorglichkeit des Wohlfahrtsstaats. Für die Armen gilt das »always be yourself« nur, solange sie sich anpassen. Der Neoliberalismus und ein auf Verhaltenshomogenisierung abzielender autoritärer Paternalismus, der »den Armen sagt, was sie tun sollen« (Mead 1998), gehen Hand in Hand. Insofern steht zu befürchten, dass die »Typberatung« in Zukunft nicht nur vom Fotoladen, sondern auch vom Jobcenter angeboten und an drakonische Sanktionen geknüpft wird.

1 Von einem Angebot zu reden, ist in vielen Fällen euphemistisch, handelt es sich doch um verpflichtende »Fordermaßnahmen«, deren Verweigerung Sanktionen wie z.B. die Kürzung oder Streichung des Arbeitslosengeldes nach sich zieht.

III.

Die florierenden Transmitter zwischen Arbeitsmarkt und Arbeitskraft sind in doppelter Hinsicht ein genuines Gewächs der Arbeitsmarktkrise. Wo es angesichts der Massenarbeitslosigkeit nur noch um *survival of the fittest* geht, ist der Bedarf an Pflegeartikeln zur Selbstertüchtigung sprunghaft gewachsen. Zum anderen erreicht die Arbeitsmarktkrise auch die Akademiker, die diese u.a. dadurch bewältigen, dass sie z.B. als Ich-AG Beratungsdienstleistungen anbieten und sich so an der Expansion und permanenten Scheininnovation der Branche beteiligen. Andere Unternehmen profitieren von den Angeboten, weil sie Transaktionskosten, die beim Einkauf von Arbeitskraft normalerweise entstehen, externalisieren können, wenn etwa die Arbeitsagentur eine Vorauswahl unter den Bewerbern trifft oder wenn Jobmessen als eine Art *Speed-Dating*² von Personalchefs und Arbeitssuchenden veranstaltet werden.

Der Arbeitsmarkt war noch nie ein neutrales Terrain, auf dem sich Arbeitskraftkäufer und -verkäufer »aus freiem Willen« gegenüberstehen. Der doppelt freie Lohnarbeiter begab sich von Anfang an auf ein abschüssiges Feld. Unter Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung der Erwerbsarbeit verstärkt sich die Asymmetrie der Kräfteverhältnisse. Nicht selten bewerben sich Hunderte auf eine einzige Stelle. Während die »Professionalitäts«-Standards die Kosten für das Bewerbungsmaterial hochschrauben, werden Unterlagen immer häufiger nicht mehr an die Bewerber zurückgeschickt. Fahrtkosten zu Bewerbungsgesprächen werden selbstverständlich nicht mehr erstattet. Schlecht oder gar nicht vergütete Praktika gelten zunehmend als notwendige Vorleistung, um überhaupt Chancen auf eine Anstellung zu erwerben – ohne Garantien, versteht sich.

Entgegen dem ersten Anschein sind dies nicht die Zeichen einer Krise oder gar eines Endes der Arbeitsgesellschaft, denn der Druck zur Erwerbsarbeit wird durch die verschärfte Konkurrenz verstärkt. Für einen Teil der Lohnabhängigen stellt sich das Ende der Arbeit zwar tatsächlich ein, allerdings als persönliche Katastrophe der Überflüssigkeit fürs Kapital. Der Rest der Beschäftigten schiebt zunehmend unbezahlte Überstunden. Die Zentralität von Arbeit wird weder objektiv noch subjektiv abgeschwächt, sondern durch die Hartz-Gesetze institutionell verstärkt, indem die Möglichkeiten, die Warenförmigkeit der Arbeitskraft temporär außer Kraft zu setzen, zurückgefahren, die historisch erkämpften sozialstaatlichen Prinzipien der Lebensstandardsicherung und der Bedarfsdeckung aufgehoben und Perioden der Arbeitslosigkeit in Verarmungsprozesse verwandelt werden.

IV.

Die Ideologie des neoliberal restrukturierten Arbeitsmarktes wird durch unzählige Agenten und Kanäle vermittelt, als Aufforderung zur permanenten Selbstveränderung formuliert und in handhabbare »Selbsttechnologien« zerlegt. Zwar gibt es

2 Speed-Dating ist eine durch und durch unromantische, kommerziell organisierte Sozialtechnik, bei der bindungswillige Singles zur möglichst zeiteffizienten Sondierung des Partnermarktes jeweils nur für wenige Minuten mit einer Serie potenzieller Partner zusammentreffen, um anschließend über die Perspektiven einer gemeinsamen Paarbeziehung zu befinden.

Abwehr und Widerstand, aber trotzdem spielen die Subjekte in der Tendenz mit, da sie aufgrund fehlender ökonomischer und politischer Alternativen – bislang – keinen kollektiven Ausweg sehen. Dabei gelingt es manchen, ihre Situation zu reflektieren, ohne dass daraus jedoch eine erweiterte Handlungsfähigkeit resultieren würde.

Für eine kurze Zeit in diesem Jahr konnten Arbeitssuchende auf die Dienste einer »Absageagentur« zurückgreifen (www.absageagentur.de). Dabei handelte es sich nicht um ein weiteres Instrument für Unternehmen zur Externalisierung ihrer Transaktionskosten, sondern um ein karnevaleskes Kunstprojekt, dem es um die symbolische Umkehrung der auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Verhältnisse von Macht und Ohnmacht ging. Die verbreitete Erfahrung des Herabgesetztwerdens und Scheiterns, die sich mit einer Absage auf eine Bewerbung verbindet, wurde hier auf den Kopf gestellt – nicht der Bewerber, sondern das Arbeitskräfte suchende Unternehmen erhielt die Absage, die selbstverständlich nur »nach reiflicher Überlegung« verschickt wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Ausschreibung oben genannter Stelle.

Nach sorgfältiger Prüfung Ihres Angebotes muss ich Ihnen leider mitteilen, dass ich die angebotene Stelle nicht antreten werde.

Ich versichere Ihnen, dass meine Entscheidung keine Abwertung Ihrer Person oder Ihres Unternehmens bedeutet, sondern ausschließlich auf meine Auswahlkriterien zurückzuführen ist.

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können und wünsche Ihnen und Ihrer Firma für die Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Das befreiende Lachen, das die Ironie dieses »symbolischen Akts gegen die Fetischisierung« von Lohnarbeit auslöst, ist nur ein Hinweis auf Möglichkeiten widerständiger Subjektivität im Neoliberalismus.

Literatur

Bröckling, Ulrich, »Totale Mobilmachung. Menschenführung im Qualitäts- und Selbstmanagement«, in: ders., Susanne Krasmann u. Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M 2000, 131-67

Grell, Britta, Jens Sambale u. Volker Eick, »Workfare zwischen Arbeitsmarkt- und Lebensstilregulierung. Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik im deutsch-amerikanischen Vergleich«, in: *Prokla* 129, 32. Jg., 2002, H. 4, 557-77

Mead, Lawrence M., »Telling the Poor What to Do«, in: *The Public Interest* 132, 1998, H. 3, 97-112

MEW = *Marx-Engels Werke*, Bde. 1-43, Berlin/DDR 1957ff

Peck, Jamie, »Help and hassle: Mittel, Motive und Methoden lokaler Workfare-Strategien«, in: Sabine Lang, Margit Mayer u. Christoph Scherrer (Hg.), *Jobwunder USA – Modell für Deutschland?*, Münster 1999, 192-209

Voß, G. Günter, u. Hans J. Pongratz, »Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50. Jg., 1998, H. 1, 131-58

Kongressbericht

Kapitalismus zwischen Konsumismus und Krieg. IX. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT) vom 26.-29. Mai 2005 in Esslingen

Leidenschaft braucht's und Verstand ... (nicht nur) beim Schreiben von HKWM-Artikeln – die Eingangsveranstaltung in Form eines Dialogs zwischen Frigga Haug und Wolf-Dieter Narr war Motto der Tagung und brachte eine der bestimmenden Erfahrungen vieler der Anwesenden auf den Punkt, die seit Jahren als Autor/innen Herz und Kopf an die gemeinsame Sache wenden. Ein kollektives Werk von den Ausmaßen des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus*, dem zumal öffentliche Unterstützung versagt ist, ist aufs Engagement und den Sachverstand vieler angewiesen. Die Produktionsweise der Artikel selbst ist davon betroffen. Sie ist dialogisch. Erneut bewährte sich das Verfahren, wenige Plena und Round Tables zu den im Tagungstitel angesprochenen Problemfeldern mit zahlreichen ›Werkstätten‹ zu kombinieren, in denen produktionsorientiert an Artikel-Entwürfen gearbeitet wurde. Gerade die historisch-kritische Begriffsarbeit vermag im Glücksfall den »Glutkern« und höchsten Aktualitätsgrad einer Sache herauszuarbeiten. Dass dabei eine kommunistische Perspektive unabdingbar ist, diese aber heute – angesichts der Katastrophen des historischen Kommunismus, der gegebenen Kräfteverhältnisse und des Komplexitätsgrads der Vergesellschaftung – neu zu denken, statt nur phraseologisch zu reklamieren ist, wurde im Anschluss an einen Vortrag von Theodor Bergmann von Victor Wallis (*Socialism & Democracy*), Rick Wolff (*Rethinking Marxism*), Gianluca Schiavon (*Rifondazione Comunista*), Catharina Schmalstieg (*Argument*), Armando Steinko (Madrid) und Wolfgang Fritz Haug diskutiert.

Das HKWM legt umfassende Problematiken in unterschiedliche, von verschiedenen Autoren zu bearbeitende Eingänge auseinander, statt sie – wie sonst üblich – der trügerischen Souveränität der einem einzelnen Hirn entspringenden Überblicksdarstellung anzuvertrauen. Da auf die Bearbeitung von Schlüsselkonzepten wie ›Kapitalismus‹ gleichwohl nicht verzichtet werden kann, stellt sich die Frage nach dem spezifischen Gegenstand um so schärfer. Die gemeinsame Beratung im größeren Kreis ist hier unverzichtbare Produktivkraft. Schlaglichtartig sei aus einigen Plenen und Werkstätten berichtet. W.F. Haug (Esslingen) plädierte dafür, ›Kapitalismus‹ nicht bloß als ökonomisches System – wofür Perti Honkanen (Helsinki) eintrat –, sondern im Anschluss an Dieter Claessens als »Kultur«, d.h. als komplexen Zusammenhang von Produktions- und Lebensweisen zu fassen. Dabei stellen sich als Anschlussfragen: a) die synchrone nach der spezifischen Artikulation der einzelnen ›Ebenen‹ der damit bezeichneten Totalität, b) die diachrone nach den historischen Kapitalismen und ihrer Periodisierung. Haug empfahl die Aktualisierung des marxischen Satzes aus dem *Elend der Philosophie*: Wenn »die Dampfmaschine eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten« ergibt (MEW 4, 130), welche Gesellschaft ergibt dann der Computer?

Ausgehend von Rosa Luxemburgs Annahme, der Kapitalismus könne nur so lange existieren, wie er immer neue Bereiche nicht-kapitalistischer Produktion sich einzuverleiben vermag, schlug Ursula Huws (London) vor, die Aufmerksamkeit dem Zur-Ware-Machen (Kommodifizierung) tendenziell aller Bereiche bis hinein in die genetischen Baupläne des Lebens zu widmen. Indem der globalisierte Kapitalismus stets neue Arbeits- und Rohstoffquellen aufzut, verändern sich nicht nur das Mit- und Gegeneinander der Kapitalformen,

sondern auch die Funktionen des Staates und seine unterschiedlichen regionalen Ausformungen, von der Rolle des Krieges und der Produktion für den Krieg zu schweigen. – Wolf-Dieter Narr (Berlin) richtete ebenfalls die Aufmerksamkeit auf die »Architektur der Komplexität« des Kapitalismus und stellte die Bedeutung der »Utopie« heraus – der negativen des Schreckens und der positiven einer kommunistischen Perspektive, die in die Kapitalismusanalyse eingearbeitet werden müsse, um sie als konkretes Etwas, das noch keinen Ort hat, allererst herauszuarbeiten. – Werner Goldschmidt (Hamburg) betonte die Rolle der Klassenkämpfe und Klassenkompromisse für die je historische Ausprägung der Kapitalismen. Das Verhältnis der Ebenen bilde keine logische Struktur, sondern einen umkämpften Komplex prozessierender Einheiten mit dem Ökonomischem als übergreifendem Moment, dessen Dominanz es politisch zurückzudrängen gelte. Zu fragen wäre nach den »Grenzen des Kapitalismus« oder seiner kaum endlich scheinenden Regenerationsfähigkeit. – »Capitalism means/needs war«, sagte Darko Suvin (Lucca). Ist Gewalt der kapitalistischen »Geschäftsordnung« inhärent, so dass der Krieg nicht nur als Metapher der bürgerlichen Form der gesellschaftlichen Beziehungen zu verstehen ist, so stellt sich gleichwohl immer wieder die Frage nach den neuen Dimensionen, in denen sich diese Dynamik zuspitzt. Am Ende des 20. Jh. kamen auf einen toten Soldaten acht tote Zivilisten, an seinem Anfang war es umgekehrt. – Norman Paech (Hamburg) arbeitete vor allem die völker- bzw. kriegsrechtlichen Veränderungen der jüngsten Zeit heraus. Mit der »Ausrufung des weltweiten Ausnahmezustandes« nach dem 11. September 2001 radikalisierten die USA ihren bereits unter Clinton formulierten »imperialen Herrschaftsanspruch«, indem sie sich ermächtigten, an jedem Ort für eine beliebige Zeit eine Weltordnung zu »verteidigen«, in der allein sie die Feinde definieren. Gegenüber solch »räumlicher und zeitlicher Entgrenzung« der Kriege, deren resultierende Voraussetzung in der Aushöhlung und schließlichen Nihilierung des in der UN-Charta geforderten Gewaltverbots besteht, müsse sich die Linke zu einem strikten Rechtspositivismus gegenüber der UN-Charta verpflichten.

Beim Round Table zu *Bush's America* rückte Harriet Fraad (New York) das Geflecht aus Geld und Religion ins Bewusstsein, mit dem es einer gut organisierten Rechten gelingt, gerade auch die ärmsten Schichten in ihr »Projekt« einzubinden. Der Präsident selbst begreift sich als jemand, der »the great happiness in Christ« gefunden hat und dessen Definitionsmacht über das Gute und Böse in der Welt religiös durchstrahlt und mithin unangreifbar ist. Solche »Entgrenzung« von Kirche und Staat trifft, wie Rick Wolff (Amherst) betonte, in den ländlichen und ärmeren Regionen auf breite Zustimmung. Wo kapitalistisch organisierte instrumentelle Vernunft die Lebenszusammenhänge verwüstet hat, schlägt die Stunde einer von ihrem Sitz im Leben abgekoppelten Moral, die allen wirklichen Erfahrungen zum Trotz einem unbeirrt versichert, auf der richtigen Seite zu sein.

Dass die »Kritik der Religion« am Beginn des 21. Jh. nötiger denn je erscheint, war ein Springpunkt auch in den Werkstatt-Gesprächen *Katholizismus* (Ton Veerkamp), *Ketzer* (Carsten Krinn, Esslingen) und *Kreuzzug* (Roland Spur, Esslingen), wobei – wie Kurt Lenk (Erlangen) in der Werkstatt *Konservatismus* betonte – die Kritik anstelle bloß negativer Etikettierung »den politischen Gegner in seiner Stärke aufsuchen muss, um zu einer »wahren« Aufklärung zu kommen«. Dass diese Kritik weit über den religiösen Bezirk im engeren Sinn hinausgreifen muss, wurde in der Veranstaltung zum *Konsumismus* deutlich. Denn die Verehrung der höheren Wesen, die in den Kathedralen des Kaufens und Konsumierens geübt wird, trägt alle Züge religiösen Erlebens. Zwar ist in ihm die Mühsal des Alltagslebens, v.a. die Lohnarbeit, zum Verschwinden gebracht, doch ist der gläubige Verbraucher keineswegs nur passives Objekt seiner Begierde. – Während Konsumismus

eine Sinntotalität und deren Funktionsweise im Blick hat, geht es bei *Konsumgesellschaft* (Mario Scalla, Frankfurt/M) mehr um die Analyse des gesellschaftlichen Gefüges, in dem der Konsum als Dominante fungiert. Mit dem Begriff verbindet sich eine gewisse Distanznahme, die aber moralisierend borniert bleibt, weil sie den Zusammenhang von Produktions- und Lebensweise nicht in den Blick bekommt.

Den Formen kapitalistischer Integration haben sich nicht zuletzt die zahlreichen Artikel zur Klassenproblematik zu stellen, für die das Stichwort *Klassen* die Funktion eines Schaltartikels übernehmen soll. Der Autor, Rick Wolff, verwies auf die Notwendigkeit, den Klassenbegriff wieder an die Stelle zu rücken, die Marx vorgesehen hatte: die Frage der Produktion, Aneignung und Verteilung des Mehrwerts. Dieses Konzept biete die Chance, sich in der durch die hochtechnologischen Produktivkräfte angetriebenen globalen Ökonomie zurechtzufinden. Strittig war, inwieweit der Gedanke der Artikulation und Überdeterminierung hier schon berücksichtigt werden muss, um ökonomistische Kurzschlüsse zu vermeiden. – Im Gegensatz zu »Klasse«, einem auch im soziologischen just milieu wieder frequentierten Forschungsfeld, ist von »Klassenbewusstsein« kaum mehr die Rede, zumal wenn von den Klassenkämpfen her gedacht. Entsprechend hatte diese Werkstatt – mit Michael Vester (Hannover), Hartmut Neuendorff (Dortmund), Werner Goldschmidt, Gerhard Zimmer (Hamburg) u.a. – nach dem Auftauchen und scheinbaren Verschwinden ihres Gegenstandes zu fragen, perspektiviert durch die Annahme, dass der High-Tech-Kapitalismus die Bewusstseinsformen verändert, ohne indes ein Reich »jenseits von Klasse« zu bilden – eine Problematik, die auch auf dem Podium *Die Arbeiterklasse im High-Tech-Kapitalismus* von Ursula Huws, Armando Steinko und Bernd Röttger (Jena) behandelt wurde.

Einen gewissermaßen »ex-zentrischen« Punkt der Tagung bildete eine von Matthias Spahlinger, dem Direktor des Instituts für Neue Musik an der Musikhochschule Freiburg, initiierte Veranstaltung, bei der Stücke von Cornelius Schwehr und den jungen Komponisten Joao Miguel Pais, Johannes Kreidler, Alberto C. Bernal, Oscar Garrido de la Rosa interpretiert wurden. Spahlingers Arbeit *störung* (1974) verwies auf den inhaltlichen Schwerpunkt der Veranstaltung: zu informieren über »kritisches Komponieren«, das Günter Mayer (Berlin) im anschließenden Gespräch diskutierte. Im günstigen Fall vermag diese Musik Veränderungen des musikalischen Verhaltens zu bewirken und damit zugleich gegen herkömmliche Ordnung zu protestieren.

Das Experiment, die InkriT-Jahrestagung erstmals nicht in Berlin durchzuführen, ist gelungen. Leitung und Personal des Tagungshauses auf dem Schurwald sorgten für eine hervorragende Atmosphäre, die die gewachsene Zahl regelmäßiger Teilnehmer auch im kommenden Jahr (Pfungsten 2006) wieder genießen will.

Zusammengetragen von Thomas Weber (Berlin) und Peter Jehle (Berlin)

Besprechungen

Philosophie

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band*, Hamburg 1894, Gesamtausgabe (MEGA), hgg. v. der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Zweite Abt., Band 15, bearb. v. Regina Roth, Eike Kopf u. Carl-Erich Vollgraf, unter Mitwirkung v. Gerald Hubmann, mit einer Einführung v. Bertram Schefold, Akademie, Berlin 2004 (XI und 1420 S. [860 S. Textband, 560 S. Apparatband], Ln., 178 €)

Im Dezember 1894 erschien der von Engels herausgegebene dritte Band des *Kapitals*. Nicht ganz zwei Jahre später wurde die erste große, sich auf alle drei Bände des *Kapitals* beziehende Kritik publiziert, Böhm-Bawerks Schrift *Zum Abschluss des marxschen Systems* (1896). Exakt 110 Jahre nach der von Engels besorgten Ausgabe des dritten *Kapital*-Bandes erschien dieser Text im Dezember 2004 im MEGA-Band II.15, mit dem die zweite Abteilung »*Das Kapital* und Vorarbeiten« numerisch abschließt. Da einige der vorangehenden Bände noch nicht erschienen sind, wird es noch einige Jahre dauern bis die zweite Abteilung tatsächlich vollständig vorliegt. Auf eine neuerliche Abrechnung mit Marx müssen die Leser und Leserinnen dieses neuen MEGA-Bandes jedoch nicht warten: die stark interpretierende Einführung von Bertram Schefold, deren Abdruck mit der Editionspraxis der 1990er Jahre radikal bricht, liefert die Marx-Kritik gleich mit. Auf den Inhalt dieser Einführung werde ich weiter unten noch eingehen.

Der edierte Text ist seit langem bekannt und über die Ausgabe in Band 25 der Marx-Engels-Werke auch weit verbreitet. Inhaltlich weit aufregender als die jetzige Edition war die erstmalige Veröffentlichung des 1864/65 entstandenen marxschen Hauptmanuskripts zum dritten Band, das Anfang der 1990er Jahre im MEGA-Band II.4.2 erschien. Erst mit dieser Publikation konnte die schon vor langer Zeit aufgeworfene Frage, inwieweit Engels bei seiner Edition in den marxschen Text eingegriffen hat, anhand einer soliden Textgrundlage diskutiert werden. Dass die Texteingriffe von Engels erheblich mehr umfassten als die mit seinen Initialen gekennzeichneten Zusätze, machte bereits sein eigenes Vorwort deutlich. Nur war nicht klar, wie diese Eingriffe im Detail ausgesehen hatten, ob sie sinnverändernd waren und ob Engels längere Passagen des marxschen Manuskripts ausgelassen hatte. Wie sich zeigte, hatte Engels nicht nur den schwach gegliederten Text durch eine Fülle zusätzlicher Überschriften strukturiert, er hatte auch eine größere Anzahl von Textumstellungen und Streichungen vorgenommen und schließlich hatte er kaum einen marxschen Satz ohne Veränderung in die Druckfassung übernommen. Welche inhaltliche Relevanz diese Texteingriffe tatsächlich hatten, wurde schnell zum Gegenstand einer heftigen Debatte.

Wichtig bei der vorliegenden Edition der von Engels herausgegebenen Druckfassung ist vor allem der wissenschaftliche Apparat, soll er doch den Vergleich mit dem marxschen Original erleichtern. Innerhalb des Abschnitts »Entstehung und Überlieferung« (917-45) wird nur relativ kurz auf Engels' Eingriffe in den marxschen Text eingegangen. Die »Einführung« zu Bd. II.14, in dem marxsche Manuskripte zum dritten Band sowie engelssche Redaktionsmanuskripte veröffentlicht sind, bietet weit mehr Informationen zu diesem Thema. Für den Vergleich der Druckfassung mit dem marxschen Manuskript stellt der Apparat von Bd. II.15 jedoch zwei wichtige Verzeichnisse zur Verfügung. Zum einen handelt es sich dabei um das »Verzeichnis der von Friedrich Engels in die Druckfassung

übernommenen Textpassagen aus Marx' Manuskripten zum Dritten Buch des *Kapitals*« (946-74) zum anderen um das »Verzeichnis inhaltlich bedeutsamer Zusätze von Friedrich Engels« (975-86).

Engels hatte neben dem in Bd. II.4.2 veröffentlichten Hauptmanuskript noch vier weitere Manuskripte benutzt, von denen zwei im Bd. II.14 bereits veröffentlicht wurden und zwei weitere im Bd. II.4.3 noch erscheinen werden. Detailliert wird im ersten Verzeichnis aufgelistet, welchen Textstücken der Druckfassung welche Textpassagen der marx'schen Manuskripte zugrunde liegen. Damit wird nicht nur das Ausmaß der von Engels vorgenommenen Umstellungen deutlich sichtbar, vor allem erleichtert dieses Verzeichnis die Suche nach dem marx'schen Originaltext zu bestimmten Stellen der Druckfassung, was sich bisher, insbesondere im fünften Abschnitt, den Engels am stärksten umgearbeitet hatte, als äußerst mühselig erwies. Da es leider kein Verzeichnis in umgekehrter Richtung gibt, das zeigen würde, an welcher Stelle eine Passage des marx'schen Originals in die Druckfassung eingegangen ist, ist der Vergleich in umgekehrter Richtung auch heute noch sehr umständlich. Vor allem lässt sich nur sehr aufwändig erschließen, welche Teile der marx'schen Manuskripte von Engels überhaupt nicht benutzt wurden.

Das Verzeichnis übernommener Textpassagen erleichtert zwar die Arbeit mit den Texten, gibt aber selbst keine Auskunft über inhaltliche Unterschiede zwischen Druckfassung und Manuskript. Dem dient das zweite oben genannte Verzeichnis. Dort werden all die Stellen der Druckfassung aufgelistet, in denen sich in zusammenhängenden Textpassagen ergänzende Gedanken von Engels finden. Es sind weit mehr als nur die von Engels mit seinen Initialen gekennzeichneten. Allerdings werden auch mit diesem Verzeichnis noch längst nicht alle inhaltlichen Unterschiede erfasst: »Nicht ausgewiesen werden Einfügungen in oder Einschränkungen zu Aussagen von Marx, die Änderungen des marx'schen Textes, aber keine eigenständigen Gedanken von Engels darstellen« (975). Die im Titel des Verzeichnisses genannten »inhaltlich bedeutsamen Zusätze« werden somit auf »eigenständige Gedanken« von Engels reduziert. Von erheblicher inhaltlicher Bedeutung kann aber auch die Einschränkung einer Aussage sein.

Nur in der kurzen Einleitung zum ersten Verzeichnis wird erwähnt, dass »Änderungen, die für Inhalt, Textkonstitution oder Rezeption von Bedeutung waren« in den »Erläuterungen« mitgeteilt werden (946). Dieser Hinweis kann leicht überlesen werden, so dass eventuell der Eindruck entsteht, im Verzeichnis inhaltlich bedeutsamer Zusätze (wo kein Hinweis auf die »Erläuterungen« gegeben wird) bereits alle wichtigen Veränderungen vorzufinden. In den »Erläuterungen« (999-1262) werden dann zwar viele, aber leider nicht alle inhaltlich bedeutsamen Einschränkungen und Textveränderungen mitgeteilt. So schreibt Marx, nachdem er Kreditwesen und Konkurrenz auf dem Weltmarkt erwähnte: »Diese – konkreteren Formen der capitalistischen Production können aber 1) nur dargestellt werden, nachdem die allgemeine Natur des Capitals begriffen ist, und 2) liegt dies ausser dem Plan unsres Werks und gehört seiner etwaigen Fortsetzung an.« (MEGA II.4.2, 178). Engels fügte hier das Wörtchen »umfassend« ein: »Diese konkreteren Formen der kapitalistischen Produktion können aber nur umfassend dargestellt werden« (114). In den Erläuterungen zu dieser Stelle (1042f) wird zwar in brillanter Weise ein Abriss der marx'schen Aufbauplanänderungen gegeben – brillant, weil es den Autoren gelungen ist, auf nur anderthalb Druckseiten einen sowohl äußerst gehaltvollen als auch klar verständlichen Abriss des Sachverhalts zu formulieren – doch bleibt die engelssche Textveränderung unerwähnt. Durch die Einfügung des Wörtchens »umfassend« wird aber aus der prinzipiellen marx'schen Aussage, dass bestimmte Punkte nicht dargestellt werden können, wenn nicht

»die allgemeine Natur des Kapitals begriffen ist«, ein bloßes Mehr oder Weniger: zwar können die Punkte nicht »umfassend«, aber doch ein bisschen dargestellt werden, wobei völlig unklar bleibt, worin denn die Grenze bestehen soll: welches Bisschen lässt sich denn darstellen und warum? Eine ganz ähnliche von Engels vorgenommene Veränderung, die Darstellung des Kredits betreffend (389), wird in den »Erläuterungen« dann wieder mitgeteilt (1108). Dass Engels aus »Eine Beweisform des Credits« (MEGA II.4.2, 441) eine »besondere Form des Kredits« (360) machte, wird aber weder in den »Erläuterungen« noch im Verzeichnis inhaltlich bedeutsamer Zusätze erwähnt. Trotz solcher Defekte, die bei einem Unternehmen von der Größenordnung der MEGA wohl unvermeidlich sind, ist der wissenschaftliche Apparat insgesamt äußerst solide und in höchstem Maße nützlich.

Gleiches kann man über die »Einführung« von Bertram Schefold bedauerlicherweise nicht sagen. Die »Einleitungen« der bis 1990 erschienenen MEGA-Bände stellten die veröffentlichten Texte in den Rahmen der parteioffiziellen Sichtweise, in der Marx und Engels stets auf dem Weg zu immer klareren Erkenntnissen waren und der geringste Anflug von Kritik als Sakrileg angesehen wurde. In den Editionsrichtlinien von 1976 hieß es über die »Einleitung«: »Ihre Hauptaufgabe ist es, die im Band enthaltenen Werke in die Entwicklungsgeschichte des Marxismus einzuordnen und dabei die Einheit des Marxismus-Leninismus [...] herauszuarbeiten« (*Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe*, hgg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Berlin 1993, 137). Dass es sich bei diesen »Einleitungen« um ideologische Verbeugungen vor der herrschenden (und die MEGA ermöglichenden) Partei handelte, war offensichtlich. Eine differenzierte Charakterisierung der veröffentlichten Texte fand sich dagegen in der Regel in dem Abschnitt »Entstehung und Überlieferung«. Entsprechend den neuen Editionsrichtlinien von 1993 sollten die »Einleitungen« durch kurze »Einführungen« ersetzt werden, die lediglich Rechenschaft ablegen sollten über editorische Entscheidungen wie die Konstituierung des Bandes, die Aufnahme bzw. den Ausschluss von Dokumenten, deren Anordnung etc. (ebd., 30). Die MEGA sollte jetzt die Texte und die wissenschaftlichen Apparate bereit stellen, die inhaltliche Wertung sollte der wissenschaftlichen Diskussion überlassen bleiben und nicht von der Edition autoritativ mitgeliefert werden. – Von diesen Editionsgrundsätzen wurde mit der von Bertram Schefold verfassten »Einführung« massiv abgewichen: Unter dem Anspruch, die Wirkungsgeschichte des dritten Bandes zu verfolgen, wird in erster Linie die marxische Werttheorie aus der Sicht des von Piero Sraffa begründeten »neocardianischen« Ansatzes diskutiert und – wenig überraschend – vernichtend kritisiert: »Die marxische Werttheorie hat sich als unhaltbar erwiesen« (910).

Es wäre wohl eine unzulässige »vulgärmarxistische« Vereinfachung, würde man nun schließen, dass der bundesdeutsche Wissenschaftsbetrieb mittlerweile dermaßen konservativ und borniert geworden sei, dass eine historisch-kritische Edition der Schriften von Marx und Engels nur dann noch Chancen auf weitere finanzielle Förderung habe, wenn sie die Marx-Kritik gleich mitliefert. Für ein autoritär-obrigkeitsstaatliches Regime wäre dies vielleicht plausibel, nicht jedoch für ein System, das, um den Ausdruck von Herbert Marcuse zu benutzen, durch »repressive Toleranz« gekennzeichnet ist. Aber ganz unabhängig von solchen Einschätzungen hat die Idee, im Rahmen der MEGA auch ein Stück Marx-Kritik zu präsentieren, durchaus ihren Reiz und könnte geradezu subversive Qualitäten entfalten, sehen sich doch Editionen mit derartig hohen wissenschaftlichen Ansprüchen immer in Gefahr, ihre Autoren in die Edition einzusperren, steril zu machen und letztlich mit der »durchschlagenden Wirkungslosigkeit eines Klassikers« (Max Frisch) zu versehen. Eine solche Kritik könnte vielleicht gerade diejenigen Debatten initiieren,

die durch die umfassende Solidität der Edition eher an den Rand gedrückt werden. Dazu müssten die kritischen Beiträge aber erstens deutlich machen, dass sie Bestandteil einer Debatte sind, dass ihre Ergebnisse einer Perspektive entstammen, die durchaus selbst der Kritik unterliegt, statt so zu tun, als sei der eigene Ansatz der einzig mögliche. Vor allem aber müssten sie sich zweitens auf den marxischen Text einlassen und vielleicht sogar so etwas wie Neugier gegenüber dem kritisierten Gegenstand entwickeln.

Beide Erfordernisse werden von Schefolds Text nur sehr eingeschränkt erfüllt. Gleich zu Beginn stellt er die überraschende Behauptung auf, Marx habe angenommen, der zweite und dritte Band des *Kapitals* könnte auf der Grundlage des von ihm veröffentlichten ersten Bandes auch von anderen geschrieben werden (671f) und daher habe er es auch »erstaunlich gelassen« gesehen, dass er seine Entwürfe nicht veröffentlichten konnte (672). Mit anderen Worten: Marx nahm den dritten Band gar nicht so wichtig, womit anscheinend plausibel gemacht werden soll, warum er mit diesem Band dermaßen Schiffbruch erlitten habe. Zur Begründung für seine Behauptung verweist Schefold gleich zweimal auf Marx' Brief an Kugelmann vom 28. Dezember 1862 – nur sagt Marx dort etwas ganz anderes. Er teilt dort mit, dass er die Fortsetzung des 1859 erschienenen ersten Heftes seiner »Kritik der politischen Ökonomie« selbstständig unter dem Titel »Das Kapital« veröffentlichen wolle und merkt dann an, dass »die Entwicklung des Folgenden« auch von anderen ausgeführt werden könne. Sowohl frühere Aufbaupläne als auch etwa gleichzeitig mit dem zitierten Brief entstandene (vgl. MEGA II.3.5, 1861f) machen deutlich, dass das hier erstmals als »Kapital« bezeichnete Werk bereits die dreigliedrige Struktur der späteren drei Bücher hatte. Mit dem »Folgenden« waren offensichtlich nicht die Bände zwei und drei gemeint (von denen in dem Brief an Kugelmann überhaupt nicht die Rede ist), sondern die übrigen Bücher des im Vorwort von 1859 erwähnten 6-Bücher-Plans, also die Bücher über Grundeigentum, Lohnarbeit, Weltmarkt etc. Von ihnen ist im *Kapital* dann auch in der Tat als »speziellen Untersuchungen« und »etwaigen Fortsetzungen« die Rede. Es gibt aber nicht nur keine explizite Äußerung von Marx, die Schefolds Behauptung stützen würde, ihr steht auch die gesamte Entstehungs- und Veröffentlichungsgeschichte des *Kapitals* entgegen: Nicht nur hat Marx erst nach dem zitierten Brief das Hauptmanuskript zum dritten Buch geschrieben, er zögerte vor allem deshalb so lange mit der Veröffentlichung des ersten Buches, weil die beiden anderen nicht fertig waren, seine Schriften aber ein »artistisches Ganzes« seien, die erst gedruckt werden könnten, wenn alles vorliege (Brief an Engels v. 31. Juli 1865). Als er schließlich 1866 Engels Drängen nachgab und sich bereit erklärte, den ersten Band (der zunächst noch die ersten beiden Bücher, »Produktionsprozess des Kapitals« und »Zirkulationsprozess des Kapitals«, umfassen sollte) allein zu veröffentlichen, so geschah dies nur, weil er davon ausging, er könnte den zweiten Band (mit Buch III) in Kürze folgen lassen (vgl. die Briefe an Engels v. 13. Februar 1866 und an Kugelmann v. 13. Oktober 1866). Die von Schefold an den Tag gelegte Ignoranz gegenüber den Quellen ist für einen Dogmenhistoriker schon erstaunlich.

Schefolds »Einführung« sieht den marxischen Text einzig und allein aus neoricardianischer Perspektive. Dementsprechend steht die Auseinandersetzung mit dem »Transformationsproblem« im Zentrum seiner Ausführungen. Sie umfasst mehr als die Hälfte seiner »Einführung«. Bei diesem Problem geht es um die im zweiten Abschnitt des dritten Bandes behandelte Verwandlung von Werten in Produktionspreise, d.h. Preise, die den einzelnen Kapitalen die Erzielung einer Durchschnittsprofitrate ermöglichen. Genauer gesagt: es geht um das dabei von Marx benutzte Umrechnungsverfahren. Die bereits in den 1970er Jahren vertretene These von der »Redundanz der Werttheorie« (zur Formulierung einer Theorie der Produktionspreise sei die Werttheorie überflüssig) wird dabei lang und breit wiederholt

und in verschiedene Verästelungen verfolgt, die mit dem marxischen Text nicht mehr viel zu tun haben. Inhaltlich wird dabei nichts Neues geboten. Allerdings eignet sich der Text von Schefold auch nicht gerade als Einführung in die neoricardianische Marx-Lesart, denn wer den Umgang mit Matrizen und Vektoren nicht bereits gewohnt ist, der wird die Lektüre bald abbrechen. An wen sich dieser Text richten soll, bleibt daher unklar. Seine Funktion ist wohl in erster Linie, den neoricardianischen Ansatz und insbesondere den Beitrag Schefolds dazu aufzuzeigen. Etwa ein Viertel der von ihm zitierten Literatur besteht aus eigenen Arbeiten – für eine Einführung, die beansprucht, sich mit der Wirkungsgeschichte des dritten *Kapital*-Bandes im 20. Jh. auseinanderzusetzen, ein beachtlicher Prozentsatz.

Die marxische Argumentation kommt dabei aber an zentralen Stellen zu kurz, selbst bei dem für Schefold so wichtigen Transformationsproblem. Eingeleitet wird dessen Diskussion mit einer »Rekapitulation« von Sraffas Ansatz, die allein schon ein Viertel der ganzen Einführung füllt (881-91). Erst dann wird auf den Fehler des marxischen Transformationsverfahrens eingegangen. Schefold zieht dazu die mathematischen Folgerungen seiner Dissertation von 1971 heran (892). Was er mathematisch verwickelt formuliert, hätte man auch erheblich einfacher sagen können: Marx transformierte Werte in Produktionspreise durch eine Umverteilung des Mehrwerts zwischen den Branchen; damit werden nur die Werte der Outputs in Produktionspreise transformiert, nicht aber die Werte der Inputs, also der Elemente des konstanten und variablen Kapitals. Vor allem ist aber wichtig: diese einfache Formulierung des Problems findet man bereits bei Marx selbst (166). Wir erhalten von Schefold zwar den Hinweis auf die eigene Dissertation, aber nicht auf die den Leser vielleicht etwas mehr interessierende Information, dass Marx selbst explizit auf die rechnerische Fehlerhaftigkeit seines Transformationsverfahrens hingewiesen hat. Der marxische Hinweis macht den Fehler zwar keineswegs besser, er ist aber zumindest ein Indikator dafür, dass Marx seine Werttheorie vielleicht in etwas anderer Weise aufgefasst hat, als dies in der neoricardianischen Lesart geschieht.

Die neoricardianische Kritik kann zwar in überzeugender Weise deutlich machen, dass eine simple Arbeitsmengentheorie für ein statisches Modell gleichgewichtiger Produktionspreise überflüssig ist. Damit ist aber längst nicht gesagt, dass sich die marxische Werttheorie auf eine solche Arbeitsmengentheorie reduzieren lässt (die Unterscheidung zwischen konkreter und abstrakter Arbeit, die Wertformanalyse, die Untersuchung des Warenfetischismus – alles das geht keineswegs in einer solchen auf, weshalb der neoricardianische Ansatz auch nichts damit anzufangen weiß). Und ebenfalls ist damit nicht gesagt, dass die Essenz des dritten *Kapital*-Bandes vor allem in der Bestimmung eines gleichgewichtigen Systems von Produktionspreisen besteht. Solche sich aus dem marxischen Text ergebende, den eigenen Ansatz transzendierende Fragen werden von Schefold aber nicht einmal wahrgenommen, geschweige denn diskutiert. Wissenschaftliche Neugier scheint sich bei ihm auf den eigenen Ansatz zu beschränken.

Michael Heinrich (Berlin)

Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Manuskripte und redaktionelle Texte zum dritten Buch des »Kapitals« 1871 bis 1895*, Gesamtausgabe (MEGA), hgg. v. der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam, Zweite Abt., Band 14, Akademie, Berlin 2003 (1138 S. [363 S. Textband, 775 S. Apparatband], 24 Abb., Ln., 168 €)

Mit dem Erscheinen des dritten Buches (bzw. Bandes) des *Kapitals* (1895) setzte ein bis heute wähernder Streit über den theoretischen Zusammenhang zwischen Bd. 1 (Werttheorie) und Bd. 3 (Durchschnittsprofit) ein. In diesem meldeten sich Stimmen zu Wort (z.B. Gide und Rist 1913), wonach Marx' Theorie von Engels missverstanden und deshalb

inkorrekt wiedergegeben sei. Dazu äußerte Kautsky so salomonisch wie zutreffend, um das zu entscheiden, müsse man sämtliche marx'schen Manuskripte »so wie sie sind« veröffentlichten (1926, zit. n. 384), was im MEGA-Band II.4 geschieht. Allerdings reicht das nicht aus, Autorschaft und Authentizität von Bd. 3 vollständig zu ermitteln. Hinzukommen müssen die von Engels bei der Herausgabe zur Selbstverständigung gefertigten Materialien – die im vorliegenden Bd. zum ersten Mal und vollständig vorgestellt sind. Außerdem enthält der Bd. Marx' jahrelanges und letztlich aufgegebenes Ringen, den Zusammenhang von Mehrwert- und Profitrate mathematisch zu formalisieren sowie Notate über Probleme der Grundrente, zu Profitrate, Kapitalumschlag, Zins und Rabatt. Damit ist belegt, dass er die Arbeit am Bd. 3 auch nach Abbruch des ›Hauptmanuskripts‹ 1864/65 fortsetzte. Schließlich weist die Wiedergabe von Engels' Inhaltsverzeichnis des Manuskripts von 1861-63 (MEGA II.3,1-6) seine Absicht aus, einen vierten Band des *Kapitals* herauszugeben zu wollen.

Bd. 2 (1885) war Engels rasch von der Hand gegangen. Welche Schwierigkeiten der Folgeband bereitet, ging ihm erst auf, wie er sich in das (ihm bis dahin unbekannt) Ms. einlas – von Marx als »riesig in seiner jetzigen Form, nicht herausgebbar für irgend jemand außer mir, selbst nicht für Dich« bezeichnet (13.2.1866, MEW 31, 178). Da aber der dritte Band im Vorwort zum zweiten bereits angekündigt war (mit der Provokation an die bürgerlichen Ökonomen, diese hätten nun ein paar Monate Zeit und Gelegenheit, durch die Lösung des ›Rätsels‹ um den Zusammenhang von Wert und Durchschnittsprofit endlich einmal ihr Können zu beweisen – womit sich Engels, sicher unbeabsichtigt, unter internationalen Erwartungsdruck gestellt hatte), war jeder Rückzug verbaut. Wie aber sollte er vorgehen: Abbrüche weiterführen, radikale Umstellungen wagen, Kürzungen vornehmen, Offengebliebenes ausführen – oder Lücken, Brüche und Leerstellen riskieren? In diesem Dilemma gab er die später veröffentlichte Ordre, »einen möglichst authentischen Text herzustellen, die von Marx neu gewonnenen Resultate möglichst in Marx' eignen Worten vorzuführen, mich selbst nur einzumischen, wo es absolut unvermeidlich war, und auch da dem Leser keinen Zweifel darüber zu lassen, wer zu ihm spricht« (*Wertgesetz und Profitrate*, 323; MEW 25, 897). Ähnlich musste er sich gegenüber Samuel Moore geäußert haben, als er ihn bat, Marx' mathematische Behandlung von Mehrwert- und Profitrate zu begutachten, denn dieser antwortete: »I assume that you wish to give what is retained, in Marx's own words, and not to give a condensed summary of his results in your own words.« (1888, 357) Tadlern wie Werner Sombart, in seiner exzeptionellen Stellung als Nachlassverwalter hätte er besser »die Grundzüge des Systems« herauschälen sollen (zit. n. 1010, Erl. 323, 8-11), antwortete Engels im Tenor des bereits in *Ludwig Feuerbach* zu seinem Verhältnis zu Marx geäußerten (MEW 21, 291, Fn), es wäre »Treubruch« gewesen, sich am »Nachlass eines so überlegenen Mannes zu vergreifen« (323; vgl. MEW 25, 897).

Was ist von Marx, was von Engels? – Durch akribische Vergleiche der engelsschen Materialien (Teile der Entzifferung des ›Hauptmanuskripts‹ – die vollständige Entzifferung ist nicht überliefert –, Konzepte, Inhaltsübersichten, Fragen, Gliederungen, Verweise auf ungeschriebene Kapitel u.v.a.m.) mit der Vorlage 1864/65 sowie dem finalen Band (MEGA II.15; vgl. die Rez. in diesem Heft) ist den Editoren Carl-Erich Vollgraf und Regina Roth (unter Mitwirkung von Jürgen Jungnickel) der *überzeugende Nachweis* gelungen, Art und Weise wie Umfang von Engels' Eingriffen zu dokumentieren, die da sind: Änderungen in der Textanordnung, Texterweiterungen, Verzicht auf Textstellen, Umgang mit Wiederholung, Textglättungen und Korrekturen (407-27). Sie ziehen daraus den Schluss, der Hg. griff *wesentlich stärker* in den marx'schen Text ein, als im Vorwort (MEW 25, 11ff) beschrieben.

Sein Verständnis von ›technischer Redaktion‹ schloss eigenständige Entscheidungen bei selbst komplizierten Fragen der Darstellung ein, ›Authentizität‹ des Textes war ihm gewahrt durch Präsenz des ›marxschen Geistes‹; Worttreue spielte dem gegenüber eine untergeordnete Rolle. Die Editoren führen vor, dass Engels' Grundsätze – die gesamte Linie der Beweisführung zu dokumentieren, den Forschungscharakter des Manuskripts zu bewahren und die Lesbarkeit zu gewährleisten – kollidieren mussten, so dass je nach Beschaffenheit der Vorlage dieser oder jener Grundsatz dominiert (429). Unbeschadet dessen, schließen sie die Bewertung von Engels' Arbeit ab, war die Herausgabe des dritten Bandes des *Kapitals* angesichts der Textgrundlage eine »enorme Willensanstrengung und bedeutende Leistung« (430) – was sich, uneingeschränkt, auch von der Edition sagen lässt.

Der Band bietet das gesamte überlieferte Instrumentarium, sich selbst von Größe und Grenzen des engelschen Marxverständnisses zu überzeugen. Die zahlreichen, jeweils begründeten Datierungen bzw. Neudatierungen (wie bei *Die Börse*) bilden einen chronologischen Leitfaden zu Engels' Vorgehen. Die Wiedergabe von Material, das seiner Beschaffenheit nach zur IV. Abteilung gehört (*Marx' Studium der kaufmännischen Arithmetik*) schafft einen Überblick, den dogmatische Richtlinienstreue verunmöglicht hätte (155-62). Im Namenregister ist endlich (d.h. im Gegensatz zu vorhergehenden MEGA-Bänden) die ›Nationalität‹ vereinheitlicht: statt Personen als Bayer, Preuße usw. auszuweisen, wird einheitlich mit dem Attribut ›deutsch(er)‹ gearbeitet. (Geblieben ist die Unterteilung in Schotte, Engländer und Waliser; bei Unsicherheit der Herkunft wird die Person als Briten deklariert.)

Zum Schluss ein paar Kleinigkeiten: Im Namenregister (App., 1057) taucht eine Helena Demuth auf – Ergebnis neuer biographischer Forschungen oder Laune des Druckfehler-teufels? Unterm Eintrag »Moore, Samuel« ist das *Kapital* in Anführungsstriche gesetzt, das *Kommunistische Manifest* dagegen nicht (1063). Schließlich sei angemerkt, dass Korrektheit in Verwirrspiel münden kann: Im Verzeichnis der im Apparat ausgewerteten Quellen kommt als Autor ein Wygodskij, Vitali (1111), dann ein Wygodski, Witali (1112) und schließlich, das Verzeichnis auf der gleichen Seite abschließend, eine Publikation in russischer Sprache vor, die – hier sei's gleich gesagt – *ebenfalls* von ein und demselben Marx-Forscher und MEGA-Editor Witali Salomonowitsch Wygodski (wie sein Name in der DDR jahrzehntelang transkribiert wurde) stammt. Thomas Marxhausen (Halle)

Wolf, Dieter, u. Heinz Paragenings, Zur Konfusion des Wertbegriffs. Beiträge zur ›Kapital-Diskussion, Wissenschaftliche Mitteilungen des Berliner Vereins zur Förderung der MEGA-Edition, H. 3, Argument, Berlin 2004 (240 S., br., 13,90 €)

Die Darstellung der Kritik der politischen Ökonomie im *Kapital* ist unzureichend – zumindest für die Hauptvertreter der sog. ›neuen Marx-Lektüre‹, Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt. Sie behaupten, dass Marx' Hauptwerk in Fragen der Methode hinter unveröffentlichte Vorarbeiten wie dem ›Rohentwurf‹ und dem ›Urtext‹ zurückfalle. Anders Dieter Wolf: Für ihn ist das *Kapital* makellos. Entsprechend hat er sich die Verteidigung von Marx gegen die marxologische Marx-Kritik zur Aufgabe gemacht.

Ironie der Geschichte ist, dass diese Auseinandersetzungen den Konfrontationen der Doktrinen im ›Kalten Krieg‹ ähneln: Auf der einen Seite der Versuch, das im *Kapital* niedergelegte Theorieprojekt als gescheitert darzustellen; auf der anderen Seite die Verkündigung, es sei vollständig, konsistent und somit unanfechtbar. Entsprechend zwiespältig fällt die Bewertung von Wolfs Intervention aus. Ihm ist gegen Backhaus und Reichelt darin zuzustimmen, das *Kapital* zum Ausgangspunkt der Rekonstruktion der Kritik der

politischen Ökonomie zu machen. Schließlich weist zumindest der erste Band als einer der wenigen von Marx selbst veröffentlichten Texte ein Bearbeitungsniveau auf, das den Manuskripten abgeht. Kritikwürdig hingegen ist Wolfs Umgang mit den Lesarten seiner Kontrahenten, denen er »Fehlinterpretationen« (98, 156) unterstellt. Eine kanonische Lesart der Kritik der politischen Ökonomie lässt sich nicht verordnen; die Vielzahl der überlieferten Versuche Marxens, den Zusammenhang von Ware, Wert und Geld zur Darstellung zu bringen, unterstreicht die Angreifbarkeit einer jeden Interpretation.

Wolfs Generalvorwurf an Reichelt ist dennoch berechtigt. Er lautet, dass dieser Marx »von den Füßen wieder auf den Kopf« (112) stellt, indem er die Werttheorie als Geltungstheorie liest, in der es um die »Konstruktion von Wert setzenden Gedankenbewegungen« (116) geht. Reichelt könne nicht erklären, was Geld ist (81), weil er den Individuen eine unlösbare Aufgabe aufbürde: »Es ist unmöglich, dass ein Gesellschaftlich-Allgemeines von allgemein gesellschaftlicher Gültigkeit [...] dadurch zustande kommen kann, dass die einzelnen Menschen unabhängig voneinander [...] es bereits in Gedanken im Kopf vorweggenommen haben« (84). – Wolf hingegen unterstreicht den materialistischen Impuls Marxens: »Im ersten Kapitel kommt es überhaupt nicht darauf an, was in den Köpfen der Warenbesitzer vor sich geht, sondern einzig und allein darum, was sich unabhängig davon in dem gesellschaftlichen Verhältnis der Sachen hinsichtlich des Werts und der Entwicklung seiner Formen abspielt.« (82) Anders gesagt: die Analyse von Ware und Wertform findet »am Schreibtisch« des Theoretikers statt; erst im zweiten Kapitel wird die Perspektive der Akteure und ihr Handeln in die Darstellung integriert, wenn es um die Hervorbringung des »allgemeinen Äquivalents« durch Tauschakte geht (84). Diese Differenzierung innerhalb der Darstellung im *Kapital* ist für Wolf auch Indiz dafür, dass von einem Niedergang der marxischen Methode keine Rede sein kann. Marx sei hier erstmalig in der Lage, die Wertformanalyse und die Analyse des Austauschprozesses zu trennen und auf unterschiedlichen Abstraktionsstufen anzusiedeln (133).

Auch die Kritik an Backhaus bezieht sich auf das Austauschkapitel. Backhaus behauptet, Marx vermische Logisches und Historisches, indem er hier zwischen zwei Argumentationssträngen hin- und herchangiere, nämlich der Herausarbeitung der Denkmöglichkeit einer prämonetären Naturalwirtschaft und der Rekonstruktion der Herausbildung der Geldform als Prozess in der Zeit. Wolf betrachtet dies als Scheinproblem. Gegenstand der Kritik der politischen Ökonomie sei »nur die gegenwärtige Geschichte« (132), weshalb man Marx' Darstellung als rein logisch-systematische zu verstehen habe. »Somit« (141) erübrigt sich für Wolf jegliche Problematisierung der Frage des Historischen. Gegen Wolf steht der marxische Text, in dem explizit auf das Entstehen des Warentauschs am »Rande der Gemeinwesen« eingegangen wird – und damit auch auf die Herausbildung der Geldware im geschichtlichen Prozess.

Aufgrund der Ausblendung des Historischen untergräbt Wolf zudem seine eigenen Versuche, den epistemologischen Status des zweiten Kapitels zu bestimmen. Er stellt zunächst fest, dass es die praktische Umsetzung dessen beschreibt, was in der Theorie entwickelt worden ist (140). Dann aber fügt er einschränkend hinzu, dass es die »Ausgangssituation des Austauschprozesses und diesen selbst [...] weder in der gegenwärtigen Geschichte des Kapitals noch in der historischen Vergangenheit geben« kann. Es handele sich also um eine Beschreibung, der keine »ökonomisch gesellschaftliche Wirklichkeit« zukomme, sondern die lediglich ein Produkt von Abstraktionen sei (141). Wie kann es aber sein, dass das zweite Kapitel sich durch die Einbeziehung von Akteurspraxen von der »reinen« Theorie des ersten unterscheidet, zugleich aber doch bloß Abstraktionen

ohne Realgehalt thematisiert? Wolf gibt keine Antwort, sondern begnügt sich damit zu suggerieren, es sei alles geklärt. Insofern bleibt seine Auseinandersetzung mit Backhaus unfruchtbar, fällt hinter das Niveau seiner Reichelt-Kritik zurück.

Unverbunden mit Wolfs Text ist Paragenings' Auseinandersetzung mit dem Transformationsproblem. Aber auch hier wird sich an Backhaus abgearbeitet. Dieser behauptet, Hauptthema des dritten Bandes des *Kapitals* sei die ›Verwandlungsfähigkeit‹ der Werts substanz in die ›verkehrte Wertform‹ des Produktionspreises, nicht aber deren quantitative Seite. Paragenings hält dagegen, dass zwar die Konsistenz der Darstellung der Herausbildung des Produktionspreises von quantitativen Fragen unberührt bleibe, deren Thematisierung aber »unvermeidbar« sei, da der Produktionspreis »direkt aus dem Ausgleichsprozess gegebener Profitraten der Sphären zu ihrem Durchschnitt abgeleitet« werde (192). Er stellt heraus, dass der qualitative Übergang auf die neue Ebene unmittelbar quantitative Implikationen hat.

Paragenings widmet sich folglich der »theoretischen Bestimmung der Wertgröße und der ihr entsprechenden Größe des Produktionspreises« (192f). Ausgangspunkt ist die seiner Auffassung nach rein qualitativ zu verstehende Formverwandlung des Warenwerts im ersten Abschnitt des dritten Bandes (199f). Aus » $W = c + (v + m)$ « wird » $W = (c + v) + m = k + p$ «, wobei k und p Kostpreis und Profit bezeichnen (199). Im zweiten Abschnitt, so Paragenings, ereigne sich ein Bruch in der Darstellung. Das formanalytische Vorgehen werde nicht fortgesetzt, und entsprechend entwickle Marx den Produktionspreis auch nicht formanalytisch. Stattdessen komme es zu einer »Identifizierung der kategorialen Verwandlung des Wertes in den Produktionspreis mit dem Realisierungsprozess der allgemeinen Profitrate« (202). Somit wird nach Paragenings lediglich die Profitseite der obigen Formel der Formverwandlung unterzogen, während die Seite des Kostpreises ausgeschlossen bleibt – und das, obwohl Warenwerte gleich welcher Art nur in der Form von Produktionspreisen existieren. Die Folge sei, dass das System der Werte dem der Produktionspreise vorgelagert werde, also nicht länger ein »Moment der Bewegung des Kapitals als Ganzes« sei. Damit – und hier grenzt sich Paragenings implizit von temporalen Interpretationen à la Freeman und Kliman (2001) ab – unterlaufe Marx seinen eigenen Problemansatz, weil er nicht erkläre, warum Wert nicht anders als in der Form des Produktionspreises existieren könne (207).

Paragenings selbst legt vor diesem Hintergrund ein Transformationsmodell vor, das den Kostpreis einbezieht. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass an die Stelle brancheninterner Wertprofitraten eine allgemeine Profitrate tritt (208). Damit komme es zu einer qualitativen Verwandlung der Kapitalkost der Mehrwertproduktion innerhalb einer jeden Branche. Aus ihr werde ein »Preis zur Aneignung des *allgemeinen* Profits, [...] ein Bestandteil des Produktionspreises der produzierten Ware« (209). Somit sei für die quantitative Verwandlung der Kapitalkost nicht ihre absolute Größe entscheidend, sondern das Verhältnis ihrer Größe zum Produktenwert (211). – Paragenings liefert hiermit sicherlich nicht das letzte Wort einer endlosen Debatte. Immerhin aber skizziert er eine Problemlösungsstrategie, die dem Niveau der zu Ende der Sechziger einsetzenden Auseinandersetzung mit Werttheorie und marxischer Methode standhält und sich insofern positiv von neoricardianischen Lesarten absetzt. Er lädt somit zur Weiterarbeit an einem Problem ein, mit dem sich die Marx-Rezeption auch in Zukunft herumpflanzen müssen wird.

Alexander Gallas (Manchester)

Fulda, Hans Friedrich, *Georg Wilhelm Friedrich Hegel*, C.H. Beck, München 2003 (345 S., kart., 14,90 €)

Von Gadamer stammt der Satz, man müsse Hegel buchstabieren lernen, wenn man ihm gerecht werden wolle. Diese Aufgabe hat den Verf., einen Heidelberger Fakultätskollegen Gadamer, in seiner ganzen akademischen Laufbahn beschäftigt, und auch der anzuzehrende Band ist der Aufgabe des Buchstabierens gewidmet. Er diagnostiziert eine lange Reihe von Missdeutungen hegelschen Denkens (13, 15ff) und nimmt sich vor, diese nicht noch zu verlängern. Leben und Werk werden dabei nicht nacheinander behandelt, sondern verbunden. So wird über Hegels Hauslehrerzeit und den Wechsel nach Jena anhand von sechs Kant-kritischen Grundfragen (41f) berichtet. An diese Darstellung schließt sich ein gut 200 S. umfassendes Kapitel »Werke und Lehre« an, in dem die *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften* den weitaus größten Raum einnimmt. Danach nimmt Verf. den biographischen Faden wieder auf und berichtet von Hegels Aktivität in Jena, Bamberg, Nürnberg, Heidelberg und Berlin. Mit »flüchtigem Blick« (302) werden Aspekte der Wirkungsgeschichte Hegels gestreift. Aus dieser Einteilung wird ein systematisches Interesse deutlich: weder ist Hegels Werk biographisch zu reduzieren noch aus der Wirkungsgeschichte zu loben bzw. als erledigt zu betrachten. Für angemessen hält Verf. allein den verstehenden Mitvollzug.

Diesem dienen Leseanleitungen zu Hegels Hauptwerken. Knapp bestimmt Verf. zunächst anhand der *Differenzschrift* den spekulativen Idealismus als Position, nach der alles Endliche nicht wahrhaft, sondern erst als im Einen und Wahren aufgehoben existiere. Alles einander entgegen Gesetzte ist in ihm vereinigt (69). Was hier lediglich als Postulat und These steht, soll durch die vielfach verzweigten Reflexionsgänge der *Phänomenologie*, der großen *Logik* und der *Enzyklopädie* durchgeführt und begründet werden.

Verf. bewegt sich nirgends außerhalb dieses immanenten Beweisverfahrens. Wo er Kritik übt, übt er sie zumeist – und oft harsch (z.B. 92, 126) – an Hegel-kritischen Positionen. Kritik an Hegels Werk selbst wird ausschließlich im Rahmen des eben genannten Erklärungsanspruchs laut. So nimmt Verf. Hegels Selbstkritik am unklaren Aufbau der letzten Abschnitte der *Phänomenologie des Geistes* auf – der wohl den Wirren der Schlacht um Jena und Auerstadt geschuldet war (92) – und hält anlässlich der *Logik* knapp fest, dass in der *Phänomenologie* die versprochene Wissenschaft des spekulativen Begriffs lediglich Programm geblieben sei (95). An der *Logik* wiederum wird bemängelt, sie unterscheide nicht hinreichend zwischen dem Verfahren des spekulativen Denkens und der sich selbst denkenden Idee, was die Kritik einer hybriden Selbstüberhebung des Denkenden nach sich gezogen hat (126). Auch in der *Enzyklopädie* findet Verf. Passagen, die Verdeutlichung und Explikation vertragen hätten. Bezeichnenderweise werden diese Einwände aber als »weiterführende Fragen« (256) vorgetragen. Sie dienen der Optimierung des Zugangs zum Erkenntnisziel, das für Verf. »überschwängliches Lob« (ebd.) verdient: einer Philosophie des Geistes, in der weder der Geist auf Natur noch die Natur auf Geist reduziert werde, und dies unter neuzeitlichen Bedingungen.

Zu diskutieren ist, ob eine Einführung in Hegels Werk ausschließlich im systematischen Nachvollzug des idealistischen Standpunkts bestehen kann, wie es hier durchgängig der Fall ist. Dass Hegel in all seiner Schwierigkeit und mit Sinn fürs Detail auf diesen Standpunkt bezogen wird, ist konsequent. Es verstellt aber die Möglichkeit einer Lektüre, die andere, etwa sozialtheoretische Standpunkte bezieht. Auf die Frage, wie ihre Vertreter Hegel mit Gewinn lesen könnten, erhält man aus dem Band keine Antwort.

Martin Hailer (Bayreuth)

Welsch, Wolfgang, u. Klaus Vieweg (Hg.), *Das Interesse des Denkens. Hegel aus heutiger Sicht*, Wilhelm Fink, München 2003 (285 S., Ln., 89 €)

Der Band dokumentiert eine Ringvorlesung an der Universität Jena, die aus Anlass des 200. Jahrestages von Hegels Ankunft in Jena 1801 veranstaltet wurde. Die Beiträge sollten nicht nur den Weichenstellungen seines Denkens von 1801-1806 (dokumentiert in der *Differenz des fichteschen und schellingschen Systems der Philosophie*, dem mit Schelling veranstalteten kritischen Journal und schließlich dem Manuskript zur *Phänomenologie des Geistes*) auf der Spur bleiben, sondern ihn auch aus der Perspektive heutiger Interessen und Problemlagen befragen.

Diese Aufgabe wurde erwartungsgemäß auf verschiedene Weise bewältigt. Beiträge, die sich unter weitgehender Abblendung gegenwärtiger Fragen ganz der Rekonstruktion und ggf. Verteidigung Hegels widmen, werden etwa von Dieter Henrich, Robert Brandom, Eckart Förster und Rolf-Peter Horstmann vorgelegt. Henrich skizziert das Konzept des all-einen Absoluten und führt sodann vor, wie Hegel es in seiner *Wissenschaft der Logik* als objektive Realität begrifflich zu sichern bestrebt ist. Diesen Versuch hält Henrich für gescheitert (27f). Die Folge ist nun aber nicht, den Gedanken des all-einen Absoluten zu verwerfen, sondern ihn anders und besser zu fassen. Dass das in diesem Beitrag nur ansatzweise geschieht, sollte angesichts von Henrichs kürzlich vorgelegter monumentaler Idealismus-Studie nicht verwundern. Einen ähnlichen Anspruch findet man bei Horstmann, der den Ansatzpunkt von Hegels Denken in einer Analyse der *Differenzschrift* entwickelt und zeigt, dass er seine Arbeit als Fortführung des kantischen Systems anlegte. Horstmann bezeichnet es dezidiert nicht als seine Aufgabe, von der Wahrheit der hegelschen Philosophie zu überzeugen, meint aber, dass man dessen Projekt »durchaus attraktiv« (108) finden könne. Dieser Attraktion aufzuhelfen dürfte auch der Sinn des Beitrags von Eckart Förster sein, der zeigt, wie Goethes Verständnis der Pflanzenmetamorphose zu Hegels Konzeption von der Selbstentfaltung des Geistes beigetragen hat.

Ein zweiter Kreis von Texten widmet sich dezidiert gegenwärtigen Fragestellungen. Er ist vielstimmig. Ludwig Siep etwa vertritt die These, dass das Verdikt, Hegels Staatsphilosophie sei als Apologetik des preußischen Staats heute gegenstandslos, nicht zu halten ist. Hegel präsentiere zwar keine gegenwärtig einfach zu kopierende Lösung (195, 203f), aber in einer Situation, in der die immer stärkere Ausdifferenzierung sozialer Systeme normativ eingeholt werden muss, biete seine Idee der Freiheit einen Leitfadens, um das Auseinanderfallen in verschiedene »Gerechtigkeitsinseln« zu verhindern, vor dem z.B. kommunitaristische Ansätze nicht immer gefeit seien (103). Dieser Gedanke, so ist zu ergänzen, erhält durch die signifikant veränderte Hegel-Rezeption beim späten John Rawls Unterstützung. – Grundsätzliche Kritik wird von Wolfgang Welsch und Herbert Schnädelbach geäußert. Schnädelbach nimmt sich Hegels berühmtes Argument vor, dass, wer von einer Grenze spreche, schon über diese hinaus sei, und sieht darin einen Äquivalenzfehler (223). Zudem scheitert Hegels Philosophie ihm zufolge an dem Versuch, das Thema Geschichte philosophisch zu besetzen. In seinem Werk zeige sich nichts anderes als eine »Fortsetzung der christlichen Theologie mit anderen Mitteln« (224 – der Vorwurf ist aus Schnädelbachs Hegel-Einführung bekannt). Von diesem Vorwurf setzt Welsch sich ab (274). Er diagnostiziert zwei grundlegende Probleme in Hegels Denken, die für ihn letztlich die gesamte moderne Epistemologie in Frage stellen: Einmal könne Hegel an keiner Stelle seines Werks zeigen, wie endliches Denken zureichend erfassen kann, dass es Vollzugsform der objektiven Idee ist – und da die Idee auf genau diesen Zug angewiesen ist, wird sie davon selbst betroffen – (259f). Zum anderen argumentiert Welsch, dass auch

die als objektiv ausgegebenen Phänomene Idee und Geist ausschließlich subjektivistisch gedacht sind (u.a. 269). Hegel habe damit die Folgen der nachcartesischen Subjekt-Objekt-Spaltung heilen wollen, sei ihr aber nur besonders konsequent aufgesessen.

Erhellend sind die Einsichten, die sich aus den Beiträgen zur Hegel-Rezeption gewinnen lassen. Richard Rorty erinnert unter dem Titel »Some American Uses of Hegel« (33-46) u.a. an Josiah Royces und John Deweys Lektüre. Seine Betrachtungen zu Sellars und Brandom führen zu dem nicht sehr überraschenden Ergebnis, dass ein wesentlicher Gewinn der Hegel-Lektüre die Einsicht in »the sociality of reason« (40) sei. Robert C. Solomon nimmt das englische Begriffspaar »spirit« und »spirituality« zu Hilfe, um zu argumentieren, dass Hegel sich gegen die Vorstellung einer weltlosen Seele ebenso wehre wie gegen die einer unbeseelten Welt. Ohne dies explizit religiös oder gar konfessionell zu meinen, könne man Hegel als »liberating philosopher« lesen, der viel eher auf einen »sense of spirituality« als auf ein System aus sei (159). Beobachtungen und Argumente wie diese entstammen nicht einer skrupulösen Hegel-Exegese. Dass sie gerade wegen ihres eher spielerischen Charakters erhellend sein können, müsste die fortdauernde Debatte zeigen. Bei der Schlussredaktion des Bandes wurde eine störend große Zahl von Fehlern übersehen.

Martin Hailer (Bayreuth)

Rantis, Konstantinos, *Geist und Natur. Von den Vorsokratikern zur Kritischen Theorie*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004 (164 S., geb., 32,90 €)

Diese Studie ist nicht, wie der Titel nahe legt, eine kurze Philosophiegeschichte unter dem Aspekt des Verhältnisses von Geist und Natur. Verf. geht vielmehr von der Annahme aus, dass Philosophie »keine einfache Aufnahme der Tradition« (13) ist, sondern die in ihr artikulierten Probleme in sich historisch verändernden Kontexten stets aufs Neue bearbeitet und Unabgegoltene weiterdenkt. Die Studie will daher nicht nur das Problem von Geist und Natur »in Relation zur gesamten Geschichte der Philosophie des Abendlandes« (14) darlegen, sondern selbst Philosophie, nicht nur Ideengeschichtsschreibung, sein. Die Untersuchung erfolgt aus der Sicht der Kritischen Theorie, welche Verf. als ernsthaftesten Versuch einer Kritik des Identitätsdenkens und der Rettung des »Nichtidentischen« (10f) betrachtet. Ziel der Studie ist, die Degradierung der Natur zum bloßen Objekt menschlicher Herrschaft in den Reflexionsformen des abendländischen Denkens zu verfolgen. Dabei sieht sie in der Aufhebung des Identitätszwangs die Bedingung »der Möglichkeit [...] der Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft« (15) jenseits der »falschen Gesellschaft« (150) der Vorgeschichte.

Den Anfang macht die Interpretation der vorsokratischen Genesis des Dualismus' von Form und Materie als Pseudos des Idealismus, der in einer gleichfalls falschen »Identität von Denken und Sein« (38) mündet. Wie die parmenideische Ontologie als Urbild des idealistischen Identitätsdenkens dargestellt wird, wird der *noûs* des Anaxagoras als wesentlicher Schritt zur Inthronisierung des Geistes über die Natur interpretiert. Verf. hat dabei von Anfang an die spätere Entwicklung des Problems der Relation von Geist und Natur im Blick. – Die »höchste Ebene in der gesamten griechischen Philosophie« (48) erreicht sie für ihn bei Aristoteles. Er interpretiert die aristotelische Philosophie auf Basis der aus dem Nachlass veröffentlichten Vorlesung Adornos zur Metaphysik (1965), deren Verdienst darin zu sehen sei, dass sie jene gegen die dominanten ontologischen Interpretationen als eine in Ansätzen dialektische Theorie begreife (48). Er stellt die aristotelische Entwicklung des Begriffspaares Form und Materie ins Zentrum seiner Betrachtung. Aristoteles' Vermittlung von Form und Materie sei letztlich jedoch eine undialektische »äußere« und

seine »Definition des ersten unbewegten Bewegenden als Denken des Denkens« (67) verweise auf die spätere Entwicklung des Idealismus. Entgegen Adornos für ihn maßgeblicher Aristotelesinterpretation klassifiziert Verf. die aristotelische Philosophie letztlich doch als Ontologie (ebd.), ohne diesen Widerspruch aufzulösen.

Nach einem großen historischen Sprung – der seinen Anspruch, die gesamte Geschichte der abendländischen Philosophie einzubeziehen, konterkariert – wendet sich Verf. Hegel zu. Bei ihm habe die im griechischen Denken inaugurierte »Identität von Logik und Metaphysik [...] ihren Höhepunkt erreicht« (68). An dessen absolutem Idealismus kritisiert er vor allem den Begriff der »Natur als das Negative der Idee« (88). Dass der Geist als Prinzip der Freiheit der Natur vorgeordnet sei, ist das Falsche des (hegelschen) Idealismus und der »Grund für eine gewisse Naturverachtung« (89). Hier klingt Marx an, der im nächsten Kapitel behandelt wird. In den Mittelpunkt rückt Verf. den jungen Marx, besonders die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte*, in denen eine »schrakenlose und einseitige Aneignung der Natur« (99) kritisiert werde. Verf. verteidigt diese Schriften gegen den Vorwurf der Wesensphilosophie und Ontologie. Als zentral bezeichnet er die »Nichtidentität der marxschen Dialektik von Subjekt und Objekt« (120), d.h. dass sich das »Objekt, die Natur, nie vollständig auf das Subjekt reduzieren lässt, sondern, dass immer ein Rest von Natur bleibt« (ebd.), der nicht in menschlicher Aneignung aufgeht. Mit Alfred Schmidt verweist er auf die ökologische Bedeutung des beim jungen Marx als »wechselseitiges Implikationsverhältnis« (123) gedachten Mensch/Geist-Natur-Verhältnisses, welches beim älteren Marx »mit der Zeit immer instrumenteller« (127) geworden sei. Eine genaue Interpretation der Entwicklung des marxschen Naturbegriffs gibt Verf. indes nicht.

Im Horkheimer und Adorno gewidmeten Kapitel stellt er im Wesentlichen Adornos 1932 erstmals entworfene *Idee der Naturgeschichte* dar und beleuchtet die Entwicklungstappen dieses Programms bis einschließlich zur *Negativen Dialektik*, in dem die Annahme eines »Ineinander von Natur und Geschichte« (139) bestimmend sei. Zentraler Gedanke Adornos sei, wie in Marx' Begriff der Vorgeschichte, der »Naturcharakter der Geschichte« (140), welcher sich in der scheinbaren »Naturgesetzlichkeit des Kapitalismus« (150) zeigt. Das Denken Horkheimers und dessen mögliche Differenzen zu Adorno werden jedoch ebenso wenig erörtert wie die einschlägigen Passagen in Adornos *Ästhetischer Theorie*. In der Schlussbetrachtung hebt Verf. noch einmal die Bedeutung der Kritischen Theorie für die Reflexion auf das Verhältnis von Geist und Natur hervor, um dann zu behaupten, dass weitergehende, besonders soziologische Forschungen sich nicht auf Adornos und Horkheimers »Pionierarbeit« (151) gestützt hätten. Sozialwissenschaftliche Forschungen rund um den Themenkomplex der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die in der Tradition der Kritischen Theorie produktiv weiterarbeiten, widerlegen diese Aussage. Unter dem Diktat forciert Kapitalverwertung wird der im Okzident entstandene Typ gesellschaftlicher Naturverhältnisse immer umfassender; die vorliegende Studie kann als philosophische Einführung in diese wissenschaftlich und politisch brisante Thematik betrachtet werden.

Hendrik Wallat (Hannover)

Kunst und Kultur

Hofmann, Martin Ludwig, Tobias F. Korta u. Sibylle Niekisch (Hg.), *Culture Club. Klassiker der Kulturtheorie*, Suhrkamp, Frankfurt/M 2004 (301 S., br., 11 €)

Unschwer lassen sich drei Schichten voneinander abheben, in denen der Band gearbeitet ist: Da ist erstens die warenästhetische Bearbeitung des Verlags. Der Titel verspricht eine der zur Zeit heißbegehrten Eintrittskarten in die Kulturwissenschaften. Dazu tragen auch Klappentext und Untertitel bei: Wenn Kultur wirklich »zur Zauberformel unserer Gegenwart« geworden ist, so verweist man die vielen willigen Zauberlehrlinge hier an die gestandenen Lehrer der Disziplin. Als »Klassiker« fügen sie sich zu einer Art Hogwarts der Kulturtheorie: Freud, Simmel, Park, Cassirer, Benjamin, Adorno und Horkheimer, Bataille, Lacan, Foucault, Luhmann, Bourdieu, Sahlins, Fiske, Latour und Butler.

Unter dieser glitzernden Oberfläche tritt als zweite Schicht die akademische hervor. Der Band versteht sich als Festschrift, worin Freunde, Kollegen und Schüler des in Freiburg lehrenden Kultursoziologen Wolfgang Ebbach ihrem Meister zum 60. gratulieren. Daraus erklärt sich sowohl der soziologische Akzent der Klassiker-Auswahl wie die Ausrichtung auf die »Kulturtheorie in Deutschland mit ihren spezifischen Verbindungen nach Frankreich und in den anglo-amerikanischen Raum« (8). Bedauerlich ist allerdings, dass das Vorwort eine Reihe von zutreffenden Beobachtungen sofort wiederum ununterscheidbar ins Design der schillernden Oberfläche einpasst, anstatt sie konzeptionell auszuarbeiten. Was soll man etwa von der Bemerkung halten, dass sich der Begriff Kultur »von Popkultur über Unternehmenskultur bis zur Kultur des Krieges« (7) inzwischen in die verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhänge »eingeschlichen« habe? Wer schleicht hier und mit welcher Absicht? Anstelle einer Erklärung postuliert der nächste Satz, dass die »Hinwendung zur Kultur« unseren Blick auf die »Facetten sozialer Realitäten« wende, »die jenseits von Ökonomie und Politik zu existieren scheinen«. Nur scheinen? Auch hier bleibt eine Klärung aus und der Gedankengang wird so zu Ende geführt: »Kein Wunder, dass Kulturwissenschaften zum festen Bestandteil der akademischen Laufbahn geworden sind«. Steht hier zwischen den Zeilen, dass Kulturwissenschaft karriereförderlich ist, weil sie es erlaubt, sich Liebling bei den Mächtigen aus Ökonomie und Politik zu machen? Und heißt dies, dass eine Erforschung von Kultur heute unerwünscht ist, insofern sie (etwa mit Gramsci) Kultur als Element konzipierte, in dem sich die Menschen ihrer ökonomischen und politischen Situation bewusst werden, um daraus neue Handlungsfähigkeit zu schöpfen? Das wären durchaus lohnende Fragen für eine Wissenschaft, deren Studiengänge gegenwärtig »an zahlreichen Universitäten aus dem Boden [sprießen]« (ebd.), doch im »Culture Club« geht man stattdessen, betont harmlos, zur Bereitstellung der benötigten »Klassiker« über: Nicht dass dabei »ein gehöriges Maß subjektiver Wertungen einfließt« (8), ist problematisch, sondern das Ausblenden der Frage, inwiefern die Subjektivität der Kulturwissenschaftler sich hier stets schon un- oder halbbewusst im Dienste der oben so virtuos überspielten Impulse bewegt. Wenn die Herausgeber sich in der Folge offensichtlich bemüht zeigen, das Prädikat »Klassiker« zu entschärfen, indem sie erklären, »aus gutem Grund keine Kanonisierung vornehmen« zu wollen (ebd.), so analysierten die von ihnen herbeizitierten »Klassiker« diese Situation jedenfalls anders und schärfer: »Klassikerinnen und Klassiker gibt es nicht, sie werden konstruiert«, beginnen Nina Degele und Timothy Simms ihren Beitrag zu Bruno Latour, konstruiert durch »ein Erscheinen in Lehrbüchern, Einladungen zu Eröffnungsvorträgen bedeutender Tagungen, wiederholtes Zitieren grundlegender Publikationen sowie die Aufnahme in Sammelbände

wie diesen« (259). Mit einer solchen Bestimmung von Wissenschaft als »Ort der Konstruktion von Tatsachen« (ebd.) sprechen sie eine von Latours zentralen Thesen aus. Das damit abgesteckte Feld einer Politik der Wissenschaft lässt sich reflektieren und analysieren, verlassen durch einen Ausgang ›subjektive Wertung‹ kann man es nicht.

Damit befinden wir uns in der dritten Arbeitsschicht, der einführenden Darstellung von Leben und vor allem Werk der »Klassiker«. Die Beiträge sind jeweils etwa zwanzig Seiten lang, inhaltlich bloß vage auf die Mitberücksichtigung kultureller Aspekte verpflichtet, und schließen mit bibliographischen Angaben zum Werk und ausgewählter Sekundärliteratur. Der Band bietet sich zu selektiver Lektüre an; liest man ihn ganz, wird man hinter dem Kumulativen der Einzelbeiträge jene Motive suchen, welche einzelne der Beiträge lose verknüpfen. So etwa das Motiv der Stadtsoziologie bei Simmel und Park, das bei Benjamin zu einem Impuls unter vielen wird. Tobias F. Korta bemüht sich, Benjamin in seiner ganzen Spannweite zum Zug kommen zu lassen und verweilt paraphrasierend auch bei den frühen Schriften etwa zur Sprachphilosophie. Allerdings setzt er Benjamins Denken zu Unrecht in pauschalen Gegensatz zu gesellschaftlicher Praxis, wenn er schreibt, Benjamins Vorstellung von der Rettung der Kultur sei »niemals eine praktische, sondern immer eine theoretische, so wie die Funktion des Intellektuellen eine elitäre« (93). Das Motiv einer über alle institutionalisierbaren und bewusstseinsmäßigen Grenzen hinaustreibenden Souveränität des Subjekts, dem Christa Karpenstein-Ebbach bei Bataille nachgeht, findet ein Echo in Foucaults nietzscheanischem »Ideal der absoluten Selbstbestimmung«, das Walter Seitter als »hyperliberal« bestimmt (184). Gerburg Treusch-Dieters Aufsatz zu Judith Butler, der einzigen ›Klassikerin‹, versucht, die theoretische Entkoppelung von ›sex‹ und ›gender‹ mit Bezug auf das Auftauchen der In-vitro-Fertilisation zu deuten. Die beträchtliche Schwierigkeit der Lektüre hängt dabei offenbar mit dem Motiv des Ödipuskomplexes zusammen, das »von Irigaray und Butler mit der Perspektive Lacans gelesen wird« (278). Bei Thanos Lipowatz erfährt man dazu, der »Beitrag Lacans jenseits von Freud« bestehe darin, »dass er die ödipale Struktur verallgemeinert und gleichzeitig dialektisch überwindet, ohne auf eine irrationalistische, nivellierende Weise die Differenz der Geschlechter [...] abzuschaffen« (151). Zwischen Lacan und Butler öffnet sich hier eine theoretische Lücke, die offenbar auf der einführenden Ebene der Beiträge nicht geschlossen werden kann. Aber auch ›dieses von Freud‹ trifft auf eine Lücke, wer die freudsche Kulturkritik, auf die im Lacan-Beitrag knapp verwiesen wird, in Theweleits Freud-Beitrag aufsuchen will. Statt dem »Unbehagen in der Kultur« widmet Theweleit sich einer Rekonstruktion der »Wege zur Traumdeutung«. Sie versteht er zugleich als Wege auf den »Denkmalsockel« (12), die Freud sich durch »Entdeckungen am Körper der Frauen beziehungsweise in der weiblichen Psyche« (18) zu bahnen versuchte. So findet die aus dem Konzept gefallene Reflexion auf den Prozess, der einen Klassiker auf den Denkmalsockel führt, doch teilweise noch Eingang in die Einzeldarstellungen. Darin zeigt sich eine konzeptionelle Schwäche des Bandes ebenso wie die Stärke, die einzelne Autoren daraus zu machen verstehen.

Thomas Barfuss (Chur)

Jameson, Fredric, *Mythen der Moderne*, aus dem Engl. v. Hans-Hagen Hildebrandt, Kadmos, Berlin 2004 (239 S., geb., 22,50 €)

Die aktuelle Wiederbelebung des Schlagwortes »Modernität« in politischen Debatten, in denen das neoliberale Programm als »modern« und fortschrittlich ausgegeben wird, nimmt Verf. zum Anlass einer eingehenden Begriffsbestimmung. Über ein Dutzend verschiedene Versuche hat er gezählt, das spezifisch Moderne zu bestimmen, von Descartes

»Cogito« bis zu Luhmanns Theorie funktionaler Differenzierung. Sein Konzept geht über die *Querelle des Anciens et des Modernes* und die Versuche, den Beginn einer modernen Epoche jeweils neu zu datieren, hinaus. Modernität ist ihm »kein philosophischer oder anderweitiger Begriff, sondern eine narrative Kategorie« (47). Damit setzt er an der These seines Buches *Das politische Unbewusste* von 1981 an, in dem er ausgeführt hatte, das Erzählen sei die »zentrale Funktion und Instanz des menschlichen Geistes« (11). Am Beispiel von Descartes' »Cogito« wird der narrative Kern dieses Konzeptes offen gelegt. Vor allem in den Gesten der Befreiung und Selbstschöpfung liege der erzählerische Gehalt, der trotz seiner langen Geschichte noch heute in der Lage ist, beträchtliche Energien zu mobilisieren, die sich nicht nur in Vorstellungen personaler Identität zeigen. »Insbesondere hat man das Gefühl, dass die Vorstellung, Modernität sei eins mit einem gewissen einzigartigen Typus westlicher Freiheit, noch immer stark vorhanden ist.« (59)

Um diese Energien aufzunehmen und gleichzeitig Obsoletes von Nützlichem zu unterscheiden, verortet sich Verf. selbst innerhalb eines Kontextes »narrativer Aufklärung« (39). Ziel kann es nun nicht mehr sein, ein Konzept der Moderne gegen ein anderes zu setzen oder den Beginn dieser Epoche neu oder endgültig zu bestimmen. Vielmehr wird empfohlen, zuerst das auszuschließen, was heute nicht mehr möglich ist, d.h. »eine gewisse Anzahl von Themen zu isolieren, unter deren Bedingungen die Narrative der Modernität *nicht* erzählt werden dürfen« (39). In erster Linie sind hier alle die gemeint, die noch immer versuchen, Modernität bewusstseinsphilosophisch zu begründen. Stattdessen empfiehlt Verf. die Dialektik, um zwischen den einzelnen Positionen und heute noch möglichen Narrativen der Modernität zu vermitteln, denn »ein wertvolles Charakteristikum der Dialektik ist, dass sie Unvereinbarkeiten begrifflich kombiniert« (70). Damit rekurriert Jameson auf sein Verfahren des »Transcoding«, das er an anderen Stellen expliziert und angewandt hat, und demzufolge der Marxismus als diejenige wissenschaftliche Methode angesehen werden kann, die an zentraler Stelle zwischen verschiedenen Ebenen (Ökonomie, Kultur) und wissenschaftlichen Positionen zu vermitteln vermag. Im zweiten Kapitel rückt der literarische und künstlerische Modernismus in den Mittelpunkt. Die lineare Vorstellung eines Realismus, der kurz nach der Wende zum 20. Jh. vom Modernismus abgelöst wurde, wird kritisch zurückgewiesen. Jeder Realismus ist hier »ein Modernismus aus eigenem Recht« (127) und dadurch ausgezeichnet, dass er sich das einzuverleihen sucht, »was noch niemals benannt worden ist« (128). Aber auch wenn der Modernismus der mittlerweile klassisch gewordenen Avantgarden auf diese Weise relativiert wird, attestiert ihm der Verf., »ungeheure Gesten der Befreiung und Neukonstruktion« (142) hervorgebracht zu haben, die wir Heutigen nicht mehr unmittelbar wahrnehmen können.

Im zweiten Teil des Buches schließlich, »Modernismus als Ideologie« überschrieben, wird die Analyse auf besonders einflussreiche Ideologeme ausgedehnt wie etwa das Technologie-Motiv in der Kunst, das »die Anziehungskraft dieses besonderen Schwerkraftzentrums des Erklärens unvermeidlich macht« (158). Insbesondere die Vorstellung künstlerischer Autonomie, die sich im Gefolge der ästhetischen Theorie Adornos geradezu als erstes Kennzeichen des Modernismus etabliert hat, wird kritisch auf ihre Grenzen und Möglichkeiten überprüft. Verf. kommt zum Schluss, »dass »Modernität«, wenn sie ausschließlich auf die Vergangenheit angewendet wird, eine nützliche Trope ist« (221), allerdings nur, wenn ihre Grenzen und ideologischen Instrumentalisierungen hinreichend bedacht werden. Auf mögliche Alternativen zu ihr hat Verf. seither v.a. in den Essays »Politics of Utopia« und »Future City« hingewiesen (*New Left Review* 3/2003 u. 1/2004). Da die literarische und künstlerische Moderne in Restaurationszeiten noch vermehrt zum

Bezugspunkt gemacht werden, ist Jamesons Reflexion auf die »Mythen der Moderne« ein wichtiger Beitrag zur ideologischen Auseinandersetzung und in keinem Fall eine Abkehr von einer marxistischen Theorie der Postmoderne, wie sie Verf. seit Mitte der achtziger Jahre entwickelt hat.

Mario Scalla (Frankfurt/M)

Schröter, Jens, u. Alexander Böhnke (Hg.), *Analog/Digital – Opposition oder Kontinuum? Zur Theorie und Geschichte einer Unterscheidung*, transcript, Bielefeld 2004 (438 S., kt., 32,80 €)

Als »die medienhistorische und -theoretische Leitdifferenz der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts« (9) wollen Hg. die Unterscheidung analog/digital verstanden wissen. Spätestens seit der Markteinführung der Compact Disc im Jahr 1982 ist das Schlagwort der Digitalität omnipräsent. Wirtschaft und Wissenschaft beschwören die *digitale Revolution* ebenso wie Popularkultur und Marketing. Gerade die in den 80ern leidenschaftlich geführten Diskussionen um Vor- und Nachteile der CD gegenüber ihrem analogen Vorgänger LP zeigen exemplarisch, dass die medientechnische Differenz immer auch einen »ideologischen Mehrwert« kommuniziert. So konnotiert das *neue* Digitale auf diffuse Weise Fortschritt, Technizität und Künstlichkeit, während das *alte* Analoge schnell zum Signifikanten für Nostalgie, Natürlichkeit und Echtheit wurde.

Die interessantesten Beiträge sind jene, die dem Zusammenspiel von theoretischen Definitionsversuchen und historischer Semantik der technisch gedachten Differenz nachspüren. Sie finden sich hauptsächlich im zweiten, mit »Geschichte« überschriebenen Teil, der die diskursive Relevanz der (damals noch nicht explizit formulierten) Begriffsopposition bis ins 19. Jh. zurückverfolgt. Der erste Teil hingegen versammelt unter der Überschrift »Theorie« vornehmlich Versuche, die Differenz analog/digital auf *normative* Weise zeichen-, medien- bzw. systemtheoretisch zu bestimmen. Die Ansätze beziehen sich dabei vor allem auf drei theoretische Referenzen: die Symboltheorie Nelson Goodmans, die medientechnische Perspektive Friedrich Kittlers und die systemtheoretische Medium/Form-Unterscheidung Niklas Luhmanns. Goodman formulierte bereits 1968, lange vor dem globalen Siegeszug digitaler Medientechniken, eine grundsätzliche Unterscheidung verschiedener Zeichensysteme. Analog ist ein Zeichen demnach (u.a.), wenn alle seine materiellen Attribute bedeutungskonstitutiv sind (Malerei), digital hingegen sind disjunkte Zeichen eines Symbolrepertoires (Alphabet, Ziffern), deren konkrete Materialisierung nicht bedeutungsrelevant ist. (So ändern z.B. Farbe oder Form einer gedruckten Ziffer nichts an ihrem Wert.) Kittlers Differenzierung von analog und digital setzt dagegen auf der Hardware-Ebene technischer Medien an und unterscheidet Analogmedien, die stetige Eingangssignale in ebenfalls stetige Aufnahmedaten verwandeln (Grammophon, Film), von Digitalmedien, welche stetige Eingangsdaten durch diskrete Abtastung in einen Code aus einer endlichen Zahl disjunkter Zeichen übersetzen (z.B. den Binärcode 0/1 des Computers). Luhmann wiederum bringt die Begriffe in seiner Unterscheidung von Medium und Form ins Spiel: lose Kopplungen der Elemente eines Mediums zu einer Form (z.B. ein Fußabdruck im Sand) sind nur möglich, wenn die Elemente weder vollkommen unabhängig voneinander (digital), noch direkt miteinander verbunden (analog) sind.

Fast alle Texte im ersten Teil nehmen explizit Bezug auf mindestens eine dieser drei theoretischen Vorlagen. So versucht Hartmut Winkler die medientechnische Differenz als Genderdifferenz zu denken, Leander Scholz analysiert mit Luhmann die Rasterfahndung als biopolitisches Modell von Gesellschaftsordnung. Vor allem die Beiträge von Wolfgang Ernst und Helmut Schanze zeigen, wie der Gestus unterkühlter Sachlichkeit schnell in

hitzige Grundsatzdiskussionen umschlagen kann. Feiert Ernst in Fortschreibung Kittlers die Durchsetzung des Digitalen als das Ende der »Metaphern der erzählenden Vernunft« (65), das jeden Bezug auf den Menschen als anachronistischen Rückfall hinter den Status quo aktueller Computertechnik erscheinen lässt, sieht Schanze mit den digitalen Medien die grundlegende Differenz von Sein und Schein bedroht und damit »die apokalyptischsten aller Visionen [...] diabolisch realisierbar geworden« (78).

Die beiden nehmen vorweg, was dann in den Beiträgen zur semantischen Geschichte der Begriffe eigentlicher Gegenstand der Analyse ist: Die politisch-diskursive Aufladung der in Frage stehenden Kategorien. So kann Albert Kümmel am Beispiel fernsehtheoretischer Diskussionen der Weimarer Republik zeigen, wie sich scheinbar nüchtern-technische Debatten um neue Bildübertragungstechniken mit einem konkreten politischen Subtext verbanden. Nicht zufällig wählte der Fernsehtheoretiker Peter Lertes 1926 das Wort »Deutschland« in handschriftlicher Sütterlin als Beispiel diskret-digitaler Zerlegung und Wiederausammensetzung fernübertragener Bilder. Als semantischen Überschuss kommunizierten diese Ausführungen den nationalistischen Traum eines Wiederaufstiegs des zerstückelten Deutschlands im neuen Medium des Rundfunks.

Auf den »strategischen Grund des Digitalen« (296) verweist der Aufsatz von Claus Pias. Sein detaillierter Nachvollzug der theoretischen Gründungsdebatten der Kybernetik Ende der 1940er Jahre verdeutlicht, wie das Postulat des Digitalen als Medium allen Wissens in Computertechnik, Wirtschaft, Nervengewebe und Psyche auf einem »Diskursverbot«, nämlich der »Unterdrückung eines notwendigen Dritten (des Kontinuums, der Passage, der Materialität)« (307f), gründete. Letztlich waren es die praktischen Forderungen von »Industrie, Wirtschaft und Verwaltung« (309), die den epistemologischen Grundsatzfragen der Kybernetik ein Ende bereiteten und dem Digitalen als einem im Computer technisch implementierbaren und damit nicht zuletzt auch in der Militärtechnik anwendbaren Modell des Denkens zum Durchbruch verhelfen. Indem Pias zeigt, inwieweit die Dichotomie analog/digital immer beides zugleich war und ist – medientechnische Differenz *und* diskursives Argument – formuliert er gewissermaßen das Fazit des vorliegenden Bandes, dem es als Ganzem gelingt, gerade in der Zusammenschau ganz verschiedener Perspektiven die Dichotomie analog/digital als signifikanten Kreuzungspunkt der Diskurse von Technik, Theorie, Wirtschaft und Politik zu markieren. Sven Werkmeister (Berlin)

Mattelart, Armand, *Diversité culturelle et mondialisation*, La Découverte, Paris 2005 (122 S., br., 7,50 €)

Zwischen der schönen neuen Welt des Konsumismus, in der ›Kultur‹ zur Dienstleistung auf dem globalen Marktplatz wird, und einem Begriff von Kultur als einem »öffentlichen Gut« (5), das allen gehört, spannen sich die Überlegungen des Verf., der einst zusammen mit Ariel Dorfman ein noch heute viel gelesenes Buch über den imperialistischen Subtext Donald Ducks verfasst hat. In dankenswerter Klarheit wird das Schlagwort von der »kulturellen Verschiedenheit« als Terrain antagonistischer Reklamationen sondiert. Einerseits staatliche Politiken, »die darauf zielen, die geistigen Erzeugnisse, darunter die audiovisuellen, zu einer ›Ausnahme‹ zu machen« (3), andererseits die neoliberalen Behauptungen, allein die immer weiter getriebene Privatisierung der Angebotsseite könne »Verschiedenheit« sichern, dritterseits – und dieser Richtung gehören die Sympathien des Verf. – die Bewegungen für eine andere Welt (*altermondialisme*), deren hierzulande gängige Bezeichnung als ›globalisierungskritisch‹ missverständlich ist, fragen sie doch gerade danach, wie das »universelle Band aufgefasst und geflochten« werden soll (4).

Unter dem Titel »Domestizierung des Verschiedenen« wird zunächst Rückschau gehalten. Mit der im 19. Jh. sprunghaft angewachsenen Internationalisierung von Waren, Arbeitskräften und Ideen entsteht die »Furcht vor der ›Nivellierung« (6), die Angst vor den ›gefährlichen Klassen«, die ein ›Zeitalter der Massen‹ ankündigen, dem die ›Rassenkunde«, die Anthropologie, aber auch die Literaturwissenschaften mit ihren Konstruktionen spezifischer Nationalcharaktere zu wehren suchen. Die im *Kommunistischen Manifest* gesehene Entstehung einer als »Gemeingut« verstandenen »Weltliteratur« (9; MEW 4, 466) wird begleitet von Sprachpolitiken, die die kulturelle Enteignung der Dialekt sprechenden Teile der Bevölkerung betreiben: Zumal in Frankreich gelten die Dialekte als Sumpfgebiete der feudalen Reaktion, die durch die Nationalsprache trockengelegt werden müssen. Gabriel Tarde, einer der Begründer der Sozialpsychologie, entwickelt den von Gramsci kritisch ausgearbeiteten Gedanken, die Einzelnen gehörten stets verschiedenen ›Massen‹ zugleich an (14). Die technischen Dispositive – Unterseekabel, Panamakanal – lassen weltumspannende Verbindungen entstehen, sind aber de facto in der Hand des Londoner Finanzplatzes oder einzelner Staaten. Ohne globale Kommunikationsmittel kein Imperialismus.

Die Massenkultur, die im Verein mit Geld, Technik und Industrie auftritt, macht »das aus der Aufklärung überkommene kosmopolitische Projekt der klassischen Kultur« (22) als bloß partikulares – als nur einer Elite vorbehaltenes – erkennbar. Das Kino ist Kunst und Industrie zugleich, international und nicht-elitär, bringt aber nicht nur die klassische, sondern zugleich auch die Volkskultur in die Krise. »La culture et le peuple« war der Titel eines Vortrags, den Aragon anlässlich der Gründung der Unesco 1947 in Paris halten wollte. Ins amerikanische Englisch als »Mass Culture« übersetzt, wurde der Vortrag schließlich unter dem Titel »Cultures des masses« angekündigt; in der Druckfassung wurde daraus »Les élites contre la culture« (38). Wo ›Kultur‹ im Funktionszusammenhang von Werbung und Konsum von vornherein als Ware auftritt, die wie jede andere Ware ihre Anerkennung der Kunst verdankt, von vielen gekauft zu werden, ist es mit dem Eigensinn der Volkskultur, ihrer Respektlosigkeit gegenüber den hohen Werten als den Werten der Höheren vorbei. Mit den profitlich instrumentierten neuen Medien entsteht auch ein neues »Ingenieurswesen des Konsenses« (26).

Der »Prozess kultureller Kolonisierung« (48), mit dem »Entwicklung« an der Verfügbarkeit von Fernsehgeräten und Kinoplätzen pro Einwohner abgelesen wird, trifft in den 60er Jahren auf vielstimmigen Widerstand: Die Konstitution einer blockfreien »Dritten Welt« und die Proteste gegen den Vietnamkrieg geben den kulturellen Dissidenzbewegungen Rückhalt. Julio Cortázar ruft 1968 aus, jeder Intellektuelle gehöre der Dritten Welt an, und Jean-Luc Godard fordert, »auch wir müssen zwei, drei Vietnams schaffen, nationale und freie Kinos von Brüdern, Genossen, Freunden« (53). Die Entdeckung der »Einzigartigkeit der Kulturen« (55) als Quelle von Sinn, Identität und Würde ist eine Reaktion auf die Ideologie unbegrenzten Fortschritts. Kulturelle Besonderheit kann zur Basis widerständiger Haltungen werden, bietet aber auch den Industrien des Kulturellen die geeignete Auftreffstruktur. Die hundert Blumen, die auf dem Grab des staatlichen Fernseh-Monopols in Italien blühen sollten, verwandelten sich, mit dem Zerfall der linken Kräfte, in den Humus der Privatisierung. Berlusconi wurde ihr prominentestes Produkt.

Die neuen Technologien erlauben die Produktion von »Verschiedenheit auf standardisierte Weise« (63). In einer Welt, in der ein Bewohner der Bronx mit seinem in Manhattan lebenden Nachbarn so viel gemeinsam hat wie eine indische Teppichknüpferin mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, geht es dem Profitinteresse darum, die spezifischen Bedürfnisse der »consumption communities« zu bedienen (67). Um so wichtiger

ist ein Denken, das die Fallen des kulturellen Relativismus vermeidet: Wenn de Certeau die Dichotomie von Oben/Unten zu Recht aufbrach, indem er die produktiven Qualitäten im Umgang mit den »kulturellen und medialen Dispositiven« offenlegte, so tilgte eine kulturalistische Lektüre »den Begriff des ›Unterdrückten‹ gleich ganz von der kognitiven Landkarte, ineins mit dem der Kräfteverhältnisse« (74). Wo nur noch Differenzen am Werk sind, ist es zur neoliberalen Souveränitätserklärung des Konsumenten nur ein Schritt. Mattelarts Büchlein wäre es wert, ins Deutsche übersetzt zu werden – schon wegen der hierzulande seltenen Kombination, in der Kulturwissenschaft im Bündnis mit Sozialgeschichte und politischer Ökonomie auftritt.

Peter Jehle (Berlin)

Soziologie

Eckardt, Frank, *Soziologie der Stadt*, transcript, Bielefeld 2004 (130 S., kart., 12 €)

Verf. postuliert in diesem Einführungs- und Überblicksbuch zwei Aufgaben der Stadtsoziologie. Erstens bemühe sie sich darum, »die verschiedenen Auffassungen und Ansichten unterschiedlichster Nutzer und Bewohner der Städte zusammenzuführen«, um zwischen diesen »zu vermitteln« (7). Analog bestünde die Aufgabe der Astronomie darin, zwischen geo- und heliozentrischem Weltbild, oder die der Ökonomie darin, zwischen Neoklassik und Keynesianismus »zu vermitteln«, anstatt deren Fehlerhaftigkeit zu kritisieren und Sonnensystem bzw. Kapitalismus zu *erklären*. Davon, dass den meisten »Nutzern und Bewohnern« ihre jeweiligen »Ansichten« von Stadt relativ egal sind und sie vielmehr Bedürfnisse und Interessen bezogen auf städtisches Zusammenleben haben und artikulieren, wird mit dieser Aufgabenstellung bereits abgesehen, bevor die Beschäftigung mit Stadt überhaupt begonnen hat. Dieser Idealismus durchzieht das gesamte Buch, in dem Konflikte und Kämpfe sich – wenn überhaupt – nur zwischen verschiedenen *Sichtweisen* abspielen. Dass diese nicht alle gleich gut sind, erfährt man aus dem zweiten »Anliegen« der Stadtsoziologie, das laut Verf. darin besteht, »zwischen zu komplexen und zu simplifizierenden Konzeptionen über die Stadt zu balancieren« (ebd.). Davon abgesehen, dass es wohl kaum etwas simplifizierenderes gibt als derartige »die Wahrheit liegt in der goldenen Mitte«-Aussagen (wobei diese Mitte immer zufällig mit dem Standpunkt desjenigen zusammenfällt, der sie annimmt): welche Maßstäbe für diesen Drahtseilakt zwischen Elfenbeinturm und Neandertal zur Anwendung kommen sollen, erfährt man nicht. Mit der *Realität* der Städte können sie jedenfalls nichts zu tun haben, denn dann müsste man diese erklären, und zwar so komplex bzw. simpel, wie sie eben ist.

Diese grundsätzliche Abstraktion von tatsächlichen urbanen Prozessen ist nicht die einzige Schwäche des Buches. Der Versuch, Geschichte und aktuelle Debatten der Stadtsoziologie zu referieren, misslingt vollständig, da er unsystematisch, beliebig selektiv und sprachlich unverständlich durchgeführt wird. Selten ist ersichtlich, ob Verf. eine Autorin oder einen Autoren gerade referiert, kommentiert oder kritisiert bzw. was er überhaupt sagen will. Das einzige genuin inhaltliche Anliegen besteht in der Behauptung einer »neuen Leitperspektive« (10) für die Stadtsoziologie namens »*globalisierte Urbanität*« (83). Demzufolge sind »wir« als »Konsequenz der globalen Interaktionen [...] Zeugen eines atemberaubenden Verstärkerprozesses und umfangreicher Transformationen urbaner Gesellschaften« (ebd.). Im Kern wird allerdings nicht mehr ausgesagt, als dass »Stadt« im Kontext globaler Prozesse zu analysieren sei, wogegen kein ernsthaft vertretener Ansatz zur Stadtforschung Einspruch erheben wird. Schließlich finden sich zahlreiche

Ungenauigkeiten (bzw. schlicht Fehler), etwa wenn *sweat shops* dem »wachsenden Dienstleistungssektor« (und nicht der Warenproduktion) zugerechnet (86), Investitionen in Eigenheime als Kapitalbildung (und nicht als privater Konsum) bezeichnet (88) oder Lefebvres (die gebaute Umwelt produzierender) sekundärer Kapitalkreislauf irreführend als »zweiter Zyklus der Kapitalverwertung« (25) titulierte werden. – Aufgrund der genannten Schwächen ist dieses Buch weder zur Einführung noch überhaupt zu empfehlen. »Um die Stadt verstehen zu können, muss man auch ihre Ruhe hören können, die den tönenden, nach Ruhe ringenden Signifikaten entgegentritt.« (69) Ruhe – egal ob urban oder rural – anstelle dieses geschwätzigen Buches, das wäre es gewesen.

Bernd Belina (Potsdam)

Masclat, Olivier, *La Gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, La Dispute, Paris 2003 (320 S., br., 22 €)

Es ist beruhigend, dass im zeitgenössischen akademischen Betrieb noch politisch interessierte Arbeiten entstehen, die sich nicht in Verbeugungen vor dessen Konventionen ergehen. Mit einer für qualitative empirische Sozialforschung außergewöhnlichen Nüchternheit ruft Verf. seine Feldzugänge auf (ethnographische Beobachtung, Interviews, statistische Analysen, Auswertung von Archiven, Zeitschriften und Flugblättern), ohne den Einsatz seiner Untersuchung zu kaschieren: die »Nicht-Repräsentation der maghrebischen Einwandererkinder in den verschiedenen Feldern französischer Politik« (15). Das Terrain besteht aus einer der traditionell KP-regierten Gemeinden im Nord-Osten von Paris, deren Situation symptomatisch für mangelnde politische Anerkennung der zweiten Generation nordafrikanischer Immigranten ist. Verf. besticht jedoch nicht nur durch Ignorieren akademischer Gepflogenheiten. Sein Ansatz, eine Zusammenführung von Soziologie und strukturalistischer Anthropologie, ist materialistisch, auch wenn der Zwang zur universitären Eingliederung ihm die Etikette »soziologische Ethnographie« (Florence Weber, »Ethnographies urbaines: de Harlem à Gennevilliers«, in: *Critique*, no. 680/81, 2004) aufdrücken mag. Im Grunde geht es um Sichtbarmachung – im herrschenden französischen Diskurs über Vororte ein wichtiger Einsatz – und Verständnis sozialer Praxen als transformierender Aneignung vorgegebener Handlungsbedingungen und -ressourcen.

Die Studie beginnt mit der Analyse lokaler Wohnraumpolitiken der 1950er Jahre, der »unglücklichen Koinzidenz von städtischer Modernisierung und dem Erstarken der Immigration« (21). Dem auf französische Facharbeiter und Angestellte fixierten und stets um die Verbesserung der Lebensbedingungen der eigenen Wählerschaft bemühten *Parti Communiste* treten die v.a. nordafrikanischen Arbeitsemigranten überwiegend als Träger neuer proletarischer Verelendungsprozesse entgegen. Die Gemeindepolitiker der KP mobilisieren daher »wenn auch nicht gegen die Immigranten, so doch mindestens gegen die Bedrohung, die sie darstellen« (30). Begünstigt durch Interessen des französischen Kapitals und des Grundbesitzes, sowie durch präfekturale Auflagen und nationale Richtlinien kommt es daher zu räumlichen Segregationsprozessen. Zunächst in den von der Gemeindeverwaltung bekämpften Elendsvierteln wohnend, werden die Immigrantenfamilien alsbald in Transit-Unterkünfte umgesetzt und schließlich in den für die französische Arbeiterschaft gebauten, von dieser aber seit den 1970er Jahren zunehmend verlassenen Sozialwohnungsblöcken einquartiert. Verwaltungspolitiken, die durch die Akzeptanz von Mietschulden und Einrichtung zahlreicher Sicherheitseinrichtungen darauf abzielen, in diesen Wohnräumen Familien ohne Migrationshintergrund zu halten, tragen zur »Ethnisierung des Niedergangs« (88) bei.

Das Ende fordistischer Sozialpolitiken und die mit ihm einhergehenden Prekarisierungsprozesse treffen besonders die zweite Generation der nordafrikanischen Immigranten, die am Anfang der 1980er Jahre einen hohen Politisierungsgrad aufwies, nach einigen antirassistischen Mobilisierungen jedoch in Lethargie abzurutschen scheint. Verf. zeigt allerdings, dass sich im Rahmen dieser Bewegung außerhalb der klassischen Partei- oder Gewerkschaftsstrukturen »Aktivisten der Siedlungen« (173) herausgebildet haben: sozial engagierte Jugendliche, die über »lokales« soziales Kapital« (188) verfügen, im Vereinswesen tätig sind und Identifikationsangebote jenseits der traditionellen Klassensolidarität machen. Die Arbeit in einem Jugendclub, in dem Verf. selbst sechs Monate als Betreuer eingestellt war, stellt für diese »kleine Elite« (188) gleichzeitig eine Reproduktionsstrategie jenseits von Fabrikarbeit dar. Das »versäumte Zusammentreffen«, von dem im Untertitel die Rede ist, besteht für Verf. in der ausgebliebenen Anerkennung für und dem rein instrumentellen Umgang mit dieser Sozialarbeit durch die Gemeindeverwaltung. Die Aktivisten fühlen sich von den Abgeordneten »manipuliert« und »instrumentalisiert« (247) – nicht zu Unrecht, wie die in den 1990er Jahren vorgenommenen Versuche, das Viertel zu rehabilitieren, zeigen. Vereinen wie dem Jugendclub wird hierbei nur eine Mitwirkung zugestanden, wenn sie sich in den vorgegebenen Rahmen einfügen und zur Reputationssteigerung der Gemeinde beitragen können, weshalb z.B. islamische Gruppen ausgeschlossen sind. Ebenfalls von einem sehr instrumentellen Verhältnis gegenüber sozial engagierten Immigranten erster und zweiter Generation zeugt die Nominierung von drei Kandidaten aus ihrem Kreis für die linke Einheitsliste bei den Gemeindewahlen 1995. Durch ihre rein symbolischen Machtbefugnisse spielen sie de facto nur eine Quotenrolle. Das Urteil eines ehemaligen Jugendclubbetreuers über die Beziehungen der Gemeindeverwaltung zu den »Aktivisten der Siedlungen« fällt Ende der 1990er Jahre dementsprechend trist aus: »man hat uns gerne, solange wir am gewohnten Platz bleiben« (zit. n. 282).

Jüngere Wahlergebnisse indizieren das Verschwinden der KP-Dominanz in Gemeinden der Pariser Vorstädte und Verf. attestiert der klassischen, parteiförmigen französischen Linken einen »politischen Bruch mit den unteren Bevölkerungsschichten« (295). Sich selbst bescheidet Verf. mit einer Reduzierung seiner Beobachtungen auf Fragen der politischen Repräsentation, obwohl die aufgebotene Empirie zu mehr Problematisierungen herausfordert – etwa von Geschlechterverhältnissen und Antisemitismus. Während erstere wenigstens vereinzelt thematisiert werden, ist letzterer völlig ausgeblendet. Nicht nur darin teilt Verf. ein großes Manko der französischen Linken: sein ausschließlicher und reduzierter Bezug auf die bourdieusche Theoriegrammatik präformiert seine Wahrnehmung dermaßen, dass – mit Bourdieu selbst – »grammatikalische« Universalisierungseffekte zu kritisieren sind (vgl. »La force du droit. Éléments pour une sociologie du champ juridique«, in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, no. 64, 1986). Zudem wird so einem Verständnis von Ideologie als herrschaftlich-imaginärer Plausibilisierung sozialer Existenzbedingungen entgegengewirkt. Hier wäre am Materialismus der vorliegenden Untersuchung noch einiges zu tun.

Kolja Lindner (Paris)

Euskirchen, Markus, *Militärriuale. Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments*, PapyRossa, Köln 2005 (249 S., br., 17,50 €)

Wohl kaum ein Politikfeld hat in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik einen so grundlegenden Wandel erfahren wie das der Militärpolitik. Noch Mitte der 1990er Jahre wurde heftig darüber gestritten, ob deutsche Auslandseinsätze mit dem Grundgesetz überhaupt vereinbar sind. Inzwischen gehört der ständige Einsatz von über 10000 deutschen

Soldaten in Kriegen und Konflikten rund um die Welt zum außenpolitischen Tagesgeschäft der BRD. 60 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus spielt Deutschland wieder mit auf der Bühne der internationalen Politik. Anlass genug für Verf., sich mit einem wichtigen konstitutiven Bestandteil der deutschen ›Renaissance des Militärischen‹ (Wolfram Wette), von militärisch abgesicherter Herrschaft überhaupt, auseinanderzusetzen: den Militärriitualen. Gelöbnisse, Vereidigungen, Kranzniederlegungen usw. dienen der binnenmilitärischen Unterwerfung der Soldaten unter das System von Befehl und Gehorsam. In ihrer öffentlichen Inszenierung repräsentieren und legitimieren diese Rituale den staatlich-militärischen Gewaltapparat. »Wo es staatliche Herrschaft gibt«, so eine zentrale These, »gibt es Militärriituale, welche die Macht dieser Herrschaft demonstrieren und zelebrieren« (37).

Am Beispiel der Bundeswehr entwickelt Verf. eine systematische Analyse der Funktionsweise von Militärriitualen: Dazu erarbeitet er zunächst einen Riitualbegriff (22ff), der sich deutlich vom undifferenzierten Begriff des ›Zeremoniells‹ absetzt, wie ihn bspw. die Bundeswehr verwendet (31ff). In Anlehnung an Schäfer und Wimmer (1998) sowie Niedermüller (2001) bezeichnet Verf. Riituale als formalisierte und öffentliche Handlungen, die sich durch ihre vorrationale und identitätsstiftende Wirkung auszeichnen (12ff). Sie produzieren und reproduzieren soziale Ordnungen, bannen Konflikte und binden das Individuum an eine Gruppe. Für die Untersuchung von Militärriitualen ist schließlich die in der Ethnologie beschriebene Initiationsfunktion ritueller Handlungen von besonderer Bedeutung. Das so entwickelte analytische Instrumentarium dient im empirischen Teil der Typisierung und Interpretation unterschiedlicher Riituale. Im nächsten Schritt beschäftigt sich Verf. mit dem gesellschaftlichen Kontext, in dem Militärriituale ihre Wirkung entfalten. »Um Sinn, Wirkung und Zweck von Militärriitualen analysieren zu können« gilt es, »einen Begriff von Militär herauszuarbeiten und diesen wiederum begrifflich einzubetten in den Zusammenhang, aus dem er kommt: Staat, Kapitalismus, Nation« (40). Folgerichtig wird Militär als »soziale Organisation« definiert, »die uniformiert, kaserniert, bewaffnet und dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen ist, und die von einem Staat unterhalten wird, um bestimmte Macht-, Herrschafts- oder Produktionsformen durchzusetzen, aufrechtzuerhalten oder zu verteidigen« (45). Die gewaltförmige Austragung zwischenstaatlicher Konkurrenz stellt insofern »nur« die offensichtlichste Funktion des modernen Militärs dar. Mit seinen staats- und kapitalismustheoretischen Überlegungen orientiert sich Verf. eng an Marx und argumentiert, dass die Abwesenheit unmittelbarer Gewalt im bürgerlichen Tauschverhältnis notwendig die Existenz einer außerökonomischen Zwangsgewalt voraussetzt (59ff). Auch innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft hat das Militär »einen zentralen Anteil an der gewaltsamen Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen«. Da jedoch »die Gewaltfunktion des Militärs nach innen selten im Kampfeinsatz gegen die Zivilbevölkerung besteht« – die militärische Aufstandsbekämpfung bezeichnet Verf. treffend als staatliche »Krisenoption« (62) – »gilt es ihr mit Hilfe eines Gewaltbegriffes näher zu kommen, der nicht nur auf direkte, physische Gewaltsamkeit abhebt« (59). Daher rekurriert Verf. auf die von Johan Galtung geprägten Begriffe von »struktureller« und »kultureller Gewalt« (ebd.). Im Folgenden werden auf der Grundlage empirischen Materials die verschiedenen Militärriituale der Bundeswehr typisiert und interpretiert. Exkurse über das »Wachbataillon als Spezialtruppe für Militärriituale« (90ff) und die Rolle der Kirche im Militärriitual (111ff) runden diesen Teil ab. Verf. unterscheidet Initiationsriituale (z.B. Gelöbnisse und Vereidigungen), Machtvisualisierungsriituale (z.B. Staatsempfänge mit militärischen Ehren), Erinnerungs- und Gedenkrituale (z.B. Kranzniederlegungen) und Riituale

der Todesrechtfertigung (z.B. Ehrenbegräbnisse). Dabei stellen »Machtvisualisierung und Traditionskonstruktion [...] die beiden grundlegenden Funktionen *aller* Militärrituale dar« und werden in bestimmten Varianten »durch weitere Funktionen« (141) ergänzt.

Abschließend werden die Debatten und politischen Auseinandersetzungen um Militärrituale in Deutschland behandelt. Differenziert zeigt Verf. die Argumentationsmuster konservativer und liberaler Akteure auf und beschäftigt sich mit bürgerrechtlichen und linksradikalen Positionen (168ff). Eine radikale Kritik, so das Fazit, muss »Militärrituale in ihrer Funktionalität für den Betrieb von Militär« kritisieren, »Militär in seiner Funktionalität für den Staat, und Staatlichkeit in ihrer Funktionalität für die Aufrechterhaltung eines Reproduktionssystems, das aufgrund seiner systemrationalen Funktionsweise die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen zu zerstören droht« (199f). – Die Arbeit besticht durch einen Ansatz, der Militärrituale nicht nur als binnenmilitärisches Zeremoniell beschreibt, sondern im Kontext gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse analysiert. Von besonderem Wert ist, dass Verf. auf eigene empirische Untersuchungen zurückgreifen kann, weil der Zugang zu einer ›totalen Institution‹ (Erving Goffman) wie dem Militär schwierig ist. Mit der Typisierung schließlich liegt erstmals ein systematisches begriffliches Instrumentarium für die Auseinandersetzung mit Militärritualen vor. Kurzum: Eine Grundlagenarbeit mit hohem Gebrauchswert für jede kritische Militärforschung. Henrik Lebuhn (Berlin)

Pädagogik

Ahlheim, Klaus, *Scheingefechte. Zur Theoriediskussion in der politischen Erwachsenenbildung*, Wochenschau, Schwalbach/Ts 2004 (56 S., br., 8,60 €)

Länger schon beschäftigt die Theoretiker der politischen Bildung eine Grundlagendiskussion über Stellenwert und Ziele der Erwachsenenbildung. Seit den 1980er, spätestens seit den 90er Jahren, als Jochen Kade ›Emanzipation‹ als ›Leitziel‹ der Erwachsenenbildung begraben und Ludwig Pongratz ihn deshalb als ›Zeitgeistsurfer‹ karikiert hat, sind die Differenzen immer wieder aufgebrochen. Noch überboten wurde dies in der Debatte um ›Konstruktion‹, als zum Beispiel Rolf Arnold der ›Kritischen Bildung‹ vorwarf, diese unternehme hilflose Versuche, die gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse mit den alten Konzepten zu vermessen. Seitdem gibt es Grabenkämpfe zwischen den Exponenten (z.B. Jochen Kade, Rolf Arnold, auch Horst Siebert, Wolfgang Sander einerseits; Klaus Ahlheim, Klaus-Peter Hufer, Ulrich Klemm andererseits) und ihren Adepten.

Verf. unternimmt es nun, diese Debatten zumindest teilweise als ›Scheingefechte‹ offen zu legen. Er versucht zunächst das Kampffeld zu vermessen und zu klären, worum es nicht geht: nicht um Zweckfreiheit, nicht um die unbezweifelte hohe Bedeutung beruflicher Qualifikation und Weiterbildung, nicht um mögliche ›Humanisierungstendenzen‹ und nicht um die besondere Bedeutung teilnehmer- bzw. subjektorientierter Lernformen (11f). Umstritten seien dagegen die Bedeutung des Betriebes als Lernort auch für politische Bildung, ungeklärt das Verhältnis von Inhalten und formalen Kompetenzen, strittig ›vor allem die Einschätzung des gesellschaftlichen und politischen Status quo, der aktuellen Modernisierungspolitik und -ideologie im Besonderen« (13).

Eingeordnet ist die Debatte in den Kontext eines weitreichenden Konsenses in den ›politischen Klassen‹ und der Medienöffentlichkeit, der sich vom Gedanken der Gerechtigkeit weitgehend verabschiedet hat (Kap. 3). Für die politische Bildung diagnostiziert Verf. eine ›affirmative Wende‹ (Kap. 4), die ihren Ausdruck findet in einem »Utopieverzicht«, was konkret bedeutet, »die Absage an eine aufklärende, gesellschaftskritische politische

Bildung ist im Mehrheitsdiskurs der politischen Bildung unübersehbar« (22). Die Frontstellung wird herausgearbeitet in der Alternative »Schlüsselqualifikationen statt politischer Bildung« (Kap. 5). Verf. plädiert für »Politische Bildung: wissensorientiert, konfliktorientiert, kritikgeleitet« (Kap. 6). Gegen ein »politisch-affirmatives Element einer Erwachsenenbildung, die sich von gesellschaftskritischen Positionen weithin entfernt hat und darin auch nur ihr professionelles Markenzeichen sieht, die sich beschränkt auf die Vermittlung formaler Kompetenzen und personenbezogener Schlüsselpositionen und den Aspekt betriebswirtschaftlicher Logik und Rationalität« tritt er dafür ein, den Gedanken der Utopie und Kritik wiederzugewinnen (43), »statt ihn beständig diffamierend abzuweisen« (43f). Damit hat er sicherlich Recht, obwohl er über weite Strecken die Polemik nur umdreht. Insofern bleiben die »Scheingefechte« auf der Ebene wechselseitigen Schlagabtauschs.

Peter Faulstich (Hamburg)

Ahlheim, Klaus, *Vermessene Bildung? Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung*, Wochenschau, Schwalbach/Ts 2003 (56 S., br., 8,50 €)

Je stärker politische Bildung – besonders politische Erwachsenenbildung – unter den Druck von Kürzungspolitikern der ›Öffentlichen Hand‹ gerät, denen sich auch die Verbände anschließen, desto lauter wird nach ihrem ›Nutzen‹ gefragt. Alle Bereiche der Erwachsenenbildung werden überzogen von »Evaluationsboom« und »Qualitätssicherungseuphorie«. »Die neuen Leitbilder orientieren sich am Markt und an betriebswirtschaftlicher Logik, favorisieren das ökonomisch Nützliche und Brauchbare« (5). Verf. prüft in seiner kleinen Streitschrift die Hintergründe der Impulse und Perspektiven, welche »Wirkungsforschung« auf die Tagesordnung setzen. Dabei akzeptiert er trotz der berechtigten Sorge, empirische Befunde könnten instrumentalisiert werden, »dass die Frage nach der Wirkung ins Zentrum jeder pädagogischen Debatte führt und gehört« (6). Politische Erwachsenenbildung müsse sich »um Legitimierung und Vergewisserung nach innen wie nach außen im besonderen Maße bemühen, obwohl sich doch zugleich ihre Ziele, Leistungen, Erfolge, Wirkungen [...] der Operationalisierung und empirisch exakten Messung weitgehend entziehen« (7).

Ausgangslage ist, dass sowohl Positionen, die die hohe Relevanz politischer Erwachsenenbildung betonen, als auch solche, die behaupten, sie habe keinerlei Effekt, den empirischen Beleg in der Regel schuldig bleiben. Aus diesem Dilemma schließt Verf.: »Der Versuch, auch empirisch exakt zu belegen, was zu belegen ist, wird deshalb nicht obsolet, sondern umso dringlicher« (9). »Und eine unvoreingenommene und sich ihrer Grenzen zugleich bewusste Wirkungsforschung kann da mehr als nur gute Dienste tun« (14). Allerdings ist bei der Durchsicht eher vereinzelt vorliegender, auch älterer Forschungsansätze und Untersuchungen nicht besonders viel aufzuweisen. Verf. benennt die bereits 1967 erschienene Untersuchung von Becker/Herkommer/Bergmann über »Erziehung zur Anpassung?«. Diese Studie hat bezogen auf empirisches Niveau und Forschungsstandards zweifellos Maßstäbe gesetzt, die dann aber nicht fortgesetzt worden sind, und vor allem in der Erwachsenenbildung gibt es keine gleichwertige Wirkungsforschung. Nach vereinzelt Untersuchungen ist ein neuer Anstoß erst wieder durch die 2001 erschienene Projektstudie über das Nidderau-Projekt von Karsten Rudolph und Melanie Zeller großspurig als erste umfassende Wirkungsstudie zur außerschulischen politischen Bildung vorgelegt worden, wobei Verf. die breit angelegten Untersuchungen im BUVEP-Projekt (Bildungsurlaubs-Versuchs- und Entwicklungsprogramm) von 1975/76 übergeht. Belegt werden soll die Einschätzung, politisches Engagement sei durch politische Bildung und Kommunikation förderbar. Fortgesetzt worden ist dies in der provozierenden und stark rezipierten Studie über

»Politische Bildung und Markt« (von Karsten Rudolph), die mit Hilfe von Marktforschung die Diskrepanz zwischen einer sich in der geringen Teilnahme spiegelnden ›Wirkungslosigkeit‹ politischer Bildung und einem großen Bedarf belegen will. Diese Studie hat die ›Traditionalisten‹ politischer Bildung in Aufregung versetzt und veranlasst, empirische Mängel und ökonomistische Schlagseiten der Argumentation aufzudecken.

Offensichtlich hat Rudolph aber den Finger auf eine offene Wunde gelegt. Es wäre sicherlich falsch, wachsendes politisches Desinteresse, wie es in der Civic-Education-Studie und in den Shell-Jugendstudien aufgezeigt wird, der politischen Bildung anzulasten. Der Gegensatz zwischen ›Traditionalisten‹ und ›Modernisierern‹ ist ein falscher. Vielmehr ist zu fragen, inwieweit beide gemeinsam dazu beigetragen haben, dass sich politische Bildung in ein ›Sondergebiet‹ zurückgezogen hat, das zunehmend kleiner wird. Politische Bildung als ›Prinzip‹ könnte demgegenüber auch in arbeitspolitischen Kontexten artikuliert werden und so eine größere Reichweite erhalten. – Immerhin konstatiert Verf., dass es notwendig ist, die Wirkungen, also auch die Leistungen für andere gesellschaftliche Teilbereiche, politischer Erwachsenenbildung empirisch zu dokumentieren, um sich selbst seiner Erfolgsmöglichkeiten zu vergewissern. Dies ist auf alle Fälle nötig, um das ›Eriwan-Syndrom‹ aufzulösen: Politische Bildung sei im Prinzip immer wichtiger und werde konkret immer mehr an den Rand gedrängt. Peter Faulstich (Hamburg)

Wulf, Christoph, Jörg Zirfas u.a., *Bildung im Ritual. Schule, Familie, Jugend, Medien*, VS, Wiesbaden 2004 (413 S., br., 34,90 €)

Ein Ritual ist das Vorgehen nach einer festgelegten Ordnung. Wir begegnen solchen Verhaltensweisen im gottesdienstlichen Brauchtum, aber auch säkulare Sozialisationsfelder sind von Ritualen geprägt. Die Autoren befassen sich mit dem Zusammenhang von Ritualen und Bildungsprozessen bei Kindern und Jugendlichen. Ihre Grundannahme ist, dass sich in unserer Gesellschaft »ein erheblicher Teil der Bildung« von Heranwachsenden in Ritualen vollzieht (8). Schwerpunkt der Untersuchung sind schulische, religiöse und jugendkulturelle Rituale. In der Einleitung betont Wulf, dass es noch keine relevanten Forschungen zur Relation von Ritualen und Bildung gebe, dass aber mit dem vorliegenden Band ein erster Beitrag dazu geleistet werden solle (8). Leider bleibt es bei diesem Wunsch. So erfährt der Leser nicht, wann Bildung zum ›Ritual‹ oder gar zur ›rituellen Choreographie‹ (26) wird. Warum Feiern und Feste als schulische Rituale gelten, obwohl sie auch in außerschulischen Institutionen wirksam sind, präntiert die Zuspitzung eines einseitig hervorgehobenen Gesichtspunktes, wobei sonst eher der Mischung ritueller Vorgänge das Wort gesprochen wird. Bei etwas mehr Begriffsklarheit und Systematik ließe sich dann auch Wesentliches von Peripherem unterscheiden.

Bei einem wissenschaftlichen Buch von über vierhundert Seiten darf man erwarten, dass häufig angewandte Begriffe definiert werden, und zwar am besten beim erstmaligen Gebrauch. Dies vermisst man am auffälligsten beim Problemkomplex des Performativen, der bei Wulf (7, 11, 13, 90) und Zirfas (23ff, 43, 63) eine zentrale Rolle spielt. Wenn Zirfas seinem Aufsatz als Überschrift »Die Inszenierung einer schulischen Familie« (23) gibt, so hätte man gern erfahren, inwiefern eine Familie schulisch genannt wird und nicht, was wohl gemeint ist, dass eine Schule bzw. Schulklasse familiär sein kann. Problematisch bleibt, dass der Leser nicht erfährt, um welche konkrete Schule bzw. Schulart es sich bei der Untersuchung handelt.

Der Vorteil von Sammelbänden, durch produktives Zusammenwirken ein Thema umfassend bearbeiten zu können, bleibt im vorliegenden ungenutzt. Unter der Zwischenüberschrift »Religion, Glauben, Praxis« gibt es gleich zwei Autorinnen, die über die

Konfirmation schreiben, Anja Tervooren und Kathrin Audehm. Als ergänzenden Beitrag liefert Birgit Althans (241-68) ihre Meinung zum Islam, vermisst »Übergangsrituale« und setzt hinzu, dass es um »die produktive Leerstelle des Anderen« gehe. Man gewinnt den Eindruck, dass der Verfasserin ihre Darstellung in Bezug auf den Islam einigermaßen abwertend ausgefallen ist und weil sie dies wohl selbst bemerkte, hat sie die Leerstelle mit dem positiv gemeinten Prädikat »produktiv« versehen. Solches Lavieren führt aber zu keiner überzeugenden Lösung.

Über jugendliche Erlebniswelten schreiben Ruprecht Mattig sowie Constanze Bausch und Benjamin Jörissen. Zum Schluss des Sammelbandes schreiben Wulf und Zirfas über »Bildung im Ritual« und verkünden die alte Allerweltsphrase, dass dem Begriff der Bildung etwas Elitäres, bei ihnen zusätzlich etwas Sublimes anhafte. – Bei Betrachtung des gesamten Bandes gewinnt man nicht gerade den Eindruck, dass hier ein informatives oder gar anregendes Buch vorliegt. Es ist weder aufschlussreich noch systematisch und schon gar nicht wissenschaftlich.

Kurt Beutler (Hannover)

Horster, Detlef, *Was soll ich tun? Moral im 21. Jahrhundert*, Reclam, Leipzig 2004 (149 S., br., 9,90 €)

In seiner 1999 erschienenen Untersuchung »Postchristliche Moral« (vgl. *Das Argument* 234/2000, 108f) hatte Verf. nachgewiesen, dass die Begründung moralischen Handelns sich nicht mehr ungebrochen aus der christlichen Tradition ableiten lässt. Nach der Aufklärung zerbrach der Glaube an abstrakte Autoritäten. Der Einsicht des Subjekts, es könne sich von überflüssiger Herrschaft und Bevormundung befreien, folgte ein größeres Maß an Eigenverantwortung. Christliche Moral geriet in ein Dilemma: Ihrer unbegründeten, dogmatisch vertretenen Moralkonzeption mochte und konnte der aufgeklärte Mensch nicht mehr folgen und der Sehnsucht nach Orientierung kommt die Institution Kirche gar nicht oder nur sehr zögernd nach, solange sie im historisch überkommenen Amtsverständnis verhaftet bleibt. Unabhängig von institutioneller Erstarrung lebt das Erbe christlich-jüdischer Moral in säkularisierter Form weiter in dem Denken der Aufklärungsepoche. Da christliche Moral sich der Forderung nach rationaler Begründung verweigert, war Verf. gezwungen, Begründungen moralischen Handelns neu zu verorten. 1999 hatte er eine der Sozialphilosophie verpflichtete Begründung entwickelt. Für die Reflexion von ethischen und moralischen Regeln schlug er die Form des sokratischen Gesprächs vor. – Seiner umfangreichen Studie mit 629 Seiten lässt Verf. jetzt eine Neufassung in Taschenbuchausgabe folgen. An seiner 1999 vorgelegten Rezeption unterschiedlicher Moralauffassungen hält er fest, neu erarbeitet hat er seine Moralkonzeption. Akzentuierte er 1999 noch eine »postchristliche Moral«, greift er jetzt Kants Frage »Was soll ich tun?« auf, um dann im Untertitel die Dringlichkeit begründeter moralischer Entscheidungen im 21. Jh. hervorzuheben.

Bei seinem früheren moraltheoretischen Konzept ging Verf. von der Individualisierung aus. Welche Moral kann und muss trotz des Autonomieanspruchs des Einzelnen für alle Menschen gelten? Das Problem schien in der Spannung zwischen Individuum und Gemeinschaft zu bestehen. Die Annahme, es lasse sich ein höherer oder vorrangiger Wert von einem niedrigeren bei der Abwägung zwischen mehreren Entscheidungen definitiv benennen, erwies sich bei der Überprüfung an einer Fülle von Alltagsbeispielen als nicht haltbar. Werte, die miteinander konkurrieren, stimmen entgegen der Annahme mit dem Prinzip der wechselseitigen Anerkennung überein. Demnach verläuft die Konfliktlinie anders: Das Problem moralischer Entscheidungen besteht in der häufig nicht zu vermeidenden Verletzung moralischer Regeln: Das Nichteinhalten eines gegebenen Versprechens ist in Alltagssituationen wohl eines der

bekanntesten Beispiele von Regelverletzungen. Der Handelnde sollte jedoch erkennen, dass sein abgegebenes Versprechen einen Handlungsgrund konstituiert. Ihm muss bewusst sein, dass eine Ausnahme nur dann zu rechtfertigen ist, wenn das Einlösen des Versprechens einen gravierenden Nachteil hätte, der bei der früheren Vereinbarung noch nicht zu übersehen war. Verf. plädiert bei einer begründeten Pflichtverletzung für eine Wiedergutmachungspflicht. Seine Moralkonzeption prüft er an konkreten Beispielen und lädt den Leser ein, seinerseits die vorgestellte Konzeption an eigenen Erfahrungen empirisch zu überprüfen. Eine individualisierte Gesellschaft kann nur um den Preis eingeschränkter Wahlfreiheit des Menschen funktionieren, etwa, weil moralische Entscheidungen die Rechte anderer zu respektieren haben oder weil verschiedene von Experten (z.B. eines Arztes und eines Rechtsanwaltes) erläuterte Möglichkeiten abzuwägen sind.

Aus der Entwicklungsgeschichte moralischer Werte und deren gesellschaftlicher Aneignung folgert Verf., dass es objektive Werte gibt, die universell gelten. Des Weiteren setzt er ein Wissen über die Existenz moralischer Regeln in einer menschlichen Gemeinschaft voraus, u.a. unter Verweis auf Luhmann, für den Werte Bestandteile unserer Kommunikation sind. Nach Habermas könne der Mensch, so Verf., nur in sprachlichen Begriffen denken. Sprache ist eine notwendige Voraussetzung für das Denken. Verf. weist darauf hin, dass sich bei Kindern nach Erkenntnissen von Entwicklungspsychologen schon vor dem Erwerb von Sprache Vorstellungen von Moral bilden. Eine differenzierte Sicht von Moral erfolge mit dem Spracherwerb. Die kognitive Seite des Morallernens ist hiernach die Aneignung moralischer Regeln. Die Befolgung oder Anwendung moralischer Regeln, also moralisches Handeln, bleibe aber die Entscheidung jedes Einzelnen, sie sei abhängig von seiner Motivation. Wenn Erziehung sich nicht in schnell verbrauchten Appellen erschöpfen will, könnte sie sich hier verabschieden und das Feld den Psychologen überlassen. Mir scheint, es gibt eine Alternative mit der Schaffung eines sozialen Umfeldes, in dem moralisches Handeln anderer für das Kind erfahrbar wird und in dem es sich als moralisch handelndes Wesen erproben kann. – Verf. baut seine Argumentation so auf, dass an deren Schluss das Morallernen steht. Dadurch bleibt ein anderes Problem der Moraldiskussion unberücksichtigt: das Verhältnis von ökonomischen Interessen und moralischen Entscheidungen in komplexen Gesellschaften. Friedhelm Zubke (Göttingen)

Tippelt, Rudolf, Thomas Rauschenbach u. Horst Weishaupt (Hg.), *Datenreport Erziehungswissenschaft 2004*, Schriftenreihe der DGfE, VS, Wiesbaden 2004 (258 S., br., 19,90 €)

Krüger, Heinz-Hermann, u. Thomas Rauschenbach (Hg.), *Pädagogen in Studium und Beruf. Empirische Bilanzen und Zukunftsperspektiven*, VS, Wiesbaden 2004 (300 S., br., 21,90 €)

Ist das Sammeln von Daten über die eigene Disziplin ein gutes oder ein schlechtes Zeichen für ihren Entwicklungsstand? Meint die Disziplin, sich konsolidiert zu haben und mit Erfolgen aufwarten zu können oder handelt sie unter Rechtfertigungsempfinden? Wenn Ersteres zutrifft, befindet sich die Erziehungswissenschaft deutlich im Aufwind. Seit einigen Jahren ist eine Fülle an Daten greifbar, die Auskunft gibt über ihr wissenschaftliches Personal, ihre Lehr- und Forschungsleistungen sowie die Berufsaussichten ihrer Absolventen.

Der im Auftrag des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) ausgearbeitete *Datenreport Erziehungswissenschaft 2004* erscheint bereits in der dritten Auflage. Er liefert Informationen über Deutschland, Österreich und die Schweiz. Die erziehungswissenschaftlichen Studierenden teilen sich auf den Lehramtsbereich, auf Magister- und Diplomstudiengänge sowie mit noch geringen Fallzahlen auf BA- und

MA-Studiengänge auf. Eine einheitliche strukturelle Ausgestaltung oder ein Curriculum lassen sich weder über die genannten Studiengänge hinweg noch innerhalb dieser erkennen. Die laufende Umstellung auf BA/MA erhöht die Heterogenität eher noch, als dass sie sie verringert. Bemerkenswert für die zukünftige Disziplinentwicklung ist, dass die BA/MA-Module offensichtlich stärker ›Kompetenzen‹ als systematisches Wissen vermitteln (sollen) – mit der Folge, dass die Allgemeine Erziehungswissenschaft, früher einer der Hauptpfeiler von Magister- und Diplomstudiengängen, nur noch mit einem äußerst geringen Studienanteil vertreten ist. – Im Vergleich zu anderen Studiengängen weisen die erziehungswissenschaftlichen eine eher günstige Absolventenquote auf: 60 % der Lehramtsstudierenden, 40 % der Diplom-Studierenden, aber weniger als 20 % der Magister-Studierenden machen einen Abschluss. Bei Lehramtsstudierenden wurden in den 1990er Jahren im Schnitt 90 % der Absolventen des ersten Staatsexamens in den Vorbereitungsdienst übernommen und fanden anschließend eine Stelle.

Als akademische Disziplin musste die Erziehungswissenschaft einen starken Stellenabbau verkraften. Zwischen 1982 und 1997 verlor sie ein Viertel ihrer Professuren, um seither nochmals einen Stellenrückgang um 15 % zu verzeichnen. Hinzu kommt eine Verschiebung zu Ungunsten von C4-Professuren – in einem Fach, das schon immer einen geringeren Anteil an C4-Professuren aufwies. Die Bilanz der Nachwuchsrekutierung fällt ebenfalls kritisch aus: Im Vergleich zu anderen Disziplinen weist die Erziehungswissenschaft einen geringen Anteil an befristeten Qualifikationsstellen sowie an Promotionen und Habilitationen auf, bei einer niedrigen Gesamtzahl an Mittelbaustellen dagegen einen hohen Anteil an dauerhaft beschäftigtem Personal mit Lehraufgaben. Diese relative Forschungsferne schlägt sich auch darin nieder, dass an knapp der Hälfte der deutschen Universitäten mit erziehungswissenschaftlichen Professuren diese im Durchschnitt nur eine geringe Zahl an Drittmittelprojekten haben und eine niedrige Publikationstätigkeit aufweisen. Lediglich acht Hochschulen verfügen über forschungsintensive Professuren in der Erziehungswissenschaft (mit hoher Zahl an Drittmittelprojekten und mehreren Drittmittelstellen oder zahlreichen Veröffentlichungen). Erfreulicher fällt dagegen die Gleichstellungsbilanz aus: Die Hälfte aller Mittelbaustellen und mehr als ein Viertel der Hochschullehrerstellen ist bereits mit Frauen besetzt und die Quote der Erstberufungen von Professorinnen liegt seit mehr als zehn Jahren bei rund 33 %. Insgesamt wird Erziehungswissenschaft als Studienfach immer stärker nachgefragt, aber zugleich werden an den Universitäten immer mehr Stellen gestrichen.

Der Band *Pädagogen in Studium und Beruf* schließt an, wo der Datenreport aufhört, indem detailliert Informationen zum *beruflichen Werdegang* von Diplom-, Magister- und Sozialpädagogikstudierenden zusammengetragen werden. Dafür wurden mehr als 5000 Absolventinnen und Absolventen der letzten Jahre befragt sowie für Aussagen über die langfristige Berufsentwicklung weitere 770 aus den 1970er und 80er Jahren. – Der Anteil von Magisterstudierenden im Hauptfach nimmt seit Jahren zu und liegt heute bei rund einem Drittel der Studienanfänger. Knapp 60% der Magisterstudierenden werden an nur vier Universitäten ausgebildet (München, Heidelberg, Leipzig, Fernuniversität Hagen). Im Unterschied zu Magister- stammen Diplom-Pädagogen deutlich häufiger aus Familien mit höchstens mittleren Bildungsabschlüssen. Bei Beendigung ihres Studiums sind Diplom- und Magister-Studierende im Schnitt gut 33 Jahre alt; 80 % von ihnen sind Frauen.

Die berufliche Situation der Pädagogikabsolventen ist zwiespältig zu beurteilen. Immerhin sind zwei bis fünf Jahre nach dem Examen mehr als 80 % der Absolventen erwerbstätig und nur 2,7 % (Magister) bzw. 4,9 % (Diplom) arbeitslos. Die übrigen Diplomanden und Magister sind nicht erwerbstätig, haben also ein Zweitstudium

aufgenommen, promovieren außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses oder nehmen Familienaufgaben wahr. Doch stehen weniger als zwei Drittel der Erwerbstätigen in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis, und nur ein geringer Anteil wird akademikeradäquat mindestens nach BAT III bezahlt. – Für beide Berufsgruppen (für ein Viertel der Magister und ein Drittel der Diplomanden) ist der Bereich der Sozialen Arbeit das wichtigste Beschäftigungsfeld. Wichtigste Arbeitgeber sind öffentliche und gemeinnützige Träger. Während das zweite große Beschäftigungsfeld für Diplomanden der Bereich der Rehabilitation ist, sind die Magister v.a. in nicht-pädagogischen Arbeitsfeldern tätig. Konsequenterweise stellen bei Diplomanden Wohlfahrtsverbände und Kirchen den dritten großen Arbeitgeber, während dies bei Magistern private Arbeitgeber sind.

Auf lange Sicht gesehen zeigen die Untersuchungen, dass die Diplomanden enorm von der Expansion des Bildungs- und Erziehungswesens profitiert haben. Sowohl in den 1970er als auch in den 80er und 90er Jahren war jeweils ein Drittel der Stellen für Diplom-Pädagogen gerade erst neu geschaffen worden. Ihre Tätigkeiten lassen sich zwei großen Bereichen zuordnen: der Organisationsentwicklung und der individuellen Beratung. In allen Berufsfeldern stehen sie jedoch in Konkurrenz zu anderen – häufig nicht-universitär ausgebildeten – Berufsgruppen, sodass die Expansion mit einer deutlichen Absenkung der Einordnung in das Gehaltsgefüge bezahlt wurde. – Restümierend lässt sich vermuten, dass auch bei diesem Band eher die Notwendigkeit der Außendarstellung aus Schwäche als die eigene Stärke die Motivation der Untersuchungen war. Dennoch lohnen sich beide Bücher: der Datenreport für den innerdisziplinären Diskurs, der Berufsreport für Pädagogik-Studierende, die sich ein Bild davon machen wollen, was sie nach dem Studium erwartet. Sigrd Blömeke (Berlin)

Soziale Bewegungen und Politik

Bello, Walden, *De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung*, VSA, Hamburg 2005 (166 S., br., 14,80 €)

Verf. ist einer der Stars der internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Da der philippinische Professor und Direktor der NGO *Focus on the Global South* hierzulande jedoch noch nicht so bekannt ist, hat sich VSA entschieden, eine Sammlung seiner Aufsätze aus den Jahren 1999 bis 2004 herauszugeben. In ihnen widmet sich Verf. den klassischen Themen der Gegen-Globalisierer: der Armut ›des Südens‹, Möglichkeiten der Regulation der Finanzmärkte, den schädlichen Folgen des globalen Freihandels und Amerikas jüngsten Kriegen. Dabei kommt er zu den erwarteten Schlussfolgerungen: Die Länder des ›Südens‹ werden durch ›den Norden‹ politisch wie ökonomisch unterdrückt – Instrumente hierfür sind die supranationalen Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), Welthandelsorganisation (WTO) und die G7. Der Freihandel untergräbt die Wirtschaften ökonomisch unterlegener Länder; das Finanzkapital bewegt sich ungehemmt und krisenhaft über den Globus auf der Jagd nach immer höheren Renditen und hinterlässt regelmäßig Zusammenbrüche und Armut in der Dritten Welt. Die »konzerngetriebene Globalisierung« (61) bewirkt immer mehr Krisen, und dies hat laut Verf. zu einer »Legitimationskrise« der Globalisierung und der sie vorantreibenden Institutionen – Weltbank, IWF, WTO, G7 – geführt. Diese Krise müsse man jetzt nutzen.

Verf. geht nicht nur analytisch vor, sondern auch taktisch. Er setzt der Bewegung Ziele: Der IWF soll in eine »Forschungseinrichtung« umgewandelt und »die Ausweitung des Freihandelsmandats der WTO um jeden Preis vereitelt« werden (60). Ziel soll es

sein, »den Freihandelszug zum Entgleisen zu bringen« (63), indem man »die künftigen Ministerrunden (der WTO) in Dissens und Streit auseinandergehen« lässt (62) und die »Auflösung der Allianz zwischen den USA und der EU durch Ausreizen des US-EU-Konflikts« bezüglich der Agrarsubventionen (63) vorantreibt. Hier setzt Verf. konsequent am Schwachpunkt der WTO an, war es doch genau dieser Konflikt, der in Seattle und Cancún zum spektakulären Scheitern der WTO-Verhandlungen führte. Strategisch klug analysiert er das internationale Kräftegleichgewicht, neigt jedoch dazu, »in den Feinden des Gegners ohne weitere prinzipielle Überlegungen einen Verbündeten zu sehen« (14), wie auch die Hg. kritisch anmerken. Zu diesen zweifelhaften Verbündeten gehören etwa Widerstandsbewegungen im Irak, die Verf. zwar auf seiner Seite sieht, die ihrerseits aber wenig Interesse an seinem De-Globalisierungsprojekt haben dürften.

Als Feind sieht Verf. – neben den USA – das Nicht-Nationale: die transnationalen Unternehmen, das globale Finanzkapital und die internationalen Institutionen. Seine kenntnisreiche Kritik dieser Akteure führt mitten in eine Widerspruchskonstellation der Linken: Wie umgehen mit fortschrittlichen Entwicklungen globaler Strukturen in neoliberalen Formen? Ansätze linker und linksliberaler Kritiker sowie Perspektiven eines globalen Keynesianismus erteilt Verf. eine Absage, da sie IWF und Weltbank nur effizienter machen wollen, ohne ihre Grundlagen zu verändern. Er setzt auf ein *dismantling* dieser Institutionen und auf die Konstruktion von etwas Neuem – aber nicht ›von oben‹ im Sinne einer illusorischen neuen Architektur von Weltinstitutionen. Die Kombination aus Radikalität und Realismus macht für viele den Reiz seiner Thesen aus. Als Lösung favorisiert er eine »De-Globalisierung«, die dem Buch den Namen leiht. Dabei geht es nicht um naive Autarkievorstellungen, sondern um eine Reorientierung der Produktionsweise auf lokale Bedingungen und Märkte. Dies impliziert: Finanzmittel für Investitionen sollen statt im Ausland im Inland beschafft werden; es brauche ein »neues Produktionsgefüge«, das Gemeindekooperativen, Privatunternehmen und staatliche Unternehmen umfasst und transnationale Unternehmen ausschließt, sowie eine Förderung der »Produktion von Gütern auf lokaler und nationaler Ebene, um das Gemeinschaftsgefüge zu erhalten« (65).

Bellos Ideengebäude umfasst alle Schwachpunkte jener, die Globalisierungskritik ohne Kapitalismuskritik betreiben. Ausgebeutet wird bei ihm zum Beispiel ›der Süden‹, wobei in diesem Begriff vom Slumbewohner bis zum Staatspräsidenten alle Bewohner vereint sind. Er hat eindeutige Präferenzen im Hinblick auf Unternehmen: Kleine sind besser als große, nationale sind besser als transnationale und produktives Kapital ist besser als Finanzkapital. Prinzipiell sieht Verf. im Kapitalismus eine Fülle von Möglichkeiten für den Menschen, die bislang allerdings nicht richtig und nur zum Nutzen weniger eingesetzt werden. So sind IWF-Gelder gut für ein armes Land – schlecht ist nur, dass ihre Vergabe an Auflagen gekoppelt wird. Kredit ist gut – schlecht ist nur, wenn er verweigert oder zurückgefordert wird. »Entwicklung« ist gut, nur wird sie permanent verhindert. Auch Lohn, Gewinn und Privateigentum sind nützliche Einrichtungen – nur darf der Lohn nicht zu niedrig sein, der Profit nicht zu hoch und das Eigentum müsste gerecht verteilt werden.

Dass die Funktionsbedingungen des Kapitalismus und die Profitproduktion einem guten Leben für alle Menschen zuwider laufen, weiß Verf. auch. Daher fügt er seiner De-Globalisierungs-Liste noch eine Reihe antikapitalistischer Forderungen hinzu: »Einkommensumverteilung« und »Landreform«. Es gelte, »die Betonung von Wachstum und Gewinnmaximierung zu verringern«, »strategische Wirtschaftsentscheidungen nicht dem Markt zu überlassen, sondern der demokratischen Willensbildung«. Prinzipiell müsse der »private Sektor und der Staat der dauerhaften Kontrolle durch die Zivilgesellschaft

unterstellt« werden (65). Eine »Strategie« müsse her, »die die Marktlogik und das Streben nach Kosteneffizienz bewusst den Werten von Sicherheit, Fairness und gesellschaftlicher Solidarität unterordnet« (ebd.). Bellos Zuversicht, dass dies machbar sei, macht ihn attraktiv für soziale Bewegungen vieler Couleur. Stephan Kaufmann (Berlin)

Foltin, Robert, *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich*, edition grundrisse, Wien 2004 (352 S., br., 18 €)

Wer hätte das gedacht? Nicht nur, dass sich über dreihundert Seiten mit Bewegungsgeschichte à la Austria füllen lassen, in der Abwandlung des titelgebenden Zitats wird zudem zweierlei deutlich: Der Autor bezieht sich selbst mit ein und gibt darüberhinaus Auskunft über die Triebkräfte von Veränderungen. Nicht die Anhäufung spezieller Ressourcen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder die Vorgaben der herrschenden Klasse bringen gesellschaftlichen Wandel hervor. Es sind vielmehr die Kämpfe der Bewegungen selbst, die die Institutionen des Kapitalismus zu Reaktionen zwingen. Zumindest behauptet das der postoperaistische Ansatz, den Negri und Hardt formuliert haben und vor dessen Hintergrund Verf. seine Studie ausbreitet.

Der Operaismus kommt zwar aus Italien, hat aber im benachbarten Österreich kaum merkliche Spuren hinterlassen. Die größten Auswirkungen auf soziale Bewegungen in Österreich hatten immer eindeutig die aus der BRD. Übereinstimmungen gibt es hier bis hin zu den Bewegungsformationen und den Namen der Gruppen: Selbst ein Besuch des Schahs von Persien (in Wien im Januar 1969) zählt zu den Höhepunkten der 68er-Bewegung. Und dass der Kommunistische Bund (KB) ab Mitte der 1970er Jahre versuchte, sich an die Spitze der Anti-AKW-Bewegung zu stellen (110), ist ebenso wie die Medienpräsenz der »Autonomen« in den 1980ern nicht gerade ein spezifisch österreichisches Phänomen.

Anders ist hingegen der schwächere Bezug der 68er-Bewegung zur theoretischen Arbeit ebenso wie zur Militanz (74). Ob dieses oder jenes der Grund für die weniger starken Folgewirkungen des »Denkens von 68« in Österreich war, lässt Verf. allerdings offen. Die studentische Linke in Österreich hat bis in die 1990er nicht die Dominanz an den Universitäten entwickeln können, die sie in Deutschland inne hatte. Und auch die Partei der Grünen war zu keinem Zeitpunkt als »Anti-Parteien-Partei« konzipiert, sondern hatte den Bewegungsflügel schon gestutzt, bevor er sich für die Partei interessierte. In den 1970ern – in Deutschland dominiert durch maoistische »K-Gruppen« – sei in Österreich der Trotzismus »innerhalb der radikalen Linken immer stärker verankert« (89) gewesen als in der BRD. Verf. vermutet, dass dies, ähnlich wie in Großbritannien, auf die damalige Offenheit der Sozialdemokratie zu ihren Rändern hin zurückzuführen ist. Das massive Auftreten von Trotzisten beim *Austrian Social Forum* in den letzten Jahren mag davon ein Ausläufer sein. Auch die immer noch relativ präzente Frauenbewegung hat mit dem künstlerischen Feld durchaus andere Ursprünge als die deutsche. Und nicht zuletzt die Hinwendung zu »unterdrückten Völkern« ab Mitte der Siebziger habe sich anders gestaltet. Sie richtete sich in Österreich nicht allein auf andere Weltregionen, sondern fand jene u.a. in den gelebten Existenzen der slowenischen Minderheit im südlichen Bundesland Kärnten vor (107ff). Ein Bewegungsfokus, der in gewisser Weise bis heute seine Relevanz nicht verloren hat, weigert sich die von Jörg Haider geführte Landesregierung doch nach wie vor, die verfassungsmäßig garantierten zweisprachigen Ortstafeln aufzustellen. – Der Verlauf der Bewegungszyklen liest sich im Großen und Ganzen aber schon wie ein verkleinertes Spiegelbild jener in Deutschland, in dem nur die Anlässe der linken, ökologischen und autonomen Kämpfe andere Namen hatten. Abgesehen davon, dass ein solch

zusammenfassender Überblick aus undogmatisch linksradikaler Perspektive für Deutschland noch aussteht, ist es gerade die Einbindung alternativer Landeskunde in internationale politische Entwicklungen und aktuelle Theorie, die das Buch unbedingt lesenswert macht.

Mit den Protesten gegen die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ im Jahr 2000 gibt es in Österreich aber doch Bewegungserfahrungen, die sich von der Situation in Deutschland gründlich unterscheiden. Verf. stellt sie einerseits in Zusammenhang mit der konservativen Wende in den 1980er Jahren, als Haider die FPÖ übernahm und der Ex-Nazi Kurt Waldheim Präsident wurde. Die Präsidentschaft Waldheims (1986-1992) habe den österreichischen Antisemitismus reaktiviert, aber auch eine Gegenbewegung hervorgerufen und die erste Auseinandersetzung mit der Rolle Österreichs im NS ermöglicht (160f). Andererseits diskutiert Verf. die Bewegung gegen Schwarz-Blau im Kontext der zeitgleich erstarkenden globalen Protestbewegungen als Aufkommen »neuer Subjektivitäten« (242ff). Sie wird dabei nicht nur – wie alle anderen Bewegungen auch – detailreich geschildert, sondern auch über ihren nationalen Rahmen hinaus als Teil eines weltweiten und vielgestaltigen Protests »gegen das rassistische Kontrollregime« (250) aufgefasst. Damit legt Verf. eine Arbeit vor, die die sozialen Proteste nicht nur historisch gut einordnet und verständlich beschreibt, sondern auch theoretisch anspruchsvoll ist.

Verf. veranschaulicht so optimistische Ansätze wie die von Negri/Hardt oder Holloway, und macht sie damit diskutabel. Zwar werde nicht mehr nur die Arbeit, sondern das ganze Leben durch die herrschenden Strukturen organisiert. Dass es zu dieser Form der Herrschaft, Biomacht genannt, gekommen ist, die den Ausstieg aus der Fabrik in Freisetzung aus geregelten Arbeitsverhältnissen und alternative Selbsthilfe in neoliberale Eigenverantwortung transformiert, dazu haben letztlich die radikalen sozialen Bewegungen in nicht geringem Maße beigetragen. Aber gerade daran lasse sich auch deren Macht ablesen. Wenn die gegenwärtigen Entwicklungen als »Antworten auf Widerstand und Revolten« (186) zu lesen sind, bliebe auf jeden Fall zu diskutieren, warum wir dann, bei so wirkmächtigen Bewegungen, nicht längst in einer besseren Welt leben. Jens Kastner (Wien)

Flügel, Oliver, Reinhard Heil u. Andreas Hetzel (Hg.), *Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2004 (335 S., geb., 59,90 €)

In Zeiten neoliberaler Entpolitisierung und politischer Apathie klingt der Buchtitel wie eine wundersame Verheißung. Wie diese Renaissance verstanden werden kann, ist allerdings bereits in den Beiträgen, die sich einem »emphatischen Denken des Politischen« (7) verpflichtet fühlen, sehr disparat angelegt. Die Autoren, einige davon aus dem Graduiertenkolleg »Technisierung und Gesellschaft« an der TU Darmstadt, widmen sich unterschiedlichen radikaldemokratischen Ansätzen postmoderner und post-strukturalistischer Denkrichtungen, die im französischen und angelsächsischen Diskurs bereits eine lange Rezeptionsgeschichte haben, hierzulande allerdings eher am Rande kritischer Gesellschaftstheorie wahrgenommen werden. Insofern wird mit diesem Band für die hiesige demokratietheoretische Debatte ein außergewöhnlicher Beitrag geleistet. Besprochen werden politiktheoretische Beiträge etwa aus dem Umfeld der französischen Gruppe »Socialisme ou Barbarie« (u.a. Lefort, Lyotard) (1), dem Kreis um Louis Althusser (u.a. Badiou, Rancière, Balibar) (2) sowie der dekonstruktiven Philosophie Jacques Derridas (u.a. Laclau, Mouffe) (3). Allerdings fehlen auf der Liste der Verfechter eines Eigensinns oder einer Rückkehr des Politischen ebenso nicht solche konträren Positionen, wie sie in der Debatte um Negri/Hardts Verteidigung einer Multitude einerseits oder Žižeks

Begriff des Politischen als Kunst des Unmöglichen andererseits zum Ausdruck kommen. Zwar ist es damit gelungen, erste Einblicke in die einzelnen Betrachtungen des Politischen (in Abgrenzung zu Politik) zu liefern, die grundlegenden Divergenzen der jeweiligen Ansätze, die fruchtbar voranzutreiben wären, bleiben noch offen im Raum stehen.

Konsens herrscht bei den Hg. darin, »das Politische als radikal-demokratische Praxis der Selbstinstitutionierung von Gesellschaft« (7) geltend zu machen. Das Politische sei nicht mehr als »fixes Ensemble von Institutionen«, »gesellschaftliches Teilsystem« oder als »Staat« (ebd.) zu begreifen, sondern als »konstitutiv umkämpftes Terrain, dessen Grenzen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen« (ebd.). Mitsamt einer kritischen Auffassung des Staates gehe die Folgerung einher: »die Gesellschaft gibt es nicht« (9). Gerade die »theoretische als auch praktische Auseinandersetzung um die Gestalt der Gesellschaft« (ebd.) wollen sie als das Politische begreifen. Weder ein einmaliger revolutionärer Akt noch ein eindeutiges kollektives Subjekt, etwa das Proletariat, erwirke das Ende der gesellschaftlichen Auseinandersetzung (und somit das Ende der Politik), sondern die marginalisierten und unterdrückten Gruppen – Frauen, Homosexuelle, Umweltbewegte, Pazifisten, Migranten, Behinderte, Gefangene oder Patienten (vgl. 10) – befinden sich im dauerhaften Kampf gegenüber gesellschaftlicher Vorherrschaft, Homogenisierung und Normalisierung. Die Problematik radikaldemokratischer Ansätze, die etwa von Demirović betont wird, dass die einzelnen Gruppierungen ihre Partikularinteressen in ständiger neuer Anstrengung antizipieren und im permanenten Kampf vorbringen müssen, bleibt hier noch weitestgehend unbedacht. Die Gemeinsamkeit dieser Bewegungen bestehe einzig und allein in der »Abwesenheit eines letzten Ziels, die Verabschiedung der großen Perspektive einer mit sich versöhnten und vernünftigen Gesellschaft« (10). Anstatt einer einmaligen gesellschaftlichen Transformation bleibe ein »radikal verstandener demokratischer Prozess, der per se kein Ende finden darf« (11). Die »Unbestimmbarkeit von Demokratie« wird mit den Vorstellungen, dass »die Mitte der Macht leer bleibt« (Lefort) oder die Demokratie notwendig »im Kommen bleibt« (Derrida) proklamiert.

Die Frage nach dem Eigensinn oder gar dem Begriff des Politischen wurde bislang vorwiegend rechts-konservativen Theoretikern, etwa Schmitt, überlassen. Marxistische Positionen der ›alten Linken‹ werden dekonstruiert oder als orthodox, objektivistisch oder ökonomistisch determiniert verworfen (9). Andere Denker und Denkerinnen, die gegenüber Schmitt eigene Überlegungen über das Politische wagten, etwa Arendt, wurden als bürgerlich-liberale Positionierung abgetan. Die politiktheoretische Debatte bewegt sich somit nach wie vor zwischen zwei Polen, das Politische allein in seiner Konflikthaftigkeit und Agonalität zu sehen, mit der Schwierigkeit sich von der (rechts-)radikalen Begriffsbestimmung von Schmitt abzugrenzen, oder das Politische als Möglichkeit der Kommunikation, der Diskussion zu begreifen, wie dies Vertreter deliberativer Demokratie thematisiert haben, die mit der Kritik konfrontiert sind, politisches Handeln nur in abstrakten Vernunftkategorien zu verstehen und von gesellschaftlicher Praxis zu abstrahieren. Es bleibt weiterhin herauszuarbeiten, welchen Beitrag die unterschiedlichen kritischen Theorieansätze, wie sie in dem Aufsatzband vorgestellt werden, für eine tatsächliche Neubestimmung des Politischen liefern, die dieser Zweiteilung von politischer Theorie und Praxis zuwiderläuft.

Bettina Lösch (Köln)

Geschichte

Browning, Christopher, *Die Entfesselung der »Endlösung«*. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942, Propyläen, München 2003 (832 S., Ln., 35 €)

Der Holocaust und seine Vorgeschichte (Antijudaismus, Antisemitismus, antijüdische Pogrome) sind intensiv erforscht, dokumentiert und dargestellt. Raul Hilbergs »Die Vernichtung der europäischen Juden« (Frankfurt/M 1990) und das achtbändige Werk von Leon Poliakov (Worms 1977-1987 u. Frankfurt/M 1988) haben ein breites und zuverlässiges Fundament geschaffen. Dennoch verdient das vorliegende Werk Aufmerksamkeit: Hilberg nennt Browning »einen der besten Kenner der Holocaust-Forschung« und sein Buch »die mit Abstand gründlichste Analyse des Entscheidungsprozesses, der zur Ermordung der Juden im nationalsozialistisch besetzten Europa führte«.

Verf. skizziert die 2000-jährigen spannungsreichen Beziehungen zwischen den europäischen Juden und den christlichen Kirchen, fragt nach der besonderen Rolle Deutschlands bei der Herausbildung eines militanten Antisemitismus seit dem 19. Jh. und der Haltung der konservativen Eliten gegenüber den Juden schon im Kaiserreich. Erst dann folgen die zentralen Kapitel über die Vorbereitung und Durchführung der »Endlösung« im Kontext des Polenkrieges und des »Vernichtungskrieges« gegen die Sowjetunion. Das Schlusskapitel thematisiert die Rolle Hitlers im Entscheidungsprozess und fragt nach der Rolle der »Deutschen« bei der »Endlösung«. Diese besonders sensible Frage behandelt Verf. wesentlich differenzierter und analytisch tiefer als Goldhagen. Für »die meisten Deutschen« kennzeichnend sei die Ambivalenz von Zuschauern und Wegschauern etwa beim Pogrom der »Kristallnacht« einerseits und der Ärger über die dabei praktizierte Gewalt und Zerstörung von Eigentum andererseits gewesen. Wie aber konnten »gewöhnliche« Deutsche innerhalb von drei Jahren von »Zuschauern«, die »tätliche Angriffe« verabscheuten, zu »willigen Vollstreckern« von Massenmord werden?

Hier verweist Browning auf jene Besonderheiten der deutschen politischen Kultur, die seit dem Kaiserreich die Dominanz erlangt hatten: Die Forderungen nach »Pflichterfüllung« und »Patriotismus« schufen die Basis für die Härte und Brutalität, mit der dann die Ideologie von rassischer und kultureller Überlegenheit gegenüber den slawischen Völkern wie gegenüber den Juden bis hin zum Völkermord und »Vernichtungskrieg« bereitwillig praktiziert worden ist. Diese Kausalprozesse hat die deutsche wie die internationale Faschismusforschung in den letzten 60 Jahren intensiv und im Ganzen überzeugend herausgearbeitet.

Unterbelichtet bleiben die Antriebskräfte, die aus dem Expansionsdrang des deutschen Großkapitals entsprangen und sowohl den »Rassenimperialismus« wie den »Vernichtungskrieg« vorantrieben. Diese Lücke ist erstaunlich, weil das Militärtribunal der Alliierten nach der Niederwerfung des faschistischen Regimes dazu sowohl sehr beweiskräftiges Dokumentenmaterial vorgelegt, als auch ein präzises Urteil über diese »Kriegsverbrechen« formuliert hat. Die Antriebskräfte für Krieg und Massenmord waren eben nicht nur in den Köpfen und Herzen von Millionen von Deutschen angesiedelt, sondern auch in der Logik großkapitalistischen Konkurrenzkampfes und Expansionsdrangs.

Reinhard Kühnl (Marburg)

Langkau-Alex, Ursula, *Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau*, 3 Bde., Erster Band: *Vorgeschichte und Gründung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront* (XIX u. 358 S., geb., 39,80 €); Zweiter Band: *Geschichte des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront* (XVIII u. 590 S., geb., 59,90 €); Dritter Band: *Dokumente, Chronik und Verzeichnisse* (XVI u. 544 S., geb., 59,90 €), Akademie, Berlin 2004-2005

Volksfront für Deutschland? So überschrieb kürzlich die *Stuttgarter Zeitung* (v. 1.2.05, 5) einen Bericht über neonazistische Umtriebe. Mitten im Deutungskampf um »die« Geschichte werden Begriffe verwischt oder verdreht. »Befreiungsbewegungen« werden – sogar bei Historikern wie Gerd Krumeich in der *Süddeutschen Zeitung* – in Zeiten des Neoliberalismus als Anachronismus betrachtet, im Nachhinein wird ihnen die Berechtigung entzogen. Auch was »Volksfront« bedeutet, ist zunehmend unbekannt. So bleibt unbegriffen, was die »Deutsche Volksfront« im Angesicht der Herrschaft des Faschismus und mit ihm kollaborierender Staaten geleistet hat, obwohl sie das Hitler-Regime nicht zu Fall bringen konnte.

Verf. hat ein Fundamentalwerk vorgelegt. Auf 1500 Seiten entfaltet die Exilforscherin ein zentrales Produkt ihrer langjährigen Forschungen. Allein 30 weitere eigene Beiträge zum Thema sind im Literaturverzeichnis aufgeführt. Die ersten beiden Bände befassen sich mit der Vorgeschichte, Gründung und Tätigkeit des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront. Der dritte Band enthält Dokumente, Chronik und Verzeichnisse und ist mit einer Nachbetrachtung versehen. Die Namen der Gründungsteilnehmer des Ausschusses lassen sich als große Sammlung bedeutender deutscher Persönlichkeiten lesen, deren Biographien und Wirkung unterschiedlicher nicht hätten sein können: führende Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid, Victor Schiff, Jacob Walcher, Paul Frölich, Walter Fabian, Arthur Crispian, die Frauenrechtlerin Marie Juchacz, der spätere erste bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, die Schriftsteller und Künstler Heinrich Mann, Ernst Toller, Ludwig Marcuse, Alfred Kerr, Lion Feuchtwanger, die Kommunisten Willi Münzenberg, Franz Dahlem, Gustav Regler, Willi Bredel u.a. Insgesamt 92 Menschen waren 1936 im Pariser Hotel *Lutetia* zusammengekommen.

Umdeutungsversuchen und dem falschen Gebrauch von Begriffen begegnet die Verf. mit der Darstellung des historischen Kontexts. Die »Volksfront«-Losung und -Bewegung hat sich in erster Linie gegen den »Nationalsozialismus« gerichtet und auf Verteidigung der Republik von Weimar, nach 1933 auf Wiederherstellung demokratischer Freiheiten und Rechte. Die Volksfront hatte als Bündnis aus liberalen Demokraten, katholischen Gewerkschaftlern, Zentrumsleuten in den »Hindenburg-Ausschüssen« begonnen und wurde letztendlich mit Unterstützung der SPD seit Anfang 1932 umzusetzen versucht. Es sollte zunächst eine »Sammlungsbewegung« ohne Kommunisten werden. Die Verf. schildert die Einflüsse des Verlaufs der Volksfront in Frankreich und Spanien sowie die Kommunisten-Prozesse in Moskau Mitte der 30er Jahre auf die Bildung des Volksfrontausschusses in Paris, die – neben noch heterogenen Emigrantengruppen – am 2. Februar 1936 zu einer Einigung führten, die leider nur ein gutes Jahr hielt. Heinrich Mann wurde zum Präsidenten des Ausschusses gewählt. Verf. hebt hervor, dass unter schwierigsten Bedingungen der Emigration und gruppen- bzw. parteispezifischer Selbstfindungsprozesse, »Männer und Frauen über weltanschauliche Gegensätze hinweg gemeinsam aktive Opposition gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat betreiben konnten und betrieben« (Bd. 3, Nachwort). Dieser demokratische Impuls strahlte in die verschiedenen Emigrationszentren aus und wirkte nach Deutschland hinein. Die Volksfront bereitete den Boden für die Rufe nach Einheit, einem

neuen »sozialistischen Humanismus« und der Versöhnung von Freiheit und Marxismus nach dem Sturz des Hitlerregimes. Dieser Einigungswille offenbarte sich auch in den Bestrebungen ordnungs- und rechtspolitische Grundsätze zu entwickeln, die das Aufkommen eines neuen Faschismus schon im Keim ersticken sollte.

Johannes Klotz (Bremervörde)

Knabe, Hubertus, *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland*, Propyläen, Berlin 2005 (388 S., Ln., 24 €)

Neue Einsichten über die Ursachen der sowjetischen Gewalttaten, über ihre Verbreitung und Ahndung werden von Knabe nicht präsentiert, man könnte meinen, die Rotarmisten seien ausnahmslos Sadisten und von Rachegefühl Getriebene gewesen. Knabe reproduziert Stereotype der NS-Propaganda, die von »Untermenschentum«, »asiatischen Horden« und »Mongolen« sprach und leistet dem Rassismus Vorschub. Der ehemalige Mitarbeiter der »Gauk-Behörde« ist zu Differenzierungen bzw. zur Präsentation weit- und umsichtiger Erklärungen, die alle Perspektiven in die Betrachtung mit einbeziehen, nicht in der Lage, die Geschichte der Befreiung Deutschlands stellt er nicht angemessen dar.

Schon im Vorwort stellt Knabe seine These auf: Die Rote Armee hätte nicht im Sinn gehabt, »den Deutschen die Freiheit« zu bringen, vielmehr hätten »die kriegsmüden sowjetischen Soldaten« – »aufgerufen zu gnadenloser Rache« – »zehntausende Zivilisten [...] beim Vormarsch der Truppen in Ostdeutschland liquidiert, schätzungsweise zwei Millionen Frauen und Mädchen vergewaltigt, ein Großteil der Gebäude geplündert und verwüstet« (9). Dies habe den Abtransport in »Vieh wagons« zur Zwangsarbeit beinhaltet, deutsche Kriegsgefangene seien in »neuen Konzentrationslagern« untergebracht worden, die »oft die alten waren«, »wie in Buchenwald, Jamlitz oder Sachsenhausen«, die Rote Armee wird verantwortlich gemacht für 2,5 Mio. deutsche Tote durch »Flucht, Vertreibung oder Verschleppung« (ebd.). Der »sowjetische Terror« sei die »Voraussetzung für die Etablierung der SED-Diktatur« (10) gewesen. Mit der Aufgabe der Wissenschaft im Allgemeinen, Ursachen und Zusammenhänge geschichtlicher Entwicklungen zu ergründen, sie zu beschreiben, um ein möglichst ganzheitliches Bild von »der« Geschichte zu erstellen, hat Knabes Ansatz nichts zu tun. Sein Antrieb ist ein anderer: Das Grausame und der Schrecken »des« anderen »totalitären« Staates im Bund mit Hitler wird vorgeführt. Ohne Zweifel gab es diese Verbrechen der Sowjetarmee. Ohne Zweifel trug diese und die stalinistische Führung der Sowjetunion dafür die Verantwortung. Die Stalin-Zeit war weder vom Humanismus noch von der Garantie bürgerlicher Freiheiten geprägt, sondern macht- und gewaltorientiert. Der Mensch als Individuum bedeutete wenig.

Deutschland »die« (welche?) Freiheit zu bringen, war in der Tat nicht das Ziel der sowjetischen Strategie, vielmehr ging es – und nichts anderes wurde und wird behauptet, um die »Befreiung« vom Faschismus, der Europa und die Welt mit einem Vernichtungskrieg überzogen hat. Nachdem die Alliierten gemeinsam Europa und die Welt vom deutschen Faschismus befreit hatten, gab es zunächst vielfältige Gemeinsamkeiten bei der Lösung der Frage, wie eine Gesellschaft aufgebaut sein könnte, die nun strukturell es möglichst ausschließen würde, dass ein Faschismus bzw. überhaupt diktatorisches Gesellschaftssystem sich bilden könnte. 1945 beginnt ein Versuch der Neuordnung – nicht nur Deutschlands – sondern auch des Völkerrechts (UN). Gerade diese Differenzierungen machen den Blick frei für Möglichkeiten, die es gab – in der Sowjetarmee und im Kalkül der Stalin-Regierung. Davon ist bei Knabe nichts zu lesen, deshalb kann auch kein realitätsnahes Gesamtbild von der Befreiung Deutschlands vom Faschismus entstehen.

Johannes Klotz (Bremervörde)

Gelfand, Wladimir, *Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten*, aus dem Russischen v. Anja Lutter u. Hartmut Schröder, ausgewählt u. kommentiert v. Elke Scherstjanoi, Aufbau, Berlin 2005 (357 S., 23 Abb., Ln., 22,90 €)

Der Band hat die Bedeutung eines »Erstlings«, der eine Initialzündung für Weiteres sein muss. Der in Berlin lebende Sohn entdeckte die Tagebücher im Nachlass seines Vaters: Ein sowjetischer Offizier als sensibler Beobachter und Mittäter, der Racheakte und Beutenahmen nicht ausblendet. Der 19-jährige Gelfand stammte aus einem typischen Milieu des in den 1930er Jahren zunehmend industrialisierten Südens der Sowjetunion. Gelfand meldete sich im April 1942 zur Front und gehörte der proletarisierten jüdischen Minderheit an, die den Anschluss an die kommunistische Bewegung gefunden hatte. Er erlebte die Kämpfe an der südlichen Flanke der Charkower Front und den Rückzug im Raum Rostow, kämpfte nahe Stalingrad in der 15. Garde-Schützendivision. Er hatte sich schon im Mai 1942 vorgenommen, als »Kommunist in den Kampf zu ziehen«. Im August 1944 – der Krieg neigte sich seinem Ende zu – waren immer häufiger Kolonnen von Kriegsgefangenen zu beobachten. In seinem Tagebuch schildert er Hassausbrüche der Rotarmisten gegenüber den Gefangenen. Nach zweieinhalb Jahren Kampfeinsatz hatte sein Pflichtbewusstsein gelitten. Er spürte kein Verlangen nach der vordersten Linie. Seine Tagebucheinträge zeugen von Erschöpfung, aber auch von Stolz und Siegeserwartung. Auf seinen zahlreichen Reisen im besetzten und befreiten Deutschland kam er mit vielen Menschen ins Gespräch, machte zahlreiche Fotos. Gelfand gehörte zu den Siegern, sprach aber nicht herablassend von und mit den Besiegten und lebte seine Rolle nicht zum Schaden anderer aus. Seinen Aufzeichnungen ist zu entnehmen, dass er Gewalt anderer sowjetischer Armeemitglieder gegenüber deutschen Frauen verurteilte; bei seinen Begegnungen mit Frauen war offenkundig keine Gewalt im Spiel. Er war ein »sensibler Junge, kein Muskelprotz und nicht für Kampfspiele zu haben« (Scherstjanoi, 332), mit überdurchschnittlichem Wissen ausgestattet, literarisch ambitioniert, aber trotz großem Interesse an Politik nicht an gesellschaftlichen Zusammenhängen interessiert. Mitgefühl gegenüber den besiegten und hungernden Deutschen ist allerdings kaum zu spüren, er vermittelt eher Kühle und Distanz zum Geschehen. Die Historikerin Scherstjanoi urteilt: »Der aufgeschlossene Wladimir Gelfand war mit seinen 23 Jahren nicht reif für Beobachtungen und Stellungnahmen, wie wir sie heute gern lesen würden« (335). Was wir finden, scheint so gar nicht in die aktuelle geschichtspolitische Debatte zu passen: Gelfand war kein Kämpfer gegen Gewalt in den eigenen Reihen, aber auch kein rachegetriebener Besatzungssoldat.

Johannes Klotz (Bremervörde)

Berichtigung

Unsere Rezension des Buches polymorph (Hg.), *(K)ein Geschlecht oder viele. Transgender in politischer Perspektive*, in *Das Argument* 260 enthält einen Fehler. Der auf S. 292, 14. Zeile beginnende Satz muss lauten: »Helen Guhde schildert ihre Erfahrungen mit der Diagnose einer kompletten Androgenresistenz (ADS) und ihr Leben als XY-Frau.« Wir bitten, den Irrtum zu entschuldigen.

Verfasser und Verfasserinnen

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Badura, Jens, 1972; Geschäftsführer von *durchdenker.de – agentur für reflexive wissenschaft und praxis*, lebt in Frankreich. V: *Moral für Mensch und Tier* (1999); *Die Suche nach Angemessenheit* (2002); *Niemandland – topographische Spaziergänge zwischen Wissenschaft und Kunst* (Mithg., 2005). M: Groupe d'Études et de Recherches sur les Mondialisations (GERM), Wissensch. Beirat von Attac Deutschland

Baratella, Nils, 1973; Student der Philosophie, Geschichte und der Neueren deutschen Literatur an der Freien Univ. Berlin. A: Poststrukturalismus, Marxistische Philosophie

Barfuss, Thomas, 1961; Dr. phil. V: *Konformität und bizarres Bewusstsein* AS 291 (2002); »Ironische Handlungsfähigkeit zwischen Subversion und Anpassung« (*Das Argument* 252, 2003). A: Kulturwissenschaft, Transformation von Arbeits- und Lebensweisen

Belina, Bernd, 1972; Dr. rer. pol.; wiss. Mitarbeiter Univ. Potsdam. V: *Kriminelle Räume* (2000)

Beutler, Kurt, 1937; Dr. phil, Dipl.-Hdl; Prof. em. für Erziehungswissenschaft an der Univ. Hannover

Blömeke, Sigrid, 1965; Dr. phil. habil.; Prof. für Systematische Didaktik und Unterrichtsforschung an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Universität und Lehrerbildung* (2002); *Handbuch Lehrerbildung* (2004); *Gestaltung von Unterricht* (2004). A: Empirische Schul- und Unterrichtsforschung, Lehren und Lernen mit neuen Medien, Reform der Lehrerbildung

Faulstich, Peter, 1946; Prof. für Erwachsenenbildung an der Univ. Hamburg. V: *Weiterbildung. Begründungen lebensentfaltender Bildung* (2003)

Gallas, Alexander, 1976; M.A., Philosophie; Doktorand am Institut für Soziologie der Univ. Lancaster. A: Marxistische Philosophie und Gesellschaftstheorie

Hailer, Martin, 1965; PD Dr. theol.; wiss. Oberassistent an der Univ. Bayreuth. V: *Theologie als Weisheit* (1997); *Figur und Thema der Weisheit in feministischen Theologien* (2001); *Die Unbegreiflichkeit des Reiches Gottes* (2004). A: Theorie der Rationalität, religiöse Gegenwartskultur

Haug, Frigga, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie. V: *Frauenpolitiken* (1996); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InKriT, BdWi, Wissensch. Beirat von Attac

Heinrich, Michael, 1957; Dr. rer. pol. V: *Die Wissenschaft vom Wert* (3. Aufl., 2003); *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung* (3. Aufl., 2005). A: Kapitalismustheorie, Geschichte ökonomischer Theorie. M: Redaktion PROKLA

Jehle, Peter, 1954; Dr. phil.; Lehrer. V: *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (AS 242, 1996); *Gramsci, Gefängnishefte Bde. 7-10* (Mithg., 1996-2002); *Werner Krauss. Briefe 1922 bis 1976* (Hg., 2002). M: InKriT, GEW

Jung, Barbara, 1954; freiberufliche Übersetzerin literarischer Texte

Kaindl, Christina, 1971; Dipl.-Psychologin, Doktorandin am FB Politikwissenschaften der Freien Univ. Berlin. V: *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus* (Hg. u. Verf., 2005); *Subjekte im Neoliberalismus* (Hg., i.E.); »Folter II« (HKWM 4, 1999); *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft* (Mithg., 1998) M: BdWi Bundesvorstand. A: Kritische Psychologie, Rechtsextremismus, Neoliberalismus, Kritische Wissenschaften

Kastner, Jens, 1970; Dr. phil.; Lehrbeauftragter an der Univ. Münster. V: *Politik und Postmoderne. Libertäre Aspekte in der Soziologie Zygmunt Baumanns* (2000); *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika* (Mithg., 2004). A: Kulturosoziologie, Rassismus- und Staatstheorie

Kaufmann, Stephan, 1965; Wirtschaftsredakteur *Berliner Zeitung*. A: Finanzmärkte, Welt-handel, Weltwirtschaft

Klotz, Johannes, 1952; Dr. phil.; Politikwissenschaftler und Publizist. V: *Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege* (2001). M: BdWi, Vorstand Stiftung GegenStand, AG Politische Bildung Rosa-Luxemburg-Stiftung

Krog, Antjie, 1952; Schriftstellerin und Publizistin, Kroonstad/Südafrika. V: *Relaas van 'n Moord* (1995); *Country of my Scull* (1998)

Kühnl, Reinhard, 1936; Dr. rer. pol., Prof. für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg. V: *Faschismustheorien* (1990, 2. Aufl.); *Liberalismus als Form bürgerlicher Herrschaft* (1999); *Was ist Aufklärung? Ursprung und Aktualität einer Geistesbewegung* (2001). M: BdWi

Lebuhn, Henrik, 1974; Dipl.-Politologe; promoviert an der Freien Univ. Berlin über »Konflikte um öffentliche Stadträume«, Promotionsstipendiat Hans-Böckler-Stiftung. A: Stadtforschung, Soziale Bewegungen, marxische Theorie, Staatstheorie. M: GEW, NGBK, Redaktion PROKLA

Lindner, Kolja, 1980; Student der Politikwissenschaft am Institut d'Études Politiques und der École Normale Supérieure Paris. V: »Antisemitismus und Terror: Gegen Labica« (Mitverf., *Das Argument* 251/2003). A: Politische Theorie

Lösch, Bettina, 1972; Dr. phil.; wiss. Assistentin der Abt. für Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Univ. Köln. V: *Deliberative Politik* (2005)

Marxhausen, Thomas, 1947; Prof. Dr. sc. phil. V: »historische Mission der Arbeiterklasse«, »historische Schule der Ökonomie« (HKWM 6/I, 2004), »Jakobinismus« (HKWM 6/II, 2004). A: MEGA-Edition, HKWM-Redakteur

Meyer-Siebert, Jutta, 1947; Dipl.-Psych., Lehrbeauftragte am Psychologischen Institut der Univ. Hannover. V: »(Weibliche) Existenz als Tätig-Sein in der Welt« (Mitverf., *Das Argument* 241/2001)

Narr, Wolf-Dieter, 1937; Prof. am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften, Freie Univ. Berlin. V: *Zukunft des Sozialstaats. Als Zukunft einer Illusion?* (1999); *Grundrechte-Report 1999. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland* (Mithg., 1999); *Welt-ökonomie. Die Misere der Politik* (1997). A: Basisdemokratie, Globalisierung und Politik. M: Komitee für Grundrechte und Demokratie

Rehmann, Jan, 1953; Dr. phil. habil.; PD an der Freien Univ. Berlin, unterrichtet am Union Theological Seminary in New York. V: *Theorien über Ideologie* AS 40 (Mitverf., 1980); *Die Kirchen im NS-Staat* AS 160 (1986); *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution* (1998); *Postmoderner Links-Nitzscheanismus* AS 298 (2004). A: Ideologietheorie, christlich-marxistischer Dialog, Nietzsche und die Postmoderne

Reitz, Tilman, 1974; Dr. phil.; wiss. Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Univ. Jena. V: *Bürgerlichkeit als Haltung. Zur Politik des privaten Weltverhältnisses* (2003); »Friedhof der Kuscheltiere. Die Neutralisierung Adornos« (*Das Argument* 254/2003). A: Gesellschaftstheorie, politische Philosophie, Ästhetik

Riedmann, Erwin, 1969; Dipl.-Soziologe, Promovend an der Freien Univ. Berlin. A: Stadt-, Armuts- und Migrationsforschung

Rubio, Modaira; Dichterin und Publizistin; promoviert zu »Geschlecht und Internationale Beziehungen« und unterrichtet z.Zt. an der Universidad Bolivariana, Caracas

Scalla, Mario, 1961; Dr. phil.; freier Autor und Journalist. V: *Brecht und die intellektuelle Kritik in Deutschland. Über die Versuche zur Institutionalisierung intellektueller Kritik* (1996). A: Literaturtheorie, Kulturwissenschaft, Postmoderne

Wallat, Hendrik, 1979; Student der Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an der Univ. Hannover. A: Politische Ideengeschichte, Gesellschafts- und Erkenntnistheorie

Weber, Thomas, 1954; HKWM-Koordinator. V: »Der seltsamste Marxist«. Hannah Arendts Benjamin-Portrait« (*Das Argument* 250/2003)

Werkmeister, Sven, 1974; Promovend im Graduiertenkolleg *Codierung von Gewalt im medialen Wandel* an der Humboldt-Univ. Berlin. A: Literatur- und Kulturwissenschaft, Medientheorie

Zubke, Friedhelm, 1938; Dr. phil. habil.; Prof. für Allg. Pädagogik an der Univ. Hannover. V: *Politische Pädagogik* (Hg., 1990); *Friedensentwürfe* (Mithg., 1995); *Pädagogik der Hoffnung* (1996)

FORUM

Wissenschaft

2 / 2005

Verkehr und Verkehrspolitik

- Ch.Bauhardt: Alle Macht den Schnellen?
 D.Apel: Verkehrssystem, Stadt und Siedlungsstruktur
 J.Jörissen: Mehr Mobilität – weniger Flächenverbrauch
 St.Müller: Autoritärer Charakter
 D.Plehwe: LKW-Fahren: »Unternehmerische Freiheit« oder Regulierung
 W.Hülsmann: Autobahn-Maut à la Toll Collect

Geschichte: 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg

- W.Hesse: Der glücklose Engel. Das Bild des bombadierten Dresden
 Reinisches JournalistInnenbüro: Das Schweigen brechen. Über die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg

Management in Industrie und Bildungswesen

- D.Gerst: »Arbeitskraftunternehmer« – Leitbild der neoliberalen Arbeitsgemeinschaft?
 W.Böttcher u. M.Brohm: Soziale Selektion oder Förderung?
 Ch.Schwarz: Evaluation, Demokratie, Ideologie
 S.Beaulays: Aus Leistung folgt Elite?

Rassismus und Rassismustheorie

- A.Magiros: Identitäre Arrangements

22. Jg. 2005

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi) – BdWi-Büro: Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg – Verantwortl. Redakteurin: Dr. Claudia Stellmach – Redaktion: Olaf Bartz, Amerose Gulbins, Nele Hirsch, Werner Krämer, Bernd Schneider – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 7 €, Jahresabo 26 €



285 / 2005

Politik und Ökonomie

- J.Später: Arabische Welt: König ohne Kleider. Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2004
 H.Wettig: Libanon: Mondsichel und Kreuzifix. Die neue oppositionelle Einigkeit
 Th.Schmidinger: Irak: An den Wassern des Sirvan. Zwischen ethnisierten Konflikten und neuer Hoffnung
 N.Reese: Tsunami: Kleine Fische fallen durchs Netz. Eine Bilanz nach der Flutkatastrophe am Indischen Ozean
 L.Motzat: Burma: Bauernopfer im Goldenen Dreieck. Die Anti-Drogen-Programme der UN führen zu sozialer Not

Schwerpunkt: Kritik der Entwicklungspolitik

- St.Günther: Entwicklung zur Konkurrenz. Streit zwischen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik
 Ch.Wichterich: Ein entwicklungspolitischer Katechismus
 U.Hoering: Private Profite, öffentliche Kosten. Public Private Partnership in der Entwicklungszusammenarbeit
 W.-D.Vogel: Simulierter Dialog. Ein Entwicklungsprojekt der EU sorgt in Chiapas für Unmut

Interview mit Th.Gebauer über zivil-militärische Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit

K.Schilder: EU-Entwicklungspolitik. Unter der Kuratel der Sicherheitsinteressen

M.Bricke: Zivil dem Frieden dienen. Alternative zu militärischem Eingreifen?

14. Jg. 2005

Herausgeber: Aktion Dritte Welt e.V. – Jährlich 8 Hefte, Einzelheft 4 €, Jahresabo 32 € (erm. 26 €). – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 79020 Freiburg i.Br. Redaktion: M.Backes, U.Bergmann, I.Erbach, T.Goethe, S.Günther, M.Hoffmann, G.Lutz, O.Meineck, J.Müller, U.Nickel, C.Neven-du-Mont, C.Parsdorfer, W.Rust, S.Schülein, A. Schwendemann, C.Seidler, J.Später, W.Stadter, C.Stock, S.Weber, H.Wegmann – www.iz3w.org

PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und Ökonomie
in der Dritten Welt

97-98 / 2005

Weltmarkt für Arbeitskräfte

St.Castles: Warum Migrationspolitiken scheitern

S.Karakayali u. V.Tsianos: Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration

H.Lutz: Der Privathaushalt als Weltmarkt für weibliche Arbeitskräfte

V.Hamann: Migration und wirtschaftliche Entwicklung. Die Investitionen der MigrantInnen aus Zacatecas, Mexiko

J.Winter: Transnationalisierung von Arbeitskonflikten. Beispiele aus dem NAFTA-Raum

R.Jordan: Das Geschäft mit der Arbeitsmigration in Malaysia

S.Hess: Transnationale Räume: Widerständige soziale Sphären oder neue Form der globalen Zurichtung von Arbeitskraft

O.Köppe: Zur Verstärkung der Migrationspolitik in der Ära der Globalisierung

25. Jg. 2005

Herausgeber: Wissenschaftl. Vereinigung f. Entwicklungstheorie u. Entwicklungspolitik e.V. – Redaktion: P.Ay, E.Grawert, J.Handrack, G.Hauck, D.Haude, W.Hein, U.Hoering, R.Köbler, H.Mertens, Th.Mütter, M.Ramminger (verantwortl.), U.Schultz, G.Zdunek – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 9,10 €, Jahresabo 30,10 € zzgl. Versand. – Redaktionsanschrift: p/a Inst. f. Theologie u. Politik (ITP), Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstr 26a, 48145 Münster

Sozialismus

6 / 2005

Weichenstellungen

Diskussion mit dem PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky: »Der Mut zu originellen Lösungen ist aufgebraucht«

J.Bischoff: Kapitalismuskritik aktuell

Die Linke und Europa

J.P.Neelsen: Kontroverse um die EU-Verfassung in Frankreich

A.F.Steinko: Ein Jahr Zapatero

J.Helbak u. K.Krogsbæg: Zirkel geschlossen. Die dänische Sozialdemokratie unter neuer Führung

R.Detje: Gewerkschaften in der Integrationsfalle?

Forum Gewerkschaften

M.Wendl: Renaissance des Keynesianismus?

P.Balluff: Ein Schritt vor, zwei zurück. Oder: jedes Tarifergebnis wird als Erfolg verkauft

E.Weher: Gewerkschaftsprogramm von der Stange? ver.di berät über die Zukunft von Arbeit, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat

H.Mathes: »Wer Anstöße geben will, muss auch Anstoß erregen können«. Hans Preiss (†), Gewerkschafter und Bildungsarbeiter

Global Governance

B.Young: Finanzkrisen und deren Auswirkungen auf lokale Governance Strukturen – Asien, Argentinien und Brasilien

St.Kalming: Von der Dependenz- zur Wertsystemtheorie. Ein Nachruf auf Andre Gunder Frank

32. Jg. 2005

Herausgeber: T.Bergmann, H.Bierbaum, J.Bischoff, K.Bullan, H.Conert, F.Deppe, O.König, S.Stamm, M.Wendl, A.Zieher u. Sost e.V. – Redaktion: J.Bischoff, R.Detje, C.Lieber, B.Müller, B.Sander – Erscheint 11mal jährlich. Einzelheft 6,20 €, Jahresabo 62 € zzgl. Porto, ermäß. 44 € – Redaktionsanschrift: Postfach 106127, 20042 Hamburg – St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg – www.sozialismus.de

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

175 / 2005

Opfer des Faschismus

L.Gavrič: Das Fragezeichen Mensch. Erinnerungen an Ravensbrück

D.Arnaud: Das vergessene Dorf Maillé

Die verdrängten Sieger

L.Lopatnikow: Mit 18 im Krieg

W.Gall: Der Freund Konrad Wolf

W.Adolphi: Des jungen Leutnants Deutschland-Tagebuch

M.Brieger: Wehrmachtsdeserteure im Widerstand

»Umwertungen«

J.Hofmann: Erinnerungen contra Selbstentschuldigung

W.Wippermann: »Wie die Juden«? Die Kontroverse über den Völkermord an Sinti und Roma

176 / 2005

Kapitalismuskritik

J.B.Foster u. B.Clark: Das Imperium der Barbarei

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

T.Engartner: Die Reform der Deutschen Bahn oder: Die Preisgabe staatlicher Steuerungsmöglichkeiten

T.Michel: Globalisierte Geschäfte mit unserer Gesundheit

K.Kipping: Und weil der Mensch ein Mensch ist. Garantiertes Grundeinkommen

S.Liebermann: Freiheit statt Vollbeschäftigung: Grundeinkommen als Ausweg aus der Krise

M.Klaudius: Ausbildungsfinanzierung im Vergleich: Deutschland und Irland

16. Jg. 2005

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz von G.Kohlmeier und H.Steiner – Redaktion: Wolfram Adolphi, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Jörn Schüttrumpf – Einzelheft 6 €, Jahresabo im Inland 57 € incl. Versand, im Ausland 75 € – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

62 / 2005

Kapitalismuskritik

L.Peter: »Der neue Geist des Kapitalismus«. Stärken und Schwächen eines Erklärungsversuchs

H.G.Bell: Die in Vergessenheit geratene Arbeiterfrage

K.Eicker-Wolf: Kapitalflucht aus der zu teuren und vergeisenden Basarökonomie?

R.Einenkel im Gespräch mit Dietmar Dür: »... allein hast Du keine Chance.« Der Arbeitskampf bei Opel 2004/2005: Erfahrungen und Perspektiven

Peripherie und Imperialismus

S.Kalrning u. A.Nowak: Der Marx'sche Blick auf Afrika. Anmerkungen zu Marx' fragmentarischer Auseinandersetzung mit dem afrikanischen Kontinent

H.Heininger: Zur imperialismustheoretischen Leistung Karl Kautskys

K.Unger: Imperialismustheorien – neuere Literatur

G.Schirmer: Recht auf bewaffneten Widerstand oder Terrorismus? Völkerrechtliche Überlegungen

Kritik der Postmoderne

Th.Metscher: Postmoderne und imperialistische Gesellschaft

J.Müller u. M.Weingarten: Das dekonstruktive Gespenst der Dialektik

P.Eser: Foucaults Thesen zur Gouvernamentalität. Anmerkungen zur Debatte

Weitere Beiträge

Th.Ewald-Wehner: »Steuern im Dritten Reich«. Die Ausplünderung der deutschen Juden mit fiskalischen Mitteln als Teil verdrängter deutscher Vergangenheit

M.Weißbecker: Nationaler Sozialismus? Volksstaat? Anmerkungen zu Götz Aly

16. Jg. 2005

Hg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J.Bischoff, U.Briefs, D.Boris, F.Deppé, W.Goldschmidt, H.Heininger, J.Huffschmid, U.Schumm-Garling, H.Werner – Redaktion: K.D.Fischer, A.Leisewitz, K.Michelsen, J.Reusch, R.Schweicher – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 32 €, im Ausland 38 €, Einzelheft 9,50 € – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M

Ihre Ideen kreativ produziert.

Hörbücher + Hörspiele
Sprachregie
Radio + TV Spots
Filmvertonung
Bildsynchronisation
CD - ROM Lokalisation
Audio für Multimedia
Musikproduktion

Verwirklichen Sie Ihre Audioproduktionen in unserem Tonstudio im Herzen des neuen Medienzentrums Bahrenfeld. Hier können Agenturen, Verlage, Produzenten, Musiker, Werbeprofis, Regisseure und Sprecher in entspannter Atmosphäre konzentriert arbeiten.



white noise

GASSTRASSE 12 - 22761 HAMBURG - TEL 040 / 89 69 08 0 - FAX 040 / 89 69 08 20
WWW.WHITE-NOISE.DE WWW.STUDIOLIVERECORDING.DE

Summaries

Frigga Haug: Köhler's Future Workshop

In a letter to the newly elected German president Köhler, Carl Amery has pleaded for inaugurating a »Future Workshop« (Zukunftswerkstatt) that searches for worldwide solutions against the ecological destruction caused by economic growth. Against the backdrop of this intellectual appeal, Frigga Haug analyzes how Köhler (mis)uses his symbolic capital for enhancing the neoliberal agenda of dismantling the welfare state in the name of globalized market society and its entrepreneurial spirit.

Jens Badura: No FOR Europe

The French rejection of the E.U. constitution was by no means a no to Europe but rather a no FOR Europe. In its deep structure, it was directed against the neoliberal destruction of politics. But an appealing positive vision about what an open and democratic Europe could look like is still lacking. In order to prevent a nationalistic backlash, both the no camp and the critical yes camp must start a constructive debate about a European vision.

Wolf-Dieter Narr: Elections in Germany 2005. More than a Sclerosis in Movement?

The elections in North Rhine-Westphalia brought the Social Democratic Party a devastating defeat and caused the German chancellor to call for new federal elections for the fall 2005. The author observes the political »avalanche« set off by the regional outcome. But the hasty rhetorics only cover up a political sclerosis that has buried any serious debate on the political issues at stake.

Modaira Rubio: Venezuela: No Social Change without Women

Venezuela's new constitution guarantees gender equality and even defines housework as part of socio-economic production. The essay investigates the gap between the constitutional rights and the concrete realities on the ground, which is in part due to the fact that the politicized women spend most of their time to defend social change, not being able to fight for women emancipation at the same time. In this situation, bourgeois feminism might become an important ally.

Thomas Barfuss: What means Nonconformism Today? A Critique of the Neoliberal Narrative »End of Conformity«

The hegemony of Neoliberalism has changed the landscape for critical nonconformism. According to its ideology, conformity has come to an end and plurality and individualism have taken its place. What is actually being created is a new conformism of being »different«. Going back to Gramsci's insightful reflections on »individualism« and »conformism«, the essay disentangles misleading dichotomies and explores the concept of a nonconformism which struggles for cultural coherence on a new level of production.

Christina Kaindl: »You have to feel it, this shit!« About »Big Brother« and »Popstars«

»Big Brother« and »Popstars« are two popular TV shows in Germany that can be considered as exemplary presentations for the formation of a new conformity to be anchored in daily life and responding to the needs of a high-tech mode of production and living. The shows require specific attitudes to accept social inequities and to deal with them through individual (self)mobilisation. Sexuality and intimate emotions are no more being considered as something to be hidden but rather to be exposed as an integral part of one's performance on the market place. The ranking shows that competitiveness is to be complemented by the ability to cooperate within specific pre-given arrangements.

Jan Rehmann: Foucault's Lectures on the »History of Governmentality« – a Surrogate for a Critical Research on Ideology

The recent publication of Foucault's Governmentality Lectures from 1977-79 reveals a yet missing link between his concepts of disciplinary and bio-power from above and his later approach to self-government. But the key concept of »governmentality« oscillates between different meanings and is far from being an analytical concept. The assumption of a specific Jewish-Christian »pastorate« opposed to classical Greek concepts of leadership is in itself a »orientalistic« construction. Whereas Gramsci and Althusser were interested in the connections between hegemony and coercion, ideology and repression, Foucault's »governmentality« disarticulates both the structures of domination and the emergence of bourgeois hegemony. In order to rescue the insights of Foucault's intuitions, his genealogical approach should be re-interpreted in the framework of a critical theory of ideology.

Tilman Reitz: The Neoliberal State and Mind

Supplementing Jan Rehmann's essay on Foucault's so-called Governmentality Lectures, the review discusses the view of neoliberalism developed in the second lecture series. It shows how Foucault's sometimes clear-sighted analysis of liberal economic theory since 1938 suffers from a near to total neglect of the actual politics of neoliberalism, leave alone its relation towards socio-economic realities. Thus, the Keynesian welfare state of post-war Germany appears as a response to market radicalism, while the entanglement of the Chicago School with the Pinochet regime remains unanalyzed.

Nils Baratella, Jan Rehmann: Criticism in Post-Critical Times. On Boltanski/Chiapello's *The New Spirit of Capitalism*

Boltanski claims to have split from Bourdieu because he and his »dogmatic« followers have transformed sociology into an »agitprop«. But the book shows that the differences lie on a deeper level: the authors reduce the hegemony of neoliberalism to the neo-Weberian topic of a »new spirit« thereby casting out the materiality of the ideological; to this spirit they ascribe the regulative capacity to impose effective norms of justice on network capitalism, without showing where this actually happens (apart from managerial rhetorics); their concept of critique is limited to enhancing a spiritual modernization of capitalism. Both the overstatement of norms and the restriction of critique make it impossible to fulfill their promise of a »sociology against fatalism«. The agents of the intended reform – high-level bureaucrats, executives, and enlightened capitalists – point to a »passive revolution« (Gramsci) that would suffocate any serious demand of social justice.

Erwin Riedmann: The Application Picture. On the subjectivization of Neoliberal Interpellations

Reflecting on an incidence at a photographer's store, the essay analyzes the functioning of neoliberal interpellations through multiple agents attempting to improve the commodity aesthetics of labour power. In spite of the aporia of such a mission (there cannot be a success guarantee on the market), these agents, calling for self-adaptation to the market, are spreading quickly and everywhere. Even if the crisis of the labour market has further tilted power relations in favour of the employers, and (self-)employees engaged in the business of neoliberal interpellations developed an interest in the continuity of their ideological labour, resistance against neoliberal subjection is possible.

Pädagogik

Ahlheim, Klaus, <i>Scheingefechte. Zur Theoriediskussion in der politischen Erwachsenenbildung</i> (Peter Faulstich)	419
Ahlheim, Klaus, <i>Vermessene Bildung? Wirkungsforschung in der politischen Erwachsenenbildung</i> (Peter Faulstich)	420
Wulf, Christoph, Jörg Zirfas u.a., <i>Bildung im Ritual. Schule, Familie, Jugend, Medien</i> (Kurt Beutler)	421
Horster, Detlef, <i>Was soll ich tun? Moral im 21. Jahrhundert</i> (Friedhelm Zubke)	422
Tippelt, Rudolf, Thomas Rauschenbach u. Horst Weishaupt (Hg.), <i>Datenreport Erziehungswissenschaft 2004</i> (Sigrid Blömeke)	423
Krüger, Heinz-Hermann, u. Thomas Rauschenbach (Hg.), <i>Pädagogen in Studium und Beruf</i> . (Sigrid Blömeke)	423

Soziale Bewegungen und Politik

Bello, Walden, <i>De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung</i> (Stephan Kaufmann)	425
Foltin, Robert, <i>Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich</i> (Jens Kastner)	427
Flügel, Oliver, Reinhard Heil u. Andreas Hetzel (Hg.), <i>Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute</i> (Bettina Lösch)	428

Geschichte

Browning, Christopher, <i>Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942</i> (Reinhard Kühnl)	430
Langkau-Alex, Ursula, <i>Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau</i> (Johannes Klotz)	430
Knabe, Hubertus, <i>Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland</i> (Johannes Klotz)	432
Gelfand, Wladimir, <i>Deutschland-Tagebuch 1945-1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten</i> (Johannes Klotz)	432

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Esslingen	Provinzbuch, Küferstraße 26 (0711/352738)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecker, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buechlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münsterergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 - 405 12 34)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Hamburg	Frauenbuchladen, Bismarckstraße 98 (040/4204748)
Kassel	Frauenbuchladen Aradia e.V., Pestalozzistraße 9 (0561/17210)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)